



70 Jahre
Finanzgewissen
der Nation
Bund der Steuerzahler



70 Jahre
Finanzgewissen
der Nation
Bund der Steuerzahler



Reiner Holznagel, Präsident des Bundes der Steuerzahler

Unsere Mitglieder sind unsere Grundlage und unser Erfolg!

Beauftragt man eine PR-Agentur, erhält man sicherlich den Rat, eine gute Geschichte zu erzählen. Das Narrativ muss stimmen, denn dies ist in der heutigen digitalen und medialen Welt entscheidend, um positive Aufmerksamkeit zu erhalten.

Sie kennen den Bund der Steuerzahler und deshalb wissen Sie, dass wir solche Agenturen schon aus Kostengründen niemals beauftragen würden. Zudem müssen wir uns auch gar nicht um eine Geschichte bemühen. Wir sind real, wir sind viele engagierte Frauen und Männer, die sich für eine wichtige und gute Sache einsetzen. Seit 1949 kämpfen wir für die Interessen der Bürger in Deutschland. Unsere Gründungsmütter und -väter stellten zwei Fragen: „Sind die heutigen Steuergesetze gut?“ und „Was geschieht mit den Steuergeldern?“. Diese Fragen haben unsere Satzung geprägt, sie sind Begleiter unserer täglichen Arbeit, und sie beschreiben die Herausforderungen unserer Zukunft.

Nach 70 Jahren können wir auf viele Erfolge zurückblicken. Unsere Markenzeichen: die Schuldenuhr, der Steuerzahlergedenktag, unsere Musterprozesse und unsere Serviceleistungen sind aus Deutschland nicht mehr wegzudenken. Wirklich einzigartig auf der Welt ist unser Schwarzbuch „Die öffentliche Verschwendung“. Als nichtstaatliche Organisation streiten wir um den besseren Einsatz unserer Steuergelder. Nach 70 Jahren haben wir viel erreicht, aber es bleibt auch viel zu tun. Deshalb machen wir weiter!

Zum Jubiläum haben wir eine Festschrift verfasst. Auf den folgenden Seiten finden sie Auszüge von 70 Momentaufnahmen aus 70 Jahren Bund der Steuerzahler. Diese weniger klassische Chronik beschreibt einen einzigartigen Verband mit seinen Mitgliedern und engagierten, motivierten und liebenswürdigen BdStlern. Ich wünsche Ihnen viel Spaß beim Blättern und Lesen.

Apropos! Sind Sie eigentlich schon Mitglied? Wenn nicht, was kaum zu glauben ist, finden Sie am Ende auch einen Mitgliedsantrag. Wir freuen uns auf Sie!

Reiner Holznagel

Michael H. Ebner

Inhalt



Für Wirbel sorgten schon die Gründer des Bundes der Steuerzahler: Bei der Verteilung eines Flugblatts in Stuttgart musste 1949 die Polizei einschreiten, um den Verkehrsstau wieder aufzulösen. S. 8



Unsere Mitglieder machen unsere Arbeit erst möglich. Manche Familien unterstützen uns seit Generationen. Auch Magnus Müller-Rischart hat seine Mitgliedschaft „geerbt“ und ist dem Verband treu geblieben. S. 109



Dass der Bund der Steuerzahler von Beginn an eine Bürgerbewegung war und geblieben ist, zeigt unter anderem die Volksinitiative „Straßenbaubeiträge abschaffen!“ in NRW. S. 28

70 Jahre Bund der Steuerzahler

Grund zur Freude, zum Staunen, zum Innehalten, zum Zurückblicken, und zum Vorausschauen haben unsere Mitglieder, Sie ganz persönlich und der Bund der Steuerzahler. Denn: Der BdSt ist 70 Jahre alt.

Dass es den Verband seit so vielen Jahren gibt, ist eine großartige Leistung all jener, die in den vergangenen 70 Jahren an die Idee geglaubt, sie etabliert, mitgetragen und institutionalisiert haben. Die „Gründungsväter“ wollten 1949 der staatlichen und kommunalen Finanzgewalt eine Kontrollinstanz gegenüberstellen. Diese Kontrollinstanz sollte sich nicht wie die Rechnungshöfe auf die nachträgliche Prüfung der Einnahmen und Ausgaben der öffentlichen Hand beschränken. Vielmehr sollte sie bestehende und bevorstehende Ungereimtheiten oder Ungerechtigkeiten aus Sicht der Steuerzahler aufdecken, anprangern und für Abhilfe sorgen.

Dieser Anspruch der Steuerzahler war 1949 aus staatlicher Sicht geradezu tollkühn. Damals war es üblich, Budgetpläne oder öffentliche Haushalte unter Verschluss zu stellen. Auch wurde die Besteuerung von Bürgern und Betrieben lediglich in Verwaltungsakten festgelegt, häufig sogar ohne dass die Steuerzahler davon wussten. Es war weitsichtig und mutig, sich solchen Ordnungsmächten als gemeinnütziger und parteipolitisch neutraler Verein entgegenzustellen. So wurde die Gründung des Bundes der Steuerzahler bei Bürgern, Betrieben und in der Öffentlichkeit mit Begeisterung aufgenommen. Die Rheinische Post schrieb: „Wenn der Bund der Steuerzahler das hält, was er verspricht, dann zählt er zu den noch wenigen vernünftigen Organisationen des neuen Deutschlands“.

Seitdem sind 70 Jahre vergangen. Die politischen Verhältnisse haben sich gewandelt, demokratische Strukturen etabliert, Politik

und Verwaltung Transparenz anerkannt. Dennoch sind die Aufgaben des Verbandes geblieben. Damals wie heute ringt der BdSt um faire und gerechte Besteuerung, sparsame und wirtschaftliche Mittelverwendung und um die Wahrung der Rechte und Interessen aller Steuerzahler.

Seine Erfolge basieren nicht nur auf seinen scharfsichtigen Analysen und Berechnungen. Würde ein einzelner Steuerzahler seine Anliegen vortragen, sie würden auch heute noch an den staatlichen Institutionen abperlen. Doch der Bund der Steuerzahler vertritt die Interessen aller Steuerzahler. Damit ist seine Stimme nicht nur laut und vernünftig, sondern mit entsprechendem moralischen Gewicht ausgestattet – welches damals wie heute Eindruck auf Politik und Verwaltung macht.

Seit nunmehr 70 Jahren wird der Bund der Steuerzahler von seinen Mitgliedern finanziert und getragen, von engagierten Persönlichkeiten im Verband etabliert und vorangetrieben, von den Steuerzahlern unterstützt und geschätzt und von der Politik als lösungsorientierter Partner anerkannt. Lesen Sie in dieser Festschrift 70 Momentaufnahmen aus 70 Jahren Bund der Steuerzahler. Über die Jahrzehnte und Themen hinweg eint die Schlaglichter eins: Sie handeln von engagierten Steuerzahlern und einer Vereinigung, die unser aller Interesse wahrt, schützt, formuliert und an die Verantwortlichen adressiert. Wie wäre es wohl um unser Gemeinwohl ohne den Bund der Steuerzahler bestellt? Gemeinsam können und werden wir auch in den kommenden 70 Jahren viel erreichen.

Inhaltsverzeichnis

70 Momente Bund der Steuerzahler

Historie

1 1949	Die Wiege des Bundes der Steuerzahler	S. 6
2 1949	Unsere Präsidenten	S. 90
3 1976	Geleitwort von Dr. Willy Haubrichs	S. 27
4 1989	Gründung des BdSt Thüringen e.V. in der DDR	S. 104
5 1990	Solidarisch im Interesse der Steuerzahler	S. 34
6 2017	Alte Schuldenuhr geht ins Museum	S. 69

Aktionen und Kampagnen

7 1999	Reif für den Reißwolf	S. 49
8 2002	Die Protest-Linie „MIR REICHT'S“	S. 16
9 2003	Großkundgebung: „Jetzt reicht's!“	S. 118
10 2006	Rote Karte für Steuererhöhungen	S. 20
11 2011	Nein zur Haftungsunion!	S. 102
12 2012	BdSt klagt gegen den Euro-Rettungsschirm	S. 30
13 2016	Strafe für Steuergeldverschwender	S. 56
14 2017	„Wort halten: Soli abschaffen!“	S. 50
15 2017	Nein zu einem XXL- Bundestag	S. 112

Auszeichnungen vom BdSt

16 1988	Fass ohne Boden	S. 58
17 1994	Ehrentitel „Schuldenfreie Kommune in NRW“	S. 42
18 1999	Ein Preis, den keiner haben möchte	S. 52
19 2004	Der „Spar-Euro“ geht an: Sparsame Kommunen	S. 84
20 2010	Der einmalige Kristallpokal	S. 124

Auszeichnungen für den BdSt

21 2004	Jahressieger „Beste Wirtschaftskommunikation“	S. 19
22 2009	NGO Award geht an BdSt	S. 18
23 2018	Designpreis für schwarzbuch.de	S. 19
24 2019	Initiative Transparente Zivilgesellschaft	S. 45

Aus unserer Arbeit

25 1949	Mehr Durchblick für die Bürger	S. 10
26 1987	So ticken die Steuerzahler	S. 32
27 1995	Die Schuldenuhr Deutschlands	S. 68
28 2010	Einsparungen im Bundeshaushalt	S. 108
29 2015	DSi entwickelt Steuerbremse	S. 89
30 2017	Kamera läuft	S. 94
31 2016	Die Weltkonferenz der Steuerzahler	S. 118
32 2013	Im Gespräch	S. 134
33 2019	Unterwegs für die Steuerzahler	S. 44
34 2019	Unser Steuerzahlergedenktag	S. 45

Unser Serviceangebot

35 1950	70 Jahre wertvolle Informationen	S. 128
36 1950	Der Mitgliedsantrag	S. 137
37 1950	Unsere Serviceleistungen – Ihr Vorteil	S. 119
38 1958	Kompetenz vor Ort	S. 106
39 1981	Der 12. Deutsche Steuerzahlerkongress	S. 136
40 1997	Seit 1997 online	S. 111

Unsere Mitglieder

41 1951	Kaiserschmarrn	S. 109
42 1988	... und die Sterne funkeln wieder	S. 14
43 2000	Mit Promis auf Tuchfühlung	S. 46
44 2015	Eine genussreiche Philosophie	S. 36
45 2015	Anwalt hinter Gittern	S. 37
46 2017	Logenplatz im Weinberg	S. 110
47 2019	Eine Familie macht ihr Ding	S. 80

Das Schwarzbuch

48 1973	Die öffentliche Verschwendung	S. 54
49 2017	Die Schwarzbustour	S. 96
50 2018	Auf Verschwendungsjagd	S. 40
51 2018	Kleine Fälle, große Welle	S. 116

Erfolge

52 1965	Mit Wissenschaft Reformen durchsetzen	S. 100
53 1970	Der Europäische Steuerzahlerbund (TAE)	S. 120
54 1973	Erfolgreich vor Gericht	S. 123
55 1998	Von Nachbarn lernen	S. 83
56 2005	Volksinitiative Diätenreform	S. 48
57 2009	Die wichtigsten Steuer-Erfolge	S. 64
58 2017	Ein Drama in mehreren Akten	S. 86
59 2018	Erfolgreiche Volksinitiative	S. 28
60 2019	Unser Schwarzbuch wirkt	S. 49

Über Uns

61 1949	Die Gründungsgeschichte	S. 8
62 1949	Mit Kampfgeist für die Rechte der Steuerzahler	S. 24
63 1957	Der Bund der Steuerzahler Saarland e.V.	S. 62
64 1990	Immer wieder kritische Nachfragen	S. 88
65 1990	Dicke Bretter sind zu bohren	S. 22
66 1990	Von Start an engagiert, demokratisch, unbequem	S. 35
67 2004	Auf den Marktplätzen präsent	S. 12
68 2012	Arm aber sexy oder sparen, bis es quietscht?	S. 61
69 2017	Im Norden kompetent, sympathisch und engagiert	S. 26
70 2018	Der harte Kampf in Rheinland- Pfalz	S. 98

Außerdem

Namen und Menschen, Fremde Federn

1997	Gemeinsam mehr erreichen	S. 82
1991	Karikaturen über den BdSt	S. 126
1991	Blutorangen	S. 111
2010	60 Jahre DER STEUERZÄHLER: Grußwort der Kanzlerin	S. 129
2016	Als Auszubildende beim BdSt	S. 31
2019	Für faire Besteuerung und sinnvolle Mittelverwendung	S. 38
2019	70 Jahre Bund der Steuerzahler	S. 70
2019	Glückwünsche und Grußworte	S. 72
2019	Von herausragenden Persönlichkeiten getragen	S. 78
2019	Meilensteine erfolgreicher Arbeit	S. 114
2019	Zeitenwenden im Steuerrecht	S. 130
2019	„Die Idee der Gerechtigkeit“	S. 132
2019	Glückwünsche aus Politik und Verbänden	S. 138
2019	Ihr Kontakt vor Ort	S. 144

Die Wiege des Bundes der Steuerzahler



Man hätte sich keinen geeigneteren Ort für die Gründung des Bundes der Steuerzahler ausdenken können, als den Gasthof Krone im beschaulichen Stuttgart-Uhlbach. Denn die Attribute, die oftmals den Schwaben zugeordnet werden, passen auch zum Bund der Steuerzahler. Die Mitglieder möchten Steuern sparen und fordern eine tragbare Steuer- und Abgabenbelastung sowie eine sparsame öffentliche Verwaltung.

Im Gasthaus Krone wurde der Bund der Steuerzahler aus der Taufe gehoben. Was in kleiner Runde begann, hat sich zu einer großen und erfolgreichen Bewegung entwickelt.

Zu den maßgeblichen Persönlichkeiten, die den Bund der Steuerzahler gründeten, gehörten der Diplom-Kaufmann Dr. Hermann Wunderlich aus Stuttgart und Ernst Heinrich Kunze, der von 1948 bis 1959 die Wirtschaftsredaktion der Stuttgarter Zeitung leitete. Das erklärt, warum der Bund der Steuerzahler in Stuttgart gegründet wurde.

Warum aber der in einem Talkessel liegenden Weinort Stuttgart-Uhlbach zum Grün-



dungsort wurde, lässt sich heute nur noch vermuten. Der Bund der Steuerzahler wurde 1949 gegründet, in einer Zeit, als Deutschland zu weiten Teilen zerstört war. Vielleicht war das Gasthaus Krone einer der wenigen intakten Orte, in denen man eine Gründung besprechen und vollziehen konnte.

Rückblickend lässt sich feststellen, dass die Leistung der Gründer des Vereins beeindruckend war. Aus einer Idee weniger Engagierter ist ein starker Verein geworden, der die Finanzpolitik der Bundesrepublik seit ihrer Gründung verfolgt und beeinflusst hat. *EM*

1949

„Als wir in den Oktobertagen des Jahres 1949 den Bund der Steuerzahler aus der Taufe hoben und unser Programm verkündeten, herrschte zunächst jubelnde Begeisterung. Bei der Verteilung unseres Flugblatts in 100.000 Exemplaren in Stuttgart, dem Ort unserer Gründung, musste die Polizei einschreiten, um die namentlich im Bahnhofsviertel eingetretene Verkehrsstauung wieder aufzulösen.“

Mit diesen Worten beschreibt Professor Dr. Karl Bräuer, erster Vizepräsident und späterer Präsident des Bundes der Steuerzahler, seine Erinnerungen an die Gründung des BdSt.

Wie aufsehenerregend die Gründung des Bundes der Steuerzahler war, beschreibt ein Artikel des Magazins DER SPIEGEL aus dem Jahr 1949 auf Seite 8.

Im idyllisch inmitten von Weinbergen gelegenen Uhlbach steht der Gasthof Krone, in dem 1949 der Bund der Steuerzahler gegründet wurde.



Die Gründungsgeschichte

Wie es zur Gründung des Bundes der Steuerzahler kam, welche Begeisterung dies bei den Steuerzahlern hervorrief, warum eine Ordnungsstrafe wegen Verkehrsbehinderung von 10 DM erhoben wurde, welche Drohung die Finanzverwaltung in Württemberg-Baden aussprach und welche Rolle die „Stuttgarter Zeitung“ spielte, davon berichtet der Artikel im Spiegel vom 3. November 1949.

Die Gründer des Bundes der Steuerzahler: Dr. Hermann Wunderlich (r), erster Präsident des Verbandes, mit Prof. Dr. Karl Bräuer, damals Vizepräsident, später langjähriger Präsident, nach Gründung des Verbandes vor dem Stuttgarter Finanzministerium.



Transparenz

Mehr Durchblick für die Bürger

Stellen Sie sich vor, es ist 1949 und Sie wollen in den Haushaltsplan Ihrer Kommune schauen. Fehlanzeige – im Rathaus schlägt man Ihnen die Tür vor der Nase zu. Haushaltspläne der öffentlichen Hand waren damals streng vertraulich und nicht für die Öffentlichkeit bestimmt. Willkür und Heimlichtuerei von Behörden waren ein Grund dafür, dass 1949 der Bund der Steuerzahler gegründet wurde.

Da ein Schwerpunkt unserer Arbeit bei den Haushaltsanalysen der Kommunen lag, wurde um den Einblick in Haushaltspläne, Haushaltsberechnungen oder Berichte der rechnungsprüfenden Behörden hart gerungen.

Mit Erfolg. Heute sind öffentliche Haushaltspläne selbstverständlich. Doch Antworten auf Fragen wie „Welche Sportvereine werden von Sparmaßnahmen meiner Kommune betroffen sein“ oder „Wird die neue Straße an meinem Grundstück vorbeigeführt?“ waren vor knapp 20 Jahren in Nordrhein-Westfalen nicht so einfach zu bekommen. Auch damals galt noch: Behördliche Informationen sind grundsätzlich nicht öffentlich. Zu einer wegweisenden Veränderung für die Bürger kam es erst, als 2002 das Informationsfreiheitsgesetz in Nordrhein-Westfalen wirksam wurde, das der Bund der Steuerzahler NRW zuvor immer wieder gefordert hatte. Seitdem können Bürger auf Antrag Einsicht in Akten und Dokumente nehmen.

Doch was einfach und gut klingt, ist in der Realität oft umständlich und teuer. Anträge müssen schriftlich gestellt werden, Antworten können einen Monat auf sich warten lassen und sogar Gebühren kosten. Und das angebliche Recht auf freien Zugang zu Informationen wird allzu oft durch andere Bestimmungen überlagert. Schon wenige Monate nachdem das Informationsfreiheitsgesetz in Kraft getreten war, unterstützte der BdSt NRW eine Reihe von Rechtsstreitigkeiten im Zusammenhang mit dem Informationsfreiheitsgesetz. Hamburg hat als erstes Bundesland das Amtsgeheimnis abgeschafft und damit Maßstäbe für Transparenz gesetzt. Seit dem 1. Oktober 2014 ist dort ein Transparenzportal online, auf dem jeder kostenlos im Internet Einblick nehmen kann in Senatsbeschlüsse, Verträge, Gutachten, Studien oder wesentliche Unternehmensdaten städtischer Beteiligungen. Die gesamte Verwaltung der Freien und Hansestadt ist verpflichtet, die vom Gesetz vorgeschriebenen Informationen von sich aus zu veröffentlichen. Und die Bürger in NRW? Ihnen hatte die damalige rot-grüne Landesregierung im Koalitionsvertrag ebenfalls ein Transparenzgesetz versprochen, doch weder mit der alten noch mit der neuen Landesregierung ist ein Transparenzgesetz in greifbare Nähe gerückt.

Der Bund der Steuerzahler NRW hat 2013 mit Mehr Demokratie NRW, dem Naturschutzbund NRW und Transparency International Deutschland eine Kampagne für ein solches Transparenzgesetz in NRW auf den Weg gebracht. Das Bündnis hat einen Entwurf für ein Transparenzgesetz erarbeitet und 2014 dem Landtag überreicht. Ziel der Initiative ist es, dass Landes- und Kommunalbehörden verpflichtet werden, wichtige Daten wie Verträge zur Daseinsvorsorge, Gutachten, Statistiken und Verwaltungsvorschriften im Internet kostenlos für alle Bürger zugänglich zu machen. Letztlich haben die Bürger die Erhebung von Daten mit ihrem Steuergeld finanziert. Warum sollte man ihnen den Zugang nicht so einfach wie möglich machen? Zumal die Bürger immer häufiger bei politischen Entscheidungen mitwirken wollen. Sei es bei Planungen zur Privatisierung von Stadtwerken, sei es bei der Schließung von Schulen oder Schwimmbädern – wann immer sich Bürger in politische Prozesse einmischen, müssen sie unkompliziert und schnell Zugang zu allen Informationen haben, die für ihre Meinungsbildung relevant sein könnten.

Auch beim Thema Korruption ruhen auf einem Transparenzgesetz große Hoffnungen. Denn nichts ist für kriminelle Elemente unangenehmer als öffentliche Kontrolle. Das gilt auch für Steuerververschwendung, für die es immer noch keine wirksame Strafe gibt. Ein Transparenzgesetz würde außerdem die Akzeptanz von Verwaltungsentscheidungen erhöhen und auch die Arbeit von Journalisten erleichtern. Bremen und Rheinland-Pfalz sind mittlerweile dem guten Beispiel Hamburgs gefolgt und haben Transparenzgesetze verabschiedet. Bayern, Sachsen und Niedersachsen hingegen haben bis heute noch nicht einmal Informationsfreiheitsgesetze.

Auch ist die Qualität der Informationsfreiheitsgesetze in den Bundesländern sehr unterschiedlich, wie der Verein „Mehr Demokratie“ bei einer Untersuchung 2017 festgestellt hat. Und immer noch kämpfen Bürger, Journalisten und auch der Bund der Steuerzahler um Auskünfte bei Behörden vor Gericht, obwohl Gerichte immer häufiger signalisieren: Transparenz hat Vorfahrt vor dem Amtsgeheimnis. Es sollte Schluss sein mit der Verschwendung von Zeit, Energie und Steuergeld beim jahrelangen Prozessieren um Auskünfte. Was fehlt, ist eine klare gesetzliche und einheitliche Regelung in allen Bundesländern.

Mehr Durchblick für die Bürger – in den vergangenen 70 Jahren hat der Bund der Steuerzahler in Sachen Transparenz viel bewegt und er wird sich auch in Zukunft für einen Paradigmenwechsel einsetzen, bei dem aus der Holschuld der Bürger eine Bringschuld der Behörden wird. ^{AD}



Bündnis übergibt Entwurf für ein Transparenzgesetz an die damalige Landtagspräsidentin Carina Gödecke am 19.2.2014



Bündnis übergibt Entwurf für ein Transparenzgesetz an die damalige Landtagspräsidentin Carina Gödecke und Landtagsabgeordnete am 19.2.2014



Heinz Wirz mit Bündnispartnern im NRW-Landtag bei der Veranstaltung „Open NRW“. (Es ging um Transparenz, Open Data, E-Government usw.)



Heinz Wirz mit Bündnispartnern von Mehr Demokratie NRW und Transparency Deutschland bei der Vorstellung des Bündnisses und der Kampagne „NRW blickt durch“ vor der Landespressekonferenz am 18.4.2013



Interfraktionelles Treffen bei uns in der Geschäftsstelle zum Transparenzgesetz NRW.

Tour de Hessen

Auf den Marktplätzen präsent



Mit seiner Kampagne „Grundsteuer deckeln!“ traf der BdSt Hessen 2016 den Nerv der Zeit, wie der Andrang am Tour-Stand beim Auftakt in Wiesbaden zeigte.

Nicht nur in Frankreich rollt alljährlich eine Tour, auch in Hessen macht sich der BdSt regelmäßig auf den Weg, um für die Interessen der Steuerzahler zu kämpfen. Mit Informations-Ständen überall im Land geht der Verband immer dann auf die Straße, wenn Themen oder Ziele besonders erklärungsbedürftig sind. Im persönlichen Gespräch mit Bürgern und umfangreichem Informationsmaterial lassen sich Themen wie die Schuldenbremse oder die Grundsteuer am besten erläutern.

Bereits Mitte der 1990er Jahre zog es den BdSt nach draußen: Schon damals ging es um die sich immer weiter verschärfende Verschuldung des Landes und der hessischen Kommunen. 2004 startete der BdSt Hessen dann seine große „Schuldentour“ und besuchte mit seinem Informationsstand innerhalb eines Monats alle 21 hessischen Kreisstädte und die fünf kreisfreien Städte. Ziel war es, auf die dramatische Situation der meisten öffentlichen Haushalte aufmerksam zu machen. Bei Bürgern und Politikern sollte das Bewusstsein dafür geschaffen werden, dass der Weg in immer höhere Staatsverschuldung kurzfristig ist und kommenden Generationen massiven Schaden zufügt. Im Mittelpunkt der Informationsstände stand eine mobile Schul-

denuhr. Sie zeigte an allen Standorten abwechselnd sekundengenau die Gesamtverschuldung der öffentlichen Haushalte in Deutschland, die Verschuldung Hessens und die der an diesem Tag besuchten Stadt. Den Stand betreten jeweils zwei Fachreferenten des hessischen Steuerzahlerbunds, die mit Bürgern, Journalisten und Kommunalpolitikern ins Gespräch kamen. Die Passanten konnten auf der Schuldenuhr genau beobachten, wie sich die Schulden sekundlich erhöhten. Lebhaftige Gespräche waren die Folge. Der BdSt Hessen warb dafür, alle staatlichen Aufgaben auf den Prüfstand zu stellen. Auf viele freiwillige Leistungen könnte verzichtet werden und auch bei der Kooperation mit Nachbarkommunen ließe sich Geld sparen. Die große Mehrheit der Bürger unterstützte die Forderungen des BdSt und war der Meinung, dass in der Politik ein Umdenken zu mehr Sparsamkeit einsetzen muss. Überwältigend war auch die Medienresonanz: Alle bedeutenden Lokalzeitungen nutzten die Gelegenheit zur symbolträchtigen Uhrzeit „5 vor 12“ an den Stand zu kommen, um mit den BdSt-Mitarbeitern zu diskutieren. Auch durch zusätzlich versendete Pressemitteilungen nahm die Berichterstattung über die Schuldentour im ganzen Land breiten Raum ein. Ein Radiosender kündigte sogar täglich den ak-

tuellen Standort als Veranstaltungshinweis an. Zudem wurden zahlreiche Radio- und Fernsehinterviews geführt und etliche Kommunalpolitiker schauten vorbei. 2009 sollte dieser Erfolg wiederholt werden, diesmal lag der Fokus auf der Landespolitik, denn die Lage Hessens hatte sich durch die Finanzkrise zugespitzt: Die Schuldenzunahme des Landes hatte eine Dynamik erreicht, die zuvor niemand für möglich gehalten hätte. Die Folge war eine Rekordverschuldung von fast 2,7 Milliarden Euro im Landeshaushalt 2009. Für den BdSt Hessen war die dramatische Entwicklung Anlass, erneut mit der mobilen Schuldenuhr quer durch Hessen zu touren, um auf die Probleme aufmerksam zu machen und Lösungsansätze aufzuzeigen. Auf den Stationen in den sechs großen hessischen Städten warb der Verband letztlich erfolgreich dafür, dass die von der Regierungskoalition geplante Verankerung einer wirksamen Schuldenbremse in der Landesverfassung tatsächlich realisiert wurde.

Als sich 2015 und 2016 in Hessen eine kommunale Steuererhöhungsspirale entwickelte, reagierte der BdSt Hessen mit der Forderung nach einem Grundsteuer-Deckel, einer Obergrenze für den Hebesatz der Grundsteuer B bei 600 Prozent. Um auf seine For-



Startschuss zur Schuldentour 2009 in Wiesbaden: Der damalige Vorsitzende des BdSt Hessen, Ulrich Fried, im Fernsehinterview vor der mobilen Schuldenuhr.

derung aufmerksam zu machen, startete der Verband im Sommer 2016 seine Grundsteuer-Tour und besuchte besonders von der Steuererhöhungsspirale betroffene Städte und Gemeinden mit einem Informationsstand. Dort steuerte der Verband Fußgängerzonen an, um mit den Bürgern ins Gespräch zu kommen. Die rot gewandeten BdSt-Vertreter fielen samt dem im Kampagnendesign gestalteten Pavillon und entsprechenden Werbematerialien überall sofort auf. In zahlreichen Gesprächen mit Bürgern zeigte sich, dass die Allermeisten für das Thema empfänglich sind. Der Zuspruch war stets groß, viele sagten ihre Unterstützung zu. Kein Wunder, schließlich hatte sich die Belastungssituation in den vergangenen Jahren dramatisch zugespitzt. Außer mit Passanten kamen die Mitarbeiter des BdSt Hessen immer wieder auch mit Medienvertretern und Kommunalpolitikern ins Gespräch. Mit seiner Tour hatte der BdSt Hessen ein erstes Etappenziel erreicht: Aufmerksamkeit und Sensibilität für das Thema wurden geweckt. Davon zeugen auch die vielen Berichte in regionalen und überregionalen Medien. Dass der Grundsteuer-Deckel später im Landtag beraten wurde, geht sicherlich auch auf die Tour zurück. Die Stand-Touren sind also ein Erfolgsmodell, für das sich der Einsatz lohnt. *MV*

Die BdSt-Referenten Hartmut Schaad (links) und Clemens Knobloch erklärten bei der Schuldentour 2009 mithilfe einer mobilen Schuldenuhr, wie hoch die Verbindlichkeiten in der jeweiligen Stadt waren.



Als der BdSt Hessen im Sommer 2016 mit seiner Grundsteuer-Tour in Offenbach gastierte, informierte sich auch Stadtkämmerer Peter Freier (rechts) über die Lösungsvorschläge des Verbandes.



Mitglieder Siegfried und Walburga Bergthal

... und die Sterne funkeln wieder

Neulich hat Siegfried Bergthal (55) wieder Rottweil bei Nacht fotografiert. „Es sah deutlich anders aus als früher.“ Bergthals erfreuliches Fazit. An Rottweil bei Nacht hatte er sich schon lange nicht mehr gewagt. Denn zwischen Sonnenuntergang und Sonnenaufgang war ihm die älteste Stadt Baden-Württembergs mit ihren rund 25.000 Einwohnern einfach zu hell. Die Helligkeit der Sterne, ja, die hätte er gern gesehen. Doch in der Flut künstlicher Beleuchtung ging sie unter. Siegfried Bergthal ist einer der 25.000 – und unter ihnen bekannt für sein Engagement gegen die „Lichtverschmutzung“, die negative Folgen nicht nur für Tiere wie zum Beispiel Zugvögel habe, sondern auch für die Gesundheit der Menschen aus Rottweil.

Siegfried Bergthal, den Leser zum Beispiel aus dem „Schwarzwälder Boten“ kennen, kann inzwischen aufatmen: Die auf LED umgestellten Straßenlaternen seien abgeschirmt worden. Über Rottweil sieht man wieder die Sterne funkeln. Die neuen Nacht-Fotos können Besucher der nächsten Astro-Messe am 14. September 2019 auf dem Messegelände Schweningen bewundern. Jedes Jahr organisieren Siegfried und seine Frau Walburga (64) die Messe mit rund 80 Ausstellern. Walburga und Siegfried

Bergthal sind Mitmach-Bürger. Fröhlich im Gespräch und ernsthaft bei der Sache.

Siegfried Bergthal wurde 1964 in Rottweil geboren. Schon mit 24 Jahren, zu Studen-tenzeiten, wurde er Mitglied beim Bund der Steuerzahler Baden-Württemberg. Mit ungebrochener Begeisterung mailt Siegfried Bergthal uns die Antwort des Landesverbandes aus Stuttgart auf seine damalige Interessensbekundung nach einer Mitgliedschaft. Das war 1988.

Heute, nach drei Jahrzehnten, betont Walburga Bergthal: „Wir schätzen sehr, dass Ihr Verein jedes Jahr das Schwarzbuch herausgibt. Damit ist die Politik gefordert, die Verschwendungssucht zu begründen.“ Auch die automatische Diätenerhöhung und das Warten auf die fällige Soli-Abschaffung ärgern sie. Konkret loben die Bergthals die Expertise ihres Landesverbands. Nicht nur bei geschäftlichen Belangen rund um ihre Astronomie-Messe, sondern auch bei kniffligen Steuerfragen hätten die Kollegen verlässliche Informationen geliefert. „Alles hat Hand und Fuß, man kann sich voll und ganz darauf verlassen.“ Das Paar ist sich sicher: „Der Einzelne kann nichts erreichen – eine Gemeinschaft wie der Bund der Steuerzahler schon. Wir brauchen dieses

Sprachrohr, sonst werden wir als Steuerzahler sprachlos.“

Siegfried Bergthal studierte Feinwerktechnik in Furtwangen und Betriebswirtschaftslehre in Stuttgart. Bei einem Job in der metallverarbeitenden Industrie, bei FESTO, lernte er Walburga aus Filderstadt, eine Bankkauffrau, kennen. „Sie hat mein Hobby übernommen“, sagt Siegfried Bergthal lächelnd. Die Leidenschaft für Astronomie. Und die Leidenschaft fürs Reisen. Unser Foto zeigt die Bergthals auf ihrer Reise an den Arizona-Krater, USA 2017.

Alle Bilder, die das Ehepaar Bergthal uns schickte, zeigen die beiden Arm in Arm. Sie strahlen um die Wette. Vor allem nach ihrer Chile-Reise. Gerade sind Walburga und Siegfried Bergthal zurück aus La Serena, von dort, wo sie die totale Sonnenfinsternis erlebt haben, wie das Foto rechts unten zeigt. Sie erzählen von Menschen aus Deutschland, die sie bei diesen Anlässen rund um den Globus immer wieder treffen, von neuen Begegnungen mit Menschen aus Amerika. „Wir sind wie eine Familie!“ Für alle Mitglieder dieser Familie kam es in La Serena auf ungefähr zwei Minuten an. Dann nahm Siegfried Bergthal seine Kamera zur Hand. HF





Joachim Holz, diegestalten.com

Die „rollende Plakatwand“

Die Protest-Linie „MIR REICHT'S“

Zum Jahreswechsel 2002/2003 waren die finanzpolitischen Zeichen der rot-grünen Bundesregierung wenig rosig. Es herrschte ein Reformstau, die Neuverschuldung sollte weiter anwachsen. Zugleich sollte die Steuer- und Abgabenlast unter dem Deckmantel des Abbaus von Steuervergünstigungen massiv steigen. Der Bund der Steuerzahler setzte sich für einen grundlegenden Wandel in der Finanz- und Haushaltspolitik des Bundes ein. Er war überzeugt: Höhere Steuern und Sozialbeiträge sind kontraproduktiv für Wirtschaftswachstum und Beschäftigung. Die Neuverschuldung ist der falsche Weg, Einsparungen im Bundeshaushalt notwendig.

So startete der Bund der Steuerzahler zu Beginn des Jahres 2003 die Steuerzahlerprotestlinie „MIR REICHT'S“. Die Busse fuhren für einige Wochen durchs politische Berlin und luden Passanten ein, mitzufahren. Auch TV-Teams und Journalisten machten mit der roten Protest-Linie eine Tour durch Berlin und kamen währenddessen mit Vertretern des Bundes der Steuerzahler ins Gespräch über notwendige Reformen im Bereich der Steuer- und Finanzpolitik. Während der Aktion und dem steigenden Bekanntheitsgrad kamen immer mehr Bürger, um den Protest des BdSt zu unterstützen und mit „der rollenden Plakatwand“ zu fahren.

Zu Jahresbeginn fand auch die Anhörung im Finanzausschuss zum „Steuervergünstigungsabbaugesetz“ statt. In dieser Anhö-

rung legte der Bund der Steuerzahler den Abgeordneten dar, dass das Gesetz in dieser Form nicht in Kraft treten dürfe, denn es beinhaltet massive Steuererhöhungen für Bürger und Betriebe. Für den Weg zur Anhörung nahmen die Vertreter des BdSt den roten Protestbus und schafften es so, dass die Aktion des BdSt auch auf den Fluren des Bundestages diskutiert wurde. Parallel startete der BdSt eine Unterschriftensammlung, mit der Bürger und Betriebe die Abgeordneten des Bundestages aufforderten, gegen Steuer- und Abgabenerhöhungen zu stimmen und Einsparungen im Bundeshaushalt zu verlangen. Auch reichten Mitglieder und Unterstützer Protestkarten bei den Staatskanzleien der Bundesländer ein. Mit Erfolg: Im März des Jahres 2003 stoppte der Bundesrat das sogenannte „Steuervergünstigungsabbaugesetz“.

Auch den Vorschlag des damaligen Bundeswirtschaftsministers Wolfgang Clement (SPD), die Neuverschuldung zu erhöhen, lehnte der BdSt ab. Mit Erfolg, denn Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) und Finanzminister Hans Eichel (SPD) lehnten eine Erhöhung der Neuverschuldung ebenfalls ab. Auch die Idee, die Mehrwertsteuer um zwei Prozentpunkte anzuheben, um bei den Sozialversicherungsbeiträgen einen Freibetrag einzuführen, wehrte der BdSt erfolgreich ab. Rückblickend lässt sich resümieren, der Protest des Bundes der Steuerzahler war richtig und hat sich gelohnt. Steuererhöhungen konnten verhindert werden, notwendige Reformen wurden eingeleitet. JB

„Steuererhöhungen sind der derzeitigen konjunkturellen Situation ökonomisch unsinnig.“ Das sagte Kanzler Gerhard Schröder 2002 unmittelbar vor der Bundestagswahl. Nach der Wahl wollte er Steuererhöhungen. Ein großes Plakat in der Nähe des Potsdamer Platzes in Berlin erinnerte an seine Worte und forderte Gerhard Schröder auf, Wort zu halten.



Den Protest-Bus gab es auch für den Schreibtisch. Als Miniaturmodell war die rollende Plakatwand sehr beliebt und ziert noch heute einige Büros.



Ausgezeichnete Medienarbeit

NGO Award geht an BdSt

Im Rahmen der 10. Internationalen Agenda Setting Konferenz in Zürich wurde dem Bund der Steuerzahler erstmals der NGO Award verliehen. Mit dem NGO Award 2009 wurde die herausragende Presse- und Öffentlichkeitsarbeit des Bundes der Steuerzahler in der Kategorie NGO (Nichtregierungsorganisation) ausgezeichnet.

Den ersten Platz im Ranking und damit den NGO Award 2009 konnte sich der Bund der Steuerzahler durch eine kontinuierliche, umfangreiche, präzise und ausgewogene Presse- und Öffentlichkeitsarbeit vor zahlreichen konkurrierenden NGOs sichern. Mit dem zweiten Platz wurde die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit des Erzbistums München und Freising, mit dem Dritten die Deutsche Bischofskonferenz, die EKD und der Zentralrat der Juden ausgezeichnet. Verliehen wurde der Preis von Media Tenor, einem Medienforschungsinstitut, das sich auf Medienanalysen konzentriert. Media Tenor verleiht den NGO Award, um die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit von Nichtregierungsorganisationen (NGOs) auszuzeichnen, die in einer sich wandelnden Medienlandschaft ihre Ziele und Positionen der Öffentlichkeit näherbringen.

Die Jury war der Meinung, dass die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit des Bundes der Steuerzahler überdurchschnittlich erfolgreich war und sich der Bund der Steuerzahler dadurch von den anderen Organisationen abhebt. Auch im Rahmen der Finanz- und Wirtschaftskrise konnte der BdSt seine Presse- und Öffentlichkeitsarbeit ausbauen. Weiterhin zeichnet sich die Medienberichterstattung des Bundes der Steuerzahler nach Auffassung der Jury inhaltlich dadurch aus, dass die Positionen des Verbandes konstruktiv und zukunftsgerichtet zum Wohle der Gesellschaft und der Steuerzahler sind. Diese konsequente Ausrichtung des Ver-

bandes spiegelt sich so in der Bewertung Dritter wider. Selbst bei konträren Positionen gestehen neutrale Beobachter in der Medienberichterstattung dem Bund der Steuerzahler Kompetenz und Autorität zu. Die Auszeichnung mit dem NGO Award 2009 ist für den Bund der Steuerzahler eine Bestätigung für seine gute handwerkliche Pressearbeit und zugleich Motivation für eine weiterhin erfolgreiche Medienarbeit. JB



Der iF Design Award

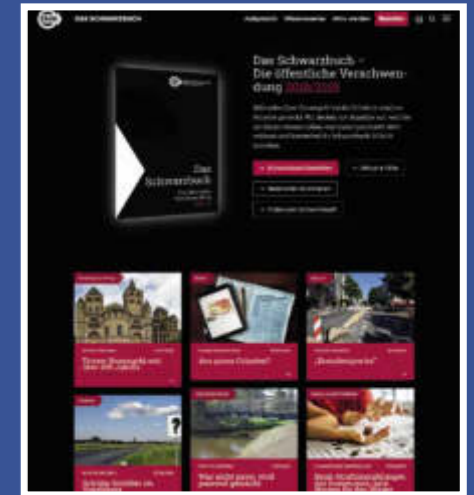
Designpreis für schwarzbuch.de

Für das neue Design der Internetseite www.schwarzbuch.de wurde 2018 gemeinsam mit dem Bund der Steuerzahler die Digitalagentur der GRÜN Software AG mit einem iF Design Award ausgezeichnet.

Die Webseite präsentiert und diskutiert Verschwendungsbeispiele, Absurditäten im Umgang mit Steuergeld sowie Lösungsvorschläge. Um diese Plattform für den Kampf gegen die Verschwendung von Steuergeldern auszubauen, wurde die Agentur mit einem Relaunch beauftragt. Ergebnis: die Webseite www.schwarzbuch.de wurde nicht nur neu designt, sondern noch besser auf die Besucher zugeschnitten. Dank der

digitalen Innovation konnten die Besucherzahlen der Internetseite gesteigert und noch mehr Menschen für das Thema Steuergeldverschwendung sensibilisiert werden.

Der iF DESIGN AWARD wird einmal im Jahr von Deutschlands ältester unabhängiger Designinstitution, der iF International Forum Design GmbH in Hannover, vergeben. Das Schwarzbuch konnte die 63-köpfige internationale Expertenjury überzeugen. Die Zahl der Bewerber war groß: Die Juroren hatten unter 6.400 Einreichungen aus 54 Ländern das begehrte Gütesiegel zu vergeben. JB



Ausgezeichnete Pressearbeit

Jahressieger: beste Kommunikation



Der Bund der Steuerzahler ist von der Dr. Doebelin Gesellschaft für Wirtschaftskommunikation für seine Pressearbeit ausgezeichnet worden. 51 Prozent der 330 Journalisten, die an einer Umfrage des Instituts teilgenommen haben, meinten, der Bund der Steuerzahler betreibe gute

Pressearbeit, habe ein professionelles Verständnis von Pressearbeit und erwecke deshalb Aufmerksamkeit in den Wirtschaftsredaktionen.

Damit konnte der Bund der Steuerzahler seine gute Platzierung der Vorjahre sogar ausbauen und landete unter insgesamt unter 23 Wirtschafts- und Berufsverbänden auf dem ersten Platz – vor dem Verband der Automobilindustrie, dem Bundesverband der Deutschen Industrie und dem Deutschen Industrie- und Handelskammertag.

Ein weiteres erfreuliches Ergebnis konnte der Bund der Steuerzahler in einer weiteren Kategorie erzielen: Zur Nützlichkeit des Internet-Angebotes der Verbände befragt,

konnten nur die Websites des Verbandes der Automobilindustrie und des Deutschen Industrie- und Handelskammertages besser abschneiden. Damit wird deutlich, dass das Informationsangebot unter www.steu-erzahler.de von den Wirtschaftsjournalisten gern und häufig im Zuge ihrer Recherchen genutzt wird. JB



BdSt Schleswig-Holstein

Rote Karte für Steuererhöhungen

Am 13. Juni 2006 überreicht der damalige Präsident des Bundes der Steuerzahler Schleswig-Holstein, Dr. Hartmut Borchert vor dem Gästehaus der Landesregierung in Kiel die symbolische Rote Karte für Steuererhöhungen an den seinerzeitigen Ministerpräsidenten von Schleswig-Holstein, Peter Harry Carstensen (CDU). Im Hintergrund steht ein fahrbares Großplakat, mit dem unsere Kampagne unterstützt wurde. Die Aktion findet großes Interesse bei den Medien. Alle Radio- und Fernsehstationen sowie die Zeitungen im Lande berichten über die öffentlichkeitswirksame Aktion.

Parallel finden in allen Landeshauptstädten ähnliche Aktionen statt. Die Protestmobile kreisen durch die Innenstädte und sprechen den jeweiligen Ministerpräsidenten explizit an. In zahlreichen Fußgängerzonen werden Unterschriften gegen die geplante Steuererhöhung gesammelt. Im Anschluss beginnt die große Sternfahrt. Aus allen Landeshauptstädten fahren die Wagen mit den Großplakaten nach Berlin.

Als am 16. Juni 2006 die Abstimmung über die Steuererhöhung im Bundesrat ansteht, ist der Bund der Steuerzahler mit einer Protestwagen-Kolonne präsent. Unsere Kampagnenmobile kreisen durch das Berliner Regierungsviertel. Der Hessische Ministerpräsident, Roland Koch, kommt nicht umhin, in seiner Bundesratsrede die BdSt-Protestaktion ausdrücklich zu erwähnen.

Zum Hintergrund: Die am 22. November 2005 gebildete Große Koalition in Berlin zwischen CDU und SPD mit der Bundeskanzlerin Angela Merkel hatte sich vorgenommen, die große Parlamentsmehrheit auch für unpopuläre Maßnahmen zu nutzen. Unter anderem wollte man die Haushaltsdefizite eindämmen, um die Staatsverschuldung nicht weiter ansteigen zu lassen. Doch statt den Bundeshaushalt auf der Ausgabe Seite durch konsequente Einsparbemühungen zu sanieren, einigte man sich auf massive Steuererhöhungen. Bestärkt wurden diese Pläne noch durch eine schlechter als erwartet ausfallende Steuerschätzung im März 2006.



Rote Karte: Eine solche Rote Karte für Steuererhöhungen erhielt nicht nur Peter Harry Carstensen, damaliger Ministerpräsident aus Schleswig-Holstein, sondern auch alle weiteren Ministerpräsidenten in Deutschland.

Größter Brocken war die Anhebung der Umsatzsteuer: Sie sollte von 16 auf 19 Prozent steigen. Im Gegenzug war eine Entlastung bei den Lohnnebenkosten durch sinkende Arbeitslosenbeiträge vorgesehen. Der Bund der Steuerzahler rechnete schnell aus, dass es sich bei dieser Steueranhebung um den größten Belastungsanstieg seit 1949 handelte und organisierte Protest. Wir konnten belegen, dass ein Steueranstieg in

diesem Umfang gar nicht notwendig ist. Denn konjunkturbedingt stiegen die Staatseinnahmen stärker als erwartet. Und entgegen der Politiker-Behauptungen gab es durchaus erhebliche Einsparpotentiale in den öffentlichen Haushalten. Mit diesen Argumenten konnten wir allein in Schleswig-Holstein über 14.000 Unterschriften gegen den beispiellosen Belastungsanstieg sammeln.

Höhepunkt der Aktion war die Überreichung von symbolischen „Roten Karten“ an die Ministerpräsidenten. Denn die Mehrheit der Großen Koalition im Bundesrat war so gewaltig, dass die Regierungspläne hier problemlos durchgingen. Die Verhältnisse im Bundesrat waren anders: Deshalb hofften wir hier auf Einsicht und mehr Vernunft. Doch leider vergeblich: Zwar nahm Peter Harry Carstensen die Rote Karte verständnisvoll entgegen, erklärte aber gleichzeitig, für die Steuererhöhung stimmen zu wollen. Und so kam es zu dem Belastungsanstieg für alle Bürger.

Dennoch war unsere Kampagne erfolgreich! Denn im weiteren Verlauf der Legislaturperiode zeigte sich, dass unsere Vorhersagen richtig waren. Die Steuern stiegen stärker als behauptet. Und so wurden weitere Pläne zur Anhebung der Unternehmens- und Einkommensteuer wieder gekippt. Der öffentliche Protest war zu groß geworden. Und aus den umfangreichen Diskussionen in der Bevölkerung und in den Medien entwickelte sich die Schuldenbremse im Grundgesetz. In wirtschaftlichen Normallagen dürfen Bund und Länder jetzt keine Schulden zur Finanzierung der öffentlichen Ausgaben mehr aufnehmen. Die Kampagne mit großer Unterstützung unserer Mitglieder und vieler weiterer Bürger in Deutschland hat sich also gelohnt! rk



Ulrich Fried, Vorsitzender des BdSt Hessen, im April 2006 mit dem damaligen FDP-Fraktionschef im Hessischen Landtag und späteren stellvertretenden Ministerpräsidenten, Jörg-Uwe Hahn.



Am 13. Juli 2006 stand das Protestmobil vor der Hessischen Staatskanzlei und forderte den damaligen Ministerpräsidenten Roland Koch auf, gegen die Steuererhöhungen zu stimmen. Vor dem Wagen sind die hessischen BdSt-Referenten Clemens Knobloch, Hartmut Schaad und Martin Frömel zu sehen.

BdSt Bund der Steuerzahler
www.steuerzahler.de

Rote Karte für die Steuererhöhung!

Herr Carstensen, stimmen Sie gegen die Erhöhung der Mehrwertsteuer!

BdSt Sachsen-Anhalt

Dicke Bretter sind zu bohren

Seit 30 Jahren beschäftigt sich der Bund der Steuerzahler Sachsen-Anhalt e. V. mit den öffentlichen Finanzen, Gebühren, Beiträgen und Abgaben im Lande, deckt öffentliche Verschwendung auf, macht sie publik und fordert bei Politik und Verwaltung eine wirtschaftliche und sparsame Verwendung von Steuergeldern ein.

Als der Verband im Dezember 1990 in Magdeburg gegründet wurde, war das Land Sachsen-Anhalt gerade mal drei Monate alt und die Arbeitsthemen lagen buchstäblich auf der Straße. Personen, Firmen, ja sogar Politiker und Angehörige aus den unterschiedlichsten Verwaltungsebenen unterstützten mit einer Mitgliedschaft den Bund der Steuerzahler. Es herrschte Aufbruchstimmung. Aber es gab auch die Schattenseite: Viele „Neu- und Alt“-Politiker, ob nun aus persönlichem Geltungsbedürfnis heraus oder auch im „Namen der deutschen Einheit“ leisteten der Geldverschwendung Vorschub. Bereits 1992 brachte der Verband die Broschüre „Solide Finanzpolitik noch nicht in Sicht“ heraus und nahm Stellung zum Haushaltsplanentwurf 1992 und zur mittelfristigen Finanzplanung 1991-1995 des Landes Sachsen-Anhalt. Das Fazit: Das Land gibt für seine Größe zu viel aus. Viel zu hohe Kosten für Bürokratie, Verschwendung und teure Verwaltungsstrukturen legten den Grundstein für einen heute noch gigantischen Schuldenberg. Für den Verband war deshalb folgerichtig, den Fokus auf diese Bereiche der öffentlichen Finanzwirtschaft zu legen. In regelmäßigen Abständen wurden und werden Haushaltspläne des Landes oder auch von Kommunen analysiert, Einsparvorschläge gemacht und Politik und Verwaltung aller Ebenen zu Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit ermahnt. Mit Aktionen wie „Wo gespart werden kann“ oder „Ausgabenbremse“ übt der Verband nicht nur Kritik, sondern macht auch eigene konstruktive Vorschläge.

Mit der allerersten Schuldenuhr und deren „feierlichen Übergabe“ an Finanzminister Wolfgang Schäfer 1996 wurde dann auch mit dem Slogan: „Kinder haften für ihre Eltern.“ auf die verheerenden Folgen einer ausufernden Schuldenpolitik öffentlich aufmerksam gemacht. Im Jahr 2012 blieb dann die Landes-Schuldenuhr bei einem Wert von rund 20,8 Milliarden Euro stehen. Ab 2014 läuft diese rückwärts. Das Land baut, wenn auch nur in kleinen Schritten, den Schuldenberg ab. Es waren dicke Bretter zu bohren! Für die Kommunen vergab der Verband für deren ausuferndes Schuldenmachen „Goldene“, „Silberne“ oder „Bronzene“ Schuldenberge.

Die hochverschuldete Gemeinde Sietzsch bekam als erste Gemeinde in Sachsen-Anhalt diese unrühmliche Auszeichnung. Dass es auch anders geht, zeigte die Stadt Kroppenstedt. Sie wurde vom Verband als erste „Schuldenfreie Kommune“ 2003 geehrt.

Ebenfalls öffentlich wirkungsvoll war die Aktion: Rote Karte „Sparen statt Schröpfen“. Diese wurde vor allem Politikern gezeigt, die sich öffentlich für die Einführung neuer zumeist kommunaler Bagattellsteuern einsetzten. Die Einführung solcher unsinniger Steuern wie: eine 40%ige Gewinnabgabe auf westdeutsche Unternehmen, Pferdesteuer oder Bettensteuer konnten damit verhindert werden. Bei Anhörungen oder Stellungnahmen zu Gesetzentwürfen war und ist der Verband ein gefragter Partner, ob zur „Novellierung des Kommunalabgabengesetzes“, bei der „Fraktionskostenfinanzierung“ oder zur „Abschaffung der Straßenausbaubeiträge“, der Verband brachte sein Fachwissen stets im Sinne der Steuerzahler ein. Das öffentliche Anprangern von Verschwendungsfällen, ob im jährlichen Schwarzbuch oder in den traditionellen und digitalen Medien, war und ist Satzungsaufgabe und Haupttagungsfeld des Verbandes. In besonders krassen Fällen von Fehlverhalten der öffentlichen Hand hat der Verband dieses bei der Staatsanwaltschaft zur Anzeige gebracht.

Fachvorträge und die Mitgliederzeitschrift Sachsen-Anhalt Report in DER STEUERZAHLER stellten ein wichtiges Bindeglied zur Mitgliedschaft dar. Seit mehr als 25 Jahren berichtet der Sachsen-Anhalt Report über die Arbeit im Verband, prangert Steuergeldverschwendungsfälle an und informiert über seine Erfolge. In ihm kommen ausführlich die Mitglieder zu Wort. Nicht zuletzt sind die Sachinformationen zu Steuern, Gebühren und Beiträgen für die Mitglieder sehr hilfreich und werden gern genutzt.

Als sach- und fachkundiger Partner hat er sich bei allen gesellschaftlichen Kräften, in Politik und Verwaltung im Lande Respekt und Anerkennung erarbeitet. Auch bei den regelmäßigen Treffen mit dem „natürlichen Verbündeten“, dem Landesrechnungshof, mit Vertretern anderer Vereine und Verbände oder zu öffentlichen Vortragsveranstaltungen kommt der Verband seinem Satzungsauftrag nach: Nämlich Mahner und Kritiker beim Umgang mit öffentlichen Geldern zu sein. Und das unabhängig, parteipolitisch neutral und nur den Prinzipien von Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit verpflichtet. Auch im kommenden Jahrzehnt. HE



Auf der Gründungsversammlung am 6. Dezember 1990 wurde der BdSt Sachsen-Anhalt e.V. im damaligen Interhotel in Magdeburg aus der Taufe gehoben.



Feierliche Übergabe der ersten Schuldenuhr an Landesfinanzminister Wolfgang Schäfer durch die Landesvorsitzende Helga Elschner.



Seit den frühen 90er Jahren sind Fachvorträge zu steuerrechtlichen und finanzpolitischen Themen Kernpunkte der Arbeit des Verbandes.



Gelebte „natürliche“ Bündnispartnerschaft. Die sachsen-anhaltische Delegation zusammen mit dem Landesrechnungshofpräsidenten Horst Schröder beim Steuerzahlerkongress in Berlin.



Gefragter Sach- und Fachverstand. Vorstand Ralf Seibicke als Dozent an der Fachhochschule Harz.



Seit 30 Jahren in Politik und Öffentlichkeit mit Aktionen präsent: z. B. „Sparen statt Schröpfen“: Wenn Politiker sich für neue Steuern einsetzen, zeigt der BdSt ihnen die Rote Karte.

Bund der Steuerzahler Bayern

Mit Kampfgeist für die Rechte der Steuerzahler

Die Landesverbände des Bundes der Steuerzahler vertreten die Interessen der Steuerzahler in den Bundesländern und Kommunen. Mit welchen Persönlichkeiten, Aktionen, Preisverleihungen und Veranstaltungen sie dabei die Themen der Steuerzahler vorantreiben, zeigen die chronologischen Highlights des Bundes der Steuerzahler Bayern auf:



Fass ohne Boden 1988



Aktion „Kinder haften für ihre Eltern“ 2013



Einweihung der Schuldenuhr 2008



Verleihung des Zukunftspreises 2007



Schuldenmobil in München 1997



Schuldenmobil in München 1997



Stopp-ESM-Demonstration am Stachus 2012



Steuerzahlerkongress BdSt Bayern 1983

1949 17.11.1949 Gründung des Bundes der Steuerzahler in Bayern e.V in München. Erster Präsident Dr. jur. Franz Wegener

1949 Bezug erstes Büro in der Briener Straße in München

1956 Präsident Dr. Johannes Köhler

1970 Umstrukturierung und Einführung von Regionalverbänden

1973 Präsident Dr. Christian Kopf

1976 Präsident RA Walter Jaensch

1979 Präsident Roland Danner

1979 Eröffnung der heutigen Geschäftsstelle in der Nymphenburger Straße

1995 Verleihung Sparlöwe an Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber

1988 Erste Verleihung des Fasses ohne Boden an Oberbürgermeister Dr. Peter Schönlein (Nürnberg) wegen Gewerbesteuererhöhung

1985 Verleihung Sparlöwen an: - Ministerpräsident Dr. h. c. Franz Josef Strauß - Dr. Hans Dietrich Barbier - Dr. Helmut Schulze-Borges

1983 Präsident Rolf von Hohenhau

1982 Erste Verleihung des bayerischen Sparlöwen: - Richard Wengenmeier - Rudolf Mühlfnzl - Oskar Hatz

1980 1. Steuerzahlerkongress in München unter der Schirmherrschaft von Ministerpräsident Dr. h. c. Franz Josef Strauß

1980 Präsident Dr. Helmut Dantz

1980 Dr. h. c. Paul Stefan wird zum Vorsitzenden des Verwaltungsrates gewählt

1996 Aktion zur Verkleinerung des Bayerischen Landtags

1997 Eröffnung Steuerzahlerbüro in Brüssel

1997 Verleihung Fass ohne Boden an den Oberbürgermeister Christian Ude (München) wegen Gewerbesteuererhöhung

1997 Verleihung des ersten Kreativpreises an Oberbürgermeister Willi Schmöllner (Passau)

1997 BdSt Schuldenmobil on Tour. Bayernweite Aktion zum Schuldenabbau

1998 Aktion Abschaffung Bayerischer Senat

2000 BdSt Bayern geht Online

2000 Erfolg: Abschaffung Bayerischer Senat

2010 Hans Podiuk wird zum Vorsitzenden des Verwaltungsrates gewählt

2008 29.02.2008 Einweihung Schuldenuhr des bayerischen Landesverbandes mit Finanzminister Erwin Huber; Schuldenuhr läuft von Beginn an rückwärts

2007 Verleihung Zukunftspreis für Schuldenstopp und Schuldenabbau an Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber und Finanzminister Prof. Dr. Kurt Faltlhauser

2006 Abholung Fass ohne Boden Oberbürgermeister Dr. Paul Wengert (Augsburg) wegen Gewerbesteuerensenkung

2003 Gründung Europäischer Wirtschaftssenat (EWS)

2003 Erfolg: Verkleinerung Landtag von 204 auf 180 Abgeordnete

2003 Verleihung Fass ohne Boden an den Oberbürgermeister Dr. Paul Wengert (Augsburg) wegen Gewerbesteuererhöhung

2002 Verleihung Sparlöwe an Oberbürgermeister Christian Ude

2010 Gründung der Bürgerallianz Bayern

2010 Verleihung Sparlöwe an Prof. Dr. h.c Paul Kirchhof für Steuerreformvorschläge und Entwurf einer neuen Steuergesetzgebung

2011 Aktion „Bundesbank – Holt unser Gold zurück!“

2012 Aktion gegen Zweitwohnungssteuer

2012 Verleihung Kreativpreis an Bundesminister Dr. Peter Ramsauer für Kosten- und Zeitrahmenunterschreitung beim Aus- und Neubau der A8 München-Augsburg

2012 BdSt Bayern on Tour „Stop ESM – Stoppt das Geldverbrennen“

2013 BdSt Bayern on Tour „Aktion Kinder haften für ihre Eltern – Schuldenstopp“

2013 Erfolg: Volksentscheid Schuldenstopp Bayern mit 88,6% angenommen

2018 Erfolg: Abschaffung Straßenausbaubeiträge in Bayern

2018 Verleihung Sparlöwe an Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker

2017 Erfolg: Bundesbank holt Goldreserven zurück nach Deutschland

2016 Verleihung Sparlöwe an Ministerpräsident Horst Seehofer

2016 Weltsteuerzahlertagung in Berlin in Kooperation mit dem deutschen und europäischen Steuerzahlerbund

2016 Verbändekoalition Vorschläge für eine zukunftsweisende Steuer- und Finanzpolitik

2014 BdSt Bayern on Tour „Tatort Steuergeldverschwendung – Steuergeldverschwender bestrafen“

2013 Verleihung Sparlöwe an Finanzminister Dr. Markus Söder

Landesverband Schleswig-Holstein

Im Norden kompetent, sympathisch und engagiert

Kompetent, sympathisch und engagiert – so vertritt der Landesverband Schleswig-Holstein die Interessen der Steuerzahler im Land zwischen den Meeren. Als kleinerer Verband in einem Flächenland geht das nicht ohne starke ehrenamtliche Unterstützung. Darum pflegen wir die ehrenamtliche Mitwirkung in unseren Gremien und vielen Netzwerken mit großem Engagement. So steht uns das Fachwissen von Experten aus vielfältigen Bereichen zur Verfügung. Ob es sich um juristische, wirtschaftliche, steuerliche, verwaltungstechnische, sozialversicherungsrechtliche oder auch technische Fragen handelt – im Bund der Steuerzahler Schleswig-Holstein wirken Fachleute und Praktiker aus allen Bereichen ehrenamtlich aktiv mit.

Basis der Arbeit sind die Kreis- und Bezirksverbände, in denen flächendeckend aktive Mitglieder in Beiräten zusammenkommen und über Themen aus der Region und darüber hinaus intensiv diskutieren. In den örtlichen Beiräten führen wir Diskussionsveranstaltungen durch und bieten regelmäßig Fachvorträge an. Die Kreis- und Bezirksverbände wählen aus ihrer Mitte auch die Delegierten für die jährliche Hauptversammlung des Landesverbandes. Vorstand und Verwaltungsrat in Schleswig-Holstein sind ehrenamtlich tätig. Koordiniert wird die Arbeit durch eine vierköpfige hauptamtliche Geschäftsstelle in Kiel.

Die vernetzte Arbeit im Ehrenamt führt zu zahlreichen Verbindungen und Kontakten: So ließ sich Dr. Aloys Altmann, Präsident des Bundes der Steuerzahler Schleswig-Holstein (auf dem Foto mit Helm), 2017 als sympathischer Werbebotschafter des Lan-

desfeuerwehrverbandes mit dem damaligen Landesbrandmeister Detlef Radtke abbilden. Zu diesem gesellschaftlichen Engagement zählt auch unsere Mitwirkung in der Verbraucherzentrale. Der Landesverband gehört zu den 28 Einrichtungen und Organisationen, die als ordentliche Mitglieder die Verbraucherzentrale Schleswig-Holstein tragen. Im Einsatz für Verbraucher und Steuerzahler gibt es viele Überschneidungen: Denn letztlich müssen alle staatlichen Wohltaten von den Bürgern bezahlt werden – entweder über ihre Steuern oder als Verbraucher über die Preise. Insbesondere bei den Kosten der Energiewende sowie der kommunalen Ver- und Entsorgung gibt es eine intensive Zusammenarbeit mit den kompetenten Referenten der Verbraucherzentrale.

Der Landesverband Schleswig-Holstein nutzt seine breite ehrenamtliche Basis, um die Kampagnen des Bundes der Steuerzahler tatkräftig zu unterstützen. Protestaktionen werden von den örtlichen Beiräten gerne aufgegriffen, verbreitet und umgesetzt. So beteiligen sich viele engagierte Mitglieder des Landesverbandes auch an unserer aktuellen Kampagne zur Abschaffung des Solidaritätszuschlages. Auf dem Foto sieht man die Delegation aus Schleswig-Holstein zusammen mit Steuerzahlerpräsident Reiner Holzengel (hi. Mitte) vor dem Reichstagsgebäude in Berlin bei unserer großen Protestdemo im November 2017.

Als Tochtergesellschaft trägt der Landesverband Schleswig-Holstein die Nord-Kurier GmbH mit Sitz in Kiel. Sie übernimmt die Herausgabe der gemeinsamen Landesbeila-

ge zu unserer Mitgliederzeitschrift „Der Steuerzahler“ für die Landesverbände Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein. Für diese drei Nordverbände werden von Kiel aus auch unsere gedruckten Informationsbroschüren an Mitglieder und Interessenten gegen eine Schutzgebühr versandt. Neuester Geschäftszweig der Nord-Kurier GmbH ist ein Callcenter mit Sitz in Hamburg, das für mittlerweile sechs Landesverbände die Mitgliederwerbung am Telefon unterstützt.

Mit Kompetenz, sympathischem Auftreten und Engagement wollen wir auch weiterhin das Sprachrohr der Steuerzahler im Land zwischen den Meeren sein, um unseren Interessen das notwendige Gehör zu verschaffen! *RK*



Dr. Aloys Altmann, Präsident des Bundes der Steuerzahler Schleswig-Holstein (auf dem Foto mit Helm) ließ sich 2017 als sympathischer Werbebotschafter des Landesfeuerwehrverbandes mit dem damaligen Landesbrandmeister Detlef Radtke abbilden.



Abordnung des Landesverbandes Schleswig-Holstein bei der Protestdemo im November 2018 gegen den Soli in Berlin.

Bilder: BdSt Schleswig-Holstein e.V.

Geleitwort

„Der Bund der Steuerzahler erfüllt eine notwendige Aufgabe“

Diese Worte des verstorbenen Bundespräsidenten Gustav Heinemann haben bleibendes Gewicht. Stammen sie doch von einer Persönlichkeit, der es ebenso wie dem Bund der Steuerzahler stets Auftrag gewesen ist, das Verhältnis zwischen dem Staat und seinen Bürgern zu verbessern. Nun sind freilich Finanz- und Steuerpolitik nicht die einzigen Bereiche, in denen der Bürger staatlicher Gewalt begegnet. Aber es sind Bereiche, die – wie nur wenige andere – unmittelbar jeden betreffen. Denn fast alle zahlen Steuern und jeder nimmt staatliche Leistungen in Anspruch. Zwar begründen Steuern, die der einzelne Bürger zahlt, keinen Anspruch auf eine konkrete Gegenleistung. Aber der renommierte Finanzwissenschaftler Professor Dr. Günter Schmolders, der dies seinen Studenten immer wieder als Wesensmerkmal der Steuer „eingetrichtert“ hat, war einer der ersten Verfechter der Idee einer parteipolitisch neutralen und unabhängigen Interessenvertretung aller Steuerzahler. Denn wenn auch kein individueller Rechtsanspruch auf Gegenleistung und damit kein primär individuelles Interesse aus Steuerzahlungen abgeleitet werden kann, sondern der mit der Hoheit über Steuererhebung und –verwendung ausgestattete Gesetzgeber allein der Gesellschaft als ganzes verpflichtet ist, ist das noch lange keine Garantie, dass der Gesetzgeber dieser Verpflichtung immer und fehlerlos nachkommt. Auch ist soziale Verpflichtung kein Freibrief dafür, die Interessen einzelner Bürger einfach zu übergehen.

Entsprechend dieser nicht zuletzt aufgrund persönlicher Erfahrung erwachsenen Erkenntnis kam es zu der Idee, die Steuerzahler in einem Verband zu organisieren, der Interessen gegenüber dem Staat wahrnimmt bzw. verteidigt. Diese Idee ist seit nunmehr 27 Jahren durch den Bund der Steuerzahler verwirklicht. Von seiner Nützlichkeit und Notwendigkeit zeugt die Aussage eines bekannten Journalisten, wonach man den Bund der Steuerzahler sofort gründen müsste, wenn er nicht schon bestehen würde. Damit hat er das als Auftrag und Verpflichtung empfundene Wort vom Bund der Steuerzahler als dem „Finanzgewissen der Nation“ eingelöst. Wie dieses Finanzgewissen im Dienste des steuerzahlenden Bürgers tätig wird, wo es kontrolliert und wen es mahnt, darüber informiert dieser Band.

Wiesbaden, im November 1976

Professor Dr. Willy Haubrighs

Ernst H. Kunze / Klaus Schelle

Der Bund
der Steuerzahler

Ämter und Organisationen
der Bundesrepublik Deutschland

Droste

In dieser Broschüre findet sich das Geleitwort des damaligen Präsidenten des Bundes der Steuerzahler, Prof. Dr. Willy Haubrighs, zu den Aufgaben des Bundes der Steuerzahler.



BdSt NRW

Erfolgreiche Volksinitiative

Wer muss zahlen, wenn Straßen in einer Kommune erneuert werden? Die Antwort auf diese Frage fällt in Deutschland sehr unterschiedlich aus. In Baden-Württemberg war es schon immer die Allgemeinheit, die über die Gemeindefinanzierung aus Steuermitteln für den Erhalt des kommunalen Straßennetzes aufkommt. In Hamburg, Berlin und Bayern waren die Anlieger anteilig zur Kasse gebeten worden – eine Regelung, die dort und seit kurzem auch in weiteren Bundesländern abgeschafft worden ist. In einigen wenigen Bundesländern, darunter Nordrhein-Westfalen, tragen den Löwenanteil nach wie vor die Anlieger. Überall in Deutschland regt sich dagegen Widerstand. Seine Speerspitze bildet der Bund der Steuerzahler NRW mit der Volksinitiative „Straßenbaubeitrag abschaffen“.

Ob in der Eifel, im Sauerland oder in Ostwestfalen-Lippe – überall stehen in den Kommunen notwendige Straßensanierungen an, und überall fürchten die Anlieger, dass die dann fälligen Straßenbaubeiträge in vier- und fünfstelliger Höhe sie finanziell überfordern. Für Familien, die ihr Haus noch abzahlen, sind solche Summen ebenso untragbar wie für Rentner, deren Rente nicht reicht und die Schwierigkeiten haben, einen Kredit zu bekommen.

Straßenbaubeiträge sind ungerecht, denn der „wirtschaftliche Vorteil“, den die Grundstückseigentümer durch den Straßenausbau haben, ist nicht messbar; sie nehmen keine Rücksicht auf die finanzielle Leistungsfähigkeit der Grundstückseigentümer; sie variieren von Kommune zu Kommune, je nachdem, welchen Verteilungsmaßstab die Straßenbaubeitragssatzungen vorsehen; die Kommunen lassen Straßen verfallen und erneuern sie erst dann aufwendig, wenn die notwendigen Maßnahmen beitragsfähig werden.

Aus diesen Gründen hat der Bund der Steuerzahler NRW am 31. Oktober 2018 die Volksinitiative „Straßenbaubeitrag abschaffen“

gestartet. Diese Volksinitiative hat selbst die kühnsten Erwartungen übertroffen. Mit mittlerweile mehr als 466.000 Unterschriften ist sie die Volksinitiative mit den meisten Unterschriften, die es jemals in NRW gegeben hat. Mehr als 8.000 Unterstützer haben Unterschriften gesammelt: in der Nachbarschaft und in der Familie, auf der Arbeit, in Vereinen, auf der Straße.

Während und auch nach der Straßenkampagne liefen im Hintergrund viele Gespräche zwischen dem BdSt-Vorstand und Politikern unterschiedlicher Fraktionen. Mehrere repräsentative Umfragen, die der Verband zwischen August 2018 und Mai 2019 in Auftrag



„Ihr steht für die richtige Sache“. Das hören die Mitarbeiter des BdSt an ihren Infoständen immer wieder. Und so gaben knapp 500.000 Bürger ihre Unterschrift für die Volksinitiative „Straßenbaubeiträge abschaffen“.



Umrahmt von seinem Team steht der Landesvorsitzende des BdSt NRW, Heinz Wirz, vor dem Infomaterial für die Volksinitiative. Zwar macht die Politik erste Zugeständnisse, doch der BdSt rückt von seinem Ziel nicht ab.

gegeben hat, zeigten, dass bei den Bürgern die Akzeptanz des Straßenbaubeitrags im Laufe der Volksinitiative immer weiter sank, während immer mehr Bürger das BdSt-Reformmodell als die beste Lösung erachteten.

Am 9. April 2019 brachte der BdSt NRW die ersten 84.550 Unterschriften in die Kommunen, die die Unterschriften auf Gültigkeit prüfen müssen. Denn nur wer in NRW als wahlberechtigt gemeldet ist, darf eine Volksinitiative unterschreiben. Sechs Teams des BdSt NRW haben gemeinsam mit Unterstützern 27 Kommunen persönlich besucht, um die Unterschriftenlisten abzugeben. Alle weiteren Listen wurden per Post verschickt. Selbstverständlich werden auch Unterschriften, die nach diesem Stichtag noch in Düsseldorf eintrifften, erfasst und an die zuständigen Kommunen geschickt. Sie alle zählen, wenn der BdSt NRW die Unterschriftenlisten nach der Sommerpause dem Landtagspräsidenten überreicht.

Die SPD-Fraktion im Düsseldorfer Landtag war schnell auf den Zug aufgesprungen. Schon Mitte November 2018 hatte sie einen Gesetzentwurf vorgelegt, der den Antrag der Volksinitiative auf Reform von § 8 Kommunalabgabengesetz NRW und damit Abschaf-

fung des Straßenbaubeitrags aufgreift. Doch die schwarz-gelbe Landesregierung tut sich schwer damit. An dem greifbaren Protest aber, den die Menschen mit ihren Unterschriften und mit ihrer Anwesenheit bei einer Anhörung Anfang Juni 2019 im Landtag zum Gesetzentwurf der SPD deutlich machten, kommt sie nicht vorbei.

Im Juli 2019 tat sie einen ersten Schritt: CDU und FDP wollen ein Förderprogramm von 65 Millionen Euro für die Kommunen einrichten, die Beitragssätze für die Anlieger halbieren, die Eigentümer von Eckgrundstücken entlasten und Ratenzahlung zu marktüblichen Zinsen festlegen. Das grundsätzliche Problem ist damit noch nicht gelöst, zumal wegen der Stichtagsregelung 1. Januar 2018 viele Bürger von den Erleichterungen nicht profitieren, doch kommt die Landesregierung mit ihren Vorschlägen der Volksinitiative schon deutlich entgegen. Jetzt erwartet der BdSt NRW, dass sie das Förderprogramm für die Kommunen weiter aufstockt und die Beteiligung der Anlieger vollständig abschafft – denn dies bleibt das erklärte Ziel des Verbands. Die Regierungsfaktionen haben Anlauf genommen und müssen nur noch die letzte Hürde nehmen: eine echte Systemänderung durch die Abschaffung des Straßenbaubeitrags. BH

Rekord-Verfassungsbeschwerde

BdSt klagt gegen den Euro-Rettungsschirm

Die Klage gegen den Euro-Rettungsschirm ESM war 2012 zur bisher größten Verfassungsbeschwerde in der Geschichte der Bundesrepublik angewachsen. Mit 20.000 Unterschriften waren die Mitglieder des Bundes der Steuerzahler dabei und unterstützten das Bündnis von „Mehr Demokratie“, das eine von mehreren Verfassungsbeschwerden gegen den ESM eingereicht hatte.

Der Bund der Steuerzahler wollte verhindern, dass die von Bundestag und Bundesrat beschlossenen Ratifizierungsgesetze zum dauerhaften Euro-Rettungsfonds ESM und zum Fiskalpakt von Bundespräsident Joachim Gauck per Unterschrift in Kraft gesetzt werden. Anlass der Verfassungsbeschwerde war die Sorge, dass mit den Verträgen unwiederbringlich Haushaltskompetenzen und Souveränitätsrechte nach Brüssel abgegeben werden sollten.



Die „Allianz gegen den ESM“ informierte Bürger, zeigte politische Alternativen auf und trat mit Bürgern und Politik in die Diskussion, um der europäischen Rettungspolitik eine andere Richtung zu geben.



Gemeinsam haben sie die „Allianz gegen den ESM“ ins Leben gerufen: Thomas Dörflinger, MdB; Alexander Funk, MdB; Sylvia Canel, MdB; Lutz Knopek, MdB; Veronika Bellmann, MdB; Klaus-Peter Willsch, MdB; Johannes Hühedpohl, Erstunterzeichner des Bündnis Bürgerwille; Manfred Kolbe, MdB; Marie-Christine Ostermann, Bundesvorsitzende BJU – Die Jungen Unternehmer; Dr. Karl Heinz Däke, Präsident des Bundes der Steuerzahler; Frank Schäffler, MdB (von links nach rechts).

Das Bundesverfassungsgericht hatte daraufhin im September 2012 entschieden, dass Fiskalvertrag und Euro-Rettungsschirm (ESM) verfassungskonform sind – unter bestimmten Auflagen. Mit diesen Auflagen kamen die Richter dem Anliegen des Bundes der Steuerzahler, seinen Mitgliedern und seinen Mitstreitern etwas entgegen. Die Karlsruher Richterinnen und Richter legten fest, dass der Bundespräsident die Ratifizierungsgesetze unterzeichnen darf, sofern bestimmte völkerrechtliche Vorbehalte eingehalten werden: Die Haftungsgrenze Deutschlands darf 190 Milliarden Euro nicht überschreiten und nicht ohne Zustimmung des deutschen Vertreters in den ESM-Gremien erhöht werden – dazu muss das Mitglied im Gouverneursrat durch Bundesgesetz ermächtigt werden. Weiterhin musste sichergestellt werden, dass Bundestag und Bundesrat trotz beruflicher Schweigepflicht der für den ESM tätigen Personen umfassend informiert werden. *JB*

Die Bürgerklage und das Urteil der Richter lassen sich zudem als Warnschuss für die Politik verstehen. Eine stabile EU braucht stabile Finanzen, lässt sich langfristig nicht ohne Parlamentsbeteiligung bauen und muss die Steuerzahler mitnehmen.



37.000 Bürger unterzeichneten das Dokument, um gegen die Rettungspolitik der Bundesregierung zu klagen.

Als Auszubildende beim BdSt

Der 01. September 2016 war für mich der Tag, als ich mich als erste Auszubildende für Kauffrau für Büromanagement in der Bundesgeschäftsstelle vorstellte. Dies war für alle eine Besonderheit, denn einzelne Landesverbände haben bereits Erfahrung mit jungen Auszubildenden oder bilden schon seit längerer Zeit aus – nicht jedoch der Bundesverband.

Mein Hauptarbeitsbereich war das Sekretariat mit den Schwerpunkten Assistenz sowie Öffentlichkeitsarbeit und Veranstaltungsmanagement. Das Aufgabenspektrum war breit gefächert und umfasste z. B. die Postbearbeitung, Anwendung von Microsoft Office Programmen, der Veranstaltungsorganisation, das Arbeiten im Content-Management-System oder die Präsentationserstellung.

Auch konnte ich bei einer Vielzahl von Veranstaltungen von Anfang an mitwirken, wie verschiedene Arbeitskreise, Sitzungen, der Vorbereitung von der Mitgliederversammlung oder unseren legendären Neujahrsempfängen mit prominenten Gästen. Außerdem durfte ich hautnah bei einem Parteitag der Grünen dabei sein und schauen, was da alles so auf dem Tagesprogramm steht.

Die RTL-Show „Mario Barth deckt auf“ war mir vor meinem Bewerbungsgespräch ein Begriff, aber durch den BdSt hatte ich die Chance, bei einer Sendungsaufzeichnung einen Blick hinter die Kulissen zu werfen und arbeitete zugleich auch persönlich mit dem Stammgast des Formates, unserem Präsidenten Reiner Holznapel zusammen.

Durch die ideale Lage der Geschäftsstelle ergaben sich großartige Führungen im politischen Kern von Berlin, dem Bundeskanzleramt und dem Bundesrat. Neben

den alltäglichen Bürotätigkeiten konnte ich das Team sportlich bei zwei Firmenläufen über 5-km unterstützen.

Im zweiten Ausbildungsjahr setzte man dann einen einwöchigen Austausch der Auszubildenden zwischen dem Landesverband Nordrhein-Westfalen und der Bundesgeschäftsstelle um und ich lernte die Arbeit eines Landesverbandes näher kennen, was mir auch Einblicke in die Mitgliederverwaltung gab.

Ein weiteres Highlight war mein einmonatiges Erasmus- Auslandspraktikum in London, was über die Berufsschule angeboten wurde. Ich hatte das große Glück, dass mich der BdSt für diese Zeit freistellte und ich so in einer Anwaltskanzlei arbeitete und eine großartige Zeit erlebte.

Für unsere Jubiläumsfeier erhielt ich die ehrenvolle Aufgabe, den Präsidenten bei der Sponsorensuche sowie der Abwicklung zu unterstützen. Dieses Event macht deutlich, wie wichtig die Arbeit des Verbandes ist und welchen Einfluss der BdSt über so viele Jahre hinweg besitzt.

Ich bin stolz, dass ich hier so eine tolle Ausbildung erleben durfte und ich blicke zurück auf meine drei ganz eigenen spannenden, abwechslungsreichen, vielfältigen und lehrreichen Jahre, in denen ich mich sehr wohl gefühlt habe.

Ich hätte mir keinen besseren Ausbildungsbetrieb vorstellen können, bei dem ich so eingebunden werde, Verantwortung übernehme und mich mit vielen interessanten Themen auseinandersetze. *MR*

Vielen Dank für diese unvergessliche Zeit.



Voller Einsatz bei BdSt- und DSI-Versandaktionen an Mitglieder des Bundes der Steuerzahler.



Beim Neujahrsempfang des Bundes der Steuerzahler ergab sich die Chance für einen Schnappschuss mit dem FDP-Chef Lindner.



Im Schokoladenrausch: Die Schuldenstände des Bundes werden in Form von Schokomünzen visualisiert.



Sport frei! Das BdSt-Team bereitet sich auf den Berliner Firmenlauf vor.

33 Jahre Steuermentalität

So ticken die Steuerzahler

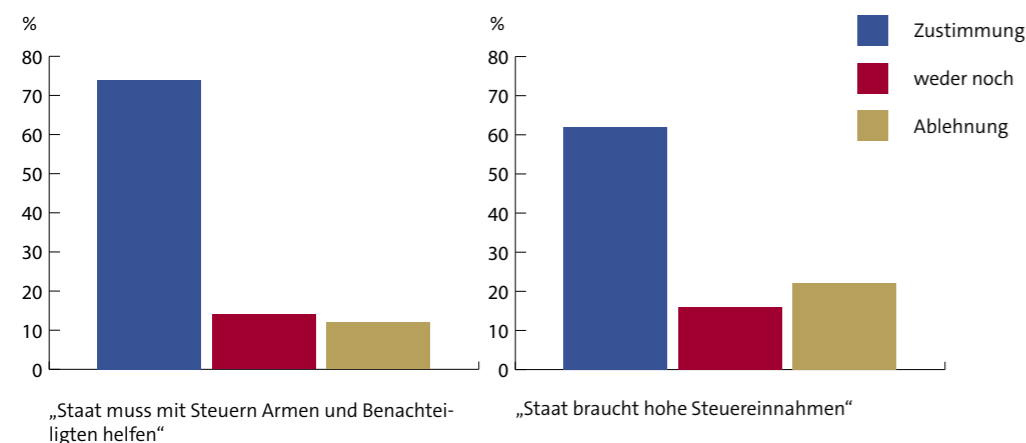
Erstmals im Jahre 1987 ließ der Bund der Steuerzahler die Steuermentalität der deutschen Steuerzahler untersuchen. Diese Untersuchung wurde vom „Schmölders Institut“, der Forschungsstelle für empirische Sozialökonomik, durchgeführt.

Unter Steuermentalität versteht man die grundsätzliche Einstellung der Bürger zum Steuersystem, zur Steuergerechtigkeit und zu ihrer individuellen Steuerlast. Die Studie „Steuermentalität der bundesdeutschen Steuerzahler und deren Vorstellungsbild von einer Interessengemeinschaft der Steuerzahler“ kam zu dem Ergebnis, dass 76 Prozent der Steuerzahler ihre Steuerbelastung als zu hoch empfinden. 70 Prozent empfanden ihre Steuerzahlung gegenüber anderen Steuerzahlern als zu hoch.

Sechs weitere Studien im Auftrag des Bundes der Steuerzahler folgten:

- 1990 Die Steuerreform im Meinungsbild der bundesdeutschen Bevölkerung
- 1995 Steuervereinfachung und Steuergerechtigkeit
- 1997 Steuermentalität und Steuermoral der bundesdeutschen Bevölkerung und deren Einstellung zur Steuerreform 1997
- 1999 Steuermentalität, Steuermoral und Einstellungen zur Steuerreform 1999
- 2008 Steuermentalität und Steuermoral in Deutschland 2008
- 2014 Steuermoral und Steuermoral in Deutschland 2014

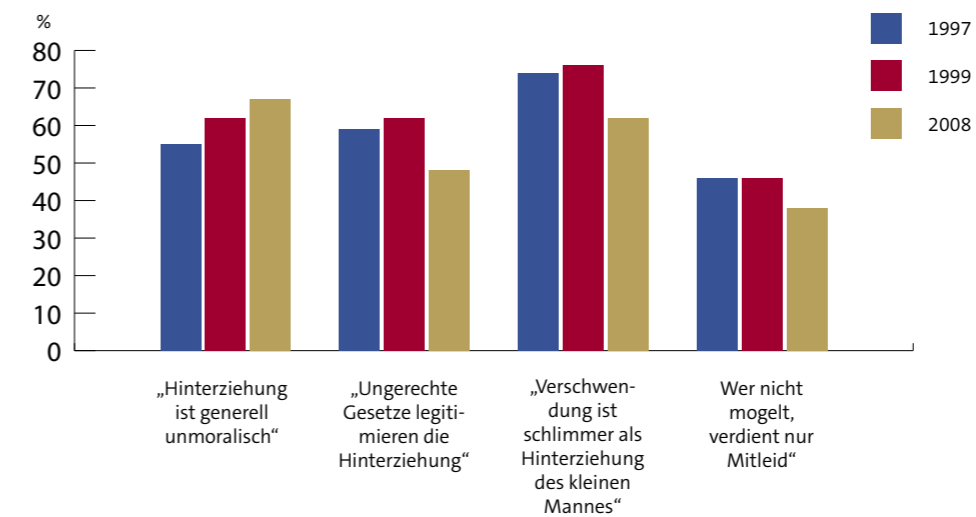
Die Deutschen finden Steuern prinzipiell wichtig ...



Grundsätzlich haben die Deutschen eine positive Einstellung zu Steuern: Knapp drei Viertel denken, der Staat soll damit Armen und Benachteiligten helfen. Fast zwei von drei Deutschen sind davon überzeugt, dass der Staat hohe Steuereinnahmen braucht, um seine Aufgaben erfüllen zu können.

Laura Freier

Leichte Verbesserung der Steuermoral



Die Meinung, Steuerhinterziehung sei generell unmoralisch, hat sich weiter verbreitet. Weniger Bürger glauben, man könne Hinterziehung mit ungerechten Steuergesetzen oder der öffentlichen Verschwendung rechtfertigen. Und weniger Menschen denken, wer bei den Steuern nicht mogelt, verdiene nur Mitleid.

Laura Freier

Auch nach der letzten Studie zeigt sich im Zeitvergleich eine gefühlte Steuerbelastung auf hohem Niveau. Zum einen ist die subjektive Steuerbelastung gestiegen: 85 Prozent der Deutschen halten ihre Steuern für zu hoch. Das war 2014 der höchste Wert seit Ende der 1980er Jahre. Seit langem stagniert die subjektive Steuerbelastung auf hohem Niveau. Dabei verstehen die meisten Steuerzahler unter „Steuerbelastung“ nicht nur die Lohn- und Einkommensteuer, sondern auch indirekte Steuern, Abgaben und Sozialversicherungsbeiträge. Besonders stark belastet fühlten sich Selbstständige und Freiberufler, Ledige und Angehörige der gehobenen Mittelschicht. Auch das relative Steuerbelastungsgefühl ist gestiegen. Fast drei Viertel der Bürger sind davon überzeugt, dass sie im Vergleich mit anderen zu viele Steuern bezahlen.

Die Steuermentalität wird auch durch die Erwartungshaltung der Bürger zum Staat bestimmt. Dabei wird das Verhältnis der Steuerzahlung zur Gegenleistung abgebildet. Sie erwarten, dass der Staat mit dem Geld, das sie ihm zur Verfügung stellen, verantwortungsvoll umgeht und die Verschwendung von Steuergeld stoppt. 95 Prozent der Bürger – also fast alle! – sind der Ansicht, dass der Staat viel zu verschwenderisch mit dem ihm anvertrauten Geld umgeht.

Im Gegensatz zur Steuermentalität wird unter Steuermoral nicht die allgemeine Einstellung zur Steuer, sondern die Einstellung zu bestimmten Verhaltensweisen verstanden, so dass von ihr mit größerer Wahrscheinlichkeit auf das entsprechende Verhalten ge-

schlossen werden kann. Die Steuermoral wird aus diesem Grund in der Steuerpsychologie zum einen aus der Beurteilung des Steuerständers und zum anderen aus der Beurteilung von Steuerdelikten operationalisiert. Der jeweilige Grad der Verurteilung lässt somit Rückschlüsse auf das steuerlich relevante Verhalten der Steuerzahler zu, sprich auf das Ausmaß und die Form des Steuerwiderstands.

Aus fünf Indikatoren lässt sich ein Steuermoralindex bilden. Dazu gehören:

- In Steuererklärung immer alles korrekt angeben.
- Hinterziehung ist auf jeden Fall unmoralisch.
- Unmoral wird durch Ungerechtigkeit aufgehoben.
- Der Ehrliche ist am Ende der Dumme.
- Hinterziehung wiegt geringer als Verschwendung.

Im Zeitvergleich der über 40 Jahre hat sich die Steuermentalität verschlechtert. Die Steuermoral der Deutschen ist aber erheblich besser geworden. Zentrale Gründe für die gestiegene Steuerehrlichkeit ist zum einen die Angst, erwischt zu werden. Sie hat zugenommen, was zu nicht unerheblichen Teilen auf dem Ankauf der Steuer-CDs zurückzuführen sein dürfte. Zum anderen wächst die Bedeutung moralischer und politischer Werte im Entscheidungsprozess. Hier wirkt sich die Präsenz des Themas Steuerhinterziehung in der Öffentlichkeit – Stichwort: Zumwinkel- und Hoeneß-Affäre – stärker auf die moralische Bewertung aus. HUL

BdSt Brandenburg

Solidarisch im Interesse aller Steuerzahler

Ab Frühjahr/Sommer 1990 war allen klar, dass der Zug in Richtung deutsche Einheit fuhr. Nach Gründung der Länder Brandenburg, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern und Thüringen unterstützten umgehend bestehende BdSt-Landesverbände Gründung und Aufbau der neuen Landesverbände. Konsequenterweise engagierte sich NRW als größter BdSt-Landesverband in Brandenburg.

Je eine Woche Ende August und September 1990 waren Vorstand und Mitarbeiter in Brandenburg vor Ort unterwegs, um über das für alle neue Steuerrecht zu informieren. Der Info-Hunger war mit den insgesamt acht Veranstaltungen kaum zu stillen. Broschüren und Faltblätter wurden teils vor Ort und im Landesverband NRW nachgedruckt.

In Cottbus war die Stadthalle voll besetzt mit über 1.400 künftigen Steuerzahlern. In den anderen Städten herrschte ebenfalls großer Andrang. In Potsdam wurde kurzerhand eine Parallelveranstaltung mit Bus-Transfer organisiert.

Das alles hatte Vorbildfunktion. Über 1.000 Brandenburger interessierte auch, wie die Interessen von Steuerzahlern zusammengebracht werden, wie ein Verein zu gründen ist, welche Verantwortung auf die Vereinsführung zukommt.

Nach entsprechenden Veranstaltungen Mitte Februar 1991 in Cottbus, Frankfurt/O. und Potsdam stellten sich die Kandidaten den 65 Gründungsmitgliedern der Wahl zum Vorstand.

Alle wussten um ihre Verantwortung. Es war die Stunde Null für die Vertretung der Steuerzahler in Brandenburg.

Mutig genug, die Chancen zu nutzen. *MB*



Ja zur Gründung des BdSt sagten die Anwesenden bei der Gründungsversammlung des BdSt Brandenburg am 09. März 1991 in Königs Wusterhausen.

Nach der Wahl: der erste BdSt-Landesvorstand in Brandenburg. Der engere Vorstand: Ursula Nocziński, Angela Mai (Vorsitzende), Michael Boeckhaus, Erna Hausmann (1. Reihe von l.) Der erweiterte Vorstand: Ralph Wobick, Karl Kessler, Dr. Karl Lehmann, Klaus-Peter Schaarmann (hintere Reihe) Vom NRW Patenverband Georg Lampen (Stv. Vors.), Dr. Karl-Heinz Däke (Vors.) (obere Reihe l. und r. außen)

Wenn die Räumlichkeiten nicht ausreichten, wurde kurzerhand andersorts Platz geschaffen. Kein Steuerzahler blieb ohne seine gewünschten Informationen. Da kam es auch schon einmal vor, dass BdSt-Präsident Dr. Karl-Heinz Däke eigenhändig die Besucher der Info-Veranstaltungen in Gruppen einteilte.

Sogar Babys kamen zu den Steuervorträgen. Das Informationsbedürfnis der Steuerzahler in den neuen Bundesländern war so groß, dass immer mehr Info-Abende in immer größeren Räumen vom Bund der Steuerzahler angeboten wurden.



Mit guten Informationen und geldwerten Serviceleistungen punktet der BdSt bei seinen Mitgliedern. Schon 1990 war das Interesse der Steuerzahler an den Infobroschüren des BdSt riesig.

Von Start an engagiert, demokratisch, unbequem

Information und Aufklärung über Steuern und Abgaben waren die Hauptanliegen der Brandenburger direkt nach der Gründung ihres BdSt-Landesverbandes. Noch heute verwendet der Landesverband viel Kraft für die Serviceinformationen seiner Mitglieder.

Die Gründung des BdSt Brandenburg fand im Ratssaal von Königs Wusterhausen am 9. März 1991 in Anwesenheit des Bürgermeisters statt. Aus allen Landesteilen kamen 65 Bürger. Nachdem der Notar feststellte, der Verein sei gegründet, begann die Arbeit.

Alle dafür notwendigen Grundlagen wurden neu aufgebaut, Postfach und Bankverbindung eingerichtet, nach bezahlbarem Büroraum gesucht.

Ein Desaster war die Telekommunikation. Erst nach vier Jahren war die Post/Telekom in der Lage, einen Festnetzanschluss in Potsdam-Babelsberg zu installieren. Aber Not macht erfinderisch: Also wurden entsprechend „belagerte“ Berliner Telefonzellen, direkt hinter der Glienicker Brücke, genutzt und dann ein nicht unbedingt preiswerter C-Netz „Knochen“ angeschafft. Unproblematischer war dagegen der EDV-Infrastruktur-Aufbau. Der Ratschlag, angesichts der zu Beginn doch überschaubaren Zahl an Mitgliedern besser Karteikarten einzusetzen, war perspektivisch keine Option.

An der Info-Front startete die Arbeit mit kostenlosen 24 Vortragsveranstaltungen. Über 2.000 Brandenburger besuchten 1991 die Vorträge. Die zeitgleich entwickelte Broschüre wurde mit einer Erstauflage von 25.000 Exemplaren zum Renner. Gesamtauflage inzwischen über 150.000. Die regionalen Tageszeitungen informierten mit entsprechenden Serien und organisierten Telefonforen.

Im Gründungsjahr nahm der BdSt umgehend den Kontakt zu den Institutionen des Landes auf. Reger Gedanken- und Infor-

mationsaustausch fand mit den Präsidenten von Landesrechnungshof, Finanzgericht, Oberfinanzdirektion und Landtag statt. Im Gespräch war der BdSt ebenso mit dem Steuerberaterverband, der Steuerberaterkammer, der IHK und den Landtagsfraktionen. Als gesellschaftlich relevante Gruppe war der BdSt im Rundfunkrat vertreten. Zudem stellte er ehrenamtliche Finanzrichter.

Um mit seiner Botschaft Mitglieder, Politiker und Presse ungefiltert zu erreichen, publizierte der BdSt schon knapp ein Jahr nach der Gründung die Landesbeilage BRAND AKTUELL zur monatlichen Mitgliederzeitschrift.

Als unbequemer Mahner war der BdSt Mitglied der Brandenburger Diätenkommission und erreichte eine Reform der Abgeordnetenentschädigung.

Zur Begrenzung der Abwassergebühren startete der BdSt eine Massenpetition und sammelte 20.000 Unterschriften. Zusammen mit Mieterverein und Verbraucherzentrale legte er den Abgeordneten einen eigens entwickelten Gesetzentwurf in ihre Postfächer. Reaktion: Gesetzentwürfe sind Ministerialsache, was nehmen die sich heraus! – Letztendlich zählten aber die besseren Argumente: Nach längeren Diskussionen wurde auf unnötig gebührentreibende kalkulatorische Positionen zur Berechnung der Abwassergebühren verzichtet.

Auch die Reform der Landesverwaltungen ging den BdSt an. Mit den Landesverbänden Sachsen, Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern und Thüringen legte er entsprechende Gutachten vor.

Die stete Aktivität zahlte sich aus. Nach zehn Jahren, im Jahr 2000, unterstützten den BdSt in Brandenburg knapp 10.000 Mitglieder. *MB*

Mitglied Christien Messerschmidt

Eine genussreiche Philosophie



„Genuss braucht keinen Anlass – das ist meine Philosophie.“ Dies liest der geneigte Nutzer, wenn er die „Herzogliche Dampfwäscherei“ zu Schwerin auf ihrer Internetseite besucht. Die Worte stammen von der Hausherrin selbst, Christien Messerschmidt (48), eine gelernte Empfangssekretärin, die im Jahr 2000 Existenzgründerin wurde und längst einen 24/7-Job hat. Christien Messerschmidts Philosophie geht in einen fröhlichen Imperativ über: „Genießen Sie doch einfach jeden Tag!“ Das macht auch sie selbst. Aufstehen um 6 Uhr, frühstücken, Zeitungen online lesen. „Der Tag geht los mit ein bisschen Haushalt.“ Uderstatement der Inhaberin des „Restaurant & Café Herzogliche Dampfwäscherei“.

Seit Januar 2013 betreibt das Ehepaar Messerschmidt die „Herzogliche Dampfwäscherei“, die ihren Namen der ersten modernen Dampfwaschanstalt Norddeutschlands anno 1895 verdankt. Mehr als 120 Jahre später sagt Christien Messerschmidt: „Wir gehören zum Residenzensemble.“ Sie geht gerade mit ihrem Hund spazieren und blickt auf den Marstall, in dem einst der großherzogliche Beritt untergebracht war – und heute das Sozial- sowie Bildungsministerium. Gegenüber liegt die Leinen- und Bettenkammer, in wenigen Gehminuten wären Hund und Herrin am Schloss. Jenes Ensemble aus Schloss, Museum und Staatstheater des 19. Jahrhunderts gehört nach dem Willen der Schweriner an die Welterbe-Liste. Die Bewerbung bei der UNESCO wird in Angriff genommen. Und Christien Messerschmidt ist mittendrin.

Mit ihrem Mann, Küchenmeister seit 25 Jahren, betrieb Christien Messerschmidt 13 Jahre lang die Gastronomie im Schloss. Jetzt führen sie ein Team aus 14 Mitarbeitern und zwei Auszubildenden in der „Herzoglichen Dampfwäscherei“. Zur Geschichte von Restaurant & Café gehört auch der BdSt. Seit vier Jahren ist der Familienbetrieb Mitglied im Landesverband Mecklenburg-Vorpommern. Christien Messerschmidt, die Unternehmerin, sorgt sich vor allem um den Mittelstand, sie kritisiert den großen Verwaltungsaufwand, die hohen Sozial- sowie Krankenversicherungsbeiträge. „Die Kleinunternehmen müssen mehr Wertschätzung erhalten, denn sie sind ein starkes Glied der deutschen Wirtschaft.“

Christien Messerschmidt scheint immer auf der Zielgeraden. Sie ist Mitglied der Regionalleitung im Unternehmerverband der Region Schwerin, im Welterbe-Verein und der Theatergesellschaft sowie Vorstandsmitglied der Privaten Marketing-Initiative der Wirtschaft, um nur wenige Beispiele zu nennen. Doch bei aller Arbeit und nur anderthalb Wochen Urlaub im Jahr blickt sie jedem neuen Tag gelassen entgegen. „Erfolg kommt dann, wenn du liebst, was du tust. Ich gehe immer gern in meine Firma.“ HF



Mitglied Christopher Posch

Anwalt hinter Gittern

Erfolgreicher Anwalt, TV-Star mit Millionenquote – und Mitglied im Bund der Steuerzahler Hessen. Christopher Posch lobt: „Ihr schaut den Politikern auf die Finger und haltet ihnen den Spiegel vor!“ Wir haben unser Mitglied in Kassel besucht. Eine Begegnung mit Überraschungseffekt.

Wer zum Anwalt mit den freundlichen Augen will, muss hinter Gitter. Der Taxifahrer kennt den Weg, Hafenstrasse 2, von Kassels Hauptbahnhof lenkt er den Wagen zum alten Knast. Der Gast steigt aus, passiert ein gusseisernes Tor, der Blick streift ein Schild auf dem stolz auftragenden Klinkerbau. POSCH Rechtsanwälte. Knast, das war einmal, das weiß man in Kassel, doch trägt die Geschichte dieser Immobilie aus dem 19. Jahrhundert immer noch märchenhafte Züge, die Wirklichkeit wurden. Zwischen den Wänden der ehemaligen Justizvollzugsanstalt, dort, wo Freigänger im offenen Vollzug lebten, sorgen zwölf Mitarbeiter einer Kanzlei für Recht und Ordnung. Der Namensgeber sieht ein bisschen wie Siegfried aus, der Held aus dem Nibelungenlied.

Warten auf Christopher Posch (43) im Dachgeschoss. Die weiße Wand ziert ein Bild mit vier Justitias, grellbunte Damen im Quadrat, die Andy Warhol wohl so hätte siebdrucken können. Vom gebeizten Gebälk baumeln Boxerhandschuhe. Der Gastgeber kündigt sich an. Noch außer Sichtweite grüßt er, die Treppe nach oben nimmt er mit federnden Schritten. Ein fester Händedruck, ein Siegerlächeln. Noch mehr, so scheint es, wenn Kameras eingeschaltet sind.

Nach seinem Studium der Rechtswissenschaften in Marburg und Köln tritt Posch nicht nur vor Gericht auf, sondern auch in Deutschlands Städten und Straßen. Schwarzer Talar gegen Jeans und Jackett. Christopher Posch ist nicht nur Anwalt, er ist TV-Anwalt. Die Fernseh-Dokus „Christopher Posch – ich kämpfe für Ihr Recht!“ und „Poschs Criminalz“ sind auf den Mann zugeschnitten, der Unrecht aufdeckt. Lebersechste Fälle.

Zudem engagierte RTL den Juristen Ende 2013, um Steuergeldverschwendung ans Tageslicht zu bringen. Ankündigungen für die RTL-Show „Mario Barth deckt auf!“ beschreiben Posch gern als „Spürhund“. Er spürt Verantwortliche von Steuergeldverschwendung auf, die er als Jurist zur Rede stellt.

Als die ersten Kurzfilme für „Mario Barth deckt auf!“ im Kasten waren, kam Posch nach Berlin, um die Sendungen aufzuzeichnen, er bezog seine Garderobe im Studio Adlershof, Wand an Wand mit einem anderen Gast, für den der Kampf gegen Steuergeldverschwendung zum Beruf geworden ist. „Als ich Reiner Holznagel kennen lernte, kam ich intensiv mit dem Thema in Berührung“, erzählt Posch. „Das hat immer mit der Person zu tun. Nehme ich ihr das ab oder nicht?“

Die selbst gestellte Frage hat er mit Ja beantwortet. Inzwischen ist Christopher Posch, der seit der Geburt in Kassel lebt, Mitglied im Bund der Steuerzahler Hessen. „Ihr schaut den Politikern auf die Finger

und haltet ihnen den Spiegel vor!“ Von Kassel-Calden bis Griechenland: Der Anwalt findet ausreichend Anlass zum Ärger – und zur Hoffnung. „Der Bund der Steuerzahler appelliert an die Vernunft!“

In der Kasseler Hafenstrasse öffnet Posch das schräge Dachfenster. Die Mittagsglocke einer Kirche bimmelt. Hinter dem alten Knast hat die Diakonie ihren Sitz. Der Blick nach vorn, zum Horizont, bleibt an einem Gebäudetrakt in U-Form hängen. Die damalige Untersuchungshaft. Im ersten Stock, sagt Posch, war das Besuchszimmer für Anwälte untergebracht.

Als das Gefängnis 2009 geschlossen wurde, mietete Anwalt Posch mit einem Geschäftspartner die alte U-Haft, machte daraus ein documenta-Hotel für die Kunstschau 2012. Die Besucher übernachteten in Zellen, Duschen waren auf dem Flur. Mittlerweile hat Posch den Komplex gekauft und zu 49 Wohnungen umgebaut – in einem Teil betreibt er ein Boardinghouse, Wohnen auf Zeit.

Wenn es offiziell wird, geht Posch ins Büro und setzt sich an den Schreibtisch. Der blaue Füllfederhalter liegt bereit. Auch den Antrag auf Mitgliedschaft beim BdSt Hessen unterschrieb er damit. Das war 2015. Hinter ihm, auf dem Fensterbrett, hat er einen Fotorahmen platziert. Seinen Lebensrahmen im alten Knast. Ehefrau und Tochter lächeln in die Kamera.

Gleich wird Christopher Posch durchs gusseiserne Tor nach Hause fahren. HF

Bund der Steuerzahler Baden-Württemberg

Für faire Besteuerung und sinnvolle Mittelverwendung

Kein anderer Landesverband des Bundes der Steuerzahler ist so eng mit der Idee des Verbandes verknüpft – schließlich wurde der Bund der Steuerzahler in Stuttgart gegründet. So setzt sich der Verband seit 70 Jahren für die Rechte der Steuerzahler, ein faires Maß an Besteuerung und einen wirtschaftlichen Umgang mit Steuergeld ein. Einige Momente und Persönlichkeiten aus 70 Jahren Vereinsgeschichte sind im Zeitstrahl festgehalten:



1949

Gründung Bund der Steuerzahler Württemberg-Hohenzollern
Am 2. Dezember 1949 erfolgt in Tübingen die Gründung des Bundes der Steuerzahler Württemberg-Hohenzollern

1949

Gründung Bund der Steuerzahler Württemberg-Baden
Am 21. Oktober 1949 wurde in Stuttgart Uhlbach der Bund der Steuerzahler in Form des ersten Landesverbandes Württemberg-Baden gegründet. Erster Vorsitzender: Dr. Hermann Wunderlich

1950

Gründung Bund der Steuerzahler Baden
Der dritte Bund der Steuerzahler im Südwesten wird am 4. April 1950 in Freiburg im Breisgau gegründet.

1954

Zusammenführung zu einem Verband
Auf der Mitgliederversammlung am 29. Juni 1954 wird der Bund der Steuerzahler Württemberg-Baden in den Bund der Steuerzahler Baden-Württemberg umbenannt. Die Landesverbände Württemberg-Hohenzollern und Baden wurden in den neuen Landesverband aufgenommen. Erster Vorsitzender: Alexander Grolig, Erste Verwaltungsratsvorsitzender: Herr Abtmeyer

1958

Neue Geschäftsstelle
Umzug der Geschäftsstelle von der Eberhardstr. in die Immenhoferstr. 22 in Stuttgart

1963

Neuer Verwaltungsratsvorsitzender
Mit Wirkung zum 22.9.1963 wird Dr. Horst Selb zum Vorsitzenden des Verwaltungsrates des Bundes der Steuerzahler Baden-Württemberg gewählt.

1990

Reform Ministerversorgung
Nach Kritik des Bundes der Steuerzahler Baden-Württemberg wird die Altersversorgung von Landesministern und Staatssekretären gekürzt

1989

Neuer Verwaltungsratsvorsitzender
Mit Wirkung zum 27.11.1989 wird Herr Dr. K. P. Mailänder zum Vorsitzenden des Verwaltungsrates des Bundes der Steuerzahler Baden-Württemberg gewählt.

1987

Neuer Vorsitzender Dr. Dieter Koler
Mit Wirkung zum 1.1.1987 wird Herr Dr. Dieter Kohler zum Vorsitzenden des Vorstandes des Bundes der Steuerzahler Baden-Württemberg gewählt.

1986

Sachverständige vor dem Bundesverfassungsgericht
Der Vorsitzende Dr. Schelle nimmt vor dem Bundesverfassungsgericht gutachterlich Stellung zur Einheitsbewertung des Grundvermögens

1975

Neuer Verwaltungsratsvorsitzender
Mit Wirkung zum 17.10.1975 wird Herr Tamchina zum Vorsitzenden des Verwaltungsrates des Bundes der Steuerzahler Baden-Württemberg gewählt.

1973

Neue Geschäftsstelle
Umzug der Geschäftsstelle in die Lohengrinstr. 4 in Stuttgart

1972

Neuer Vorsitzender Dr. Klaus Schelle
Mit Wirkung zum 1.1.1972 wird Herr Dr. Klaus Schelle zum Vorsitzenden des Vorstandes des Bundes der Steuerzahler Baden-Württemberg gewählt

1994

Frührentenrückläufig
Anfang der Neunziger Jahre forderte der BdSt Maßnahmen zur Eindämmung der Frührenten wegen Dienstunfähigkeit bei Landesbeamten. Die daraufhin ergriffenen Änderungen des Landesbeamtengesetzes wirkten. 1994 zeigt sich, dass die Zahl der Frührenten wegen Dienstunfähigkeit drastisch zurück ging.

1995

Einsparprogramm in Baden-Württemberg
Die Landesregierung beschließt 4.148 Stellen im Land abzubauen. Der Bund der Steuerzahler hatte die Rückführung von Personalausgaben dringend gefordert.

1997

Bürgerfreundliche Finanzämter
In Baden-Württemberg wird durch die Reorganisation der Arbeitsabläufe in den Finanzämtern die Kundenfreundlichkeit deutlich erhöht.

1997

Pensionen werden beschnitten
Mit dem Dienstrechtsänderungsgesetz wurde eine Reihe von Maßnahmen umgesetzt, die zu einer Entlastung bei den Pensionszahlungen des Landes führten.

1999

Neuer Vorsitzender Dipl.-Vw. Wilfried Krahwinkel
Mit Wirkung zum 1.1.1999 wird Herr Wilfried Krahwinkel zum Vorsitzenden des Vorstandes des Bundes der Steuerzahler Baden-Württemberg gewählt.

1999

Festakt
Der Bund der Steuerzahler Baden-Württemberg und damit der Gesamtverband feiert sein 50-jähriges Bestehen. Die Festrede hielt Ministerpräsident Erwin Teufel.

2001

Gutachten zur Verwaltungsreform
Der Bund der Steuerzahler Baden-Württemberg legt ein Gutachten für eine umfassende Verwaltungsreform in Baden-Württemberg vor. Im Jahr 2003 beschließt die Landesregierung unter Führung von Ministerpräsident Teufel dann eine Verwaltungsreform, die zahlreiche Elemente des Vorschlages des BdSt enthält.

2018

Neuer Vorsitzender Dipl. oec Zenon Bilaniuk
Mit Wirkung zum 1.1.2018 wird Herr Zenon Bilaniuk zum Vorsitzenden des Vorstandes des Bundes der Steuerzahler Baden-Württemberg gewählt.

2015

Neuer Verwaltungsratsvorsitzender
Mit Wirkung zum 1.04.2015 wird der Steuerberater und Wirtschaftsprüfer Herr Hans-Joachim Oettinger zum Vorsitzenden des Verwaltungsrates des Bundes der Steuerzahler Baden-Württemberg gewählt.

2009

Festakt
Der Bund der Steuerzahler Baden-Württemberg veranstaltet anlässlich seines 60-jährigen Bestehens einen Festakt und vergibt einen Generationenpreis an Ministerpräsident Günther Oettinger, weil dieser sich für ein Ende der steigenden Staatsverschuldung eingesetzt hat und einer der Väter der grundgesetzlichen Schuldenbremse war.

2008

Nullverschuldung
Nach 35 Jahren sieht die Haushaltsplanung des Landes Baden-Württemberg eine Nettoneverschuldung in Höhe von Null vor.

2006

Gemeindeförderung
Nach Einsatz des Bundes der Steuerzahler werden private Unternehmen gestärkt. Gemeinden in Baden-Württemberg dürfen nur noch dann ein wirtschaftliches Unternehmen errichten, wenn dessen Zweck nicht ebenso gut und wirtschaftlich durch einen privaten Anbieter erfüllt werden kann.

2005

Parlamentsreform
Die Diskussion um eine umfassende Reform der Abgeordnetenentschädigung und -versorgung beginnt. Im Jahr 2008 wird sie dann politisch umgesetzt. Wichtiger Bestandteil ist das Aus der steuerfinanzierten Staatspension für Landtagsabgeordnete in Baden-Württemberg.

2003

Großdemonstration in Stuttgart
Gemeinsam mit anderen Verbänden organisiert der Bund der Steuerzahler Baden-Württemberg eine Großdemonstration gegen eine Erhöhung der Steuer- und Abgabenbelastung.

So entsteht das Schwarzbuch Auf Verschwendungsjagd

Wenn das Schwarzbuch „Die öffentliche Verschwendung“ im Herbst vorgestellt wird, liegen hinter den Beteiligten arbeitsreiche Wochen. Denn natürlich prangert der BdSt niemanden aufgrund von Hörensagen an. Jeder Fall wird gründlich recherchiert und alle Fakten sind sorgfältig geprüft.

Gemäß dem Motto „Nach dem Schwarzbuch ist vor dem Schwarzbuch“ beginnt die Sammlung neuer Fälle schon im Herbst des Vorjahres. Doch genauso gut kann es passieren, dass kurz vor Redaktionsschluss noch etwas Hochaktuelles mit ins Buch muss. Hinweise erreichen den BdSt meist von Mitgliedern oder anderen interessierten Bürgern. Darüber hinaus werten die Mitarbeiter täglich die Presse aus allen Landesteilen aus. Generell kommt es nicht darauf an, dass viele Millionen verschwendet wurden: Oftmals sind auch vermeintlich kleine Fälle von großer Bedeutung. Schließlich sollen mit dem Schwarzbuch exemplarische Fälle von Steuergeldverschwendung öffentlich gemacht werden, um Ähnliches in Zukunft zu verhindern.

1



2



Besteht ein „Anfangsverdacht“, ist der nächste Schritt eine Internetrecherche, um einen ersten Überblick zu erhalten. Dabei spielen neben Medieninformationen besonders offizielle Veröffentlichungen, beispielsweise aus Ratsinformationssystemen, eine Rolle. Oftmals wird schon an dieser Stelle klar, ob sich eine Weiterverfolgung lohnt. Nicht selten stellt sich auch heraus, dass kein Geld verschwendet wurde. Diese Fälle werden dann natürlich verworfen. Gibt es einen oder mehrere Informanten, ist oft ein persönliches Gespräch nützlich. Damit alle betroffenen Seiten zu Wort kommen, ist es unabdingbar, auch eine schriftliche Anfrage an den oder die Verantwortlichen zu stellen. Grundsätzlich müssen alle Seiten beleuchtet werden, um zu einer objektiven Bewertung zu gelangen.

3



Nicht zuletzt ist auch ein Besuch vor Ort hilfreich, um einen Fall richtig einzuordnen. Dabei werden auch Fotos und Videos angefertigt, die einen besseren Eindruck ermöglichen. Liegen alle Informationen vor, werden diese im Kreis der Mitarbeiter diskutiert und bewertet. Dabei wird festgelegt, ob ein Projekt ins Schwarzbuch aufgenommen wird. Falls ja, wird der Text geschrieben und anschließend mehrfach gegengelesen.



Eva Kugler und Clemens Knobloch sind die hessischen Spürnasen für Verschwendung von Steuergeld. Sie gehen Hinweisen nach, studieren Akten, befragen Behörden und öffentliche Institutionen und prüfen die Fakten vor Ort. Die Ergebnisse ihrer Recherche werden im Schwarzbuch veröffentlicht.

4



Joachim Papendick, Vorsitzender des Bundes der Steuerzahler Hessen, verteilt mit seinen Mitarbeitern Clemens Knobloch und Moritz Venner in hessischen Fußgängerzonen direkt nach der Veröffentlichung das aktuelle Schwarzbuch.



Nach dem Druck geht es an die Schwarzbuch-Vermarktung. Das Interesse der Medien ist riesig, wie sich jedes Jahr bei der Vorstellung zeigt. Das schlägt sich natürlich in hohen Bestellerzahlen nieder, die innerhalb weniger Tage beliefert werden wollen. Auch an den Informationsständen finden die druckfrischen Ausgaben regelmäßig reißenden Absatz. Im Hintergrund beginnen natürlich schon die Vorbereitungen für das nächste Schwarzbuch. MV

BdSt Nordrhein-Westfalen

Ehrentitel „Schuldenfreie Kommune in NRW“

Man muss sie suchen wie die berühmte Nadel im Heuhaufen: schuldenfreie Kommunen in Nordrhein-Westfalen. Hat man sie aber gefunden, darf man sie hochhalten. Das tut der Bund der Steuerzahler NRW, indem er diese Kommunen mit einem Ortseingangsschild der besonderen Art auszeichnet.

Den Anfang machte die Gemeinde Raesfeld im Münsterland. 1994 überreichte Dr. Karl Heinz Däke, damals Vorsitzender des BdSt NRW, das Ortseingangsschild mit der Aufschrift „Einzigste schuldenfreie Kommune in NRW 1994“ an den damaligen Gemeindedirektor Udo Rößing und Bürgermeisterin Maria Honvehlmann. Udo Rößing, später Bürgermeister von Raesfeld, machte immer wieder deutlich, wie seine Gemeinde es geschafft hat, schuldenfrei zu werden und es über Jahre hinweg zu bleiben: „Wir geben nur soviel Geld aus, wie wir haben.“

Ein Paradebeispiel für wirtschaftliches Handeln: Die Gemeinde gönnte ihren Bürgern kein eigenes Schwimmbad. Stattdessen setzte sie einen Bus ein, der die Raesfelder kostenlos zum Schwimmbad der Nachbarkommune kutscherte. Dieser Shuttleservice kostete die Gemeinde nur einen Bruchteil dessen, was ein eigenes Schwimmbad im Unterhalt gekostet hätte.

Es dauerte 14 Jahre, bis eine zweite Kommune in Nordrhein-Westfalen sich mit

dem BdSt-Schild der Schuldenfreiheit schmücken durfte. 2008 gelang der Stadt Langenfeld im Rheinland dieser Schritt. Der damalige Bürgermeister Magnus Staehler hatte seine Bürger auf einen strikten Sparkurs eingeschworen, und so konnte die Stadt am 3. Oktober 2008 zu einer „Schuldenfreiheitsparty“ einladen. Mit dabei war wieder Dr. Karl Heinz Däke, inzwischen Präsident des Bundes der Steuerzahler Deutschland. Doch er ließ es sich nicht nehmen, das Ortseingangsschild an Magnus Staehler zu überreichen.

Nur ein Jahr später war Breckerfeld an der Reihe. Am 2. Oktober 2009 stand in der Stadt im Ennepe-Ruhr-Kreis die Schuldenuhr auf 0. Natürlich gab es auch für Breckerfeld ein neues Ortseingangsschild. Eberhard Kanski, Vorstandsmitglied beim Bund der Steuerzahler NRW, brachte es pünktlich zur „Schuldenfreiheitsparty“ in die Hansestadt, wo Bürgermeister Klaus Baumann es in Empfang nahm. *BH*

Langenfeld: 2008 konnte Dr. Karl Heinz Däke (r.), als Präsident des Bundes der Steuerzahler Deutschland, die Stadt Langenfeld als schuldenfrei auszeichnen und ihrem damaligen Bürgermeister Magnus Staehler (l.) das Ortseingangsschild überreichen.

Raesfeld: 1994 überreichte Dr. Karl Heinz Däke (r.), damals Vorsitzender des BdSt NRW den Ehrentitel „Schuldenfreie Kommune in NRW“ an den damaligen Gemeindedirektor Udo Rößling (l.) und Bürgermeisterin Maria Honvehlmann.

Breckerfeld: 2009 nahm der Bürgermeister Klaus Baumann (2. v. r.) sein neues Ortseingangsschild als schuldenfreie Hansestadt von Eberhard Kanski, Vorstandsmitglied beim Bund der Steuerzahler NRW (r.), feierlich entgegen.



Bilder: BdSt Nordrhein-Westfalen e.V.

Auf Reisen

Unterwegs für die Steuerzahler

Was das Amt des Präsidenten des Bundes der Steuerzahler mit sich bringt, sind vor allem eines: Termine. Sehr viele Termine. Wie aber muss man sich einen Tag von Reiner Holznel vorstellen, wenn er einen dieser Termine wahrnimmt und etwa einer Einladung nach Leer in Ostfriesland folgt wie im März dieses Jahres? Wie reist er? Wen trifft er? Und was macht er nach der Veranstaltung? Darüber will dieser Bericht Auskunft geben.

Wer meint, der Präsident des Bundes der Steuerzahler reise immer besonders komfortabel und verspätungsfrei – der irrt. Beispiel gefällig? Die Bundestagsabgeordnete Gitta Connemann hatte Reiner Holznel für den 05. März 2019 in ihren Wahlkreis nach Leer in Ostfriesland eingeladen. Die Bahn sollte den Präsidenten am Morgen dort hinbringen – tat es jedoch nicht. Als einzige Möglichkeit, Ostfriesland noch rechtzeitig zu erreichen, verblieb: Das Steuer in die eigene Hand zu nehmen und selbst zu fahren. So wurde aus der Zugfahrt ein Roadtrip quer durch die Republik – mit Staus, Regen und einer zusammengeklappten Butterbrotstulle als Mittagessen.



Vor Gut Altenkamp: Reiner Holznel (rechts) mit der Bundestagsabgeordneten Gitta Connemann und dem Ersten Stadtrat der Stadt Papenburg Hermann Wessels.

Mit halbstündiger Verspätung traf Reiner Holznel an diesem Tag in Ostfriesland ein. Nicht in Leer, sondern in Papenburg zunächst, wo ein Außentermin auf Gut Altenkamp anstand. Dieses Gut, das im Besitz der Stadt Papenburg steht, war mit einer Veranstaltung im Jahr 2018 Schauplatz von Steuergeldverschwendung geworden.

Hier wurde der Präsident nun begrüßt von Gitta Connemann und Vertretern der Stadt Papenburg. Die Stadtvertreter führten ihn über Gut Altenkamp und schilderten ihm Planung und Durchführung der Veranstaltung.

Es folgte: Die nächste Autofahrt zum nächsten Termin – jedoch ohne Staus und Regen – im Redaktionsgebäude der Ems-Zeitung. Dort gab Reiner Holznel den Journalisten ein ausführliches Interview über den Termin auf Gut Altenkamp, das Selbstverständnis des Bundes der Steuerzahler und seine eigene Arbeit als dessen Präsident.



Reiner Holznel zu Gast auf dem „Schwarzen Sofa“ in Leer. Gitta Connemann leitet das Gespräch.

Es folgte: Die nächste Autofahrt – ins Hotel in Leer. Um sich kurz aufzufrischen und sich mit einem kleinem Snack zu stärken für den nächsten und letzten Termin an diesem Tag. Nämlich: Als Gast Platz zu nehmen auf dem „Schwarzen Sofa“, einem Gesprächsformat, das an wechselnden Orten stattfindet und von Gitta Connemann moderiert wird. Dieses Mal in der Leeraner Filiale der Oldenburger Landesbank. Das öffentliche Interesse war sehr groß, kein einziger Platz mehr frei. Während Gitta Connemann insbesondere Fragen zu Reiner Holznel's Arbeit, seiner Biographie und Hobbys stellte, erkundigte sich das Publikum nach seiner Einschätzung aktueller finanz- und steuerpolitischer Entwicklungen. Den ausgefallenen Zug, die lange Autofahrt, die zwei vorausgegangenen Termin in Ostfriesland – man merkte sie dem Präsidenten nicht an. Ausführlich und voller Witz beantwortete er alle Fragen und stellte am Ende des Tages fest: „Ich werde das ‚Schwarze Sofa‘ in sehr guter Erinnerung behalten.“

Nun bleibt nur noch eine Frage offen: Und was macht er nach der Veranstaltung? Manchmal das verdiente Feierabendbier an der Hotelbar trinken. Doch an diesem Abend in Leer? Nichts. Denn am nächsten Tag stand der nächste Termin in Mecklenburg-Vorpommern an – und mit ihm der nächste Roadtrip quer durch die Republik. ^{HH}



Bis auf den letzten Platz gefüllt: Die Filiale der Oldenburger Landesbank in Leer.

Maß und Mitte im Blick

Unser Steuerzahlergedenktag

Jedes Jahr auf's Neue entfacht unser Steuerzahlergedenktag eine wichtige gesellschaftliche Debatte: Wieviel Geld sollte der Staat für sich beanspruchen? Und wieviel Entscheidungsfreiheit sollte den Bürgerinnen und Bürgern belassen werden?

Seit Jahren liegt die Einkommensbelastungsquote über der 50-Prozent-Marke. Rein rechnerisch arbeiten wir deshalb mehr als Hälfte eines jeden Jahres für die öffentlichen Kassen. Unsere Steuergelder fließen in die Kassen der Finanzminister des Bundes und der Länder, ins ferne Brüssel und auf das Konto unserer Kommunen. Unsere Sozialbeiträge gehen an die verschiedenen Versicherungszweige. Wir zahlen unsere Stromumlagen staatlich organisiert an die Stromanbieter und unseren Rundfunkbeitrag an die öffentlich-rechtlichen Anstalten.

Abgesehen von den Verwaltungskosten fließen unsere Gelder natürlich wieder an uns alle zurück; in Form staatlicher Dienstleistungen. Doch ob diese Dienstleistungen individuell gewünscht sind oder nicht, ist dabei unerheblich. Gleichzeitig schwankt naturgemäß die Qualität staatlicher Dienstleistungen von exzellent bis grottenschlecht. Letzteres belegen allzu oft unsere Schwarzbücher und die Berichte der Rechnungshöfe. Das ist der Kardinalunterschied in der Beziehung des Bürgers gegenüber dem Staat und gegenüber Unternehmen. Im privaten Supermarkt entscheiden wir

selbst über den Inhalt unseres Warenkorbs. Im staatlichen Supermarkt zahlen wir eine Pauschale. Wie der staatliche Warenkorb dann für uns gefüllt wird, bestimmen andere.

Bei vielen staatlichen Leistungen ist solch ein Weg kaum zu vermeiden. Doch wo immer es geht, sollte man ihn vermeiden. Das ist unsere alljährliche Botschaft am Steuerzahlergedenktag. Weniger Verschwendung, weniger Subventionen und mehr individuelle Verantwortung! Dann wäre es möglich, die Belastungsquote unter die 50-Prozent-Marke zu drücken.

Geben wir also dem Kaiser unserer Tage, was des Kaisers ist. Nicht weniger, aber auch nicht mehr. Unser Steuerzahlergedenktag ist für diese politische Frage ein unverzichtbarer Indikator. ^{MW}

Für weitere Infos nutzen Sie bitte den QR-Code zum DSI-Rundschreiben zum Thema Steuerzahlergedenktag.



BdSt und DSI setzen auf Transparenz



Um die eigene Transparenz zu erhöhen, ist das Deutsche Steuerzahlerinstitut des Bundes der Steuerzahler e. V. (DSi) seit Anfang 2019 Mitglied der „Initiative Transparente Zivilgesellschaft“. Diese Initiative wird von Transparency Deutschland und anderen gemeinnützigen Organisationen getragen. Als Mitglied ist das DSI verpflichtet, Transparenzinformationen gemäß der Kriterien-Liste der Initiative öffentlich bereit zu stellen. Auf diese Weise informiert das DSI online auf einer eigenen Transparenzseite über

Fragen wie: Wie finanziert sich das Institut? Wer arbeitet für das DSI? Was sind die Ziele des Instituts? Wer überprüft die DSI-Ausgaben? Wie lautet das Votum des Wirtschaftsprüfers?

Die Transparenzseite ist unter www.t1p.de/qc4j erreichbar. Im Gegenzug ist das DSI berechtigt, mit dem Logo der „Initiative Transparente Zivilgesellschaft“ auf seine eigenen Transparenzinformationen hinzuweisen.

Für den Bund der Steuerzahler haben wir inzwischen auch die Mitgliedschaft in der „Initiative Transparente Zivilgesellschaft“ beantragt. Wir gehen davon aus, dass dieser Antrag demnächst (vermutlich nach Redaktionsschluss) bewilligt wird. ^{MW}

Mitglieder

Susanne und Dr. Hayo Faerber

Mit Promis auf Tuchfühlung



Es gibt einen Satz, den nur er, Dr. Hayo Faerber (73), rund um die Bundestagswahl 2017 so formulieren konnte: „Angela Merkel ist bei uns wieder in der Produktion.“ Weit vor dem Wahltag damals im September hatte Faerber als Geschäftsführer des Hamburger Panoptikums beschlossen, eine neue Wachsfigur der Kanzlerin anfertigen zu lassen. Das ist zwei Jahre her. Mit jetzt königsblauem Blazer lächelt Dr. Angela Merkel ihre Besucher an, perfekt frisiert wie immer und die Hände zur Raute geformt.

Im Haus auf der Reeperbahn ist Merkel in illustrierter Gesellschaft: Otto Waalkes, Olivia Jones oder Wladimir Klitschko. „Diese drei Promis haben sich bei uns vermessen lassen“, erzählt Faerber. Das machte die Arbeit für Bildhauer, Maskenbildner, Gewandmeister und Zahntechniker leichter. Mindestens ein Jahr nimmt die Herstellung einer lebensgroßen Wachsfigur in Anspruch, die sonst auf Grundlage zahlreicher Fotos angefertigt wird. Immer wieder zieht jemand aus und ein anderer ein.

Ein neuer Gast kam zuletzt am 11. Mai 2019, als das Panoptikum seinen 140. Geburtstag feierte: Barbara Schöneberger, gebürtige Münchenerin, die jetzt in Berlin lebt und nach dem Willen vieler Hamburger für die Panoptikum-Familie nachgebildet werden sollte. Das hatte eine Umfrage im Rahmen eines Presse-Aufrufs bewirkt. Pippi Langstrumpf hatte übrigens keine Chance.

Mehr als 120 Figuren gehören zum Panoptikum, das Faerbers Urgroßvater 1879 am Spielbudenplatz eröffnet hatte. Als dann, in den 1920er-Jahren, das Kino groß wurde und die Figuren auf der Leinwand laufen lernten, wirkten Wachsfigurenkabinette wie aus der Zeit gefallen. „Wir blieben übrig“, erzählt Faerber, der dann vom Schicksalsjahr 1943 berichtet, als ihr Museum von einer Fliegerbombe getroffen wurde und abbrannte. Rechtzeitig konnte die Familie einige Figuren in den Hamburger Michel retten. Nach dem Krieg wagte sie den Neustart mit 30 Figuren. Seit 1959 begrüßt die Familie ihre Besucher an der heutigen Adresse.

Nach Faerbers Vater, einem Oberbaurat, führte Faerbers Ehefrau Beate das Familienunternehmen seit Anfang der 1980er-Jahre als Geschäftsführerin weiter. Denn während Dr. Hayo Faerber als Internist seine Praxis leitete, krepelte Beate Faerber, eine Lehrerin, die ein Faible für dieses besondere Museum entwickelt hatte, die Ausstellung um, sie schuf Szenen in aufwendigen Kulissen für Figuren, die zuvor nur vor schlichten Vorhängen standen.

Seit dem Tod seiner Frau im Jahr 2006 führt Faerber die Geschäfte weiter. „Weil ich wusste, dass meine Tochter Susanne das Panoptikum einmal übernehmen möchte, habe ich meinen geliebten Arztberuf aufgegeben.“ Susanne Faerber (28), die Internationales Management studiert hat und seit 2013 Hauptgesellschafterin ist, kennt ihr Wachsfigurenkabinett schon von Kindesbeinen an. Sogar noch länger. „Sie wurde schon in der Babyschale durchs Panoptikum getragen“, sagt ihr Vater.

Heute sind Vater und Tochter oft gemeinsam auf ihrem abendlichen Kontrollgang durch Deutschlands ältestes Wachsfigurenkabinett unterwegs, das seit Anfang 2000 Mitglied beim BdSt Hamburg ist. „Wenn das Panoptikum geschlossen ist, finde ich es besonders schön“, sagt Hayo Faerber, der den Figuren dann auf die Finger schaut. Wie ist die Haltung der Hände? Muss die Figur ein wenig gedreht werden? Lächelnd ergänzt Tochter Susanne: „Ich gehe auch mal mit dem Staubwedel durch.“ Schließlich gibt es viele Besucher, die mit den zum Verwechseln ähnlichen Nachbildungen ihrer Lieblingspromis auf Tuchfühlung gehen, um Selfies zu schießen. Rund 200.000 Gäste zählt das Panoptikum im Jahr. „Hier müssen wir einen Weg zwischen Entertainment und Wissensvermittlung finden“, sagt Hayo Faerber, dem auch soziales Engagement auf dem Kiez am Herzen liegt. Susanne Faerber spricht von einer „Gratwanderung zwischen Unterhaltung und Bildung“ und verweist auf das Panoptikum-Edutainment: „Wir bieten nicht nur Entertainment, sondern auch Wissen – zum Beispiel durch Rallies und Audio Guides.“

Auch in Zukunft sollen Gäste nach Ideen für neue Wachsfiguren befragt werden. Wichtig ist, dass der nächste Promi, der hier seinen Platz finden darf, schon lange in der Öffentlichkeit steht. Mit Donald Trump zum Beispiel, mit der Wachsfigur, hat Susanne Faerber ihre ganz eigene Unterhaltung erlebt. „Als Trump per Luftfracht von einem Bildhauer aus England kam, passte der Anzug nicht.“ Erst zu klein, bei der zweiten Lieferung zu groß. Und nun? Erstmals kamen Kopf und Hände ab. „Dann bin ich mit der Figurine im Auto durch Hamburg gefahren, um einen passenden Anzug zu kaufen. Eine Straße war gesperrt, ich stoppte, sodass die Leute durchs Fenster schauen konnten.“ Haben sie den wächsernen US-Präsidenten allein am Körper erkannt? „Ja, auch der ist orangefarben.“

In voller Montur hat Trump nun seinen Platz bekommen. Blauer Anzug, knallrote Krawatte und die US-Flagge am Revers. HF

BdSt Nordrhein-Westfalen

Volksinitiative Diätenreform

Wenn die Politik drängende Probleme auslöst und nicht handelt, müssen die Bürger das Heft des Handelns in die Hand nehmen und die Politik in Bewegung bringen. Vielfältige Elemente der direkten Demokratie machen das möglich. Eines davon ist die Volksinitiative.

Im Januar 2005 startete der Bund der Steuerzahler NRW die „Volksinitiative Diätenreform“. Damit wollte er den Landtag verpflichten, sich mit der Reform der Abgeordnetenbezahlung zu beschäftigen. Rund 66.000 Unterschriften sind nötig, damit eine Volksinitiative ihre Wirkung entfaltet: Die Abgeordneten des NRW-Landtags müssen den Antrag, den eine solche Volksinitiative formuliert, in einer Sitzung behandeln und die Initiatoren anhören.



Für eine Diätenreform gaben über 100.000 Bürger in NRW ihre Unterschrift. Gesammelt wurden sie von Mitarbeitern des BdSt. Die Aktion zeigte Wirkung. Der Politik wurde Beine gemacht und der Reformprozess beschleunigt.

Der „Volksinitiative Diätenreform“ vorangegangen war ein jahrelanger Prozess. Da die Bezüge der Abgeordneten sowohl im Bundestag als auch in den Landtagen ein ständiges Reizthema sind, wollte der Landtag NRW dies ändern. Er richtete 2001 eine Kommission zu Fragen des Abgeordneten-

rechts ein, die eine Reform der Abgeordnetenbezüge erarbeiten sollte. Dieser „Diätenkommission“ gehörte auch der damalige Vorsitzende des Bundes der Steuerzahler NRW, Georg Lampen, an.

Der Reformprozess begann zügig. Nach nur einem Jahr legte die Diätenkommission ihren Abschlussbericht vor. Er besagte im Wesentlichen, dass die steuerfreien Pauschalen wegfallen und die staatliche Altersversorgung durch eine eigenfinanzierte Altersversorgung ersetzt werden sollte. Damit verbunden war eine Erhöhung der zu versteuernden Diäten. Vor einem solch radikalen Systemwechsel schreckten die Landtagsabgeordneten zurück. Eine „Arbeitsgruppe zur Umsetzung der Empfehlungen der Kommission zu Fragen des Abgeordnetenrechts“ untersuchte und analysierte zwei Jahre lang die Reformvorschläge der Diätenkommission. Als im Sommer 2004 endlich ein erster Gesetzentwurf zur Änderung des Abgeordnetengesetzes vorlag, tat sich – nichts. Nur die Stimmen von Kritikern und Bedenken-trägern wurden immer lauter.

Am 25. Januar 2005 machte der Bund der Steuerzahler NRW ernst und startete die „Volksinitiative Diätenreform“ in Düsseldorf. Von da an ging es Schlag auf Schlag. Nach nur neun Tagen hatten bereits 10.000 Menschen für die Volksinitiative unterschrieben. Mehr als 6.000 Unterstützer in ganz Nordrhein-Westfalen sammelten Unterschriften, Teams des BdSt NRW waren sechs Wochen lang fast täglich auf der Straße, um Unterschriften einzuwerben. Die blauen Pavillons, mit denen die Mitarbeiter Regen, Schnee, Wind und Kälte trotzen, gehörten von Rheine bis Siegen, von Aachen bis Minden zum Stadtbild. Im Februar tagten Experten im Landtag und sprachen noch einmal über die Diätenreform. Geladen war auch Georg Lampen, der noch



Unter dem Gewicht bog sich der Tisch: Die ersten 75.000 Unterschriften der „Volksinitiative Diätenreform“ überreichte Georg Lampen, Landesvorsitzender des BdSt NRW, und NRW-Vorstandsmitglied Michael Boeckhaus dem Landtagspräsidenten Ulrich Schmidt.

einmal betonte, dass weder das Steuerrecht noch der Vertrauensschutz der Umsetzung der Diätenreform im Weg stehe. Eine Woche später beschlossen die damals im NRW-Landtag vertretenen Fraktionen, die Diätenreform in erster Lesung im Landtag zu beraten. Die Volksinitiative lief weiter. Mitte März überreichte der Bund der Steuerzahler NRW die ersten 75.000 Unterschriften dem damaligen Landtagspräsidenten Ulrich Schmidt. Damit waren die Bürger stellvertretend dabei, als zwei Tage später der Landtag das Gesetz zur Neuregelung der Abgeordnetenbezüge verabschiedete. BdSt-Vorsitzender Lampen bewertete dies als den Beginn einer „neuen Zeitrechnung in der Politikerbezahlung“.

Die letzten Unterschriftenbögen erreichten den Bund der Steuerzahler NRW im Mai 2005. Insgesamt hatten mehr als 107.000 Menschen die „Volksinitiative Diätenreform“ unterstützt. Das war ein starkes Signal für die Politiker im Düsseldorfer Landtag und hat den Abgeordneten den letzten Schubs verliehen, um den vier Jahre andauernden Reformprozess zu einem guten Abschluss zu bringen. *BH*

Großkundgebung Reif für den Reißwolf

Zum 1. April 1999 trat die Neuregelung der 630-Mark-Jobs in Kraft. Der Unmut über die Neuregelung griff um sich, da viele Mini-jobs damit höhere Abgaben auslösen als bisher. BdSt-Präsident Karl-Heinz Däke sprach am 31. Mai 1999 auf einer Großkundgebung des Deutschen Hotel- und Gaststättenverbandes (DEHOGA) in Bonn. Mehrere tausend Teilnehmer demonstrieren an diesem Tag gegen die von der Bundesregierung vorgenommene Neuregelung der 630-Mark-Jobs. Däke rief ihnen zu, dass ein total unbrauchbares Gesetz wie das vorgelegte in den Reißwolf gehöre. Beide Verbände setzten sich für eine Rücknahme des Gesetzes ein – dennoch hielt die Politik daran fest. *HH*



Die Bewertung war eindeutig: Reif für den Reißwolf war das 630-Mark-Gesetz. Das äußerte BdSt-Präsident Dr. Karl-Heinz Däke auch deutlich auf der Großkundgebung in Bonn.

Für die Rücknahme des Gesetzes warben Hans-Joachim Vanscheidt, Leiter der BdSt-Steuerabteilung, und Dr. Karl-Heinz Däke auf der Großdemonstration.



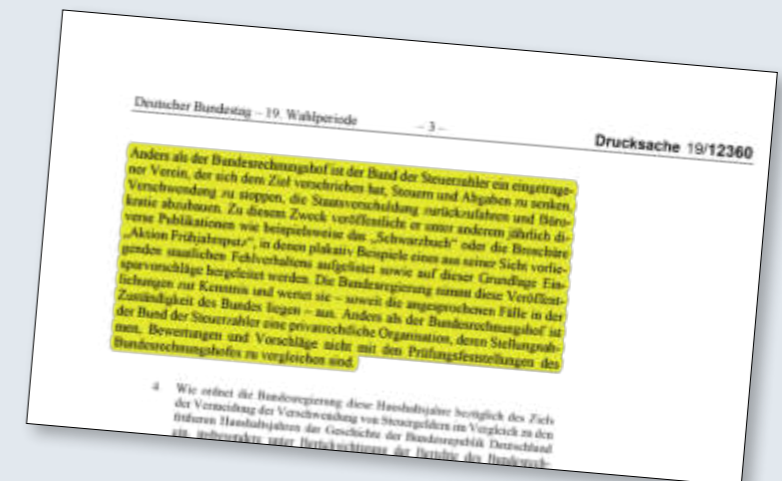
Unser Schwarzbuch wirkt

„Das Schwarzbuch – Die öffentliche Verschwendung“ und „Der Frühjahrsputz – Einsparvorschläge für den Bundeshaushalt“ sind zwei Publikationen des Bundes der Steuerzahler mit weitreichender Wirkung: Während „Das Schwarzbuch“ auf die Verschwendung von Steuergeld abzielt und sowohl Beispiele als auch Lösungsvorschläge beinhaltet, listet „Der Frühjahrsputz“ fragwürdige Subventionen auf und zeigt Einsparmöglichkeiten beim Bund auf.

In der Drucksache 19/12360 beschreibt der Bundestag nicht nur sehr schön die Ziele und Aufgaben des Bundes der Steuerzahler, sondern berichtet zugleich, wie die Bundesregierung auf die Publikationen „Das Schwarzbuch“ und „Der Frühjahrsputz“ reagiert. Sie prüft die

vom BdSt recherchierten und erarbeiteten Verschwendungsfälle, schaut sich die von uns als fragwürdig deklarierten Subventionen an und nimmt die Einsparvorschläge für den Bundeshaushalt zur Kenntnis. Die Drucksache belegt, die

Arbeit des Bundes der Steuerzahler wird vom der Bundesregierung sehr genau wahrgenommen, beobachtet, geprüft und als Arbeitsgrundlage angenommen. *JB*





Demo vor dem Bundestag

„Wort halten: Soli abschaffen!“

Es war ein lautstarkes und farbenfrohes „Soli weg!“ im Berliner Regierungsviertel. Weil Kritik und Lösung für den Bund der Steuerzahler zusammengehören, hatten wir im Herbst 2017 beschlossen: Wir gehen auf die Straße! In T-Shirts, mit Banner, Kappas, Ballons und beleuchteten Coollite Trucks. Was darauf zu lesen war, wurde unser Programm vom 7. bis 9. November und damit zeitgleich zur Sitzung des „Arbeitskreis Steuerschätzungen“. Rund 100 Teilnehmer waren bei unserer Demonstration vor dem Deutschen Bundestag dabei – dem Höhepunkt unserer dreitägigen Protest-Aktion, die in der Presse, in Nachrichtensendungen im Fernsehen und im Radio zum Thema wurde.

„Wort halten! Soli abschaffen!“ Mit diesem Motto unserer Protest-Aktion für ein Soli-Aus haben wir an das Versprechen der Politik erinnert, den Solidaritätszuschlag nur in Notzeiten erheben zu wollen, um „Bedarfsspitzen“ im Bundeshaushalt auszugleichen sowie den „Aufbau Ost“ zu finanzieren. Wir übersetzen diese Politikersprache und machen in der Öffentlichkeit unermüdlich klar: Von „Bedarfsspitzen“ kann seit Jahren keine Rede mehr sein, weil die Steuereinnahmen stets neue Rekordhöhen erreichen. Und zweitens: Der Solidaripakt II läuft Ende 2019 aus – dann müsste also auch der Soli komplett und für alle Bürger und Betriebe fallen.

Obendrein nimmt der Bund viel und immer mehr durch den Soli ein (17,6 Milliarden Euro in unserem Demo-Jahr 2017, im Jahr 2019 sind es 19,4 Milliarden, für 2023 werden sogar 22,7 Milliarden prognostiziert), als er den neuen Bundesländern über den Solidaripakt tatsächlich zukommen lässt – hier wird es entsprechend immer weniger (5,1 Milliarden Euro 2017, im Jahr 2019 nur noch 3,6 Milliarden, ab 2020 sind diese Ausgaben gleich Null, da der Solidaripakt entfällt).

Deshalb betonte BdSt-Präsident Reiner Holznagel am Demo-Tag vor Hauptstadtjournalisten, dass die Politik Wort halten muss. Zu-

sammenfassend brachte es Holznagel auf den Punkt: „Die Politik hat immer versprochen, dass der Soli abgeschafft wird, wenn die Hilfen für den ‚Aufbau Ost‘ vollendet sind. Der Solidaripakt II endet im Jahr 2019. Schon aus moralischen Gründen darf der Soli nicht verlängert werden – sonst würde ein Versprechen gebrochen! Hinzu kommt, dass der Solidaritätszuschlag eine Ergänzungsabgabe ist, die erhoben werden darf, wenn der Bund klamme Kassen, aber große Ausgaben, hat. Seit Jahren haben wir aber steigende Steuereinnahmen. Also wäre es auch rein technisch fahrlässig, wenn der Soli nicht abgeschafft werden würde, denn er hat keine Legitimation mehr.“

Soli weg! Auf dieses Stichwort gingen hunderte (BdSt-)blaue Ballons in die Berliner Luft.

Für die Demonstration unserer Kollegen aus dem Bundesverband und den Landesverbänden gab es kräftige Unterstützung – vom Bundesverband mittelständische Wirtschaft, der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft, den Familienunternehmern, den Jungen Unternehmern und den Familienbetrieben Land und Forst.

Durch jedes nächste Gespräch mit der Politik und jedes weitere Statement in den Medien werden wir daran erinnern, dass der Soli nur eine temporäre Ergänzungsabgabe zur Einkommen- und Körperschaftsteuer ist! Wir kämpfen aber nicht nur politisch für einen Kurswechsel, sondern auch juristisch.

Schließlich steht der Soli auch rechtlich auf tönernen Füßen. Deshalb halten wir mit Musterklagen dagegen – zum Beispiel mit einer Klage, die sich auf das Streitjahr 2007 bezieht und beim Bundesverfassungsgericht anhängig ist. Mehr noch: Wir prüfen neue Fälle, die das Jahr 2020 betreffen – und damit das Jahr, in dem erstmals die Aufbauhilfen für die neuen Bundesländer wegfallen. Deshalb: Soli weg! *HF*



„Wort halten! Soli abschaffen!“ Mit diesem Motto unserer Protest-Aktion haben wir an das Versprechen der Politik erinnert, den Solidaritätszuschlag nur in Notzeiten zu erheben, um „Bedarfsspitzen“ auszugleichen und den „Aufbau Ost“ zu finanzieren. Unser Bundesverband, die Landesverbände sowie uns hier unterstützende Vereine – Bundesverband mittelständische Wirtschaft, Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft, Die Familienunternehmer e. V. / Die Jungen Unternehmer und Familienbetriebe Land und Forst e. V. – setzten vor dem Bundestag Zeichen.



Polit-Prominenz bei unserer Kampagne „Soli abschaffen!“: BdSt-Präsident Reiner Holznagel (links) begrüßte FDP-Chef Christian Lindner, der eigens vor den Sitz der Bundesgeschäftsstelle des Verbandes in der Berliner Reinhardtstraße gekommen war, um unser Engagement zu bestätigen. „Es ist eine Frage der Glaubwürdigkeit“, so Lindner, „dass der Soli fällt, wenn die Aufbauhilfen Ost auslaufen“. Lindner, der das Team des BdSt persönlich begrüßt hatte, drückte seinen Dank für unsere Unterstützung aus: „Ich sage Ihnen zu: Wir kümmern uns darum!“



Ein Hingucker! Mit dem Start von drei beleuchteten Plakat-Lastwagen beginnt auch unsere Kampagne zur Abschaffung des Soli. „Die Politik hat das Soli-Aus versprochen, jetzt muss sie auch Wort halten“, ermahnt BdSt-Präsident Reiner Holznagel die Parteien. Deswegen fahren die Lastwagen Bundestag, Kanzleramt, Finanzamt und die Parteizentralen in Berlin an: ein deutliches Zeichen für die dringend notwendige Entlastung der Steuerzahler.

BdSt Sachsen

Ein Preis, den keiner haben möchte

Der Bund der Steuerzahler hat sich in den siebzig Jahren seines Bestehens stets für eine sparsame und nachhaltige öffentliche Ausgabenpolitik eingesetzt. Trotzdem ist der verschwenderische Umgang mit Steuergeldern bis heute ein heiß diskutiertes Problem der öffentlichen Haushalte. Gegen diesen Missstand läuft der Bund der Steuerzahler mit seinem alljährlichen Schwarzbuch der öffentlichen Verschwendung Sturm.

Der sächsische Landesverband verleiht darüber hinaus seit 20 Jahren regelmäßig einen eigenen Negativpreis für den sächsischen Steuerverschwender des Jahres. Auslöser dafür war die in den 1990er Jahren überbordende Planung und der Bau einer Vielzahl sogenannter „Spaß- und Freizeitbäder“ im Freistaat, die Unmengen an Fördergeldern verschlangen und häufig aus Kostengründen nicht dauerhaft betrieben werden konnten. Den Namensvorschlag für den Preis lieferte ein langjähriges Vereinsmitglied: „Schleudersachse“.

Die künstlerische Umsetzung – eine silberfarbene Metallskulptur, die eine offene Hand auf einem Sandsteinsockel zeigt, aus der Geldstücke in einen Fluss fallen. Die Botschaft: Die öffentliche Hand verschwendet Steuergeld, das unwiderruflich den Bach runter geht.

Mittlerweile wird der alljährliche „Preisträger“ aus einer Vielzahl von Kandidaten im Rahmen einer offenen Internetabstimmung durch die sächsischen Bürgerinnen und Bürger ermittelt.



J. H. Chemnitz

Wird seit 20 Jahren – Jahr für Jahr – verliehen. Der Schleuder-Sachse, als Negativ-Preis für verschwenderischen Umgang mit Steuergeld.

Die Sachsen sind wachsam und beobachten das Geschehen in den Rathäusern, Kommunalparlamenten, Ministerien, Zweckverbänden und Verwaltungen aufmerksam. Das Motto: Verschwendung aufdecken und verhindern – denn wer Steuern zahlt will Sparsamkeit.

Auch wenn die öffentlichen Haushalte vielerorts derzeit ohne Neuverschuldung auskommen und die Kassen voll sind wie noch nie, rechtfertigt dies nicht den verschwenderischen und leichtfertigen Umgang mit öffentlichen Geldern. Denn sowohl die Neuschulden als auch neue Kredite sind die Steuern von morgen. Bleiben wir also wachsam. TM



Das Schwarzbuch

Die öffentliche Verschwendung

Wer Steuern zahlt will Sparsamkeit – keine Verschwendung. Dieser Gedanke war der Ausgangspunkt der wohl bekanntesten „Marke“ des Bundes der Steuerzahler. Das Schwarzbuch der öffentlichen Verschwendung ist mittlerweile weithin bekannt und Synonym für die Recherche- und Aufklärungsarbeit des Bundes der Steuerzahler.

Mit dem Schwarzbuch ist es uns gelungen, das Problem der Steuergeldverschwendung als Thema in Politik und Verwaltung fest zu verankern. Damit ist das Schwarzbuch und die öffentliche Aufmerksamkeit, die es erzeugt, das beste präventive Mittel gegen die Verschwendung von Steuergeld.

Entstanden ist es 1973. Damals wurden erstmals die Beispiele für den sorglosen Umgang mit Steuergeld vom BdSt in einer

Broschüre gebündelt und veröffentlicht. Der mediale Widerhall war schon damals groß. So schrieb zum Beispiel der Chefredakteur von „Bild am Sonntag“: „Dies ist eine harte Anklage. Doch die Experten, die sie erhoben, verstehen etwas von ihrem Geschäft. Wer diese Dokumentation liest, bekommt graue Haare. Das Gerede von der öffentlichen Armut ist ein Märchen. Der Staat hat Geld, aber er verschwendet es.“

Seit nun 47 Jahren veröffentlicht der Bund der Steuerzahler jeden Herbst ein neues Schwarzbuch. In der Frankfurter Allgemeinen Zeitung wurde das Buch daher schlicht als „Herbstklassiker“ bezeichnet. Ziel ist es nach wie vor, die Öffentlichkeit zu sensibilisieren und die Politik zum sparsamen und wirtschaftlichen Umgang mit

Bereits im ersten Geleitwort des damaligen Präsidenten des Bundes der Steuerzahler, Willy Haubrichs, zum ersten Schwarzbuch 1973, war der Appell enthalten, die öffentliche Hand möge wieder die Grundsätze der Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit achten. Zugleich wies Haubrichs darauf hin: Alle reden von der öffentlichen Armut – wir dokumentieren die öffentliche Verschwendung.

unserem Steuergeld zu bewegen. Um die Verschwendung von Steuergeld zu verhindern, gibt es das Schwarzbuch mittlerweile auch digital auf der preisgekrönten Recherche-Plattform schwarzbuch.de.

Das Schwarzbuch des Bundes der Steuerzahler ist einzigartig: Nur der BdSt deckt die Verschwendung von Steuergeld in dieser öffentlichkeitswirksamen Form auf und recherchiert dafür jedes Jahr über 100 Beispiele eklatanter Steuergeldverschwendung. In seinen Analysen geht er den Ursachen für die Verschwendung von Steuergeld auf den Grund und liefert zugleich konkrete Handlungsempfehlungen, wie es besser laufen kann. Damit leistet der Bund der Steuerzahler einen konstruktiven Beitrag für die sparsame Verwendung von Steuergeld. *JB*



Wie das Recherche-Netzwerk aus den Verschwendungsexperten der Landesverbände und des Bundesverbandes des Bundes der Steuerzahler arbeitet und funktioniert, darauf geht Reiner Holzengel in seinem Geleitwort aus dem Jahr 2016 ein.

Niedersachsen und Bremen

Strafe für Steuergeldverschwender!



Weit sichtbar platziert war die Forderung des BdSt nach einer Strafe für Verschwender von öffentlichen Geldern.

Mit unserem jährlichen Schwarzbuch „Die öffentliche Verschwendung“ prangern wir unwirtschaftliches und verschwenderisches Verhalten von Politikern und öffentlichen Verwaltungen an konkreten Beispielen an. Auch staatliche Rechnungshöfe, Kommunalprüfungsämter oder die Medien berichten immer wieder über Missstände im öffentlichen Finanzgebaren.

Mit der Aufdeckung und Publizierung von Steuergeldverschwendung wirken wir präventiv und erreichen wichtige Ziele für unser Gemeinwesen. Aber damit sind unsere Aktivitäten nicht beendet. Wenn eklatant gegen Rechtsvorschriften, insbesondere gegen Haushaltsrecht, verstoßen und dadurch der öffentlichen Hand schwerer Schaden zugefügt wurde, müssen den dafür Verantwortlichen auch wirklich Konsequenzen drohen. Der Bund der Steuerzahler verlangt, dass Amtsträger zur Rechenschaft gezogen werden, wenn sie öffentliche Mittel im Widerspruch zu geltenden Rechtsvorschriften verausgaben. Dabei kommt neben der disziplinar- und zivilrechtlichen Haftung die strafrechtliche Verfolgung in Betracht, wenn der Verdacht auf strafbare Untreue gegeben ist.

Im Fall „Schlaues Haus Oldenburg“ hat der Bund der Steuerzahler Niedersachsen und Bremen mit Nachdruck Staatsanwälte zu Prüfungen und Ermittlungen wegen des Verdachts von Untreuehandlungen angegriffen.

Worum ging es?

In seinem Jahresbericht 2016 rügte der Niedersächsische Landesrechnungshof die Universität Oldenburg und die Jade-Hochschule wegen Verstoßes gegen das haushaltsrechtliche Vorleistungsverbot sowie wegen Verstoßes gegen den Grundsatz der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit. Beide Hochschulen hatten mit Mietvorauszahlungen über 28 bzw. 23 Jahre die Sanierung des „Schlaues Hauses“ in Oldenburg finanziert, das seit Herbst 2012 wissenschaftlichen Zwecken und der hochschulbezogenen Öffentlichkeitsarbeit dient. Es flossen insgesamt 3,1 Millionen Euro an „Nutzungsentgeltvorauszahlungen“, mit denen im Wesentlichen die gestiegenen Umbaukosten finanziert wurden. Ein solches Finanzgebaren ist im Geschäftsleben völlig unüblich. Üblich ist dagegen, Leistung und Gegenleistung Zug um Zug zu erbringen. Denn wer kann den Hochschulen garantie-

ren, dass der Vermieter seine Leistungspflichten über die gesamte Mietlaufzeit erfüllt?

Weil auch das staatliche Haushaltsrecht öffentlichen Stellen untersagt, finanziell in Vorleistung zu treten und die Hochschulverantwortlichen dies wussten bzw. wissen mussten, schaltete der Bund der Steuerzahler die Staatsanwaltschaft Oldenburg ein. Die Staatsanwaltschaft Oldenburg nahm daraufhin Ermittlungen wegen Untreue auf, stellte diese jedoch im November 2016 im Wesentlichen mit zwei Argumenten ein: (1) Die Mietvorauszahlungen seien trotz des haushaltsrechtlichen Vorleistungsverbot gerechtfertigt gewesen, weil besondere Umstände vorgelegen hätten. Das dringende Landesinteresse hätte ohne Vorleistung nicht erlangt werden können. (2) Die Grundsätze von Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit seien in dem langlaufenden Mietvertrag berücksichtigt gewesen, auch wenn die derzeit zu entrichtende Miete oberhalb der ortsüblichen Vergleichsmiete liege. Über die lange Laufzeit gesehen sei der Mietzins nicht überhöht, weil inflationsbedingte (Mietpreis-)Steigerungen in den Verträgen nicht vorgesehen seien.



Mit der wenig überzeugenden Einstellungs begründung gab sich der Bund der Steuerzahler Niedersachsen und Bremen nicht zufrieden. Er beauftragte einen Rechtsprofessor von der Bucerius Law School in Hamburg, der sich daraufhin gründlich mit dem Vorgang auseinandersetzte und feststellte, dass die für die Verfahrenseinstellung erforderliche „Einstellungsreife“ nicht gegeben sei. Die

Fragwürdigkeit der Verträge drückte der Gutachter unter anderem so aus: „Keine Privatperson würde, wenn sie dazu imstande wäre, die Miete für zwei oder drei Jahrzehnte im Voraus selbständig entrichten, sondern selbst eine Immobilie erwerben“. Das wirtschaftliche Risiko des langlaufenden Mietvertrages müsse strafrechtlich wesentlich stärker als geschehen berücksichtigt werden.

Das vom Bund der Steuerzahler vorgelegte Rechtsgutachten veranlasste den Generalstaatsanwalt, die Staatsanwaltschaft Oldenburg zur Wiederaufnahme der Ermittlungen anzuweisen. Erneut wurde ausgiebig geprüft und zwei beschuldigten Hochschulleitern rechtliches Gehör gewährt. Doch wiederum verneinten es Staatsanwälte, dass mit dem Abschluss von langlaufenden Mietverträgen Vermögensbetreuungspflichten verletzt und dem Land Niedersachsen ein Vermögensschaden zugefügt wurde. Zwar wird mit der ergänzenden, vertieften Begründung die Entscheidung der Staatsanwaltschaft Oldenburg für den Bund der Steuerzahler plausibler. Es bleibt aber in Konsequenz das unbefriedigende Ergebnis, dass das vorhandene Instrumentarium der Strafverfolgungsbehörden offensichtlich nicht ausreicht, um evidente Verstöße gegen Haushaltsrecht mit erheblichem Gefährdungspotenzial für das öffentliche Vermögen strafrechtlich zu sanktionieren.

Der Bund der Steuerzahler wird deshalb auch zukünftig u. a. auf Gesetzesänderungen drängen, um Haushaltsuntreue und die Verschwendung von Steuergeldern auch mit den Mitteln des Strafrechts wirksam zu bekämpfen. Nicht zuletzt deshalb, weil der Staat im spiegelbildlichen Fall der Steuerhinterziehung die strafrechtlichen Instrumente zu deren Verfolgung in den letzten Jahren geschärft hat. ^{BZ}





„Fass ohne Boden“ Verleihung des BdSt- Negativpreises

Als effektvolles Mittel im Rahmen der verbandlichen Öffentlichkeitsarbeit hat sich von jeher die Verleihung von Auszeichnungen erwiesen. Vorbildliches Verhalten der öffentlichen Hand wurde ebenso gelobt, etwa mit dem „Eisernen Steuergroschen“ (Landesverband Nordrhein-Westfalen) oder dem Sparlöwen (Landesverband Bayern), wie besonders ärgerliches finanzpolitisches Fehlverhalten mit dem „Fass ohne Boden“.

Bereits bei den alten Griechen war das durchlöchernte Fass Sinnbild für Vergebllichkeit, für Sinnlosigkeit und für Verschwendung. Die 50 Töchter des Königs Danaos töteten auf dessen Befehl hin – alle bis auf eine – in der Brautnacht ihre jungen Ehemänner. Für diese meuchelmörderischen Taten traf sie der Fluch der Götter. Sie wurden in der Unterwelt (Tartaros) dazu verdammt, beständig Wasser in ein leckes Fass zu schöpfen. Gespiegelt an der griechischen Mythologie wurde das „Fass ohne Boden“ von einigen BdSt-Landesverbänden viele Male vergeben, um deutliche Kritik am Finanzgebaren einer öffentlichen Körperschaft oder öffentlichen Gesellschaft zu üben. Besondere Aufmerksamkeit in der Öffentlichkeit erzielten folgende „Preisverleihungen“:

Verleihung „Fass ohne Boden“

- | | | |
|--|---|--|
| <p>1988 Nürnberg, Verleihung an:
Oberbürgermeister Dr. Peter Schönlein (SPD)</p> <p>1989 Augsburg, Verleihung an:
Oberbürgermeister Hans Breuer (SPD)</p> <p>21.03.1990 Der niedersächsische Minister für Wissenschaft und Kunst Johann-Tönjes Cassens erhielt das Fass ohne Boden. Mit der Verleihung sollte auf eine kostspielige und für die Steuerzahler besonders ärgerliche finanzpolitische Fehlentwicklung aufmerksam gemacht werden: Die landauf landab zu beobachtenden Kostenüberschreitungen bei öffentlichen Bauvorhaben.</p> <p>21.12.1990 München, Verleihung an:
Oberbürgermeister Kronawitter (SPD)</p> <p>15.02.1992 Rat und Verwaltung der Stadt Hildesheim erhielten das Fass ohne Boden. Mit der Verleihung wurden beträchtliche Kostensteigerungen beim Bau und beim Betrieb des zunächst „Rosen-Therme“, dann „Wasserparadies“ genannten „Spaßbades“ gerügt.</p> |  <p>Minister Cassens nimmt das „Fass ohne Boden“ entgegen.</p> | <p>23.01.1997 München, Verleihung an:
Oberbürgermeister Christian Ude (SPD)</p> <p>09.02.1998 Augsburg, Verleihung an:
Oberbürgermeister Dr. Peter Menacher (CSU)</p> <p>17.03.1998 Neu-Ulm, Verleihung an:
Oberbürgermeisterin Dr. Beate Merk (CSU)</p> <p>4.10.1999 Der Bürgermeister der Stadt Laatzen, Hauke Jagau, erhält das „Fass ohne Boden“ wegen drastischer Kostensteigerungen beim Bau des Stadtbades „aquaLaatzium“ in Laatzen. Bei einer Bürgerbefragung im Jahr 1997 stimmten die Laatzenener Bürger einem Neubau mit einem voraussichtlichen Investitionsvolumen von 15 bis 19 Mio. DM zu. Ein Ratsbeschluss aus Dezember 1997 sah Baukosten von rund 20 Mio. DM vor. Im Oktober 1999 lagen die Kostenberechnungen dann bereits bei 37 Mio. DM.</p> <p>10.12.2003 Augsburg, Verleihung an:
Oberbürgermeister Dr. Paul Wengert (SPD)</p> <p>11.07.2007 Der Landkreis Cuxhaven erhält vom Bund der Steuerzahler Niedersachsen und Bremen e. V. das „Fass ohne Boden“. Grund sind die hohen Verluste der Flughafen-Betriebsgesellschaft Cuxhaven/Nordholz (FBG), die seit der offiziellen Inbetriebnahme des Flughafens im Jahr 2002 angefallen waren.</p> <p>13.12.2018 Der Niedersächsische Wissenschaftsminister Björn Thümler erhält vom Bund der Steuerzahler Niedersachsen und Bremen e. V. das „Fass ohne Boden“ wegen der Übernahme des Schöninger Speere-Museums Paläon unter das Dach des Niedersächsischen Landesamtes für Denkmalpflege. Gerügt wird damit die institutionelle, also dauerhafte, Förderung des Paläon mit mindestens 500.000 Euro jährlich durch das Land Niedersachsen. Versprochen war den Steuerzahlern ein Betrieb ohne öffentliche Zuschüsse.</p> |
|--|---|--|



Der Landesverband Niedersachsen und Bremen vergibt 1992 das „Fass ohne Boden“ an die Stadt Hildesheim für ihr Spaßbad.



Der Landesverband Niedersachsen und Bremen überreicht 2018 Wissenschaftsminister Björn Thümler das „Fass ohne Boden“ wegen des Speere-Museums Paläon.



Alexander Kraus, Landesvorsitzender des Bundes der Steuerzahler Berlin e. V., hat die Finanzen der Bundeshauptstadt fest im Blick.

BdSt Berlin

Arm aber sexy oder sparen, bis es quietscht?

Wenn es um die Landesfinanzen unserer Bundeshauptstadt geht, kommen vielen noch immer zuerst die markigen Aussprüche des ehemaligen regierenden Bürgermeisters „arm aber sexy“ oder „sparen, bis es quietscht“ in den Sinn.

Die Schulden des Stadtstaates hatten sich nach der Wende von 10,8 Milliarden Euro im Jahr 1991 innerhalb von nur einem Jahrzehnt fast vervierfacht. 2011 erreichte Berlins Schuldenberg seinen Höchststand, der sich am Jahresende auf sagenhafte 62,9 Milliarden Euro belief.

Die Ursachen für den rasanten Schuldenzuwachs in den 90er Jahren sind dabei nicht nur in einer riesigen, aus Ost und West zusammengesetzten Verwaltung, sondern auch in der Überführung Berlins in den Länderfinanzausgleich und den Nachwirkungen einer über Jahrzehnte hinweg verfehlten Wohnungsbaupolitik zu sehen. Auch spiegeln sich in den Schulden des Landes bis heute die Erblasten aus der Krise der Berliner Bankgesellschaft wider.

Seit dem Jahr 2012 laufen die gelben Ziffern auf der blauen Schuldenuhr am Haus des Bundes der Steuerzahler Berlin erfreulicherweise rückwärts. Berlin hat damit begonnen, die hohe Verschuldung, die auch der Bund der Steuerzahler immer wieder in die öffentliche Wahrnehmung gerückt hat, abzubauen. Durch die Begrenzung des Ausgabenwachstums und anderer Konsolidierungsmaßnahmen konnte das Land seitdem jährlich einen Haushaltsüberschuss erzielen und Altschulden tilgen. Sicherlich haben auch die sprudelnden Steuereinnahmen, die niedrigen Zinsen und die günstige

konjunkturelle Entwicklung ihren Anteil daran, dass der Finanzsenator zum Ende des Jahres 2018 einen Schuldenstand von 57,6 Milliarden Euro verzeichnen konnte.

Leider macht die Schuldenuhr aber nur einen Teil des Problems sichtbar. Neben den Kreditmarktschulden drücken Berlin auch die Vorsorgeverpflichtungen für seine Beamten. Bereits im Jahr 2011 hatte der Bund der Steuerzahler in den Medien vor einer Pensionslawine gewarnt, die auf Berlin zurollt. Damals hatten wir diese auf ein Volumen von mindestens 66 bis 69 Milliarden Euro geschätzt. Nachdem Medien damals über die Zahlen berichtet hatten, forderten Abgeordnete vom Finanzsenator Aufklärung über die Höhe der Pensionslasten, die in den folgenden Jahrzehnten den Berliner Landeshaushalt belasten werden. 2019 legte der Berliner Finanzsenat schließlich ein versicherungsmathematisches Gutachten mit eigenen Annahmen vor, nach dem die Pensionsverpflichtungen in den nächsten Jahren auf rund 68 Milliarden Euro anwachsen werden.

Auch wenn die Hauptstadt im Jahr 2019 noch immer am Tropf des Länderfinanzausgleichs hängt, aus dem rund 15 Prozent seiner Einnahmen stammen, leistet sie sich immer wieder Ausgaben, die bei den Bürgern der Geberländer zu Kopfschütteln führen. Statt den Sanierungsrückstau in einem Umfang von rund einer Milliarde Euro an den Berliner Brücken abzubauen, schafften es in den letzten Jahren zahlreiche Verschwendungsfälle in unser Schwarzbuch. Die Berliner quälen sich derweil aufgrund der zunehmenden Brückensperrungen über Schleichwege durch den Berufsverkehr.

Die Wirtschaft tüfelt für Schwertransporte Routen im Zickzackkurs durch die Stadt aus. Auch die Straßen und Gehwege bräuchten dringend Sanierungsmaßnahmen in Milliardenhöhe. Stattdessen leistet sich die Stadt immer wieder allerlei Kuriositäten.

So wurden aus den Mitteln der Fußverkehrsstrategie des Berliner Senats 2017 im Bezirk Marzahn-Hellersdorf Kreuzungsecken barrierefrei abgesenkt, wo es überhaupt keine Gehwege gibt. In Pankow wurden 2012 Leuchtstelen im Rahmen einer Straßenbaumaßnahme als Kunst im Stadtraum errichtet. Nach und nach gehen an den Lichtinstallationen die Lichter aus, worin das Bezirksamt aber keine „Kunstschmälerei“ zu erkennen vermag. Statt die Gehwege zu reparieren, wird der Aufenthaltsraum für Fußgänger durch sogenannte Parklets auf die Straße erweitert. Auf ihnen kann man sitzen, während Zentimeter dahinter der Verkehr vorbeidonnert. Straßen werden zu Begegnungszonen umgebaut und für viel Steuergeld mit blauen Betonwürfeln und grünen Punkten dekoriert.

Angesichts von finanziell aus dem Ruder gelaufenen Großbauprojekten, wie der Staatsoper Unter den Linden oder dem Flughafen BER, mögen diese Beispiele wie „Peanuts“ klingen. Sie zeigen aber auch, wie wichtig die Arbeit des Bundes der Steuerzahler ist, der auch die vielen „kleinen“ Verschwendungen aufdeckt. Und die Beispiele zeigen, wie wichtig die seit jeher vom Verein geforderte und schließlich auch grundgesetzlich verankerte Schuldenbremse ist, um die Verwaltung zu disziplinieren. Denn arm zu sein ist überhaupt nicht sexy. AK

Der Bund der Steuerzahler Saarland e.V.



Der Landesvorsitzender des Bundes der Steuerzahler Saarland, Dipl.-Kfm. Christoph Walter, schaut der Politik beim Geldausgeben kritisch auf die Finger. Er setzt sich zudem für einen Abbau der Verschuldung ein.



Mit einem Gutachten zu den Politikerprivilegien des Saarlandes schaffte es der BdSt Saarland in die Titelgeschichte des Magazins DER SPIEGEL von 1992.

Von den „alten“ Landesverbänden der Steuerzahlerorganisation in den Ländern der BRD vor der Wiedervereinigung ist der Landesverband im Saarland der jüngste. Das war der Geschichte des Saarlandes geschuldet, das bis Ende 1956 wirtschaftlich an Frankreich angeschlossen war. Die Gründung einer Vereinigung wie der Bund der Steuerzahler war nach dem Krieg faktisch nicht möglich, weil die Regierung alle Bestrebungen, die Loslösung der Saar von Deutschland und ihre Autonomie in Frage zu stellen, sanktionierte. Alle Gebilde, die als Untergliederungen bundesdeutscher Verbände gelten konnten, waren damals an der Saar unerwünscht bzw. sogar verboten.

Das Saarland wurde am 1. Januar 1957 ein Land der Bundesrepublik Deutschland. Die Idee, auch im Saarland einen Landesverband des Bundes der Steuerzahler zu gründen, kam über die Universität des

Saarlandes, wo Prof. Ewald Aufermann, Ordinarius für Betriebswirtschaftliche Steuerlehre, und Rechtsanwalt Dr. Wilhelm Haubrachs, Lehrbeauftragter für Bürgerliches Recht, Kontakte zu Kollegen hatten, die im Bundesgebiet dem Bund der Steuerzahler angehörten. Der Verein wurde am 21. Juli 1956 gegründet als Bund der Steuerzahler e. V. mit dem Sitz in Saarbrücken und am 6. November 1956 in das Vereinsregister eingetragen.

Wegen der Zugehörigkeit zum französischen Wirtschaftsraum waren zur damaligen Zeit im Saarland zunächst die Produktionssteuer und dann ihre Nachfolgerin, die Mehrwertsteuer eingeführt worden. Da diese Steuern wesentlich höher waren als die deutsche Umsatzsteuer, war es eine der Hauptaufgaben, im Saarland dafür zu kämpfen, dass die direkten Steuern gesenkt wurden in Anpassung an das französische

Besteuerungssystem. Wegen der wenig stabilen französischen Währung zur damaligen Zeit wurden in Frankreich immer wieder steuerliche Erleichterungen für die Unternehmungen eingeführt, so dass eine Aufgabe des Landesverbandes darin bestand, mit dafür zu sorgen, dass auch im Saarland solche Erleichterungen möglichst zeitgleich eingeführt wurden. Nach der Rückgliederung des Saarlandes erfolgte eine Verlagerung der Aufgabenstellung dergestalt, dass nunmehr die staatlichen und kommunalen Ausgabenkontrollen in den Mittelpunkt der Arbeit des Bundes der Steuerzahler rückten. Das ist bis heute so geblieben, ohne dass die steuerlichen Themen entfallen wären oder an Bedeutung verloren hätten.

Im Laufe der Jahre hat sich der Bund der Steuerzahler Saarland ein gehöriges Ansehen als fachkundiger und sachlicher

Verband in den Fragen des Steuer- und Abgabenrechts wie bei der Thematik des sparsamen und wirtschaftlichen Umgangs mit Steuergeldern erworben. So wird der Verband regelmäßig zu Anhörungen im Landtag oder Veranstaltungen der Kammern eingeladen. Wenn erforderlich, aktiviert der saarländische BdSt auch externe Fachleute. Spektakulär war beispielsweise das Echo auf ein vom Landesverband in Auftrag gegebenes Gutachten zu Privilegien von Politikern im Saarland. Das Gutachten brachte es zur Titelgeschichte des Spiegels vom 11. Mai 1992. Am Anfang des Artikels hieß es: „Oskar Lafontaine antwortete nicht. In einem höflichen Brief war der Ministerpräsident des Saarlandes Mitte März gebeten worden, allerlei unangemessene Privilegien für Politiker im allgemeinen und für Minister im besonderen abzuschaffen, um ‚Schaden von unserem Lande‘ zu wenden. Absender: der Bund der Steuerzahler“.

Leider, so muss man sagen, gehören Verschwendungsfälle bis heute zum täglichen Brot des BdSt Saarland. Dabei ist das Spektrum enorm. Mal geht es um eine unwirtschaftliche Fischzucht in öffentlicher Hand, mal um Bauskandale oder persönliche Bereicherungen. Vielfach ist der Bund der Steuerzahler dabei erster Ansprechpartner für Bürger oder Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes, die aus nachvollziehbaren Gründen nicht namentlich genannt werden wollen. Diesbezüglich könnte man den BdSt auch als idealen Ergänzungsspieler für den Landesrechnungshof bezeichnen, der zum einen personell nicht üppig aufgestellt ist und auf Grund der Jahresarbeitsplanungen in gewisser Weise etwas unflexibel ist.

Wie der Name des Vereins schon ausdrückt, spielt das Thema Steuern in der täglichen Arbeit eine große Rolle. Eine wesentliche Aufgabe des Vereins ist dabei die Versor-

gung der Mitglieder mit steuerrechtlichen Informationen in einer auch für Laien verständlichen Sprache. Die gesetzgeberische Hektik der Parlamente und die vielen Urteile der Finanzgerichte werden es auch in Zukunft erfordern, dass der Bund der Steuerzahler Saarland mit den anderen Landesverbänden und den Bundesorganen sich um die Belange der Steuerbürger kümmert. Bei dieser Aufgabenerfüllung zeichnet sich der Verein auch durch eine große Konstanz im Personalsektor aus. In den bisherigen 63 Jahren des Bestehens hatte der BdSt Saarland nur fünf Vorsitzende. Prof. Ewald Aufermann von 1956 bis 1958, Prof. Dr. Willy Haubrachs 1958 bis 1982, Dr. Peter Walter 1982 bis 1988, Dr. Klaus Klein 1988 bis 2007 und seit 2007 Christoph Walter. Festzuhalten bleibt abschließend, dass Professor Haubrachs von 1971 bis 1982, dem Jahr als er verstarb, Präsident des Bundes der Steuerzahler Deutschland war. pp

Erfolgsbilanz

Die wichtigsten Steuer-Erfolge der vergangenen 10 Jahre

2009

Erfolgreicher Musterprozess zur steuerlichen Behandlung von Erststudienkosten:

Der Bundesfinanzhof hat die Ansicht des BdSt zur steuerlichen Behandlung von Erststudienkosten nach abgeschlossener Berufsausbildung bestätigt. Aufwendungen für ein solches Studium sind Werbungskosten. Die vom BdSt unterstützte Musterklage hatte damit Erfolg.

Vorläufigkeitsvermerk zum Solidaritätszuschlag: Der BdSt hat beim BMF die Erteilung eines Vorläufigkeitsvermerks zum Solidaritätszuschlag – aufgrund unseres Musterverfahrens – angeregt. Das Bundesfinanzministerium ist diesem Vorschlag nachgekommen und hat einen entsprechenden Vorläufigkeitsvermerk erteilt.

2010

Nichtanwendungserlasse nun unter Ministervorbehalt:

Der BdSt hat sich mehrfach kritisch gegenüber der Praxis des Bundesfinanzministeriums, oberste Urteile der Gerichte – insbesondere die steuerzahlerfreundlichen des Bundesfinanzhofs – für nicht anwendbar zu erklären, geäußert. Nach einem Briefwechsel des BdSt mit dem Bundesfinanzministerium stehen diese Nichtanwendungserlasse nun unter einem Ministervorbehalt, d. h. der Bundesfinanzminister muss diese Erlasse nun persönlich freizeichnen.

Steuervereinfachung wieder auf der politischen Agenda: Nachdem der BdSt jahrelang vehement Steuervereinfachungen gefordert hat, hat auch die Politik die Notwendigkeit von Steuervereinfachungen erkannt und ein Steuervereinfachungsgesetz aufgelegt.

Rückwirkung von Steuergesetzen: Der BdSt hat den Erfolgskurs seiner Musterverfahren gegen ungerechte Steuergesetze auch im Jahr 2010 fortgesetzt. In bahnbrechenden Entscheidungen hat das Bundesverfassungsgericht den Vertrauensschutz der Steuerzahler gegen eine rückwirkende steuerliche Schlechterstellung gestärkt. Das Gericht hat entschieden, dass die rückwirkende Abschaffung des halben Steuersatzes bei Entlassungsabfindungen sowie die rückwirkende Verlängerung der Spekulationsfrist bei Grundstücken teilweise verfassungswidrig sind und damit auch für künftige Neuregelungen Maßstäbe gesetzt. Nach dem Urteil hat der Gesetzgeber bei einer Neuregelung auch das Vertrauen der Steuerzahler in besonderem Maße zu berücksichtigen. Der BdSt hatte die Kläger mehr als 10 Jahre lang auf dem Weg durch alle Instanzen begleitet.

2011

Abbau der sog. kalten

Progression: Um die kalte Progression nachhaltig zu bekämpfen, fordert der BdSt eine regelmäßige Anpassung des Einkommensteuertarifs. Die Politik hat diesen Gedanken aufgegriffen und zumindest einen Gesetzentwurf zum Abbau der kalten Progression vorgelegt. Damit wurde das Thema auch in die Öffentlichkeit transportiert, sodass aus einer Fachdebatte eine breite Diskussion entstanden ist.

Besteuerung für Familien verbessert: Familien mit volljährigen in Ausbildung befindlichen Kindern mussten bisher die Einkünfte des Kindes im Auge behalten, um den Anspruch auf den Kinderfreibetrag bzw. das Kindergeld nicht zu gefährden. Ab dem Jahr 2012 entfällt diese Prüfung. Auch die steuerliche Berücksichtigung von Kinderbetreuungskosten wird vereinfacht. Damit wurden einige Vereinfachungsvorschläge des BdSt aufgegriffen.

2012

Anpassung des Steuerverfahrens an die moderne Kommunikation:

Die Finanzverwaltung sammelte zunehmend Daten der Steuerzahler von Dritten. So sind etwa Arbeitgeber, Arbeitsagenturen, Rentenversicherer oder Krankenkassen gesetzlich verpflichtet, Daten auf elektronischem Weg direkt an die Finanzverwaltung zu übermitteln. Der eigentlich Betroffene, der Steuerzahler, bleibt dabei oft völlig außen vor. Der BdSt, die Lohnsteuerhilfevereine und der Deutsche Steuerberaterverband haben daher in einer gemeinsamen Eingabe bessere Informationen für die Steuerzahler gefordert. Mit dieser Eingabe hat sich eine Arbeitsgruppe im Bundesfinanzministerium intensiv beschäftigt. Damit hat der BdSt gemeinsam mit anderen Verbänden Maßstäbe für das spätere Gesetzgebungsverfahren gesetzt.

Reform des Reisekostenrechts: Der BdSt hatte sich wiederholt für Vereinfachungen bei der Abrechnung von Dienstreisen (sog. Reisekostenrecht) eingesetzt. So hatte der BdSt u. a. vorgeschlagen, die Pauschalen für den Verpflegungsmehraufwand zu überarbeiten. Im Herbst 2012 hat die Bundesregierung einen Gesetzentwurf zur Reform des Reisekostenrechts vorgelegt. Gegenstand des Gesetzentwurfs waren auch entsprechende Änderungen bei den Verpflegungsmehraufwendungen. Damit wurde auch eine Forderung des BdSt umgesetzt.

2013

Anhebung des Entlastungsbetrags für Alleinerziehende vereinbart:

Im Dezember 2013 haben CDU, CSU und SPD ihren Koalitionsvertrag unterschrieben. Die Koalitionspartner haben vereinbart, den Entlastungsbetrag für Alleinstehende anzuheben und sind damit auch auf eine Forderung des BdSt eingegangen. Der BdSt hatte bereits in seiner Broschüre „Wahlprüfsteine“ gefordert, Familien mit Kindern zu entlasten. Die Anhebung des Entlastungsbetrags für Alleinerziehende ist dazu ein Beitrag.

Ehegattensplitting beibehalten: Im Rahmen des Bundestagswahlkampfes 2013 wurde von vielen Parteien die Abschaffung des Ehegattensplittings gefordert. Der BdSt hat sich klar für die Beibehaltung des Splittings ausgesprochen. Im Koalitionsvertrag war die Abschaffung des Ehegattensplittings nicht enthalten. Damit hat die Argumentation des BdSt zum Beibehalt des Ehegattensplittings Wirkung gezeigt.

2014

BdSt gewinnt Musterprozess zur Abgeltungsteuer bei Familienangehörigen:

Mit Unterstützung des BdSt ist ein Sieg in Sachen Abgeltungsteuer beim Bundesfinanzhof erstritten worden. Von diesem Urteil profitieren vor allem Familien, die ihren Angehörigen ein Darlehen für berufliche oder betriebliche Zwecke gewähren. Denn die darauf entfallenen Darlehenszinsen unterliegen nicht – wie nach Ansicht der Finanzverwaltung – dem persönlichen Steuersatz, sondern dem Abgeltungsteuersatz, wie das Gericht die Auffassung des BdSt bestätigte.

Broschüre „Steuervereinfachung“ zeigt Wirkung: Der BdSt präsentierte im Frühjahr 2014 mit der Broschüre „Baukasten für die 18. Legislaturperiode“ seine Vorschläge zur Vereinfachung des Steuerrechts. Reaktionen ließen nicht lange auf sich warten. Hier stellten wir u. a. 14 veraltete Regelungen zusammen, die keinen Anwendungsbereich mehr haben und deshalb gestrichen werden können. Dafür zeigte auch der Gesetzgeber Verständnis und hat mit dem Jahressteuergesetz 2015 immerhin fünf der von uns aufgezeigten überflüssigen Vorschriften ersatzlos aufgehoben (§§ 7b, 7c, 7d, 7f und 7k EStG).

2016

Mehr Zeit für die Steuererklärung: Künftig bekommen die Steuerzahler mehr Zeit, ihre Einkommensteuererklärung abzugeben. Das hatte der BdSt im Gesetzgebungsverfahren zur Modernisierung des Besteuerungsverfahrens im Jahr 2016 gefordert. Ab dem Veranlagungsjahr 2018 können Steuerzahler die Steuererklärungen zwei Monate später, also bis Ende Juli, abgeben.

Längere Übergangsfrist bei Ladenkassen erreicht: Im Dezember 2016 hatte der Gesetzgeber beschlossen, entschiedener gegen manipulierbare Ladenkassen vorzugehen, deshalb müssen Ladenkassen spätestens ab dem Jahr 2020 über eine zertifizierte technische Sicherungseinrichtung verfügen. Allerdings müssen auch ehrliche Unternehmer neue Kassen anschaffen bzw. ältere Kassen nachrüsten. Deshalb hatte der BdSt verträgliche Übergangsfristen für die Neuregelung gefordert. Diese Kritik wurde aufgegriffen: Im Gesetz wurde festgeschrieben, dass es für vorhandene Kassen eine Übergangsfrist bis Ende 2022 gibt.

2015

Lernprogramm Einkommensteuer: Wir machen Schüler fit für den Steueralltag! Der BdSt bringt deshalb Schülern in seinem Lernprogramm Einkommensteuer das Steuerrecht näher. Die Landesverbände des BdSt konnten mehr als 10.000 Exemplare an Schulen und Ausbildungsstätten verschicken.

Mütterrente – Ministerium verbessert Infoangebot: Im Jahr 2015 haben sich viele Senioren beim BdSt über die mangelnde Aufklärung bei der Besteuerung der Mütterrente beschwert. Wir nahmen dies zum Anlass, uns mit einer Eingabe beim Bundesfinanzministerium für mehr Transparenz und bessere Aufklärung der Senioren einzusetzen. Mit Erfolg! Das Bundesfinanzministerium liefert nun auf seiner Internetseite und in seiner Broschüre „Besteuerung der Alters-einkünfte“ entsprechende Informationen für die Senioren.

2017

Endlich höhere Obergrenze für geringwertige Wirtschaftsgüter: Die große Koalition hat sich darauf verständigt, die Grenze für geringwertige Wirtschaftsgüter von 410 Euro auf 800 Euro anzuheben. Von dieser Änderung profitieren Unternehmer, Selbstständige und Freiberufler, denn ab dem Jahr 2018 können kleinere Güter direkt im Jahr der Anschaffung abgeschrieben und müssen nicht mehr über mehrere Jahre in der Buchhaltung mitgeschleppt werden. Damit ist die Anhebung ein echter Beitrag zur Bürokratieentlastung, denn lange Abschreibungsregister gehören künftig der Vergangenheit an. Der BdSt hatte sich seit langem für diese Anpassung stark gemacht.

BdSt gewinnt Musterverfahren für Unternehmer beim Bundesverfassungsgericht: Verluste dürfen nicht pauschal untergehen, wenn ein neuer Gesellschafter Anteile einer GmbH kauft. Dies hat das Bundesverfassungsgericht im März 2017 entschieden und damit die Rechtsauffassung des BdSt bestätigt. Damit hat sich der BdSt mit seinem Musterprozess erfolgreich für eine Vielzahl von Unternehmen eingesetzt!

2018

Diskussion um Solidaritätszuschlag kommt in Bewegung:

Die Aufbauhilfen für die neuen Bundesländer (sog. Solidarpakt) laufen Ende 2019 aus. Da die Politik den Solidaritätszuschlag und die Unterstützung für die neuen Bundesländer stets verknüpft hatte, müsste der Soli entfallen, wenn auch die Hilfen enden. Im Koalitionsvertrag zwischen CDU/CSU und SPD wurde zumindest festgelegt, den Solidaritätszuschlag für 90 Prozent der Solizahler zu streichen. Die übrigen Steuerzahler sowie Unternehmen (GmbHs) und Sparer müssen den Zuschlag weiterzahlen. Der BdSt hat deshalb die vollständige Soli-Abschaffung gefordert. Diesen Vorschlag haben die Delegierten auf dem CDU-Parteitag im Dezember 2018 in Hamburg aufgegriffen und beschlossen, die Ergänzungsabgabe für alle Bürger und Betriebe noch in dieser Legislaturperiode zu streichen, wenn dies finanzierbar ist.

BdSt setzt sich für das Ehrenamt ein: Ehrenamtlich engagierte Bürger dürfen ihre Einkommensteuererklärung weiterhin in Papierform abgeben. Für diese Klarstellung hatte sich der BdSt beim Bundesfinanzministerium eingesetzt. Noch zu Jahresbeginn 2018 war zweifelhaft, ob Ehrenamtler ihre Einkommensteuererklärungen elektronisch und authentifiziert an das Finanzamt schicken müssen.

2019

BdSt hilft bei unzutreffenden Kfz-Steuerbescheiden für leichte Nutzfahrzeuge: Im Dezember 2018 hatte der Zoll begonnen, die Kfz-Steuer automatisierter mit den Angaben der Straßenverkehrsbehörde abzugleichen. Bei Handwerkern mit leichten Nutzfahrzeugen, bei denen mehr als 3 Sitzplätze in den Papieren verzeichnet sind, führte der automatische Abgleich oft zu einer unzutreffend hohen Kfz-Steuer. Der BdSt stellte betroffenen Steuerzahlern Informationen zur Verfügung und klärte u. a. mit einem Online-Video auf, wer sich wie gegen den neuen Steuerbescheid wehren sollte. Mit Erfolg! Viele Firmeninhaber nutzten die Hinweise. Auf Hinweis des BdSt stellt nun auch der Zoll Fachinformationen bereit.

Bessere Steuerformulare durchgesetzt: Der BdSt setzte sich 2019 und in den Vorjahren gegenüber dem Bundesfinanzministerium für bessere und verständlichere Steuerformulare ein. Diese werden nun umfassend überarbeitet und fit für die Elektronik gemacht. Mit den sog. eDatenfeldern soll dem Bürger das Ausfüllen unnötiger Zeilen in den Steuerformularen erspart werden. Dabei griff das Ministerium viele Anregungen des Verbandes auf!

Unser Medienstar

Die Schuldenuhr Deutschlands

Mit scheinbar kleinen Dingen kann Großes bewirkt werden. Dem Bund der Steuerzahler ist das mit seiner Schuldenuhr eindrucksvoll gelungen.

Für Medienrummel sorgte sie schon damals: Bei der feierlichen Einweihung am 12. Juni 1995 in Wiesbaden, dem früheren Sitz des BdSt, war das mediale Interesse groß. Schließlich wurde das komplexe Thema Staatsverschuldung mit dem aktuellen Schuldenstand, dem sekundlichen Schuldzuwachs und dem Wert der Pro-Kopf-Verschuldung heruntergebrochen und visualisiert. Die Staatsverschuldung und ihre Folgen, die Belastung kommender Generationen und der dadurch künftig begrenzte finanzielle Handlungsspielraum – das alles lässt sich anhand dieser drei Zahlen darstellen. Für den Bund der Steuerzahler ist die Schuldenuhr die konsequente Weiterentwicklung der Idee, die Gesellschaft für die Folgen der Staatsverschuldung zu sensibilisieren, um gemeinsam dagegen zu kämpfen. Mit der Präzision und Unerbittlichkeit des Uhrwerks konnte nun die Entwicklung der Staatsverschuldung für jedermann veranschaulicht werden.

Das hatte unmittelbare Folgen bereits im ersten Jahr: Am 14. Dezember 1995 überschritt der öffentliche Schuldenstand die

2.000-Milliarden-Mark-Linie. TV-Teams kamen, um diesen Augenblick festzuhalten und im Bundestag fand eine haushaltspolitische Debatte statt, die als „historische Stunde“ bezeichnet wurde. Fortan wurden zahlreiche Haushaltsdebatten von den Medien mit dem Bild der Schuldenuhr begleitet. Sie wurde rasch zum Symbol für die tickende Zeitbombe Staatsverschuldung, zum Markenzeichen des Verbandes und zum Bildungsträger. Sie wird in Schulbüchern abgedruckt und im „Haus der Geschichte“ in Bonn aufgehängt. Sie ist in Berlin als fester Programmpunkt bei Sightseeing-Touren eingeplant und kann als kostenfreie App von jedem Bürger genutzt werden.

Seit 1995 sind die Zeiten vorbei, in denen die Politik von der Öffentlichkeit nahezu unbemerkt immer neue Ausgaben beschließen und diese über neue Schulden finanzieren konnte. Die Bürger bekamen mit der Schuldenuhr ein feines Gespür für die negativen Folgen: Der Schuldenberg ist eine schwere Hypothek für kommende Generationen. Zugleich beschneiden die notwendigen Zinszahlungen unseres Schuldendienstes schon heute den politischen Gestaltungsspielraum der öffentlichen Haushalte massiv. Und mit jedem neuen Schuldenhaushalt spitzte sich die Situation weiter zu. Ein radikaler Wandel musste her. Für diesen warb der Bund der Steuerzahler intensiv bei der Politik und forderte mit breiter

Unterstützung der Öffentlichkeit bereits 1995 einen Neuverschuldungsstopp. Unter dem Slogan „Kinder haften für ihre Eltern“ führte der Bund der Steuerzahler eine Kampagne zur Konsolidierung der öffentlichen Haushalte. Langsam wuchs auch innerhalb der Parteien das Bewusstsein für die Notwendigkeit einer Schuldenregulierung. Grundlage der heutigen Schuldenbremse war dann eine Schrift des wissenschaftlichen Instituts des Bundes der Steuerzahler „Staatsverschuldung und öffentliche Investitionen“ aus dem Jahr 2006, in der nicht nur das Konzept einer wirksamen Schuldenregel in Gestalt eines Schuldenverbots formuliert wurde, sondern sogar auch eine entsprechende Neufassung des Artikel 115 GG.

Die dann im Jahr 2009 im Grundgesetz fixierte Schuldenbremse für den Bund und die Länder ist die konsequente Antwort auf den anwachsenden Schuldenberg Deutschlands, festgehalten und visualisiert in der Schuldenuhr. In den vergangenen 24 Jahren ist die Schuldenuhr zum Medienstar der Haushaltspolitik avanciert und hat den Weg zum Schuldenstopp geebnet. Nachdem sie 22 Jahre lang stetig nur ein Ansteigen des öffentlichen Schuldenbergs verkünden musste – in der Spitze 2009 mit 4.439 Euro je Sekunde – läuft sie seit

2018 rückwärts, wenn auch in überschaubarem Tempo mit derzeit 66 Euro. Dieses positive Signal geht sogar über das Ansinnen der Schuldenbremse hinaus. Für den BdSt ist der Abbau des weiterhin gigantischen Schuldenbergs in wirtschaftlich guten Zeiten nur konsequent. Schuldenabbau ist immer eine Investition in die Zukunft unseres Landes, denn daraus resultierende Zinsersparnisse schaffen finanzielle Spielräume in den öffentlichen Haushalten.

Diesen Weg gilt es für gegenwärtige und kommende Generationen beizubehalten. Der Druck zur Konsolidierung der öffentlichen Haushalte bleibt dennoch bestehen. Das gefällt nicht allen. So klagen einige Politiker, die Schuldenbremse sei zu restriktiv und müsse aufgeweicht oder gar wieder abgeschafft werden. Für sie hat der Bund der Steuerzahler eine deutliche Antwort: Noch nie haben die Steuerzahler so viel Steuern gezahlt wie gegenwärtig. Aufgabe der Politik ist es, zu gestalten und Prioritäten festzulegen – auch bei den Ausgaben. Ein Schuldenstopp für alle Länder und den Bund ist ein dauerhaftes Muss, besser noch ein konsequenter und stetiger Abbau von Altschulden. Daran müssen wir gemeinsam arbeiten, zusammen mit der Schuldenuhr Deutschlands. ^{SP}

Alte Schuldenuhr geht ins Museum

EU-Haushaltskommissar Günther Oettinger war eigens da, auch Finanz-Staatssekretär Jens Spahn kam zur Büroeröffnung der Bundesgeschäftsstelle im Januar 2017. Der Bund der Steuerzahler übergab die alte Schuldenuhr an die Historikerin Prof. Dr. Rosmarie Beier-de Haan aus dem Deutschen Historischen Museum (DHM) – als Exponat deutscher Politik-Geschichte wird dieses digitale Schuldenuhr-Modell dort weiterlaufen.

„Der Schuldenuhr gelingt es, das süße Gift des Schuldenmachens zu symbolisieren“, betonte der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesfinanzministerium, Jens Spahn (CDU). „Damit legt der Bund der Steuerzahler den Finger in die Wunde.“ Historikerin Beier-de Haan bedankte sich für die Schenkung. Es sei nicht selbstverständlich, dass ein Museum angesprochen werde. „Wir müssen sonst selbst auf die Suche gehen.“ Die alte Schuldenuhr ist nun ein „Objekt“ und für die neue Dauerausstellung im Zeughaus Unter den Linden fest eingeplant. Zudem gehört sie zu den ausgewählten DHM-Objekten, die in der hauseigenen Online-Datenbank für jeden Interessierten sichtbar werden und somit als Forschungsobjekt dienen können. Dazu BdSt-Präsident Reiner Holznagel: „Wir sorgen mit unserer neuen modernen Schuldenuhr weiterhin für die dringend nötige Transparenz, was das Problem der Verschuldung betrifft!“



Bei der Übergabe unserer alten Schuldenuhr (v.l.): Prof. Dr. Cay Folkers, Günther Oettinger, Jens Spahn, Prof. Dr. Rosmarie Beier-de Haan, Reiner Holznagel, Dipl.-Oec. Zenon Bilaniuk.

Als Festredner betonte EU-Haushaltskommissar Günther Oettinger die Bedeutung der gesetzlich festgeschriebenen Schuldenbremse, die für alle Bundesländer ab dem Jahr 2020 gilt: „Es ist zu hoffen, dass die neue Schuldenuhr in wenigen Jahren auf dem Rückweg unterwegs ist.“ ^{HF}



70 Jahre Bund der Steuerzahler

Jubiläumsempfang in Berlin



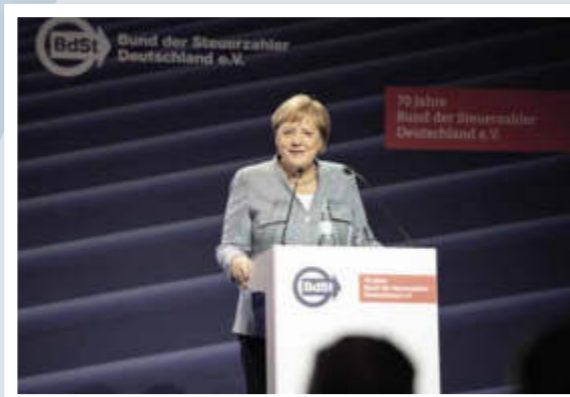
Herzlich begrüßt BdSt-Präsident Reiner Holznagel Bundeskanzlerin Angela Merkel bei ihrer Ankunft. Nun kann der Festakt beginnen.



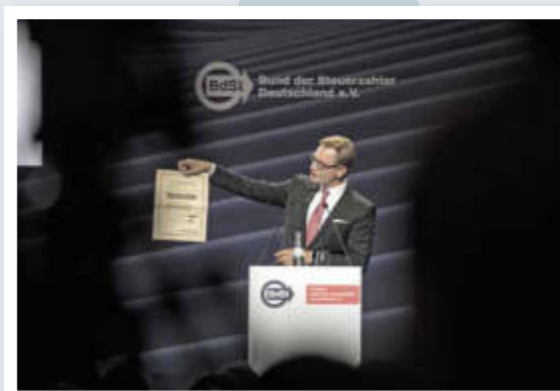
Einen kurzen Plausch auf dem Weg zum Rednerpult gönnen sich BdSt-Präsident Reiner Holznagel, Bundeskanzlerin Angela Merkel und der Stellvertreter des BdSt-Präsidenten, Zenon Bilaniuk.



Ein musikalisches Dankeschön für die Kanzlerin: Reiner Holznagel überreicht der Musikliebhaberin Angela Merkel einen Mitschnitt des Konzerts vom 4. Juli 2019 im Berliner Dom: „Salzburg an der Spree“. Der RIAS Kammerchor singt „Heinrich Ignaz Franz Biber – Missa Salisburgensis à 53 voci“.



Bundeskanslerin Angela Merkel hält die Festrede auf 70 Jahre Bund der Steuerzahler: „Die Arbeit wird dem Steuerzahlerbund nicht ausgehen. Seien Sie ein unbequemer Partner. Ich freue mich auf die weitere Zusammenarbeit.“



Reiner Holznagel zeigt das Original-Dokument, mit dem der erste Präsident Dr. Hermann Wunderlich im Gründungsjahr 1949 von Bürgern in Stuttgart wissen wollte: „Sind die heutigen Steuergesetze gut? Werden sie vernünftig angewendet? Was geschieht mit den Steuergeldern? Werden sie zweckmäßig verwendet?“

70 Jahre Verbandsgeschichte Bund der Steuerzahler: Dieses Ereignis ließ sich auch die Kanzlerin nicht entgehen. Am 10. September fand der Jubiläums-Festakt in den Bolle-Festsälen in Berlin statt. Vor rund 550 Gästen aus Politik, Wirtschaft, Verbänden und Medien umriss Angela Merkel die Verbandsgeschichte und stellte zur Würdigung der anwesenden BdSt-Mitglieder und Mitarbeiter aus dem Bundesverband sowie allen 15 Landesverbänden heraus, welchen Einfluss der BdSt auf die steuerpolitische Arbeit der Bundesregierung hat. „Seien Sie ein unbequemer Partner. Ich freue mich auf die weitere Zusammenarbeit.“ Auch BdSt-Präsident Reiner Holznagel ging in seiner Begrüßungsansprache auf die Vereinsgeschichte ein und zeigte auf: Damals wie heute sind es engagierte Steuerzahler, die für mehr Transparenz und Steuergerechtigkeit sorgen und Politik und Verwaltung zum Überdenken ihres Handelns bewegen. Zudem bekannte sich Angela Merkel zur Schwarzen Null und zum Soli Abbau. „Es bleibt das Ziel, den Soli ganz abzuschaffen. Der Bund der Steuerzahler wird gewiss dafür sorgen, dass wir dieses Ziel nicht aus dem Blick verlieren werden“, sagte Angela Merkel mit einem Schmunzeln.

In der von Reiner Holznagel moderierten Gesprächsrunde mit dem Rechtswissenschaftler Prof. Dr. Gregor Kirchhof sowie den Journalisten Dr. Ursula Weidenfeld und Gabor Steingart war auch der Soli Thema. „Der Soli gehört abgeschafft“, so Gregor Kirchhof mit Blick auf die stetig steigenden Steuereinnahmen. Laut Mai-Steuerschätzung wird der Staat insgesamt rund 908 Milliarden Euro im Jahr 2023 einnehmen. „Wenn diese Zahlen stimmen, ist das ein verfassungsrechtliches Argument gegen den Soli!“ Ursula Weidenfeld verwies darauf, dass eine Diskussion über Steuersenkungen nur von wenigen geführt und von wenigen befürwortet werde. „Dagegen muss man argumentieren.“ Zur derzeit viel diskutierten Frage, ob die Schuldenbremse gelockert werden sollte, kritisierte Steingart: „Man verspricht sich Investitionen in die eigene Kasse.“ Eine Lockerung der Schuldenbremse sei nur dann verständlich, „wenn ein Land an der Klippe steht“. Es sei „abenteuerlich, wie die Politik mit eigenen Fesseln umgeht“.

So kreisten zahlreiche Gespräche beim anschließenden Empfang um die aktuelle steuer- und finanzpolitische Lage Deutschlands, um die Institution Bund der Steuerzahler und um dessen Aufgaben für die kommenden 70 Jahre.



In der Talkrunde sprachen (v. l.) Journalistin Dr. Ursula Weidenfeld, Journalist und Medien-Startup-Unternehmer Gabor Steingart, Rechtswissenschaftler Prof. Dr. Gregor Kirchhof und Reiner Holznagel über die aktuelle Steuer- und Finanzpolitik. Topthemen waren die Schuldenbremse, die Abschaffung des Solis und notwendige Investitionen in Bildung und Infrastruktur.



Für zusätzlichen Medienrummel sorgte die Politik-Prominenz. Zahlreiche Fotografen und Kamerteams machten das begehrte Erste-Reihe-Bild des BdSt-Jubiläums.



Eingerahmt von den führenden BdSt-Persönlichkeiten zeigte die Kanzlerin beste Laune. Von links: Vize-Präsident Rik Steinheuer, Vize-Präsident Bernhard Zentgraf, stellvertretender BdSt-Präsident Zenon Bilaniuk, Bundeskanzlerin Angela Merkel, BdSt-Präsident Reiner Holznagel, BdSt-Vize-Präsident Michael Jäger, BdSt-Verwaltungsratsvorsitzender Prof. Dr. Cay Folkers.

Glückwünsche und Grußworte

Zum 70. Geburtstag des Bundes der Steuerzahler und zur Jubiläumsfeier am 10. September in Berlin erhielten wir zahlreiche Grußbotschaften aus Politik, Wirtschaft und Verbänden. Auch die Sponsoren unserer Festveranstaltung sendeten uns ihre Glückwünsche und stellen sich auf den folgenden Seiten vor:

Team der Schulze-Borges
Rechtsanwälte Wirtschaftsprüfer
Steuerberater PartGmbH

„Wir gratulieren dem Bund der Steuerzahler zum 70. Geburtstag. Weiter so! Fürchten Sie sich nicht vor dem Vorwärtsgen, fürchten Sie sich nur vor dem Stehenbleiben.“



HAPEKO Braunschweig, Hanseatisches
Personalkontor Hannover & Kassel GmbH,
Marius Hebig (l.) und Benjamin Thomsen (r.)

„HAPEKO gehört zu den Top 3 Personalberatungen in Deutschland. Mit unseren über 80 Beratern stehen wir unseren Mandanten bundesweit als kompetenter Partner in Personalthemen zur Seite. Wir unterstützen den BdSt, weil nur diese Organisation einen so umfassenden Blick auf die Steuerlast, die Verschuldung und vor allem auch die zweckgerichtete Verwendung des Steueraufkommens hat. Wir wünschen uns vom Bund der Steuerzahler, dass er auch zukünftig die Gerechtigkeit der Steuerlast – über Generationen und soziale Schichten hinweg – im Blick hat und ebenso die Zweckmäßigkeit des Einsatzes der Mittel. Als Personalberatung stellen wir jeden Tag aufs Neue fest, dass vor allem hervorragende Bildung – Aus- und Weiterbildung, fachlich und überfachlich – die Basis für den Wohlstand in unserem Land ist. Wir wünschen uns, dass in Zeiten des an vielen Stellen sichtbar werdenden Fach- und Führungskräftemangels gerade in Bildung gut investiert wird, damit nicht nur die von uns platzierten Kandidaten, sondern auch deren Kinder ein Leben nach ihren Vorstellungen und Möglichkeiten führen können.“



Christoph Minhoff
Hauptgeschäftsführer der Bundesvereinigung
der Deutschen Ernährungsindustrie e. V.

„Die deutsche Ernährungsindustrie besteht zu 90 Prozent aus mittelständischen Unternehmen. Um auch in Zukunft die Menschen in Deutschland mit Lebensmitteln der gewohnten Qualität „Made in Germany“ zu versorgen, sind wir in vielen Bereichen, wie Digitalisierung oder Klimaschutz, auf Forschungsförderung durch Steuergelder angewiesen. Der Dialog mit dem Bund der Steuerzahler liegt uns deshalb sehr am Herzen.“

Marc Müller, Vorstand der ETL-Gruppe



„Gutes Haushalten ist nicht nur entscheidend für den Erfolg eines Unternehmens, sondern auch für die Grundlage eines nachhaltigen Staatshaushalts. Es ist wichtig, dass der Bund der Steuerzahler über die Ausgabendisziplin der öffentlichen Haushalte wacht und seit 70 Jahren analysiert, hinterfragt und kommentiert, wenn Ausgaben aus dem Ruder laufen. Die beachtliche Anzahl an Mitgliedern zeigt, wie erfolgreich der Bund der Steuerzahler arbeitet und wie wirksam die Ergebnisse die Öffentlichkeit erreichen. Ich wünsche dem Bund der Steuerzahler im Namen der ETL-Gruppe alles Gute für die Zukunft, damit die Abgabenlast für Bürger und Unternehmer so gering wie möglich gehalten und Staatsaufgaben auf das Sinnvolle und Nötige begrenzt werden.“

Robert Dotti, Vorstandsvorsitzender Lohnsteuerhilfe Bayern e. V.

„Seit vielen Jahren kämpfen wir Seite an Seite gegen steuerliche Ungerechtigkeiten. Verbunden sind wir jedoch nicht allein durch die gemeinsamen Gefechte, sondern vielmehr durch den gemeinsamen Antrieb: eine fairere und transparentere Steuerpolitik für Deutschlands Steuerzahler zu schaffen. Daran arbeitet der BdSt im Allgemeinen und die Lohi im Einzelnen. Denn die Lohnsteuerhilfe Bayern e. V. sorgt mit jeder Einkommensteuererklärung, die sie für ihre Mitglieder erstellt, für Steuergerechtigkeit und gleichmäßigen Steuervollzug. Solange das schwarze Buch der Steuerverschwendung noch nicht zu Ende geschrieben ist, solange streben wir gemeinsam nach einer besseren Verteilung der Steuerlast und einem besseren Einsatz finanzpolitischer Mittel. In 70 Jahren hat der BdSt viel erreicht – es gibt noch immer viel zu tun. Gemeinsam packen wir es an.“





**Herwart Wilms, Geschäftsführer
der REMONDIS Assets & Services GmbH & Co. KG**

„Der Bund der Steuerzahler e.V. setzt sich seit mittlerweile 70 Jahren für Steuergerechtigkeit und die sparsame Verwendung der gezahlten Steuern, Gebühren und Abgaben ein. Dieser Arbeit gebührt ein großes Lob. Die REMONDIS-Gruppe, als mittelständisch geprägter international tätiger Dienstleister für Recycling, Service und Wasser, gratuliert herzlich zum Jubiläum und wünscht dem Bund der Steuerzahler auch für die nächsten 70 Jahre weiterhin Mut und Beharrlichkeit in der täglichen Arbeit. Gerade in Zeiten großer Investitionsbedarfe ist die kritische Begleitung zur richtigen Wahl der Organisationsform und der Höhe der Investitionen ein wichtiger Garant für die Zukunftsfähigkeit des Landes! „

Dr. Robert Mayr, Vorstandsvorsitzender der DATEV e. G.

„70 Jahre ‚Finanzgewissen‘ der Bundesrepublik: Ich gratuliere dem Bund der Steuerzahler e. V. und seinem Präsidenten Rainer Holznagel herzlich zu diesem besonderen Jubiläum. Die DATEV eG ist das Softwarehaus und der IT-Dienstleister für Steuerberater, Wirtschaftsprüfer und Rechtsanwälte sowie deren zumeist mittelständische Mandanten. Unsere Genossenschaft und der Verein Bund der Steuerzahler stehen für eine Steuerpolitik, bei der die Bürgerinnen und Bürger nicht über Gebühr belastet werden – finanziell und bürokratisch. Bleiben Sie deshalb Ihrer Gründungsidee treu und setzen Sie sich auch weiterhin dafür ein, dass mit Steuergeldern sparsam umgegangen wird und diese sinnvoll eingesetzt werden.“



Christian Clasen, Geschäftsführer der Die Kuppel GmbH

„Den Festakt in den Bolle-Festsälen haben wir gerne für den Bund der Steuerzahler konzipiert und organisiert: Ein großartiger Abend an einem Ort mit viel Flair, tollen Gästen und der Bundeskanzlerin als Festrednerin – alles wie maßgeschneidert. Der Bund der Steuerzahler gehört zum Inventar der Bundesrepublik Deutschland; die Bundeskanzlerin hat es beim Festakt gesagt. Wenn es den Bund der Steuerzahler nicht gäbe, müsste man ihn erfinden. Er ist für die Politik(er) ein wichtiger, aber unbequemer Partner; er ist die Stimme jedes einzelnen Steuerzahlers. Diese Stimme muß laut und deutlich zu hören sein, denn wir werden sie in der nahen Zukunft noch stärker brauchen. Die Kuppel unterstützt Verbände, Institutionen und Mandatsträger bei ihrer politischen Kommunikation – digital sowie klassisch – und entwickelt gemeinsam mit ihren Mandanten individuelle Veranstaltungskonzepte.“



**Dr. Frank-B. Werner,
Chefredakteur und Herausgeber Finanzen Verlag GmbH**

Bitte weitermachen!

„In einem Land, in dem die Sprachverwirrung so weit geht, dass bei übervollen Kassen davon gesprochen wird, der Staat habe Überschüsse ‚erwirtschaftet‘, braucht es dringend eine Institution, die immer wieder darauf hinweist, dass Steuern den Zahlungspflichtigen mit erheblichen Ungehorsamsfolgen zwangsweise auferlegt werden. Für ein ‚Erwirtschaften‘ müsste der Staat auf einem Markt aktiv sein, auf dem die Teilnehmer freiwillig Transaktionen durchführen. Steuern sind zwangsweise erhobene Abgaben, für die es keine direkte Gegenleistung gibt und die die Dispositionsmöglichkeiten der Bürger und damit ihre Freiheit einschränken. Es ist gut, dass der Bund der Steuerzahler stets aufs Neue an diese Tatsache erinnert und mit dem Steuerzahlergedenktag auch ein öffentlichkeitswirksames Symbol geschaffen hat. Herzlichen Glückwunsch zum 70. Geburtstag! Bitte weitermachen!“



**Anke Soltkahn
Vorstandsvorsitzende der Eigler-Stiftung**

„Der Vorstand der Dr. Eigler-Stiftung gratuliert dem BdSt und seinem Präsidenten, Herrn Rainer Holznagel, für die gelungene Veranstaltung zum 70-jährigen Bestehen des Bundes der Steuerzahler. Unsere Stiftung trägt den Namen des Stifters, Dr. Christian-Friedrich Eigler, dem es eine Herzensangelegenheit war, sich für den Abbau unnötiger Bürokratie einzusetzen. Der Bund der Steuerzahler hat sich stets im Kampf gegen Steuerverschwendung und Bürokratie engagiert, weshalb Dr. Eigler testamentarisch gewünscht hat, dass auch der Präsident des BdSt, Herr Rainer Holznagel, seinen Platz im Kuratorium der Dr.-Eigler-Stiftung haben sollte. Wir wünschen dem BdSt, und somit uns Steuerzahlern, weiterhin einen erfolgreichen Kampf gegen Steuerverschwendung und Bürokratie.“



Dr. Reimar Palte, Geschäftsführer der 20Flow7 GmbH

„Es gilt das bekannte Bonmot: wenn es den Bund der Steuerzahler nicht schon gäbe, man müsste ihn erfinden. Zum Glück ist schon vor 70 Jahren jemand auf diese glorreiche Idee gekommen. Jede Gesellschaft braucht streitbare Geister, die konsequent und fundiert den Finger in die Wunde legen, wenn Dinge schief laufen. Systeme selbst sind nicht in der Lage eigene Fehler zu erkennen und einzugestehen – geschweige denn sie zu korrigieren und daraus zu lernen. Dazu braucht es einen Externen. Einen, der Druck macht, einen, der nachrechnet und nachfragt. Eine ständige Vertretung in den Ländern und im Bund. Eine gewichtige Stimme der steuerzahlenden Bürgerinnen und Bürger. Der Bund der Steuerzahler ist diese Stimme – und als solche deutlich vernehmbar. Im Tonfall freundlich, im Umgang fair und in der Sache beharrlich. Ein steter Tropfen in den Gängen von Politik und Bürokratie, der unsere Volksvertreter daran erinnert, in wessen Auftrag – und mit wessen Geld – sie arbeiten. Danke an diejenigen, die sich im BdSt engagieren und stellvertretend für uns alle die Stimme erheben, welche auch mit ihren 70 Jahren noch kräftig schallt.“

Herzlichen Glückwunsch zum Siebzigsten!“



Andreas Obereder
Gründer und CEO, ATOSS Software AG

„Der Bund der Steuerzahler leistet als Finanzgewissen der Nation seit 70 Jahren wichtige und nachhaltige Arbeit. Dazu gratuliert die ATOSS Software AG dem gesamten Team sehr herzlich. Ihr Schwarzbuch ist ein Mahnmal der öffentlichen Verschwendung. Wie kaum eine andere Institution repräsentieren Sie den gewissenhaften Umgang mit wichtigen Ressourcen. Diesem Ideal folgt auch ATOSS. Als Anbieter von Technologie- und Beratungslösungen für professionelles Workforce Management und bedarfsoptimierten Personaleinsatz leisten wir einen messbaren Beitrag zu mehr Wertschöpfung und Wettbewerbsfähigkeit in Unternehmen aller Größen und Branchen. Denn Ressourcen, seien es Steuergelder oder wertvolle Arbeitskräfte, sollten niemals verschwendet, sondern immer sinnvoll eingesetzt werden. In diesem Sinne wünschen wir Ihnen auf diesem wichtigen Weg weiterhin alles Gute für die Zukunft.“

Dr. Oliver Grün, Vorstand der GRÜN Software AG
und Präsident des Bundesverbandes IT-Mittelstand

„Herzlichen Glückwunsch zu 70 Jahren Bund der Steuerzahler! Der digitale Mittelstand und Start-Ups brauchen Euch, auch in den nächsten 70 Jahren!“



BdSt-Mitglieder als Sponsoren des Jubiläums



Auf unserer Festveranstaltung: Bernhard Donnhauser-Koci, Geschäftsleitung OFW GmbH, Christian Lindner, Peter Fischhaber Geschäftsführender Gesellschaft OFW GmbH und Daniel Berzel, Geschäftsführer Edymax Europe (v. l.)

Der Bund der Steuerzahler ist stolz auf seine Mitglieder. Viele unterstützen uns seit vielen Jahren mit ihrer Mitgliedschaft und ihren Spenden. Andere engagieren sich bei unseren Aktionen und sammeln z. B. Unterschriften gegen die Straßenausbaubeiträge.

Wieder andere waren unter den Sponsoren der Festveranstaltung der 70-Jahr-Feier in Berlin. Zwei von unseren Mitgliedern und Sponsoren der Festveranstaltung stellen wir hier vor:

„Unser Leitprinzip: Qualität und Effizienz im Mittelstand“

Die Oberbayerische Fleisch & Wurst GmbH (OFW) setzt neue Maßstäbe in der Lebensmittelversorgung. Beheimatet in Seefeld-Unering im Landkreis Starnberg und in Gröbenzell bei München, ist die OFW unter anderem spezialisiert auf die Verpflegung von Kitas und Schulen.

Als regionaler und nachhaltiger Produzent von Fleisch- und Wurstwaren sowie als überregionales Cateringunternehmen ist die OFW Marktführer in bestimmten Segmenten. In einem Wettbewerberumfeld, das aus kleinen, lokalen Playern und aus inter-

nationalen Großunternehmen besteht, haben wir nur eine Chance, wenn wir höchste Qualität bei einem effizienten Ressourceneinsatz kombinieren. Dieses Leitbild verbindet die OFW mit dem Bund der Steuerzahler. Deshalb unterstützt die OFW auch gerne den Verband als Mitglied und Sponsor. Klar muss ein Unternehmen auch Gewinne erzielen dürfen; dabei sollte es aber immer fair zugehen, sowohl von Seiten der Unternehmen als auch bei Ausschreibungen durch die öffentliche Hand. Denn letztendlich sind es wir Steuerzahler, die dies alles bezahlen müssen.

Ein Beitrag von Peter Fischhaber

Brücken bauen für Arbeitskräfte in Europa

Als international tätiger Personaldienstleister sind wir täglich mit den unterschiedlichsten Regularien und Steuervorschriften in verschiedenen EU-Mitgliedstaaten befasst. So richtig und wichtig der Arbeitsschutz ist, sollte dies nicht bedeuten, dass alles noch mit zusätzlicher nationaler Bürokratie versehen wird. Hier liegt einiges im Argen.

Was wir brauchen, sind europaweit transparente, standardisierte und vereinfachte Regeln im Arbeitsmarkt. Beschäftigungshürden müssen konsequent abgebaut werden. Wir brauchen nicht immer mehr Regeln, sondern weniger und bessere Regelungen. Diese tragen dann nicht nur zur Chancengleichheit und zu mehr Wettbe-

werb bei, sondern erleichtern grenzübergreifend die Einstellung und Vermittlung von Personal. Und darum sollte es in der Diskussion der künftigen Ausrichtung der EU-Politik gehen: Menschen dauerhaft in Beschäftigung zu bringen!

Unser Unternehmen EDYMAX steht daher zu den Zielen des Bundes der Steuerzahler. Als Mitglied im Steuerzahlerbund fühlen wir uns sehr gut aufgehoben und unterstützen deshalb gerne dessen Arbeit. Hierin sehen wir einen wichtigen Pfeiler für den Brückenschlag zu einem gemeinsamen europäischen Arbeitsmarkt.

Ein Beitrag von Daniel Berzel

Bund der Steuerzahler Schleswig-Holstein Von herausragenden Persönlichkeiten getragen

Als gemeinnütziger Verein profitiert der Bund der Steuerzahler Schleswig-Holstein von seinen engagierten Mitarbeitern und Persönlichkeiten. Damals wie heute werden die Forderungen und Anliegen des Bundes der Steuerzahler von den Persönlichkeiten des Verbands vorangetrieben. Einige Momente und Persönlichkeiten aus 70 Jahren Vereinsgeschichte sind im Zeitstrahl festgehalten:



1958

Gründung erster Ortsverband
Walter Hoppe (später Gründungspräsident der TAE) gründet in Westerland/Sylt den ersten BdSt-Ortsverband in Schleswig-Holstein

1960

Gründung Landesverband Hamburg/Schleswig-Holstein
In Hamburg wird ein gemeinsamer Landesverband gegründet

1962

Eigenständiger Landesverband Schleswig-Holstein
In Kiel wird ein eigenständiger Landesverband gegründet, Gründungspräsident wird Max Löhner aus Kiel

1964

Neuer Präsident: Dr. Heinrich Suhren
Dr. Heinrich Suhren aus Neumünster wird Präsident des BdSt Schleswig-Holstein

1966

Bildung einer hauptamtlichen Geschäftsstelle
In Neumünster wird eine Geschäftsstelle eingerichtet und Klaus C. Smitmanns als Geschäftsführer eingestellt

1971

Neuer Präsident: Wolf-Horst Hoppe
Wolf-Horst Hoppe aus Süderbrarup wird Präsident des BdSt Schleswig-Holstein

2003

Diätenreform in Schleswig-Holstein auf Druck des BdSt
Steuerfreie Aufwandspauschale für Abgeordnete wird abgeschafft und privat finanzierte Altersversorgung eingeführt

2001

Neuer Präsident: Prof. Dr. Manfred Willms
Prof. Dr. Manfred Willms aus Kiel wird neuer Präsident des BdSt Schleswig-Holstein

1997

Volksinitiative zur Verkleinerung des Landtages
Der BdSt Schleswig-Holstein sammelt über 20.000 Unterschriften zur Landtagsverkleinerung

1993

Neuer Präsident: Dr. Jürgen Pratje
Dr. Jürgen Pratje aus Lübeck wird neuer Präsident des BdSt Schleswig-Holstein

1992

Verlegung der Geschäftsstelle nach Kiel
In der Lornsenstraße 48 in Kiel wird die heute noch bestehende Geschäftsstelle bezogen

1986

Neuer Präsident: Horst Koch
Horst Koch aus Eckernförde wird neuer Präsident des BdSt Schleswig-Holstein

2004

Neuer Präsident: Dr. Hartmut Borchert
Dr. Hartmut Borchert aus Kiel wird neuer Präsident des BdSt Schleswig-Holstein

2005

Protestaktion gegen Mehrwertsteuererhöhung
Der LV Schleswig-Holstein sammelt 15.000 Unterschriften gegen die Steuererhöhung und gibt dem Ministerpräsidenten Peter Harry Carstensen die „rote Karte“

2007

Schuldenuhr im Landeshaus
Im Landeshaus wird die Schuldenuhr des BdSt Schleswig-Holstein installiert

2009

Pressekonferenz zum Schwarzbuch
Im Presseraum des Landeshauses findet die erste eigene Schwarzbuch-Pressekonferenz des LV Schleswig-Holstein statt

2010

Schuldenaufnahmeverbot in der Landesverfassung
Langjährige Forderung des BdSt zum Schuldenaufnahmeverbot wird umgesetzt

2018

Ende mit Schrecken: HSH Nordbank
Verkauf hinterlässt Landesschulden von 11 Mrd. Euro in Hamburg und Schleswig-Holstein. Der BdSt Schleswig-Holstein hatte immer vor dem Risiko gewarnt.

2017

„Jamaika“ – Koalition in Schleswig-Holstein
Mit Schuldenabbau und höheren Investitionsausgaben kommen wichtige Forderungen des BdSt SH in den Koalitionsvertrag

2013

Neuer Präsident: Dr. Aloys Altmann
Dr. Aloys Altmann aus Strande wird neuer Präsident des BdSt Schleswig-Holstein

2012

50jähriges Jubiläum des Landesverbandes
Prof. Raffelhüschen hält Festvortrag über offene und verdeckte Schulden in Europa, Deutschland und Schleswig-Holstein



Oliver T. Müller

Eine Familie macht ihr Ding

Bei „Imbiss Mittler“ in Düren zählen Fleiß und Zusammenhalt

Die Mittlers kennen Liebhaber von Grillwürstchen und pikanter Soße in ganz Deutschland. Die Mittlers, das ist Klaus Mittler aus Düren. Hinter und neben ihm steht seine ganze Familie: seine Frau Edith, die Tochter Patricia und der Sohn Klaus Peter. Gemeinsam bilden sie „Imbiss Mittler“, ein eingeschworenes Team aus vier Betrieben unter einem Dach.

„Wir sind nicht die billigsten“, sagt Edith Mittler selbstbewusst. Das kann sie sich erlauben. Im Lagerverkauf in Düren warten Würstchen, Steaks, Salate und Soßen in großen Kühlschränken auf Käufer. „Wir achten auf Qualität und Sauberkeit. Die Leute kennen unsere Produkte.“ Wenn Klaus Mittler mit einem seiner Gastro-Wagen auf einem Weihnachtsmarkt, einer Kirmes oder einem Schützenfest vorfährt, erwarten ihn die Stammkunden schon mit Vorfreude. Und wer noch kein Stammkunde ist, lässt sich schnell überzeugen: Familie Mittler lässt die Grillwürstchen von einer großen Metzgerei nach einem eigenen Rezept herstellen. Die Basis für die Soßen wird geliefert und dann nach Familienrezepten verfeinert. Die Wurst macht eben den Unterschied – und das ist auch das Geschäftsmotto der Mittlers.

Vor 42 Jahren haben Klaus und Edith Mittler ihren Imbissbetrieb gegründet. „Anfangs hatten wir auch Fahrgeschäfte. Der Imbiss war unser zweites Standbein in der Zwischensaison“, erzählt Edith Mittler. Im Laufe der Jahre haben sie ihren Betrieb erweitert. Edith Mittler und ihre Tochter betreiben jeweils einen Imbissstand vor einem Baumarkt. Der eine ist ein Haus im rustikalen Stil, mehr-eckig, mit einem riesigen Schwenkgrill in der Mitte. „Hier arbeiten wir mit Holzkohle – das schmeckt ganz anders als mit Gas“, sagt Edith Mittler und wendet die Würstchen mit geübtem Griff gleich im halben Dutzend.

Neben dem Imbiss wird in Zukunft eine kleine Hütte mit zwei Automaten stehen. Frisches Grillgut, sorgfältig verpackt und gekühlt, können die Grillfreunde hier spontan kaufen, wenn der Lagerverkauf und die Geschäfte geschlossen sind. Ideal also für alle, die am Wochenende ohne lange Vorplanung den Grill anheizen möchten. Patricia Mittler und ein Mitarbeiter sind dabei, die beiden Automaten einzurichten, und das ist kniffliger, als es sich anhört. Klaus Peter Mittler legt derweil letzte Hand an das Häuschen, in dem die Automaten aufgestellt werden sollen. Gebaut hat er es selbst. Das ist sein Betrieb, und daran hängt sein Herz: Bau, Wartung und Reparatur der Hütten und Stände. „Er hat viel gelernt und sich zudem ein großes Wissen selbst angeeignet“, sagt Edith Mittler schlicht, und der Stolz auf ihre produktive und findige Familie schwingt bei diesen Worten mit.

Mutters Imbissstand an dem zweiten Baumarkt hat der Sohn entworfen und gebaut: ein geräumiger Stand, viereckig, in den Farben des Baumarktes lackiert, mit einer überdachten Außenterrasse nebenan. Im Sommer lassen sich die Wetterplanen an den Seiten öffnen, damit es luftig wird. Bänke und Tische sind frei schwebend an den Wänden befestigt, so dass unter ihnen problemlos gefegt werden kann. Edith Mittlers kritisches Auge fällt denn auch sofort auf die Brötchenkrümel am Boden, aber sie muss gar nicht viel sagen. Ihr Angestellter hat Besen und Kehrblech schon zur Hand. „Sauberkeit“, sagt Edith Mittler wieder. „Ohne geht es nicht.“ Nur einer darf bei ihr krümeln: Der kleine Spatz, der unbekümmert unter den Bänken herumhüpft, Krümel auflieft und sie im Parkplatzbaum gegenüber zu seinen laut piepsenden Jungen ins Nest trägt.

„Man muss sich immer wieder etwas Neues einfallen lassen“, erzählt Dürens Imbiss-Königin mit Blick auf die Grillgut-Automaten

und den USB- und Stromanschluss, den Klaus Peter Mittler an der Imbisssterrasse installiert hat. „Man glaubt ja gar nicht, mit was für einer Bürokratie wir manchmal zu kämpfen haben.“ Und hier kommt der Bund der Steuerzahler ins Spiel. Imbiss Mittler ist eines der jüngsten Mitglieder des BdSt NRW. Alle vier Familienmitglieder sind mit ihren Betrieben einzeln dem Verband beigetreten. Denn der BdSt, „den kennt man, der setzt sich ein“, weiß Edith Mittler. Für Bürokratieabbau, für die Entlastung von Bürgern und Unternehmern.

Da ist das neue Verpackungsgesetz. Abbaubar müssen in Zukunft die Pommesschalen sein, zum Beispiel aus Maisstärke. „Das ist gut für die Umwelt – aber sie kosten das Vierfache der jetzigen Schälchen. Wie sollen wir das auf unsere Kunden umlegen? Außerdem werden sie matschig mit der heißen Soße.“ Augenmaß mahnt Edith Mittler bei politischen Entscheidungen an.

„Mein Mann zahlt für seinen Imbiss bei öffentlichen Veranstaltungen in manchen Städten bis zu 40 Prozent höhere Standgebühren als früher. Das können wir nicht umlegen, da würde die Wurst fünf Euro kosten, und wir kriegen sie nicht mehr verkauft.“ Sie sieht, dass viele Kommunen nicht wissen, wo sie das Geld hernehmen sollen. Aber die Menschen wissen es oft auch nicht mehr. Da ist der Bund der Steuerzahler für sie eine wichtige Interessenvertretung.

„Mein Mann und ich, wir haben bei Null angefangen und auf vieles verzichtet“, blickt Edith Mittler zurück. „Wir sind immer in Action gewesen.“ Der Familienbetrieb ist mehr als nur Broterwerb, er bestimmt das ganze Familienleben. Im positiven Sinne: „Unsere Familie lebt zusammen, aber jeder macht sein eigenes Ding – und das funktioniert!“ *BH*



Marke Eigenbau: Den in den Farben des Baumarktes gestalteten Imbissstand hat Klaus Peter Mittler selbst entworfen und gebaut



Patricia Mittler nimmt die Automaten fürs gekühlte Grillgut in Betrieb



Klaus Peter Mittler bereitet die Hütte vor, in der die Automaten aufgestellt werden

Europäischer Wirtschaftssenat

Gemeinsam mehr erreichen

Der Europäische Wirtschaftssenat (EWS) gratuliert dem Steuerzahlerbund mit großer Dankbarkeit und Freude zum 70-jährigen Jubiläum. Der Bund ist heute noch genauso notwendig und sinnvoll wie vor 70 Jahren, weil die steuerlichen Themen in der heutigen Zeit noch an Bedeutung gewonnen haben: die Höhe der Staatseinnahmen hat sich in den letzten 70 Jahren dramatisch erhöht und damit hat sich auch die Gefahr eines unsachgemäßen Umgangs immens vergrößert.

Der EWS blickt dabei auf eine jahrzehntelange überaus erfolgreiche Zusammenarbeit zurück, die eine lang anhaltende Wirkung zum Wohle der Bürger und der Verbesserung der Transparenz des Staatshandelns entfaltete. Das begann mit einem intensiven gemeinsamen Kampf gegen quälende Tiertransporte von Lebewesen in arabische Länder. Entscheidende Verbesserungen konnten dabei auf europäischer Ebene erreicht werden.

Eine permanente und intensiv geführte Diskussion beschäftigte sich mit dem innereuropäischen Steuerwettbewerb unter den EU-Mitgliedstaaten. Einerseits ist klar, dass weniger Steuerharmonisierung mehr Wettbewerb ermöglicht und damit einen heilsamen Druck in Richtung niedriger Steuern ausübt. Andererseits zeigte der Missbrauch der nationalen Steuermöglichkeiten bei der nahezu Null-Besteuerung amerikanischer Internetkonzerne insbesondere in Irland, den Niederlanden und Luxemburg, dass auch dieser Wettbewerb Mindeststandards, also ein Minimum an Regeln, benötigt, um Fairness bei der Steuererhebung und Akzeptanz bei den Bürgern zu erreichen.

Eine enge Zusammenarbeit pflegten beide Verbände auch, als es darum ging, die sensiblen Entschädigungsregeln des neuen Europäischen Parlaments zu definieren. So wurde in meiner Zeit als Präsidiumsmitglied



und Quästor des Europäischen Parlaments entschieden, statt einer pauschalen Regelung der Reisekostenabrechnung eine punktgenaue Abrechnung vorzunehmen. Eine ebenso schwierige Diskussion ergab sich bei der juristischen Behandlung der Beschäftigung von Assistenten: vor allem ging es um die Entscheidung, wer juristisch Arbeitgeber ist: der einzelne Abgeordnete oder das Parlament als Organ. Letztlich wurde festgelegt, dass alle Assistentenverträge mit der Parlamentsvertretung, also ganz offiziell inkl. aller Sozialabgaben abgeschlossen werden müssen. Damit wurden alle denkbaren „Trickereien“ etwa mit der Beschäftigung von Verwandten von vornherein ausgeschlossen.

Diese Festlegungen dienen sowohl der Korrektheit und Transparenz gegenüber dem Steuerzahler als auch dem Ansehen des Europäischen Parlaments, weil es seither keinen Skandal mit Finanzabrechnungen von Parlamentsmitgliedern gab. (Eine gewisse Ausnahme davon bildete die französische

Partei der Madame Le Pen, der vorgeworfen wird, vom Parlament bezahlte Assistenten missbräuchlich für Parteiarbeiten verwendet zu haben).

Ein letztes Beispiel für die fruchtbare Zusammenarbeit von EWS und Steuerzahlerbund ist die Einführung einer europaweiten Transparenzliste für Lobbyisten in Brüssel. In dieser Liste werden alle Lobbyvertreter aufgeführt, die ein relevantes Büro in Brüssel unterhalten. Die Konsequenz besteht darin, dass hohe Beamte und Kommissare sich nur mit Lobbyisten treffen dürfen, die im Transparenzregister aufgeführt sind. Dies dient der Transparenz der Gesetzgebung auf europäischer Ebene und ist beispielhaft für viele nationalen Parlamente.

Der EWS achtet und respektiert die Arbeit des Steuerzahlerbundes auf den drei Ebenen, der regionalen, der nationalen und europäischen Ebene. Der ständige Austausch von Ideen und Anregungen, wie effektives Staatshandeln gefördert werden kann, dient dabei dem Gemeinwohl aller. Wir wünschen dem befreundeten Steuerzahlerbund weiterhin gute Ideen, erfolgreiches Durchsetzen seiner Ideen und zufriedene Mitglieder.

VON INGO FRIEDRICH

Dr. Ingo Friedrich war von 1979-2009 Abgeordneter des Europäischen Parlaments, von 1992 bis 1999 Vorsitzender der CSU-Europagruppe im Europäischen Parlament. Seit 1996 ist er Schatzmeister der Europäischen Volkspartei (EVP), seit 2001 Präsident der Europäischen Bewegung Bayern, seit 2009 Präsident des Europäischen Wirtschaftssenats. Von 1999-2007 war Friedrich einer der 14 gewählten Vizepräsidenten des Europäischen Parlaments. 2004 erhielt er das Große Bundesverdienstkreuz. Friedrich ist Ehrenmitglied des Europäischen Parlaments und seit 2015 Präsident der Wilhelm Löhe Hochschule.

BdSt Schleswig-Holstein Von Nachbarn lernen

Auf Einladung des Bundes der Steuerzahler Schleswig-Holstein sprach am 1. Juli 1998 Björn Tarras-Wahlberg, damaliger Präsident der schwedischen Steuerzahlerorganisation und Präsident der Taxpayers Associations International (Foto), in Kiel zu „steuer- und sozialpolitischen Reformen in Schweden – ein Vorbild für Deutschland“. Dabei gab er einen Einblick in die Arbeit der schwedischen Steuerzahlerorganisation, die mit ihrer Kampagne „hälften Kvar – die Hälfte ist genug“ maßgeblich dazu beigetragen hat, dass 1991 in Schweden eine durchgreifende Steuerreform durchgeführt wurde. Damit verbunden waren drastische Einsparungen auf allen Ebenen des Staates.

In seiner Einführung zu dem Vortrag ging der damalige Präsident des Bundes der Steuerzahler Schleswig-Holstein, Dr. Jürgen Pratje, auf den seinerzeitigen Reformstau im Steuer- und Sozialsystem der Bundesrepublik Deutschland ein. Um Lösungen zu finden, lohnte sich ein Blick über die Grenzen. Neben Schweden seien auch die Niederlande ein gutes Beispiel für gelungene Reformbemühungen. So gab es am 16. Juni 1999 in Kiel auch einen Folgevortrag von Johann Langbroek, Präsident der niederländischen Steuerzahlervereinigung, über das holländische „Polder“ Reformmodell (auf dem Foto mit Dr. Jürgen Pratje (r.) bei der anschließenden Diskussi-



Björn Tarras-Wahlberg, Präsident der schwedischen Steuerzahlerorganisation und Präsident der Taxpayers Associations International, inspiriert den Bund der Steuerzahler 1998 zur Kampagne „Die Hälfte ist genug“.



Seine Erfahrungen sind ebenfalls in die Kampagne „die Hälfte ist genug“ des Bundes der Steuerzahler eingeflossen: Johann Langbroek (l.), Präsident der niederländischen Steuerzahlerorganisation, tauschte sich 1999 mit Dr. Jürgen Pratje (r.), Präsident des Bundes der Steuerzahler Schleswig-Holstein über den „Halbteilungsgrundsatz“ aus.

on mit dem Publikum.) Nach dem Vorbild Schwedens hat auch der Bund der Steuerzahler in Deutschland eine Kampagne nach dem Motto „Die Hälfte ist genug“ geführt.

Äußeres Symbol war unter anderem eine Anstecknadel mit erst einer halben Mark und später mit einem halben Euro. Größter Erfolg dieser Kampagne war das Urteil des Bundesverfassungsgerichts von 1995 zu dem sogenannten „Halbteilungsgrund-

satz“. Als Faustformel dürfe der Staat dem Bürger nicht mehr als 50 Prozent von dem Erwirtschafteten an Belastung wieder abnehmen. Nach der späteren Auslegung dieses Grundsatzes gelte dabei eine wirtschaftliche Gesamtschau. Eine unmittelbare Übertragung auf die Einkommens- und Steuerverhältnisse einzelner Bürger wird nicht gefordert. Der Bund der Steuerzahler ermittelt seitdem regelmäßig die Einkommensbelastungsquote

in Deutschland, um darzustellen, ob der Halbteilungsgrundsatz des Verfassungsgerichtes eingehalten wird. Jährlich wird im Sommer der „Steuerzahlergedenktag“ ausgerufen, an dem die Bürger rein rechnerisch ihre Pflichten für den Staat erfüllt haben.

Die europäische Zusammenarbeit hat im Landesverband Schleswig-Holstein eine lange Tradition. Schon im Mai 1969 trafen sich Vertreter von neun europäischen Steuerzahlerorganisationen in Luxemburg, um eine erste Dachorganisation zu gründen. Eine treibende Kraft war damals Walter Hoppe, Kaufmann aus Westerland auf Sylt und Vizepräsident des Bundes der Steuerzahler Schleswig-Holstein. Er wurde dann auch zum ersten Präsidenten dieser europäischen Vereinigung gewählt und führte sie 16 Jahre lang mit großem Erfolg. 1986 ging der Vorsitz auf den bis heute amtierenden Präsidenten Rolf von Hohenhau, Präsident des Bundes der Steuerzahler Bayern, über.

Die in Taxpayers Associations of Europe (T.A.E.) umgetaufte Organisation spielt auf Ebene der Europäischen Union eine immer wichtigere Rolle. rk

Hessen

Der „Spar-Euro“ geht an: Sparsame Kommunen



Die Spar-Euro-Verleihung findet an wechselnden Orten in Hessen statt – schon häufiger war das Landesparlament Gastgeber der Veranstaltung.

Oft wird dem Bund der Steuerzahler vorgeworfen, dass er immer nur kritisiere, nie aber lobe. Dass das nicht stimmt, beweist die Auszeichnung Spar-Euro, die in Hessen seit 15 Jahren verliehen wird. Diesen Preis erhalten Kommunen für vorbildliche Projekte, bei denen sie besonders verantwortungsvoll und sparsam mit öffentlichen Mitteln umgehen.

Am 4. Februar 2004 war es soweit: Der Bund der Steuerzahler (BdSt) Hessen und der Hessische Städte- und Gemeindebund (HSGB) zeichneten gemeinsam erstmals vier Kommunen mit dem Spar-Euro aus. Seitdem wurden bereits 16 Mal Preise an Städte, Gemeinden oder Landkreise verliehen, die durch wirtschaftliches Verhalten der Verwaltung, die Förderung des Engagements der Bürgerinnen, Bürger und Vereine oder durch interkommunale Zusammenarbeit positive Beispiele geben. Die Idee zu dem Preis entstand in einer Zeit, in der viele Städte, Gemeinden und Landkreise mit dem Rücken zur Wand standen und finanziell nahezu handlungsunfähig waren. Oft konnten nur noch Pflichtaufgaben erledigt und keine Gestaltungsspielräume mehr ge-

nutzt werden. BdSt Hessen und HSGB ging es in dieser Situation aber nicht um das Sparen als Selbstzweck, sondern auch um die Stärkung sozialer Netze innerhalb des Gemeinwesens. Der Spar-Euro soll nachahmenswerte Beispiele aufzeigen, wie Bürgerinnen und Bürger in ihrer Kommune mit anpacken, wie dort Struktur und Organisation des freiwilligen Engagements verbessert werden, wie durch transparente Darstellungen der Finanzsituation ein positives Klima für ehrenamtliches Engagement erzeugt wird. Heute geht es den meisten Kommunen finanziell zwar besser, doch der verantwortungsvolle Umgang mit öffentlichen Mitteln bleibt natürlich weiter ein Thema. Wer durch Kreativität und Bürgerbeteiligung den einen oder anderen Euro sparen kann, muss seine Einwohner unter Umständen weniger durch Steuern und Abgaben belasten.

Der Spar-Euro soll auch zu gemeinnützigem Handeln und bürgerschaftlichem Engagement für das Gemeinwohl ermutigen. Die beiden Auslober verbinden mit dem Preis bis heute den Wunsch, dass positive Beispiele andere Kommunen zu einem beson-

ders sparsamen Umgang mit Steuergeldern motivieren. Projekte, die sonst vielleicht sogar nur innerhalb eines Stadtteils bekannt wären, erhalten durch den Preis landesweite Aufmerksamkeit, auch weil überregionale Medien die Fälle gerne aufgreifen. So ist es möglich, dass sich auch andere Kommunen davon anstecken lassen und erfolgreiche Initiativen übernehmen. Außerdem sollen Verwaltungen angeregt werden, bürgerorientierter zu handeln und die Rahmenbedingungen für die eigenverantwortliche Übernahme gesellschaftlicher Aufgaben zu verbessern. Dabei ist im Laufe der Jahre eine breite Palette vorbildlicher Projekte zusammengekommen, bei der mal mehr mal weniger Geld gespart wurde. Letztendlich kommt es nicht nur auf die eingesparte Summe an, sondern auch auf Kreativität und persönlichen Einsatz. Die Gewinner der letzten 15 Jahre sind deshalb sehr heterogen: Neben erfolgreichen Gemeindeverwaltungsverbänden, zusammengelegten Kreisarchiven oder Bauhöfen, vorbildlichen Ehrenamtsprojekten beispielsweise in der Flüchtlingshilfe oder in Dorfgemeinschaftshäusern konnte auch ein durch Bürgerhand umgesetztes Abwasser-



system ausgezeichnet werden. Überstrahlt wird all das nur durch die Fusion von vier Kommunen im Odenwald, die sich 2018 zur Stadt Oberzent zusammenschlossen und deshalb einen Sonderpreis erhielten. Dieser ersten hessischen Gemeindefusion seit den 1970er Jahren hat sicherlich auch der Spar-Euro den Weg gebahnt.

Innerhalb einer Ausschreibungsfrist können sich Städte, Gemeinden und Landkreise mit einer Beschreibung und Dokumentation ihres Projekts bewerben. Eine Jury, der Fachleute aus der kommunalen und wirtschaftlichen Praxis angehören, bewertet dann die Bewerber und wählt die Preisträger aus. Die Preisverleihung findet stets in einem besonderen Rahmen statt, beispielsweise im Hessischen Landtag oder auch der historischen „Goldhalle“ des Hessischen Rundfunks. Unter den Augen zahlreicher Vertreter aus Politik, Medien und Gesellschaft erhalten die Preisträger neben einer Urkunde einen Plexiglasblock, in den eine Euro-Münze eingearbeitet ist. Diese Trophäe hat sich zu einer echten Marke entwickelt. Bürgermeister und Landräte stellen die Figur stolz aus und weisen oft auch noch nach Jahren auf den Preis hin. Schließlich ist Lob in ihrem Job selten. Der „Spar-Euro“ zeigt, dass der Bund der Steuerzahler neben dem Schwarzbuch auch mit umgedrehten Vorzeichen einiges im Sinne der Steuerzahler bewegen kann: Anders als beim „Herbstklassiker“ des BdSt geht es beim „Spar-Euro“ darum, Positives hervorzuheben und zu verstärken. Und der Preis selbst ist offensichtlich auch ein gutes Vorbild: 2018 verliehen erstmals auch der BdSt Rheinland-Pfalz und der dortige Gemeinde- und Städtebund den Spar-Euro. *MV*



Parlamentsreform in Baden-Württemberg

Ein Drama in mehreren Akten



Der Bund der Steuerzahler Baden-Württemberg hat im Jahr 2008 die Parlamentsreform intensiv begleitet. Das Bild zeigt von links nach rechts den damaligen Stellv. Landtagspräsidenten Drexler (SPD), den jetzigen Vorsitzenden des Bundes der Steuerzahler Baden-Württemberg Bilaniuk, seinen Vorgänger Krahwinkel, den damaligen Landtagspräsidenten Straub (CDU) mit seinem Landtagsdirektor Lochmann sowie die damaligen Fraktionsvorsitzenden Kretschmann (Grüne) und Dr. Noll (FDP).

In der siebzigjährigen Geschichte des Bundes der Steuerzahler wurden viele Themen angestoßen, die zu emotionalen Reaktionen in der Bevölkerung geführt haben. In die Historie der „Aufreger“ gehört mit Sicherheit die Diskussion des Jahres 2017 um die Altersversorgung der Abgeordneten des Landtags von Baden-Württemberg. Selten hat die Politik so wenig Fingerspitzengefühl gezeigt und selten konnte der Bund der Steuerzahler so schnell erfolgreich eingreifen.

Wer die Angelegenheit verstehen will, muss zurückblicken auf das Jahr 2008. Damals einigten sich die Fraktionen des Landtags von Baden-Württemberg auf eine Parlamentsreform. Der Bund der Steuerzahler Baden-Württemberg war in diesen Reformprozess eng eingebunden. Kernelemente der Reform waren: Anhebung der Grundentschädigung bei Schaffung eines Vollzeitparlamentes auf der einen Seite und auf der anderen Seite die Umwandlung der steuerfinanzierten Altersversorgung in eine kapitalgedeckte Altersversorgung, die aus eigenen Beiträgen der Abgeordneten gespeist wird.

Die Reform wurde von einer breiten Mehrheit getragen. Vor allem die Beendigung der steuerfinanzierten Altersversorgung war ein Meilenstein, der für eine Annäherung der Lebenswirklichkeit der Abgeordneten an die der Mitglieder der gesetzlichen Rentenversicherung gesorgt hat. Für die Abgeordneten bedeutete dies Verzicht.

Rund 10 Jahre später sollten dann wie aus dem Nichts neue Fakten geschaffen werden. Am 7. Februar 2017 traten Fraktionsvorsitzende der Grünen, der CDU und der SPD vor die Presse und verkündeten ihre Absicht, die Altersversorgung der Abgeordneten wieder auf das alte System umzustellen.

Am Nachmittag des 8. Februar wurde der entsprechende Gesetzesentwurf vorgelegt. Am Donnerstag, dem 9. Februar wurde der Gesetzesentwurf morgens mündlich in den Landtag eingebracht. Am Nachmittag des gleichen Tages beriet der zuständige Ausschuss. Am nächsten Tag, dem 10. Februar, wurde das Gesetz nochmals kurz beraten und dann verabschiedet.

Es folgte ein Sturm der Entrüstung. Sowohl von Medienvertretern als auch von der Bevölkerung und vor allem vom Bund der Steuerzahler wurde massiver Protest an dem Gesetz artikuliert und an der Art und Weise, wie es verabschiedet wurde. Der Bund der Steuerzahler Baden-Württemberg erklärte, dass er einen sogenannten Volksantrag prüfen wird, um das Gesetz wieder rückgängig zu machen.

Dann kam die Kehrtwende. Nur eine Woche später, am 14. Februar 2017, traten die Fraktionsvorsitzenden erneut vor die Presse und gaben bekannt, dass das Gesetz zur Änderung der Abgeordnetenversorgung aufgehoben wird.

Es zeigt sich: Öffentlich artikulierter Protest kann zu richtigen Entscheidungen führen. Die Abkehr von den Reformplänen war ein großer Erfolg für den Bund der Steuerzahler Baden-Württemberg. *EM*



Julian Herzog

Der Landtag von Baden-Württemberg. Hier wurde im Hauruck-Verfahren eine höhere Altersversorgung der Landtagsabgeordneten beschlossen und nach Protesten wieder rückgängig gemacht.

Mecklenburg-Vorpommern

Immer wieder kritische Nachfragen

Die Wiedergründung des Landes Mecklenburg-Vorpommern war gut vier Wochen alt, da trafen sich am 08. November 1990 im Rechtsanwaltsbüro Joachim Mertz 15 Frauen und Männer zur Gründung des Landesverbandes des Bundes der Steuerzahler Mecklenburg-Vorpommern.

Schnell waren sich die Anwesenden einig, dass auch im Land Mecklenburg-Vorpommern ein Schutzverein der Steuerzahler notwendig ist, der dem Land bei seiner Finanz- und Steuerpolitik auf die Finger schaut, der die steuerpolitischen Interessen seiner Bürger wahrnimmt und Verschwendungsfälle öffentlich macht. Dank eines nicht rückzahlbaren Darlehens des Landesverbandes Hamburg in Höhe von 10.000 DM konnte sehr schnell ein Büro gemietet, ausgestattet und mit der Mitgliederwerbung begonnen werden. Beratend zur Seite standen uns die Landesverbände



BdSt-Mitarbeiterin Ute Köhn sammelt am Stand in Rostock zahlreiche Unterschriften für die Kampagne gegen die Mehrwertsteuererhöhung 2006.

Immer wieder kritisch haben wir die Förderpraxis des Landes hinterfragt. Förderungen wie Flughäfen, Marinas, Gewerbeparks, Werftenbürgschaften und vieles mehr wurden durch uns kritisch betrachtet, angemahnt und öffentlich gemacht. Die Ergebnisse der Skandale beginnend mit Bestwood, Bremer Vulkan, Volkswerft Stralsund, Flughafen Laage belegen, wie berechtigt unsere damalige Kritik gewesen ist.

Unser Wirken hat uns jedoch nicht nur Freunde eingebracht. Immer wieder wurden wir der Klientelpolitik bezichtigt. Ja, denn eine unserer viel beachteten größten Protestaktionen war 2006 der Kampf gegen die Mehrwertsteuererhöhung.

Der damalige Landesvorsitzende Herr Uwe Karsten fand vor dem Schweriner Schloss zu den Medienvertretern deutliche Worte. Bezahlen muss diese Steuererhöhung bis heute der sog. „Ottonormalverbraucher“ und für den standen wir auf der Straße.

Die weitere Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung, der demographische Wandel, die Verbesserung der Infrastruktur, Umwelt, Bildung und Wissenschaft erfordern kreative und nachhaltige Lösungen und Konzepte auch und besonders im Land Mecklenburg-Vorpommern. Diese sollen auch künftig solide finanziert und gefördert werden.

Der Bund der Steuerzahler Mecklenburg-Vorpommern e.V. als außerparlamentarische und parteipolitisch neutrale Organisation wird daher auch weiterhin die öffentliche Hand, die Politiker, die Verwaltung kritisch und konstruktiv in ihrem Handeln begleiten. *KB*



Landesvorsitzender Uwe Karsten gibt zahlreiche Interviews vor der Staatskanzlei in Schwerin, um den Protest gegen die Steuererhöhung zu untermauern.

Hamburg und Schleswig-Holstein; ein Zeichen der Solidarität unter den Landesverbänden, die bis heute zu zum Teil sehr engen Kooperationen führte.

Im Verlauf seiner nun fast 29-jährigen Geschichte entwickelte sich der Bund der Steuerzahler Mecklenburg-Vorpommern e.V. zu einer Organisation, die kritisch, sachlich und konstruktiv mit den Landesbehörden umging. Hervorzuheben war die stets gute Zusammenarbeit mit dem Finanzministerium. Die jährliche hohe Neuverschuldung des Landes gerade in den 90-iger Jahren war uns immer ein Dorn im Auge. So kam es, dass sich die damalige Finanzministerin Sigrid Kehler mit dem Präsidenten des BdSt. Herrn Dr. Däke auf einer Mitgliederversammlung sehr intensive Wortgefechte lieferte. Es ging aber um die Sache und heute sind wir stolz, dass das Land als eines der ersten Länder die Schuldenbremse in die Verfassung aufgenommen hat und seit 2008 keine Neuverschuldung erfolgte.

Steuerbelastung bremsen

DSi entwickelt eine Steuerbremse

Im Jahr 2019 empfinden 89 Prozent der Bürger ihre Steuer- und Abgabenbelastung als zu hoch. Das hat eine repräsentative Umfrage im Auftrag des Bundes der Steuerzahler ergeben. Das verdeutlicht, dass häufig die Belastungsgrenze der Bürger erreicht oder sogar überschritten ist. So fragt sich mancher Arbeitnehmer, ob sich Leistung noch lohnt, wenn von einer Gehaltserhöhung nach Steuern und Sozialabgaben weniger als die Hälfte übrigbleibt.

Auch viele Pendler trifft es hart: Während Steuern und Abgaben rund 60 Prozent des Benzinpreises ausmachen, wurde die Pendlerpauschale trotz gestiegener Kosten seit Jahren nicht angepasst. Bei den Wohnkosten verhält es sich ähnlich: Auch hier ist der Staat ein wesentlicher Kostentreiber, der durch zahlreiche Steuern und Abgaben das Wohnen verteuert. Ein besonders Ärgernis ist die Grunderwerbsteuer. Seit dem Jahr 2006 haben die Bundesländer – bis auf Bayern und Sachsen – die Grunderwerbsteuer insgesamt 27 Mal erhöht und damit für viele Familien den Traum von den eigenen vier Wänden fast unerschwinglich gemacht.

Staat als Profiteur

Von den gestiegenen Belastungen haben die Steuerkassen von Bund, Ländern und Kommunen profitiert. Lagen im Jahr 2005 die gesamtstaatlichen Steuereinnahmen noch bei 452 Milliarden Euro, hat der Staat im Jahr 2018 rund 776 Milliarden Euro eingenommen – ein Zuwachs um 71 Prozent. Und die Steuereinnahmen sind nicht nur in absoluten Zahlen, sondern auch im Vergleich zur Wirtschaftskraft rasant angewachsen. So ist die Steuerquote in diesem Zeitraum von 19,6 Prozent auf 22,9 Prozent gestiegen. Anders als die meisten Bürger kann der Staat somit üppige Einnahmezuwächse verbuchen und aus dem Vollen schöpfen. Um das Verhältnis zwischen Bürger und Staat wieder in die Balance zu bringen, sollte der Schuldenbremse eine Steuerbremse an die Seite gestellt werden. Denn nicht nur ein Übermaß der Verschuldung, sondern auch ein Übermaß der Belastung gilt es zu vermeiden.

Jetzt bremsen!

Daher haben der Bund der Steuerzahler und sein finanzwissenschaftliches Institut Ende 2015 ein Konzept für eine wirksame Steuerbremse erarbeitet. Besonders wichtig war uns dabei die regelmäßige Anpassung des Einkommensteuertarifs, um die kalte

Progression dauerhaft auszuschalten. Mit unserem „Tarif auf Rädern“ konnten wir auch bei der Politik punkten und wichtige Erfolge erringen. So wurde der Tarif seit 2016 jedes Jahr an die Preisentwicklung angepasst. Deshalb konnten bei Gehaltszuwächsen, die die Inflation ausgleichen, Steuererhöhungen verhindert werden. Auch in den nächsten Jahren werden wir uns weiter dafür einsetzen, dass die kalte Progression umfassend beseitigt wird. Dazu gehört auch die regelmäßige Anpassung der Freibeträge und Pauschalen im Steuerrecht. Viel zu lange ist der Gesetzgeber untätig geblieben, sodass z. B. der Arbeitnehmer-Pauschbetrag oder die Behinderten-Pauschbeträge längst nicht mehr die Lebenswirklichkeit widerspiegeln. Wir fordern daher ein umfassendes Update des teils veralteten Steuerrechts, um einen schleichenden Anstieg der Belastung zu verhindern.

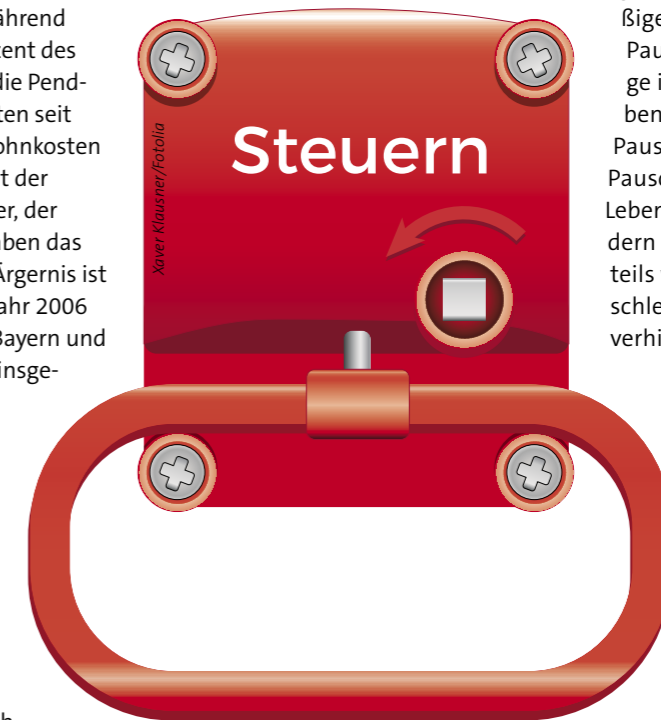
Um die Steuer- und Abgabenlast wirksam zu begrenzen, sollten auch die Zahl und die Erhebungsdauer der Steuerarten grundgesetzlich limitiert werden. Das würde dafür sorgen, dass die Politik nicht immer wieder neue Steuern erfindet oder hartnäckig das Verfallsdatum des Solidaritätszuschlags ignoriert. Außerdem machen wir uns dafür stark, dass die direkte Demokratie in Deutschland gestärkt wird. Denn wissenschaftliche Studien zeigen, dass mehr direkte Mitsprache der Bürger dazu beiträgt, die staatliche Ausgabenwut zu zügeln und die Steuer- und Abgabenbelastung im Zaum zu halten.

Um die Steuer- und Abgabenlast wirksam zu begrenzen, sollten auch die Zahl und die Erhebungsdauer der Steuerarten grundgesetzlich limitiert werden. Das würde dafür sorgen, dass die Politik nicht immer wieder neue Steuern erfindet oder hartnäckig das Verfallsdatum des Solidaritätszuschlags ignoriert. Außerdem machen wir uns dafür stark, dass die direkte Demokratie in Deutschland gestärkt wird. Denn wissenschaftliche Studien zeigen, dass mehr direkte Mitsprache der Bürger dazu beiträgt, die staatliche Ausgabenwut zu zügeln und die Steuer- und Abgabenbelastung im Zaum zu halten.

Um die Steuer- und Abgabenlast wirksam zu begrenzen, sollten auch die Zahl und die Erhebungsdauer der Steuerarten grundgesetzlich limitiert werden. Das würde dafür sorgen, dass die Politik nicht immer wieder neue Steuern erfindet oder hartnäckig das Verfallsdatum des Solidaritätszuschlags ignoriert. Außerdem machen wir uns dafür stark, dass die direkte Demokratie in Deutschland gestärkt wird. Denn wissenschaftliche Studien zeigen, dass mehr direkte Mitsprache der Bürger dazu beiträgt, die staatliche Ausgabenwut zu zügeln und die Steuer- und Abgabenbelastung im Zaum zu halten.

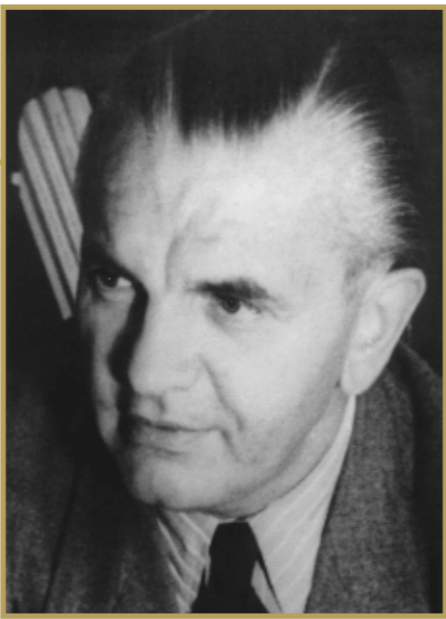
Politik bewegt sich

Mit unserer Steuerbremse haben wir ein Bündel von Maßnahmen vorgeschlagen, das Bürgern und Betrieben Schutz vor übermäßigen Belastungen bietet. Dass nach der Einführung der Schuldenbremse solche Reformen überfällig sind, erkennt langsam auch die Politik. So hat die CSU jüngst eine eigene Steuerbremse beschlossen. In einem ersten Schritt sollen künftig jedes Jahr auf Basis der Mai-Steuerschätzung Maßnahmen geprüft und umgesetzt werden, die einen weiteren Anstieg der Belastung verhindern. Diesen richtigen Überlegungen müssen nun politische Taten folgen. Denn es ist höchste Zeit, bei der Steuer- und Abgabenbelastung wirksam auf die Bremse zu treten. *JL*



70 Jahre BdSt Unsere Präsidenten

Dr. Hermann Wunderlich (1900-1974) ist der erste Präsident des Bundes der Steuerzahler. Er ist der eigentliche Erfinder und sein erster großer Förderer und Verfechter. Mit einer seltenen Beharrlichkeit griff er den Gedanken aus, der fast allmächtigen Fiskalität eine Steuerzahlerbewegung entgegenzustellen. Er fasste den Gedanken, Landesverbände zu gründen und sie in einem Präsidium zusammenzufassen. Er gelang ihm, diesen Gedanken so gut in die Tat umzusetzen, dass er sich in drei Jahrzehnten hervorragend bewährt hat. Wunderlich gelang die Gründung des Präsidiums und der Landesverbände ohne nennenswerte Mittel. Er war der geborene Organisator und drückte den Gebilden des Bundes der Steuerzahler von vornherein seinen Stempel auf. Er war für den Verband ein beträchtlicher Verlust, dass Wunderlich schon 1951 wieder in die Privatwirtschaft zurückging. Professor Bräuer trat an seine Stelle. Von Wunderlich hat der Verband den Grundsatz übernommen, an dem er noch heute festhält, dass der Staat nur so viel Geld ausgibt, wie er hat.



Professor Dr. Karl Bräuer (1881-1964) ist Mitbegründer des Bundes der Steuerzahler. Als er 1949 als Achtundsechzigjähriger zum Bund der Steuerzahler stieß, um diesen aus der Taufe zu heben, hat er sich als Ordinarius für Wirtschafts- und Finanzwissenschaften an der Technischen Hochschule Dresden und an den Universitäten Breslau, Würzburg und Leipzig einen Namen gemacht. Ein Jahr nach der Gründung des Bundes der Steuerzahler wurde

Bräuer zum Präsidenten gewählt. Seine elfjährige Amtszeit war geprägt vom erfolgreichen Aufbau des Bundes der Steuerzahler, an dem er entscheidend Anteil hatte. Als er 1961 im Alter von 80 Jahren sein Amt an Dr. Volkmar Muthesius übergab, blieb er dem Bund der Steuerzahler Baden-Württemberg als Vorstandsmitglied in aktiver Unterstützung verbunden.



Die Gründer des Bundes der Steuerzahler: Dr. Hermann Wunderlich (r.), erster Präsident des Verbandes, mit Prof. Dr. Karl Bräuer, damals Vizepräsident, später langjähriger Präsident, nach Gründung des Verbandes vor dem Stuttgarter Finanzministerium.



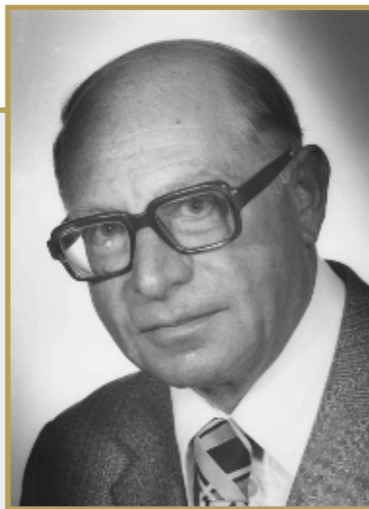
Dr. Volkmar Muthesius (1900-1979) folgte als 61-Jähriger auf seinen im 80. Lebensjahr ausgeschiedenen Vorgänger Professor Dr. Karl Bräuer. Als Präsident hat er über zehn Jahre hinweg der deutschen Steuerzahlerorganisation das Gepräge gegeben. Sein wirtschaftliches Credo, das sich aus all seinen Leitartikeln für die Mitgliederzeitschrift „Der Steuerzahler“, aus seinen Reden und Büchern herauskristallieren lässt, gipfelte in der Warnung vor zu viel Staat. Von Günter Schmolders stammt der auf Muthesius gemünzte Aphorismus von „zu viel Staat in der Wirtschaft, zu wenig Wirtschaft im Staat“. Diese muthesianische Grundhaltung ist zum Kampfruf des Bundes der Steuerzahler geworden.





Dem Bundesrat überbrachte der Präsident des Bundes der Steuerzahler Prof. Dr. Willy Haubrichs (r.) und Hermann Fredersdorf (M.), Vorsitzender des Bundes Deutsches Steuerbeamter, den gemeinsamen Aufruf beider Organisationen zur Steuervereinfachung und Steuerentlastung. Ministerpräsident Dr. Hans Filbinger (l.), bedankte sich für diese gründliche Untersuchung, die Eingang fand in eine Steuerreform.

Professor Dr. Willy Haubrichs (1911-1982) wurde in St. Wendel im Saarland geboren. Er studierte Jura an den Universitäten in Heidelberg, Bonn, zuletzt in Kiel, wo er dann auch promovierte. Im Jahre 1956, als im Saarland der Bund der Steuerzahler gegründet wurde, war Haubrichs als Mann der ersten Stunde dabei. 1958 wurde er zum Vorsitzenden des Landesverbandes gewählt, ein Amt, das er bis zu seinem Tode ausübte. Im Dezember 1971 trat Haubrichs sein Amt als Präsident des Bundes der Steuerzahler an, das er über zehn Jahre lang bis zu seinem Tod innehatte. In den letzten zehn Jahren seiner Tätigkeit als Präsident setzte er sich vor allem für eine Intensivierung der Öffentlichkeitsarbeit ein. In zahlreichen Gesprächen mit Repräsentanten des öffentlichen Lebens machte Haubrichs immer wieder die vom Bund der Steuerzahler im Interesse alle Steuerzahler vertretenen Standpunkte deutlich, sei es im Kampf gegen die öffentliche Verschwendung, die Kritik an der Ausdehnung der Staatstätigkeit und den ständig steigenden Personalausgaben im öffentlichen Dienst oder die Forderung nach einer Vereinfachung des Steuerrechts. Durch seine vielen Rundfunk- und Fernsehauftritte gelang es Haubrichs, den Bekanntheitsgrad des Bundes der Steuerzahler beträchtlich zu erhöhen und seine Forderungen einer breiten Öffentlichkeit verständlich zu machen.



Dr. Susanne Tiemann (geboren 1947 in Schwandorf) Die Rechtsanwältin und Hochschullehrerin Dr. Susanne Tiemann war 1992 bis 1994 Präsidentin des Bundes der Steuerzahler Deutschland und damit die erste Frau an der Spitze des Verbands. Sie war politisch und in der Verbändelandschaft gut vernetzt und trieb die Themen des Bundes der Steuerzahler voran. Susanne Tiemann studierte Rechtswissenschaften an der Ludwig-Maximilians-Universität München. An der Universität München promovierte sie über „Die staatsrechtliche Stellung der Finanzkontrolle des Bundes“. 1975 bekam sie eine Niederlassung als Rechtsanwältin. Als CDU-Mitglied ließ sie sich 1994 in den Bundestag wählen und gab damit ihr Amt als Präsidentin des Bundes der Steuerzahler auf – denn ein politisches Amt ist mit der Parteineutralität des Verbands nicht vereinbar.



Dr. Karl Heinz Däke (geboren 1943 in Neuenburg/Friesland) studierte Volkswirtschaftslehre an der Universität zu Köln. 1969 legte er sein Diplomexamen ab und wurde Vorstandsassistent beim BdSt Nordrhein-Westfalen. 1975 promovierte er mit dem Thema „Einflussmöglichkeiten auf die Rationalität steuer- und finanzpolitischer Entscheidungen“ und wurde im gleichen Jahr in den Vorstand des BdSt



Nordrhein-Westfalen gewählt. Ab 1978 war er stellvertretender Landesvorsitzender und von 1989 bis 1994 Landesvorsitzender. 1994 wählte ihn die Präsidialversammlung des BdSt erstmals zum Präsidenten des Bundes der Steuerzahler. Sein Nachfolger an der Spitze des Bundes der Steuerzahler ist seit 2012 Reiner Holznapel.

In seiner 18-jährigen Präsidentschaft hatte Dr. Karl Heinz Däke die Aufgabe übernommen, den Steuerzahlern ein Gesicht und eine Stimme zu verleihen. Mit zahlreichen TV Auftritten und markigen Zitaten in allen gängigen Tages- und Wochenzeitungen verhalf er dem BdSt zu seiner heutigen Bekanntheit. Mit phantasiereichen Aktionen, griffigen Slogans und spitzen Formulierungen forderte Dr. Däke die öffentliche Hand immer wieder zur Beachtung der Haushaltsgrundsätze auf. Die Installation der BdSt-Schuldenuhr, mit der die Staatsverschuldung und der Schuldenzuwachs visualisiert werden, brachte dem Thema Staatsverschuldung den medialen Durchbruch und bereitete den Weg zur Einführung der Schuldenbremse.



Dr. Armin Feit (geboren 1927, gestorben 2012) begann 1957 seine Tätigkeit beim Bund der Steuerzahler als Vorstandsassistent im Landesverband Nordrhein-Westfalen. 1960 wurde er zum Vorstandsmitglied gewählt. Im Jahr 1964, dem Jahr seiner Zulassung als Rechtsanwalt, folgte die Wahl zum stellvertretenden Vorsitzenden des Landesverbandes. In den Jahren 1970 und 1971 gehörte Dr. Feit darüber hinaus dem Vorstand des Präsidiums des Bundes der Steuerzahler an. 1978 erfolgte die Wahl zum Vorsitzenden des Bundes der Steuerzahler Nordrhein-Westfalen e. V., der unter seinem Vorsitz zum mitgliedstärksten Landesverband im Bund der Steuerzahler wurde. Von 1982 bis 1992 war Dr. Feit Präsident des Bundes der Steuerzahler. In seiner Amtszeit setzte er wichtige Impulse in der deutschen Finanzpolitik. Die Verteidigung der Würde des Menschen gerade auch gegenüber dem Fiskus war ein besonderes Anliegen des beruflichen Wirkens von Armin Feit. Nach seiner Präsidentschaft war er viele Jahre Vorsitzender des Verwaltungsrates des Bundes der Steuerzahler Nordrhein-Westfalen und Ehrenpräsident des Bundes der Steuerzahler Deutschland.



Reiner Holznagel in den Medien

Kamera läuft



„Politiker, vor allem der Bundesfinanzminister, bekommen die Leviten gelesen.“

So kündigte ARD-Moderatorin Hannelore Fischer einst einen Schwarzbuch-Beitrag im „Mittagsmagazin“ an. Fischer brachte im Oktober 2017 auf den Punkt, was wir auf den Punkt bringen – und zwischen zwei Schwarzbuchdeckel: Licht ins Dunkel der Steuergeldverschwendung quer durch die Bundesrepublik. In diesem Jubiläumsjahr schon zum 47. Mal. Dann wird „Das Schwarzbuch – Die öffentliche Verschwendung 2019/20“ erscheinen.

Wir nehmen nicht nur die öffentlichen Haushalte und die Finanzen unter die Lupe, sondern auch die Steuerpolitik. Wir klären und decken auf und machen deutlich, was Bürger von ihren Volksvertretern fordern. Kritik und Lösungen der Marke BdSt – und die Medien machen Überschriften daraus:

„Bund der Steuerzahler – Entlastung für Rentner gefordert“ (20-Uhr-Tagesschau, 30. Juli 2018)



Diese Zeile steht exemplarisch für konkrete Initiativen des Verbands: für eine Reform des Einkommensteuertarifs, für die Verkleinerung des Bundestags samt Wahlrechtsreform und für den Komplett-Abbau des Solidaritätszuschlags. „Schluss mit dem Soli – die Politik muss Wort halten!“, fordert Präsident Reiner Holznagel konsequent vor der Kamera. Achtung, action!

Vom Büro des Präsidenten ins TV-Studio!



Über den Weg dahin informieren unsere Kalendereinträge im Computer. Sollen wir ein bisschen aus dem Nähkästchen 4.0 plaudern? Gern! So erzählt unser Outlook zum Beispiel vom 11. Mai 2017, als der damalige Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble die Ergebnisse der Mai-Steuerschätzung verkündete. Und wo war Reiner Holznagel an jenem Tag? Hier:

12.00 Uhr: ZDF-„zoom“ (Arbeitstitel: „Wie gut geht es Deutschland?“) Interview-AZ (vor der Kamera) mit Frau Dr. Rita Knobel-Ulrich. ACHTUNG: Interview findet bei N24 statt, Potsdamer Platz! Aufbau gg.11.45 Uhr, Interview ab 12 Uhr. Im Anschluss LIVE ab 12.30 Uhr im N24-Studio.

12.15 Uhr: N24, ab 12:30 Uhr LIVE im Studio Bitte schon um 12.15 Uhr da sein, dann gleich Maske und O-Ton
13.15 Uhr: ARD-Hauptstadtstudio, LIVE-Schalte tagesschau24
13.40 Uhr: RTL/n-tv, LIVE-Schalte Nachrichten
14.15 Uhr: ARD-Hauptstadtstudio, O-Ton für NDR-„Nordmagazin“ ... danach steigt Herr Holznagel in den Zug, Abfahrt 14.39 Uhr nach Hamburg, weiter nach Bremen, Ankunft Hbf um 17.41 Uhr. Vor der Handelskammer warten:

18.00 Uhr: Radio hr-info, LIVE-O-Ton per Handy



18.10 Uhr: ZDF-„heute journal“

AZ für einen Beitrag im „heute journal“. Das Team baut gg. 18 Uhr auf, steht bei gutem Wetter draußen vor der Handelskammer

Kurze Statements – große Talks

Der Bund der Steuerzahler vor der Kamera – das ist eine breit gefächerte Expertise. Fakten, Analysen und Bewertungen gibt Reiner Holznagel für öffentlich-rechtliche wie private Fernsehsender, von ARD bis PRO 7, von dpa audio und Deutschlandfunk über Regionalsender wie radioeins des RBB oder auch für ausländische Sender wie France 2 und TF 1 der Niederlande. Und für Print- und Online-Medien: Frankfurter Allgemeine Zeitung, Süddeutsche Zeitung und DIE WELT, Handelsblatt und Bild, FOCUS, FUNKE-Mediengruppe, Neue Osnabrücker Zeitung oder auch das RedaktionsNetzwerk Deutschland stehen für das Spektrum der Zeitungen und Magazine, die ihre Artikel auch auf Grundlage unserer Arbeit verfassen.

Kurze Statements – bis hin zur großen Talkshow! Wir denken an Günther Jauch mit seiner Politik-Runde am Sonntagabend im November 2014 und Frank Plasbergs „Hart aber fair“ im Oktober 2018 zur Frage, warum der Bürger so wenig davon hat, dass der Staat im Geld schwimme? Bei Maybrit Illner saß Reiner Holznagel schon mehrfach, in der phoenix-Runde und der Münchner Runde ebenso, bei Peter Hahne auch und jüngst im phoenix-Talk „Unter den

Linden“ zum angeblichen Ende des Steuerbooms. Zwischendurch im Programm: report, Plusminus, Frontal 21. Und immer begegnen wir: dem Solidaritätszuschlag.

„Ist denn die CDU bereit, komplett den Soli abzubauen, will man da radikal mal ran und Versprechen halten?“

...fragte BdSt-Präsident Reiner Holznagel den stellvertretenden Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Carsten Linnemann, bei „Hart aber fair“. Und Linnemann, auch Vorsitzender der Mittelstandsunion, antwortete: Er wolle für die „radikale Abschaffung“ werben.

Und schließlich: „STOP!“

Die gleichnamige Rubrik gehört zu Reiner Holznagel. STOP der Steuergeldverschwendung, die wir bei „Mario Barth deckt auf!“ anprangern. Doch STOP kann noch etwas anderes: An Barths Seite erklärt Holznagel vor einem Millionenpublikum, wo genau Steuergeld noch zu retten ist. Das passt perfekt zu unserer Rubrik „Verschwendung droht“ in jedem Schwarzbuch! Als einziger Gast ist Holznagel seit dem Herbst 2013 in allen bislang 32 Ausgaben der RTL-Show dabei.

Bei so viel Steuer- und Haushaltspolitik kommt natürlich eine Menge Ärger zusammen. Den gibt' jede Woche schwarz auf weiß: Was ihm aktuell auf den Nägeln brennt, macht Reiner Holznagel in seiner eigenen Kolumne „Ärgernis der Woche“ für die Wirtschaftszeitung Euro am Sonntag deutlich. HF

BdSt NRW

Die Schwarzbustour

Zu lesen, dass eine Aussichtsplattform überflüssig ist, weil sie keine nennenswerte Aussicht bietet, ist das eine. Auf ihr zu stehen und die nicht vorhandene Aussicht mit eigenen Sinnen zu erfahren, ist das andere. Dieses „Andere“, diese „Selbsterfahrung“ wollte der Bund der Steuerzahler NRW den Bürgern in Nordrhein-Westfalen ermöglichen und ihnen auf diese Art ganz konkret zeigen, was Steuergeldverschwendung in ihrer ganzen Bandbreite bedeutet. So entstand die Idee, angelehnt an das berühmte Schwarzbuch, mit einem „Schwarzbust“ auf Tour zu gehen und Tatorte der Steuergeldverschwendung zu besuchen.

Die Wahl fiel auf Köln. In keiner anderen Stadt in NRW gab es in den vergangenen drei, vier Jahren so viele Recherchefälle wie in der Domstadt. Vor einigen Jahren war es die Stadt Hagen, die mit schöner Regelmäßigkeit im Schwarzbuch unangenehm auffiel. Die Stadt wird froh sein, dass sie den schwarzen Peter los ist. Auch Düsseldorf war in der engeren Auswahl für die Schwarzbustour, und im Ruhrgebiet hätten sich ebenfalls reichlich Verschwendungsfälle angeboten. Doch wir wollten den Schwarzbustouristen keine Stauerparty zwischen Duisburg und Dortmund zumuten. Damit wird deutlich, dass Steuergeldverschwendung kein regional begrenztes Problem ist, auch wenn es auf den ersten Blick vielleicht anders wirken könnte.

Steuergeld wird überall verschwendet, und die Gründe sind vielfältig. Schlechte Planung, Prestigedenken, Verlockungen von Fördermitteln – zusammengefasst kann man sagen, das Problem ist die „Es-ist-ja-nicht-mein-Geld-Mentalität“, die zu Verschwendung führt.

Die Schwarzbustour führte den Teilnehmern vor Augen, dass Steuergeldverschwendung viele Gesichter hat, und dass ein Urteil selten schnell und schon gar nicht leichtfertig gefällt ist. Man kann die Aufenthaltsqualität am Rheinboulevard schätzen und sich trotzdem über 500.000 Euro Reinigungskosten im Jahr ärgern. Man kann den Trinkwasserbrunnen ästhetisch ansprechend finden und trotzdem der Meinung sein, dass hier Wasser und Geld vergeudet werden. Man kann gerne die Oper besuchen und trotzdem graue Haare kriegen angesichts der Verdoppelung der Sanierungskosten.

Vom ersten Hinweis auf mögliche Verschwendung bis zum Schwarzbuchfall ist es ein langer, oft mühevoller Rechercheweg. Wir stellen Anfragen an die zuständigen Behörden, führen Gespräche mit Betroffenen und Verantwortlichen, besichtigen die Orte des Geschehens, beraten, wägen ab. Oft genug stellt sich heraus: Nicht jede Investition ist Verschwendung, nicht immer sind hohe Kosten vermeidbar. Oft genug also gehen die Verantwortlichen tatsächlich verantwortungsbewusst mit dem Geld der Steuerzahler um. Häufig führt unsere Arbeit auch dazu, dass Politik und Verwaltung ihre Entscheidungen überdenken, so dass drohende Verschwendung eingedämmt oder ganz verhindert wird. Gute Nachrichten also für die Steuerzahler, über die wir auch auf der Schwarzbustour berichten konnten.

Dennoch bleiben Tatorte und Denkmäler der Steuergeldverschwendung bestehen, an Rhein und Ruhr ebenso wie an Weser und Urft. Und da wir nicht müde werden, den Finger in die Wunden zu legen, um Verbesserungen für die Steuerzahler zu erreichen, sagen wir: Nach der Schwarzbustour ist vor der Schwarzbustour. Im nächsten Jahr möchten wir unsere Mitglieder und alle kritischen Bürger wieder einladen, Steuergeldverschwendung mit eigenen Augen zu sehen. JB



Steuergeldverschwendung mit eigenen Augen sehen – dazu hat das BdSt Team NRW eingeladen. Bei der Stadtführung der besonderen Art führte das BdSt Team NRW die „Reisegruppe“ zu Fuß und per Schwarzbust zu den Verschwendungsorten der Stadt. Neben den besonderen Sehenswürdigkeiten gab es Erläuterungen und Gespräche zur öffentlichen Verschwendung. Die Schwarzbustour hat bei den Teilnehmern großen Anklang gefunden – so dass auch im kommenden Jahr der Schwarzbust durch NRW rollen wird.



Straßenausbaubeiträge abschaffen

Der harte Kampf in Rheinland-Pfalz

Wer in der Politik etwas erreichen will, muss oft lange und ausdauernd dicke Bretter bohren. Zu den besonders dicken Brettern gehören die Straßenausbaubeiträge in Rheinland-Pfalz. Seit Mitte 2018 kämpft der Steuerzahlerbund für deren Abschaffung und kommt diesem Ziel Schritt für Schritt näher.

Straßen sind ein öffentliches Gut und können daher prinzipiell von allen Bürgern freigelegt werden. Aufgrund der fehlenden Ausschließungsmöglichkeit sollten öffentliche Güter am besten von der Allgemeinheit über Steuern finanziert werden. Bei Autobahnen, Bundes-, Landes- und Kreisstraßen wird dieses Prinzip vonseiten des Staates auch eingehalten. In einer wachsenden Zahl von Bundesländern gilt dieses Prinzip gleichfalls für Gemeindestraßen – aber eben nicht in allen.

In Rheinland-Pfalz müssen die Gemeinden sog. Straßenausbaubeiträge auf Straßenbaumaßnahmen erheben, durch welche eine Gemeindestraße verbessert, erweitert, erneuert oder umgebaut wird. In Abgrenzung dazu darf die laufende Unterhaltung der Gemeindestraße nicht auf die Anlieger umgelegt werden. Für die erstmalige Erschließung eines Grundstücks wird wiederum ein Erschließungsbeitrag erhoben.

Abhängig vom Projektumfang können bei den Ausbaubeiträgen problemlos Summen im fünfstelligen Bereich anfallen. In solchen Fällen kann der Traum von den eigenen vier Wänden schnell zum Albtraum werden. Gegen existenzgefährdende Beitragshöhen bestehen auch nur scheinbare Auswege wie z.B. eine Ratenzahlung oder Stundung. Denn selbst diese ändern letztlich nichts an der hohen Gesamtbelastung – dazu kommen oft noch Zinsen.

Doch auch für die Kommunen stellen die Ausbaubeiträge nicht zwingend ein lukratives Geschäft dar. Die Berechnung der Beitragslast ist hochkompliziert und anfällig für Rechtsstreitigkeiten. Insofern stehen die Chancen gut, ein schlechtes bis völlig unwirtschaftliches Verhältnis zwischen Einnahmen und Erhebungskosten zu realisieren. Vom allgemeinen Verdruss und Ärger der betroffenen Anlieger über die Politik mal ganz zu schweigen.

Steuerzahlerbund greift ein

Im Jahr 2018 erreichten den BdSt Rheinland-Pfalz viele Zuschriften, welche die problematische Situation im Land schilderten. Bei eigenen Recherchen stellten wir dann fest, dass dem Land Rheinland-Pfalz gar keine Informationen über das Gesamtaufkommen und die Erhebungskosten vorliegen. Führen die Ausbaubeiträge wenigstens zu einem überwiegend guten Straßenzustand? Auch da musste das Land passen. Weder zur Gesamtlänge des Gemeindestraßennetzes noch zu dessen Zustand liegen Informationen vor. Sprich: Das Land Rheinland-Pfalz zwingt seine Kommunen zur Beitragserhebung, weiß aber nicht, ob die Erhebung wirtschaftlich und zweckmäßig ist. Eine Unwissenheit, die das Land mit vielen seiner Kommunen teilt. Abkassieren um des Abkassierens willen? So eine Haltung ist für uns untragbar.

Die Landespolitik zu einer Reform zu bewegen, ist für eine Organisation alleine zwar möglich, aber durchaus herausfordernd. Mit gleichgesinnten Partnern erhöhen sich wiederum die Erfolgchancen. Diesen Partner fand der Steuerzahlerbund in Haus & Grund. Im Juni 2018 starteten wir gemeinsam eine Initiative zur Abschaffung der Straßenausbaubeiträge in Rheinland-Pfalz. Grundlage dieser Forderung ist ein ausführliches Positionspapier, in dem die vielfältigen Härten, Mängel und Schwächen der Ausbaubeiträge aufgezeigt werden. Die von beiden Verbänden favorisierte Lösung des Problems ist die Abschaffung der Ausbaubeiträge gegen finanzielle Kompensation der Kommunen durch das Land Rheinland-Pfalz. Dank der guten Kassenlage ist ausreichend Landesgeld verfügbar, ohne auf Steuererhöhungen zurückgreifen zu müssen.

Neben vielen Pressegesprächen folgte auch die unmittelbare Überzeugungsarbeit gegenüber führenden Vertretern der Parteien und Landtagsfraktionen. Das Ergebnis kann sich sehen lassen: Vor der gemeinsamen Initiative vom Juni 2018 hatte keine Partei die Abschaffung der Straßenausbaubeiträge auf der Agenda. Doch in nur wenigen Wochen und Monaten schlossen sich CDU, FDP, AfD und die außerparlamentarische Linkspartei unserer Forderung an. Die

Fraktionen von CDU und AfD haben dazu jeweils eigene Gesetzentwürfe in den Landtag eingebracht, die auf der Grundidee „Abschaffung gegen Landesentschädigung“ basieren. Im Juni 2019 fand zudem eine Anhörung im Innenausschuss statt, in der Rainer Brüderle, Präsident des BdSt Rheinland-Pfalz, energisch für die Abschaffung warb.

Der Kampf geht weiter

Wie geht es nun weiter? Im Herbst 2019 wird es im Landtag von Rheinland-Pfalz wieder zur Abstimmung über die Zukunft der Straßenausbaubeiträge kommen. Allerdings dürfte deren Aus noch nicht beschlossen werden. Warum? Nun, das Land Rheinland-Pfalz wird von einer Koalition aus SPD, FDP und Grünen regiert. SPD und Grüne sind jedoch – anders als in vielen anderen Bundesländern – stur für den Erhalt der Ausbaubeiträge.

Insofern wird unser Kampf um mehr Gerechtigkeit weitergehen. Wir werden fortgesetzt ungerechte Fälle von Straßenausbaubeiträgen aufgreifen und in den Medien thematisieren. Ebenso werden die Gespräche mit Abgeordneten und öffentliche Diskussionsrunden fortgesetzt sowie die Verbände-Allianz um neue Partner erweitert. Gemeinsam werden wir dafür sorgen, dass das Thema bis zur Landtagswahl 2021 nicht in Vergessenheit gerät. Denn wo gute Argumente allein in der Politik nicht weiterhelfen, kann die Furcht vor den Wählern für eine Wende sorgen. RQ

Wie sich der BdSt NRW gegen die Straßenausbaubeiträge zur Wehr setzt, lesen Sie auf Seite 28.



Die Ausbesserung von Gemeindestraßen darf nicht zum Kostenrisiko für Anwohner werden, deshalb setzt sich der Bund der Steuerzahler Rheinland-Pfalz für die Abschaffung der Straßenausbaubeiträge ein.

54 Jahre Steuerzahlerinstitut Mit Wissenschaft Reformen durchsetzen

Seit 1965 wird der Bund der Steuerzahler von seinem finanzwissenschaftlichen Institut beraten. Das Deutsche Steuerzahlerinstitut (DSi) liefert all die „Zahlen, Daten und Fakten“, die der Steuerzahlerbund benötigt, um in den politischen Debatten erfolgreich zu sein. Das erfordert einen langen Atem. Ohne die Unterstützung der BdSt-Mitglieder und der vielen Spender wäre die wissenschaftliche Grundlagenarbeit des Instituts undenkbar. Diese Investitionen und der lange Atem zahlen sich immer wieder aus. Die Einführung der Schuldenbremse im Jahr 2009 und der Einstieg in den Abbau der kalten Progression im Jahr 2015 sind prägnante Beispiele für die großen Erfolge des DSi-BdSt-Tandems.

Beispiel Schuldenbremse

Vor ausufernden Staatsschulden zu warnen, gehört zweifellos zur DNA der Steuerzahlerbewegung. Mit der Schuldenuhr sensibilisiert der BdSt seit langem Politik und Gesellschaft. Zusätzlichen Schwung in die Debatte brachte der BdSt im Jahr 2006, als er eine wirksame Schuldenbremse für das Grundgesetz vorschlug. Das konkrete Konzept dafür hatte sein finanzwissenschaftliches Institut, das seinerzeit noch Karl-Bräuer-Institut hieß, entwickelt und in einer Studie publik gemacht.

Was damals noch als fernes Ziel erschien, wurde bereits im Jahr 2009 Realität. Die 2006 eingesetzte Föderalismuskommission II widmete sich auch der Frage einer verfassungsrechtlichen Schuldenbremse. Der BdSt nutzte das, um für das Konzept seines Instituts zu werben. Am Ende der Beratungen der Kommission und ausgerechnet mitten in der Finanzkrise fanden dann der Bundestag und der Bundesrat gemeinsam die Kraft zu einer epochalen und unverhofften Grundgesetzänderung.

Für die Bundesländer wurde ein prinzipielles Neuverschuldungsverbot ab dem Jahr 2020 vereinbart. Dem Bund ist seit dem Jahr 2016 nur noch eine Neuverschuldung von maximal 0,35 Prozent des Bruttoinlandsprodukts gestattet. Ausnahmen davon sind nur möglich im Falle von Extremsituationen. Damit konnte die Abkehr vom Marsch in den Schuldenstaat endlich beginnen. 2018 war es dann soweit – die BdSt-Schuldenuhr lief erstmals rückwärts!



Die erste Schrift des damaligen Karl-Bräuer-Instituts analysierte eingehend den Bundshaushalt 1966. Das damalige Haushaltsvolumen: 69 Mrd. DM bzw. 35 Mrd. Euro. Heute gibt allein das Bundesministerium jährlich das Vierfache aus!



Unser Konzept einer wirksamen Schuldenbremse aus dem Jahr 2006. 2009 wurde das Grundgesetz geändert!

Beispiel kalte Progression

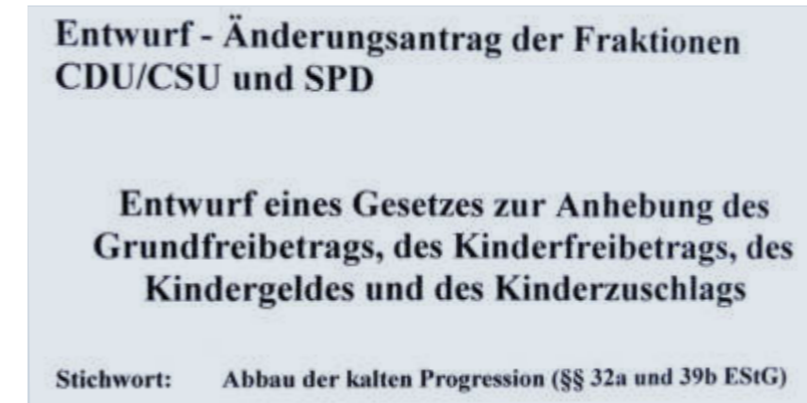
Mehr Geduld war gefragt, als es um den Abbau der kalten Progression im Einkommensteuerrecht zugunsten der Steuerzahler ging. Gegen diesen ganz legalen Steuertrick des Staates haben wir jahrzehntelang kämpfen müssen. Kalte Progression bedeutet steigende Durchschnittssteuersätze bei inflationsbereinigt unveränderten Einkommen, also ungerechtfertigte Zusatzlasten.

Dagegen wagte das Institut im Sommer 2014 einen neuen Vorstoß. Mit einem eigenen Gesetzentwurf gegen die kalte Progression warb das DSi bei Bundes- und Landespolitikern, Verbänden, Wissenschaftlern und Journalisten für Steuergerechtigkeit.



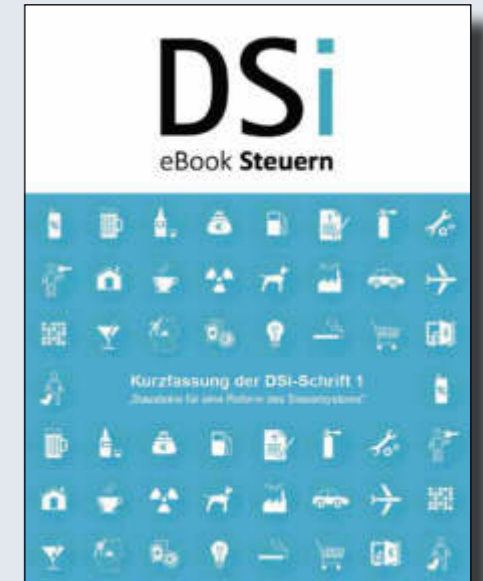
Im August 2014 präsentierten BdSt und DSi dem Parlament einen eigenen, komplett ausgearbeiteten Gesetzentwurf. Für den Abbau der kalten Progression scheuten wir keinen Aufwand.

Wenig später dann der Durchbruch: Im Januar 2015 veröffentlichte die Bundesregierung ihren „Ersten Steuerprogressionsbericht“. Daran angepasst entwickelte das DSi seine Vorschläge, den damals ohnehin laufenden Gesetzgebungsprozess zur Anpassung von Grund- und Kinderfreibeträgen für einen Einstieg in den Abbau der kalten Progression zu nutzen. Höhepunkt der Reformdebatte war die Ankündigung des Bundesfinanzministers im Mai 2015, die kalte Progression zum 1.1.2016 abzumildern. Im Sommer 2015 besiegelten Bundestag und Bundesrat die entsprechende Einkommensteuerreform 2016 parlamentarisch. In den Folgejahren wurden dann auch die Steuertarife 2017, 2018, 2019 und 2020 an die Inflation angepasst. Eine fulminante Erfolgsserie für die Steuerzahler!



Ausschnitt aus dem entscheidenden Änderungsantrag der großen Koalition für den Abbau der kalten Progression im Einkommensteuertarif 2015.

Unser nächstes Ziel ist eine automatische Indexierung, also ein echter „Tarif auf Rädern“. Unser dafür aktualisierter Gesetzentwurf ist Ende 2018 von Oppositionsfraktionen in den Bundestag eingebracht worden. Inklusiver namentlicher Abstimmungen! Unser Vorschlag scheiterte zwar an der Koalitionsmehrheit. Doch das hält uns nicht davon ab, weiter für einen Rädertarif zu werben. 2014 hätte auch niemand erwartet, dass die kalte Progression in den Folgejahren fünfmal hintereinander gedämpft wird. MW



Digitalisierung auch im finanzwissenschaftlichen Institut des BdSt. Das heutige Deutsche Steuerzahlerinstitut ist schnell und kompakt zur Stelle, um Fakten und Hintergründe zu nennen. Sehr beliebt: Das DSi-eBook-Steuern



eBook-Download für Apple-Geräte: www.bit.ly/2KLXvyl



eBook-Download für sonstige Geräte: www.bit.ly/2YMTtzs



BdSt zeigt Flagge

Nein zur Haftungsunion!

„Diese Maßnahmen sind alternativlos!“ Mit dieser Behauptung verabschiedeten die europäischen Regierungen seit Ausbruch der Staatsschuldenkrise Hilfspakete und Rettungsfonds. Auf eilig einberufenen EU-Gipfeln werden immer wieder neue Rettungsmaßnahmen auf Kosten der Steuerzahler beschlossen.

Doch diese Maßnahmen sind alles andere als alternativlos. Deshalb hat der BdSt im Herbst 2011 eine Protestaktion gegen die Krisenpolitik insbesondere der Bundesregierung gestartet. Über 20.000 Mitglieder des Bundes der Steuerzahler haben in kurzer Zeit unsere Aktion unterstützt, indem sie uns ihre Protestkarten gegen die Europapolitik der Bundesregierung zugesandt haben. Jeden Tag kamen hunderte Protestkarten in unserer Geschäftsstelle an. Zusätzlich erreichten uns zahlreiche E-Mails und Protestfaxe. Dank dieses Einsatzes unserer Mitglieder und zahlreicher Bürger gewann die Protestaktion an Fahrt.

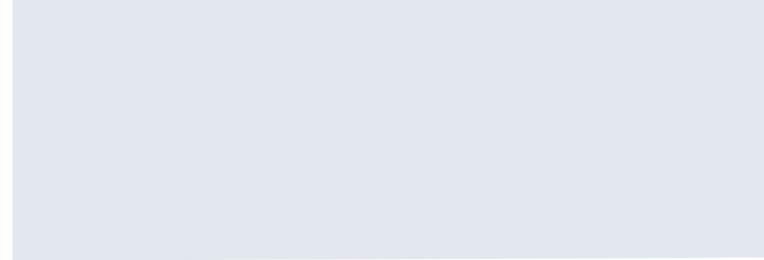
Der damalige Präsident des BdSt, Dr. Karl Heinz Däke, übergab schließlich vor dem Reichstagsgebäude dem CDU-Bundestagsabgeordneten Klaus-Peter Willsch stellvertretend für alle Bundestagsabgeordneten über 20.000 Protestschreiben und stärkte damit jenen Abgeordneten den Rücken, die sich kritisch zur Politik der Bundesregierung geäußert haben.

Als weitere Protestnote plakatierte der BdSt den Torbogen der damaligen Berliner Geschäftsstelle in der Französischen Straße. Darüber hat nicht nur die Presse berichtet. Viel wichtiger war, dass an diesem Plakat das halbe Bundeskabinett und viele Bundestagsabgeordnete täglich vorbeifahren mussten.

Zudem erregten die BdSt-Protestmobile, die zum Zeitpunkt einer wichtigen Bundestagsdebatte in einer Dauerschleife durch das Regierungsviertel fuhren, Aufmerksamkeit. Die großen Plakatwagen machten die Bot-

schaft der Steuerzahler für die Politik unmissverständlich klar. Rechtzeitig zur Abstimmung über die Aufstockung des Euro-Rettungsfonds hat der BdSt nochmals eine deutliche Warnung an den Deutschen Bundestag gerichtet. Dafür wurden auf Berlins Straßen rund um den Reichstag Stempel mit der Aufforderung „Stimmen Sie für einen Schuldenstopp und gegen eine Haftungsunion!“ gesprayt.

Die Protestaktionen des BdSt führten zu einigen Verbesserungen in Bezug auf den Umgang mit der Staatsschuldenkrise in Griechenland. Zudem bekannten sich alle europäischen Staaten zur Etablierung einer nationalen Schuldenbremse. Allerdings planten die europäischen Regierungen nun einen dauerhafter „Rettungsschirm“ namens ESM, der alle bisherigen Reformanstrengungen zum Erlahmen bringt, weil unbegrenzte Kreditsummen locken. So startete der Bund der Steuerzahler hier seine nächste Protestaktion (Seite 30). JB



Der Start der Aktion mit der Enthüllung eines Großplakates in der Französischen Straße in Berlin durch BdSt-Präsident Dr. Karl Heinz Däke im September 2011 war ein mediales Ereignis.



Sie kreisten durchs Regierungsviertel und zogen die Blicke auf sich – hohe politische Aufmerksamkeit erhielten die Protestmobile des BdSt.



Temporäre Graffiti-Stempel erinnerten die Abgeordneten auf dem Weg in den Reichstag an die Botschaft des BdSt – Nein zur Haftungsunion!



Auf dem Weg zu zahlreichen Interviews und politischen Terminen nahm BdSt-Präsident Dr. Karl Heinz Däke am Eröffnungstag der Aktion das Protestmobil.



20.000 Unterschriften haben die Mitglieder des Bundes der Steuerzahler gesammelt. Jede Unterschrift forderte die Politik auf, sich gegen eine Haftungsunion auf europäischer Ebene zu stemmen. Übergeben hat Dr. Karl Heinz Däke diese Unterschriften an den Bundestagsabgeordneten Klaus-Peter Willsch (CDU), der damals zu jener Gruppe von Abgeordneten zählte, die sich in der „Allianz gegen den ESM“ formierten.



Kaum zu übersehen: In Kolonne tourten die Protestmobile um den Reichstag. Dieses Bild tauchte in der medialen Berichterstattung auf und gab der Protestaktion Auftrieb.

Thüringen

Gründung des BdSt Thüringen e. V. in der DDR

Im Zuge der politischen Wende 1989/1990 und in Vorbereitung der deutschen Wiedervereinigung am 03. Oktober 1990 entstand ein schier unendliches Interesse der damaligen DDR-Bürger an Informationen zu den Rahmenbedingungen der sozialen Marktwirtschaft der BRD. Dabei waren vor allem Informationen zu den Gesetzen, speziell auch den Steuergesetzen, von besonderem Interesse. Hier war der Bund der Steuerzahler (BdSt) ein gefragter und kompetenter Ansprechpartner.

Auch viele Thüringer wandten sich an den BdSt. Der Landesverband Hessen ergriff umgehend die Initiative und engagierte sich in Thüringen. Schnell war man sich einig, dass auch in Thüringen ein eigener Landesverband gegründet werden muss. Die ersten Absprachen hierzu erfolgten mit 14 Interessenten am 25. Juni 1990 in Oberhof. Mit Unterstützung der Herren Fried und Morell aus Hessen und dem Präsidenten des BdSt Deutschland, Herrn Dr. Feit, war schnell ein Konsens gefunden und ein Fahrplan für die Gründung des ersten Landesverbandes auf ostdeutschem Boden beschlossen.

Im Vorfeld der nächsten Informationsveranstaltung zu „Grundzügen des Steuerrechts“ am 17. Juli 1990 in Suhl sollte die Gründung erfolgen. Zur Gründungsveranstaltung erschienen insgesamt 8 Thüringer Bürger und besprachen die Regularien einer Vereinsgründung, die Satzung und Geschäftsordnung. Leider konnte an diesem Tag die Gründung nicht erfolgen, da nach dem noch gültigen DDR-Recht mindestens 15 Personen für die Gründung eines Vereins notwendig waren. Die am gleichen Abend anschließende Informationsveranstaltung war allerdings ein voller Erfolg. Insgesamt 127 interessierte Zuhörer lauschten den Vorträgen.

Der zweite Anlauf sollte dann gelingen. Zum bereits vorher festgelegten Termin der ersten offiziellen Mitgliederversammlung am 07. September 1990 in Erfurt war nunmehr die Gründung geplant. Dank der vielen Interessenten der Informationsveranstaltungen sollte nun auch die Mindestanzahl nach DDR-Recht keine Hürde mehr darstellen.

Mit 18 Thüringer Gründungsmitgliedern wurde am 07. September 1990 um 19.30 Uhr im Interhotel Kosmos (heute Radisson) in Erfurt der erste und einzige Landesverband des Bundes der Steuerzahler, der Bund der Steuerzahler Thüringen e. V., noch in der DDR gegründet.

Im Beisein des Präsidenten Herrn Dr. Feit und mit Unterstützung durch Herrn Fried und Herrn Morell konnte die Satzung beschlossen und der erste Vorstand gewählt werden. Für das erste Lebensjahr des neuen Vereins übernahmen Herr Rüdiger Schmidt (Vors.) Herr Wolf-Dieter Eck (stellv.), Frau Dr. Elfi Gründig, Herr Dieter Kästner und Herr Manfred Rudolph die Verantwortung. Die notarielle Beurkundung der Gründung und die Eintragung ins Vereinsregister erfolgten dann 1991.

Die Aufbauzeit der ersten Jahre mit der Einrichtung einer Geschäftsstelle und der organisatorischen Unterstützung und Beratung bei der umfangreichen Vereinsarbeit wurde mit sehr viel Engagement vom hessischen Landesverband, vor allem in Person von Herrn Fried, begleitet und unterstützt. Auch die Landesverbände von Rheinland-Pfalz und dem Saarland haben in der Anfangszeit geholfen. Allen Freunden, Unterstützern und Gründungsmitgliedern herzlichen Dank für ihr Engagement. *sp*



Die Krämerbrücke in Erfurt, der Landeshauptstadt von Thüringen

Niederschrift zur Gründungsversammlung des Bundes der Steuerzahler Thüringen e.V. am 7. September 1990 in Erfurt

Teilnehmer:
 Herr Jörg Calov
 Frau Sieglinde Calov
 Frau Heike Eck
 Herr Wolf-Dieter Eck
 Herr Rolf Günzler
 Frau Dr. Elfi Gründig
 Herr Manfred Halle
 Herr Dieter Kästner
 Herr Siegfried Oppenhäuser
 Herr Udo Pfaff
 Herr Manfred Rudolph
 Frau Simone Schilling
 Frau Helga Schmidt
 Herr Rüdiger Schmidt
 Herr Klaus Thomas
 Frau Stefanie Thomas
 Frau Doris Wappler
 Herr Wolfgang Wappler

Gäste:
 Herr Dr. Armin Feit (Präsident des Bundes der Steuerzahler)
 Herr Paul Morell (Vorsitzender Bund der Steuerzahler Hessen)
 Herr Ulrich Fried (Geschäftsf. Vorstandsmitglied Bund der Steuerzahler Hessen)

GRT:
 Erfurt, Hotel Cosmos
Beginn der Sitzung: 19.30 Uhr
Ende der Sitzung: 21.40 Uhr

Anteilsgröße		Vereinsregister		VR	
1.	40	1.	40	1.	40
<p>Das Vereinsregister ist am 7. 9. 1990 eingetragen. Die Satzung wurde am 7. 9. 1990 beschlossen und die ersten Vereinsmitglieder gewählt.</p>					
<p>Eintragung am 16. 09. 1990</p>					

Noch nach DDR-Recht: Der erste Landesverband des BdSt in den neuen Bundesländern, der Bund der Steuerzahler Thüringen e. V., wurde am 7. September 1990 um 19.30 Uhr gegründet.

Baden-Württemberg Kompetenz vor Ort



Dieses steuerrechtliche und finanzwissenschaftliche Kompetenzteam kommt den Mitgliedern des Bundes der Steuerzahler Baden-Württemberg zu Gute. Ebenso wie ihre Kollegen in den anderen Landesverbänden des Bundes der Steuerzahler halten der Vorsitzende des Landesverbandes Baden-Württemberg, Dipl. oec. Zenon Bilaniuk, die Leiterin der Abteilung Steuerpolitik und Grundsatzfragen Dipl. oec. Andrea Schmid-Förster, der stellvertretende Landesvorsitzende Dipl.-Volksw. Eike Möller, der Leiter der Abteilung Steuerrecht Dipl.-Volksw. Armin Paulus und der Referent für Kommunales Haushaltsrecht und Kommunalrecht Ass. Jur. Michael Beyer Vorträge zu Steuerthemen. Ziel jeder Veranstaltung ist es, die Mitglieder des Bundes der Steuerzahler über das Steuerrecht zu informieren sowie über Gesetzesänderungen und die aktuelle Steuerrechtsprechung auf dem Laufenden zu halten.

Baden-Württemberg ist ein Flächenland. Wer beispielsweise an der Grenze zur Schweiz wohnt und zur Geschäftsstelle nach Stuttgart möchte, muss eine lange Fahrt auf sich nehmen. Das kann man nicht von allen erwarten. Daher geht der Bund der Steuerzahler Baden-Württemberg zu seinen Mitgliedern.

Weit über 100 Veranstaltungen pro Jahr organisiert der Bund der Steuerzahler Baden-Württemberg für Mitglieder und interessierte Bürger. In ganz Baden-Württemberg sind Mitarbeiter unterwegs, um für kurze Wege für die Mitglieder zu sorgen. Vor Ort werden steuerrechtliche aber auch finanzpolitische Themen besprochen.

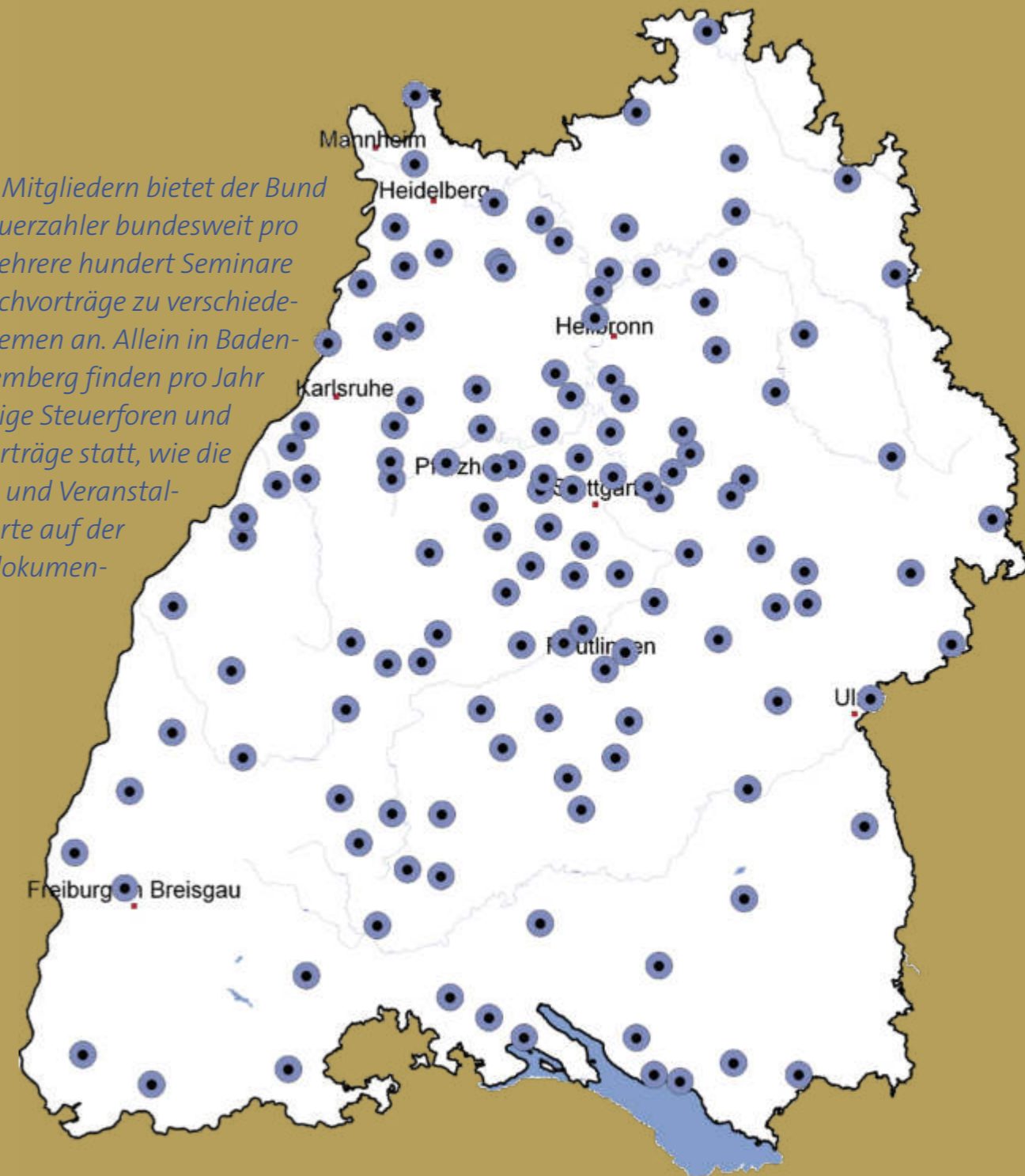
Angeboten werden Seminare zu den Themen „Wenn der Betriebsprüfer kommt“, „Steuern rund ums Haus“, „Erben und Verben“ oder „Steueränderungen zum Jahreswechsel“. Diese Seminare sind kostenlos. Vor Ort kann steuerliches Wissen aufgefrischt werden. Im Anschluss an die Veranstaltung besteht die Möglichkeit, individuelle Fragen an die Referenten zu richten.

Neben diesen rechtlichen Themen bietet der Bund der Steuerzahler Baden-Württemberg regelmäßig Steuerzahlerforen an. Diese Foren dienen dazu, die Öffentlichkeit über Zusammenhänge in der Finanzwirtschaft zu informieren. Das Besondere an

den Foren ist, dass hier ein Meinungsaustausch zwischen den Teilnehmern stattfinden soll. Welche Themen brennen den Steuerzahlern vor Ort auf den Nägeln? Was läuft falsch, was richtig? Den Foren schließen sich Diskussionsrunden an, die oft bis in die Nacht dauern und die ein unverzichtbarer Bestandteil der Arbeit des Bundes der Steuerzahler Baden-Württemberg sind.

Ziel ist es, in der Fläche präsent zu sein. Regelmäßig finden Veranstaltungen in den Großstädten des Landes statt. Aber auch ländliche Gemeinden mit mindestens 5.000 Einwohnern werden immer wieder besucht. *EM*

Seinen Mitgliedern bietet der Bund der Steuerzahler bundesweit pro Jahr mehrere hundert Seminare und Fachvorträge zu verschiedenen Themen an. Allein in Baden-Württemberg finden pro Jahr unzählige Steuerforen und Fachvorträge statt, wie die Punkte und Veranstaltungsorte auf der Karte dokumentieren.



Kompetenz vor Ort bedeutet aber auch, dass Mitarbeiter des Vereins über hohes Fachwissen verfügen. Die Steuerabteilung informiert, was sich steuerlich ändert und gibt Hinweise, wie die Steuerlast gesenkt werden kann. Das geschieht neben den Veranstaltungen vor allem über die Zeitschrift Der Steuerzahler und über die zahlreichen Steuerratgeber, von denen viele in Stuttgart verfasst und redaktionell betreut werden.

Die Experten des Bundes der Steuerzahler stehen auch für allgemeine Auskünfte zum Steuerrecht und zur Steuerpolitik zur Verfügung. Natürlich macht der Bund der Steuerzahler keine Steuerberatung. Einen Steuerberater ersetzt der Verein auch nicht. Das Anliegen ist, Mitglieder sicher im Umgang mit dem Finanzamt zu machen. *EM*

Aktion Frühjahrsputz

Einsparungen im Bundeshaushalt



Seit seiner Gründung setzt sich der BdSt für Transparenz im öffentlichen Haushaltswesen ein – ob auf Bundes-, Länder- oder Kommunalebene. In unzähligen Haushaltsanalysen blickt der BdSt akribisch hinter die Fassaden der großen Politik und legt offen, was die Politik mit dem Geld der Steuerzahler an Maßnahmen, Projekten und Programmen fördert. Ergebnis: Nicht alles ist zwingend für das Gemeinwohl erforderlich. Viele Ausgaben sind parteipolitisch motiviert und dienen Klientelinteressen oder stehen marktwirtschaftlichen Prinzipien entgegen.

In den Jahrzehnten seit der Gründung der Bundesrepublik hat die Politik immer wieder Risiken verkannt, die aus den problematischen Zusammenhängen von überbordenden Ausgaben, hoher Neuverschuldung und entsprechend hohen Zinslasten resultieren. Die jahrzehntelange Schuldenspirale der öffentlichen Haushalte ist zwar inzwischen weitgehend gestoppt, doch der BdSt betrachtet Haushaltskonsolidierung und Ausgabenkritik als Daueraufgabe, nicht als Eintagsfliege. Genau deshalb durchforsten wir jedes Jahr aufs Neue akribisch den 3.000 Seiten dicken Bundeshaushalt – Einzelpläne, Titelgruppen, Haushaltsvermerke, Wirtschaftspläne, Funktionenübersichten oder Titel-Erläuterungen. Wir recherchieren, hinterfragen und interviewen die Behörden nach Sinn, Zweck und Nutzen einzelner Haushaltstitel. Warum wurde Titel A neu in den Haushalt aufgenommen, wie ist der Mittelabfluss bei Programm B und wo liegt der Vorteil für die Steuerzahler durch die Subventionierung von Unternehmen C?

Wenn die Bundesministerien Steuergeld verteilen, muss dieser Geldsegen für Dritte in einem „erheblichen Bundesinteresse“ liegen. So verlangt es die Bundeshaushaltsordnung. Mit der „Aktion Frühjahrsputz“ deckt der BdSt die Vielfalt staatlicher Programme, Projekte und Haushaltstitel auf, bei denen das nicht gegeben ist. Mit unseren 30 konkreten Beispielen über alle Ministerien hinweg zeigen wir, in welchen Bereichen übermäßig viel Geld ausgegeben wird. Denn die beste Vorsorge für die Zukunft ist ein Stopp der expansiven Ausgabenpolitik!

Seit 2010 leistet der BdSt damit einen aktiven und konstruktiven Beitrag zur Haushaltskonsolidierung. *SP*

Mitglied
Magnus Müller-Rischart

Kaiserschmarrn



O´zapft is! Es ist Wiesn-Zeit in München, was nicht nur Bier und Brezen bedeutet, sondern auch Flammkuchen und Bio-Kaffee. Denn zum größten Volksfest der Welt gehört auch das „Café Kaiserschmarrn“. Diese zwei Worte sind ein Begriff. Dahinter steht die Kunst einer Familie – die Backkunst der Müller-Rischarts.

Schon seit 13 Jahren ist das Unternehmen auf der Theresienwiese dabei. „Als wir neu auf der Wiesn waren, wurde unser Zelt sehr genau unter die Lupe genommen. Schließlich unterschieden wir uns in der Optik deutlich von den üblichen Zelten“, erinnert sich Magnus Müller-Rischart (40), der in 5. Generation für die Familientradition seit 1883 steht.

Damals, in der Kaiserzeit, hatte Max Rischart sen. eine Bäckerei in der Isarvorstadt eröffnet und damit den Grundstein gelegt – für inzwischen 15 Adressen in der bayerischen Landeshauptstadt. 8 Millionen Kunden besuchen die Geschäfte und Cafés der Rischarts, allein ins Hauptgeschäft am Marienplatz strömen jährlich 1,2 Millionen Menschen.

Magnus Müller-Rischart kennt das Unternehmen wie seine Westentasche. „Schon als Kind ging ich samstags oft in die Backstube und belegte Erdbeerschnitten. Einige Mitarbeiter von damals arbeiten heute noch bei uns in der Backstube.“ Ist Müller-Rischart, Betriebswirt und gelernter Bäcker und Konditormeister, noch heute ein Handwerker oder mehr ein Unternehmer im Büro? „Als Inhaber bin ich inzwischen viel mit administrativen Aufgaben beschäftigt und sitze häufiger am Schreibtisch als gewünscht“, sagt er. „Aber natürlich reicht die Zeit, um in der Backstube und unseren Filialen

präsent zu sein und mich mit den Mitarbeitern auszutauschen.“ Hergestellt werden die Brot- und Backwaren im Münchner Glockenbachviertel – dort verarbeiten mehr als 100 Bäcker und Konditoren frische Rohstoffe und Zutaten, mit denen die Rischart-Filialen bis zu sieben Mal täglich beliefert werden. Dabei achtet das Unternehmen auf regionale Waren sowohl für die Produktion als auch für die Cafés: Das Mehl kommt aus einer bayerischen Mühle, die Milch aus dem Berchtesgadener Land, die Eier aus Niederbayern.

Zum Team zählen rund 40 Auszubildende. Müller-Rischart hat ein Herz für den Nachwuchs. Auch deshalb will das Unternehmen einen Beitrag zum Klimaschutz leisten und nimmt am Umweltmanagementprogramm „Ökoprofit“ teil. Neben dem Engagement für eine nachhaltige Produktion fördert die Familie junge Künstler. Dafür erhielt Vater Gerhard zum Beispiel den Deutschen Kulturförderpreis 2013 sowie das Bundesverdienstkreuz am Bande drei Jahre später. Darüber hinaus wurde das Unternehmen bereits dreimal mit dem Staatsehrenpreis für das bayerische Bäckerhandwerk ausgezeichnet, zudem verlieh die Staatsregierung den Bayerischen Qualitätspreis.

Zur Familiengeschichte gehört auch der BdSt Bayern. „Schon mein Großvater war Mitglied“, sagt Magnus Müller-Rischart. „Eine Kontrollinstanz wie Ihre ist aus unseren Augen in jedem Fall sinnvoll.“ Seit 1951 ist die Max Rischart's Backhaus KG dabei.

Überdimensionierte Torten, schallplattengroße Strudel und mannshohe Tassen: Das Zelt des „Café Kaiserschmarrn“ erinnert an die bayerischen Schlösser von Ludwig II. O´zapft is – mit Aperol Spritz! *HF*

Mitglieder Sabine und Markus Longen

Logenplatz im Weinberg

Eines der Winzerhäuschen heißt „Haus Sabine“. Wie die Hausherrin selbst. Ein anderes Häuschen ist nach „Matteo“ benannt. Überraschenderweise nicht nach einem ihrer drei Kinder, dem 16-jährigen Matteo, dem großen Bruder von Mona und Malou. Sondern nach Matteo Thun aus Mailand: Der vielfach ausgezeichnete Architekt ist Urheber der Gästezimmer auf dem Gelände des Weinkulturorts Longen-Schlöder im rheinland-pfälzischen Longuich bei Trier. Zwanzig kleine Winzerhäuser aus heimischen Materialien, Schiefer und Eichenholz, inmitten von Streuobstwiesen. „Jeder Gast hat sein eigenes Dach über dem Kopf und lebt in der Natur“, sagt Sabine Longen (48). Ein Logenplatz mit Blick in die Weinberge und im Spiel der Jahreszeiten. „Im Wandel des Kleids der Natur.“ Das bietet das Weinkulturgut an der Mosel mit seinem Dreiklang „Wein, Genuss und Lebensfreude.“ Kein Wellness-Wahn, TV-Geräte nur auf Wunsch. Stattdessen: frische Luft schnappen.

Die Geburtsstunde für das Weinkulturgut liegt mehrere Generationen zurück. Zunächst unterhielten die Vorfahren ihres Mannes Markus einen Mischbetrieb aus Weinanbau und Landwirtschaft, bevor die Schwiegereltern komplett auf Wein setzten. Markus Longen (51) ist gelernter Winzer und Weinbautechniker, Sabine selbst hat BWL-Tourismus in Trier studiert. Wie die Familie Longen-Schlöder kommt sie aus dem kleinen Longuich am rechten Moselufer. Sogar aus der Nachbarschaft. „Der Wein hat uns zusammengeführt.“ Das war 1993, als Sabine zur Weinkönigin gekürt wurde und die Idee hatte, ein Weinfest unter dem Motto „Mosel trifft Bodensee“ in Kooperation mit heimischen Weinmachern und Bregenzer Gastronomen zu veranstalten. Gleich beim ersten Fest lernten sich die beiden kennen.

Sabine und Markus Longen bewirtschaften sechs Hektar und teilen mit ihren 20 Mitarbeitern die Leidenschaft, erstklassigen Wein aus steilen Moselhängen zu erzeugen. Vier Weiße und vier Rote: Riesling, Weißburgunder, Chardonnay und Sauvignon Blanc sowie Spätburgunder, Cabernet Sauvignon, Merlot und Domina. Ihre selbst erzeugten Weine verkaufen sie in ihrer „Vineria-Vinothek“. Ob Kunstausstellung, kulinarische Weinprobe, Lesungen und Musikkonzerte – für die Besucher, die aus dem Umkreis von rund 80 Kilometern nach Longuich kommen, stehen Wein und Kultur auch hier im Mittelpunkt. Im Veranstaltungskalender für den Herbst 2019 steht die „Wildwoche“ ganz oben – Fleisch mit dazu passendem Wein. Und zuvor, natürlich, die Weinlese ab dem 20. September. Sechs bis zehn Mitarbeiter sind dann in den Weinbergen unterwegs. Zuweilen auch Gäste, die hinter die Kulissen schauen können – je nach Wunsch eine Stunde oder sogar mehrere Tage. „Viele interessieren sich für die Technik“, weiß Sabine Longen und listet auf, was dann zum Einsatz kommt: Schlepper, Traktor, Seilwinde, eventuell auch Raupe und Vollernter, schließlich die Presse, die sogenannte Kelter, die sowohl im Weinberg als auch im Hof gebraucht wird.



Sabine Longen, die Tourismusexpertin, wünscht sich manchmal, Juristin geworden zu sein. „Die Bürokratie ist grenzwertig. Sie belastet vor allem kleine mittelständische Unternehmen. Der Bund der Steuerzahler kämpft gegen diese Regelwut – das muss man unterstützen.“ Seit dem Sommer 2017 ist das Weinkulturgut Mitglied im BdSt Rheinland-Pfalz.

Zum guten Ende ein besonderer Tipp aus dem Hause Longen-Schlöder? Ja, gern, zum Beispiel mit Blick auf die Kombination aus Wein vom Weinkulturgut und dazu von Chocolatiers eigens kreierter und handgeschöpfter Schokolade! „Riechen Sie erst am Wein und probieren Sie ihn. Nun dasselbe mit Schokolade.“ HF



Auszug aus dem Buch „Blutorangen“ von Verena Boos, Aufbau Verlag

„Dir geht aber ganz schön die Düse“, sagt Carlos und schirmt sie ab, als können sie sich hinter seinem breiten Rücken auflösen. „Sag mal“, er kommt nah an ihr Ohr, obwohl das auf Deutsch ohnehin niemand versteht, „hier hüpft die Guardia Civil rum, die schicken ihren eigenen Forensiker, wir erwarten die Kriminalpolizei, die lokale Polizei war schon da, und eine Richterin kommt auch noch, nur ist die gerade noch mit ihrer Entourage beim Mittagessen, Bund der Steuerzahler gibt es hier keinen?“

www.steuerzahler.de

Seit 1997 online

Mit Beginn der 1990er Jahre wurde das Internet kommerziell genutzt. Bis der Bund der Steuerzahler mit seiner ersten Homepage www.steuerzahler.de online war, dauerte es noch ein wenig. Am 15. April 1997, exakt 12 Uhr mittags, war es soweit – der Bund der Steuerzahler Deutschland war online. Seit damals können sich Mitglieder und Medien über die politische Arbeit, die steuer- und finanzpolitischen Forderungen des Verbandes und die zahlreichen Servicepublikationen des BdSt online informieren. Schnell kamen auch die Webauftritte der Landesverbände mit ihren regionalen Themen und Serviceleistungen für ihre Mitglieder hinzu. So war

die Onlinepräsenz des Bundes der Steuerzahler von Anfang an bei Mitgliedern und Interessierten sehr beliebt, wurde stetig optimiert und an die Bedürfnisse unserer Leser angepasst. Im Laufe der Jahre ist eine eigene Seite für unser Schwarzbuch www.schwarzbuch.de hinzugekommen. Auch diese wird stetig verbessert und mit neuen Formaten an den Lesefreuden der Besucher ausgerichtet. Im Jahr 2018 erhielt unsere Seite www.schwarzbuch.de einen Design-



preis. Auch die Seite www.steuerzahler.de wurde 2019 generalüberholt und bietet Mitgliedern jederzeit von jedem Ort der Welt alle relevanten News und Steuertipps des Bundes der Steuerzahler. JB

Unser Politik-Talk zum Wahlrecht

„Nein zu einem XXL-Bundestag!“

Ein prominentes Panel, ein Bundestagspräsident als Gastredner, der vor rund 100 Gästen betonte: „Ich kämpfe bis zum letzten Sitzungstag für eine Neuregelung!“ Und eine Petition, bei der innerhalb von nur zwei Monaten rund 114.000 Bürger gegen einen XXL-Bundestag stimmten. Am 25. Januar 2017 machte der Bund der Steuerzahler mit seinem Politik-Talk zur dringend nötigen Wahlrechts-Reform auf sein Engagement aufmerksam.

Rückblick: Es ist Anfang des Jahres 2017. Noch acht Monate bis zur Bundestagswahl am 24. September. Noch sitzen 630 Frauen und Männer im Plenarsaal des Reichstagsgebäudes. Doch es droht eine Aufblähung des Parlaments auf mehr als 700 Abgeordnete vor allem aufgrund der Ausgleichsmandate – denn das Wahlrecht ist derart

kompliziert, dass ein Wähler bei seiner Stimmabgabe nicht wissen kann, wie groß das Parlament nach dem Wahlabend werden wird. Deshalb engagiert sich der Bund der Steuerzahler in persönlichen Gesprächen von BdSt-Präsident Reiner Holznapel mit Politikern und in der Medienöffentlichkeit, um ein XXL-Parlament mit zusätzlichen Kosten und ausufernder Bürokratie zu verhindern.

Im Gespräch ist eine Deckelung der Mandate bei 630, immer wieder hat Bundestagspräsident Prof. Dr. Norbert Lammert dieses Ziel formuliert. Bis „zum letzten Sitzungstag“ wolle er dafür kämpfen – damit meint Lammert seinen eigenen letzten Tag im Plenum. Schon am 5. September 2017 wird er sich im Amt des Bundestagspräsidenten vom Parlament verabschieden.

Jetzt, an diesem Januar-Tag, richtet BdSt-Präsident Holznapel an die Teilnehmer der vom Bund der Steuerzahler veranstalteten Diskussion „Die Zeit läuft! Kann ein XXL-Bundestag verhindert werden?“ den Appell: „Einigen Sie sich, wie Sie die 630 schaffen!“ Konkret gemeint ist an diesem Nachmittag das prominent besetzte Talk-Panel: Neben dem Politologen Prof. Dr. Frank Decker wirkten Christian Freiherr von Stetten (CDU), Britta Haßelmann (Grüne), Jörn Wunderlich (Die Linke) an der von Roland Tichy moderierten Talkrunde mit – dazu Holznapel selbst.

Im Haus des Bundesverbandes Öffentlicher Banken Deutschlands stritten sie vor rund 100 Zuhörern aus Politik, Wirtschaft und Medien über konkrete Möglichkeiten zur Korrektur des Wahlrechts. Britta Haßel-

mann, Erste Parlamentarische Geschäftsführerin der Grünen, betonte: „Für uns Grüne ist klar, dass jede Wählerstimme gleich viel wert ist. Daher muss sich das Zweitstimmenergebnis auch 1:1 im Parlament widerspiegeln. Überhangmandate sollen verrechnet werden. Dazu haben wir Vorschläge gemacht und wir bleiben weiterhin geschäftsbereit.“ Haßelmanns Aussage konterte der CDU-Abgeordnete Christian Freiherr von Stetten damals so: „Wenn wir alle wollen, sind neun Wochen für eine Einigung ausreichend. Die Unionsfraktion hat erst diese Woche bekräftigt, das Wahlrecht noch vor der Wahl im September ändern zu wollen.“ Jörn Wunderlich, Parlamentarischer Geschäftsführer der Linken, signalisierte eine grundsätzliche Bereitschaft der Fraktion, das Wahlrecht zu modifizieren: „Wir haben in der vergangenen Legislaturperiode konkrete Gesetzentwürfe auf den Tisch gelegt. Diese Angebote gelten, doch ist die große Koalition gefragt, den Impuls für eine Wahlrechtsänderung zu starten.“

Kurz zuvor hatte Bundestagspräsident Lammert in seinem Grußwort das Problem auf den Punkt gebracht: „Kein Wähler weiß genau, wie viele Abgeordnete es nach der Wahl sein werden. Das ist eine nicht akzeptable Folge des geltenden Wahlrechts.“

Wie sehr ein teurer XXL-Bundestag die Gemüter der Bürger bewegt, zeigte die große



„Kein Wähler weiß genau, wie viele Abgeordnete es nach der Wahl sein werden. Das ist eine nicht akzeptable Folge des geltenden Wahlrechts.“ Bundestagspräsident Prof. Dr. Norbert Lammert brachte in seinem Grußwort das Problem auf den Punkt.

Resonanz auf die BdSt-Petition „Nein zu einem XXL-Bundestag!“ – bis zur Veranstaltung im Januar 2017 hatten rund 114.000 Bürger die Petition auf Change.org binnen zwei Monaten unterzeichnet. Das Finale der Unterschriften-Aktion stellte die Übergabe des Ergebnisses von BdSt-Präsident Holznapel an den Bundestagspräsidenten dar. „Wir übergeben Ihnen diese Unterschriften als konkrete Unterstützung.“ Holznapel machte deutlich, was jetzt wichtig ist: „Die Politik muss das Wahlrecht minimal so korrigieren, dass die Regelgröße von 598 Abgeordneten ungefähr eingehalten wird. Die Volksvertreter dieser Legislaturperiode tragen die Verantwortung für

einen überdimensionierten Bundestag. Ihnen muss klar sein, dass ein solches Parlament sich selbst blockiert. Die Zeit der Ausreden ist vorbei!“ Der Slogan des Bundes der Steuerzahler geht sogar darüber hinaus und soll das Problem zuspitzen: „500 Abgeordnete sind genug!“

Das gilt auch heute, im September 2019. Jetzt sitzen tatsächlich 709 Frauen und Männer im Plenarsaal des Reichstagsgebäudes. Nach der nächsten Bundestagswahl könnte das Parlament sogar bis zu 900 Abgeordnete unterbringen müssen. Deshalb wird unser Engagement weitergehen: Nein zu einem XXL-Bundestag! ^{HF}



Stritten über konkrete Möglichkeiten zur Korrektur des Wahlrechts (v.l.): Prof. Dr. Frank Decker (Politologe), Christian Freiherr von Stetten (CDU), Britta Haßelmann (Grüne), Moderator Roland Tichy, Jörn Wunderlich (Die Linke) und BdSt-Präsident Reiner Holznapel.

Bund der Steuerzahler Nordrhein-Westfalen

Meilensteine erfolgreicher Arbeit

Die Politik mit den Themen der Bürger konfrontieren, darin zeichnet sich die Verbandsgeschichte des Bundes der Steuerzahler Nordrhein-Westfalen aus. Mit zahlreichen Kampagnen, Aktionen, Petitionen und einer aktiven Öffentlichkeitsarbeit engagiert sich der Verband seit 70 Jahren für die Steuerzahler NRW. Einige Momente und Persönlichkeiten aus 70 Jahren Vereinsgeschichte sind im Zeitstrahl festgehalten:



1972



1974



1976



1996



2002



2012

1949

Gründung Bund der Steuerzahler NRW
Der Bund der Steuerzahler NRW wird am 11.11.1949 in Düsseldorf als zweiter von 15 Landesverbänden gegründet

1964

Auszeichnung: Eiserner Steuergroschen
Zu seinem 15jährigen Bestehen stiftet der BdSt NRW den „Eisernen Steuergroschen“ als Auszeichnung für Menschen und Institutionen, die sich für eine vorbildliche Finanzpolitik und einen sparsamen Umgang mit Steuergeld einsetzen. Auch der beispielhafte Umgang mit den Bürgern ist preiswürdig.

1969

Aktion „Fort mit dem Steuerschrott“
Ein mit Slogans beklebtes Schrottauto macht auf die Mängel im Steuersystem aufmerksam.

1971

Straßenaktion „12x ist der Staat dabei“
Bei jedem Einkauf zahlen die Verbraucher unterschiedliche Steuern – die Aktion macht auf die sog. Bagatellsteuern aufmerksam

1972

„Aktion Wählerklau“
Der BdSt NRW ruft die Wähler vor der Bundestagswahl dazu auf, sich kritisch mit den Versprechen und Kandidaten der unterschiedlichen Parteien auseinanderzusetzen

1974

Aktion „Mit unseren Steuern sitzen wir alle im selben Boot“
Das „Steuerzahlerboot“ besucht 42 Städte und Gemeinden in NRW und informiert über die Steuerbelastung

1976

Aktion „Rotstift“
Sparsamen Umgang mit Steuergeldern mahnt der rollende Rotstift an, der im Frühjahr durch 46 Kommunen in Nordrhein-Westfalen fährt

1990

Aktion „Jetzt reicht's!“
Die Steuerzahler protestieren mit einer Postkartenflut bei ihren Abgeordneten gegen die Steuer- und Finanzpolitik.

1989

Auszeichnung: Der BdSt-Journalistenpreis
Zu seinem 40jährigen Bestehen stiftet der BdSt NRW einen Preis für Journalisten, die in der Zeitung, im Fernsehen und im Radio eines deutlich machen: Es ist nicht ihr eigenes Geld, das Politiker ausgeben, sondern das Geld der Steuerzahler.

1988

Aktion „Daumen drauf statt Steuern rauf“
Sechs Transporter steuern die Rathäuser in allen 396 Kommunen und die Kreishäuser der 31 Landkreise an. Ziel: Politik, Verwaltung und Bürgern klar machen, dass nur Ausgabendisziplin und Kostenbewusstsein die sich damals schon abzeichnenden finanziellen Schwierigkeiten der Kommunen auffangen können.

1986

Fortführung der Aktion „Alle drückt die Steuerschraube“
Die steigende Abgabenbelastung Anfang der 1980er Jahre ist Anlass für die Neuaufgabe der Aktion „Alle drückt die Steuerschraube“. Der Protest des BdSt führt zu einer dreistufigen Steuerreform.

1981

Wanderausstellung „Steuern und Staatsausgaben – Verpflichtung und Verflechtung“
Besonders junge Menschen erfahren in einer Wanderausstellung, wie Einnahmen und Ausgaben des Staates miteinander in Zusammenhang stehen und welche wechselseitigen Verpflichtungen von Staat und Bürger sich daraus ergeben.

1979

Aktion „Alle drückt die Steuerschraube“
Wahlversprechen finanziert letztlich der Steuerzahler. Nach den Kommunalwahlen besucht der BdSt NRW 262 Kommunen und fordert: Runter mit der Gewerbesteuer, Schluss mit heimlichen Steuererhöhungen, Orientierung der öffentlichen Ausgaben an der rückläufigen Bevölkerungsentwicklung.

1993

Plakataktion „Sparen statt schröpfen“
Ein Wust an Steuererhöhungen verwirrt die Bürger zutiefst. Die Großplakate des BdSt NRW tauchen im kleinen Format überall auf: in Schaufenstern und Vitrinen, auf privaten Plakatflächen und in Autofenstern.

1994

Urteil zu Abwassergebühren
Der BdSt NRW deckt auf, dass die gültige Kalkulationspraxis der Kommunen zur Explosion der Abwassergebühren führt. Der Verband ruft die Bürger auf, Widerspruch gegen die Abwassergebührenbescheide einzulegen. Am 05.08.1994 erklärt das OVG Münster den Wiederbeschaffungszeitwert als Basis für die kalkulatorischen Zinsen für ungültig.

1994

Auszeichnung „Schuldenfreie Kommune“
Erster Träger der BdSt-Auszeichnung „Schuldenfreie Kommune“ ist die Gemeinde Raesfeld im Münsterland.

1996

Aktion „Schuldenuhr“
Mit einer transportablen Schuldenuhr auf einem Pritschenwagen fährt der BdSt NRW durch ganz NRW und macht das Ausmaß der öffentlichen Verschuldung erstmals sichtbar. Die Schuldenuhr wird zum Markenzeichen des Bundes der Steuerzahler und trägt langfristig dazu bei, das Bewusstsein von Politikern und Bürgern für die Bedeutung des Schuldenabbaus zu stärken.

2002

Plakataktion „Die passen auch an die öffentliche Hand“
Großplakate mit Handschellen machen deutlich, dass Korruption eine Variante der Steuergeldverschwendung darstellt. In einer Broschüre erläutert der BdSt NRW die Zusammenhänge.

2003

Demonstration „Mir reicht's!“
Gemeinsam mit dem Handwerk geht der BdSt NRW in Düsseldorf auf die Straße und demonstriert gegen die wirtschaftliche Betätigung von Kommunen, die dank ihres Wettbewerbsvorteils den privaten Unternehmern das Leben schwer machen.

2018

Volksinitiative „Straßenbaubeitrag abschaffen“
Die Wohnkosten kennen seit Jahren nur den Weg nach oben. Der Straßenbaubeitrag wird existenzbedrohend. Am 31.10.2018 startet der BdSt NRW die Volksinitiative „Straßenbaubeitrag abschaffen“ und sammelt bis zum Frühsommer 2019 mehr als 460.000 Unterschriften. Das ist die größte Volksinitiative, die es bis dahin in NRW gegeben hat.

2018

Schwarzbustour
Mit seinem „Schwarzbus“ steuert der BdSt NRW sieben Tatorte der Steuergeldverschwendung in Köln an. Bei dieser Sightseeingtour der besonderen Art informiert er die Teilnehmer über das Ausmaß und die Folgen von Steuergeldverschwendung.

2012

Aktion „Rote Karte für Diätenerhöhung“
Der BdSt NRW ruft eine Postkartenaktion ins Leben: Die Bürger protestieren bei ihren Landtagsabgeordneten gegen eine Diätenerhöhung.

2010

Schwarzbuch „vor Ort“
Erstmals präsentiert der BdSt NRW das Schwarzbuch „Die öffentliche Verschwendung“ in der Speaker's Corner in Essen und lädt die örtlichen Medien dazu ein. Der Erfolg zeigt: Verschwendung muss vor Ort gezeigt werden. Seitdem stellt der BdSt NRW jedes Jahr einzelne Fälle aus dem Schwarzbuch direkt dort vor, wo die Verschwendung stattgefunden hat.

2006

Aktion „Es ist fünf vor 19“
Der BdSt NRW geht mit der Protestaktion „Es ist fünf vor 19“ auf die Straße und macht gegen die drohende Erhöhung der Mehrwertsteuer mobil.

2005

„Volksinitiative Diätenreform“
Eine Diätenreform, an deren Grundlagen der BdSt NRW maßgeblich mitgearbeitet hat, soll die Privilegien der Landtagsabgeordneten abschaffen und für eine angemessene Bezahlung bei voller Besteuerung sorgen. 107.000 Unterschriften sammelt der BdSt NRW innerhalb von fünf Monaten in einer Volksinitiative, und noch während der Unterschriftensammlung verabschiedet der NRW-Landtag das Gesetz.

Hamburg

Kleine Fälle, große Wellen



Für insgesamt 31.384 Euro wurde an der Außenalster in Hamburg ein Fahrradzähler installiert. Sechs weitere sollten folgen. Der BdSt konnte das mit seiner kritischen Berichterstattung verhindern.

Es ist ein Phänomen, welches wohl jeder Landesverband des Bundes der Steuerzahler schon beobachten konnte: **Schwarzbuch-Fälle, die die Verschwendung von Millionen oder manchmal gar Milliarden Euro dokumentieren, erhalten oft ungleich weniger Aufmerksamkeit als Fälle, hinter denen vergleichsweise geringe Verschwendungssummen stehen. Beispiele für dieses Phänomen kommen aus Hamburg.**

So hat es in jüngerer Vergangenheit etwa das städtische Unternehmen Hamburg Wasser ins Schwarzbuch – Die öffentliche Verschwendung geschafft. Durch die Gründung und die spätere Pleite der Tochterfirma ServCount, die Dienstleistungen anbot, die auch viele private Anbieter hätten erbringen können, ging dem Steuerzahler eine Summe in Höhe von 18,7 Mio. Euro verloren. Und auch zwei städtische Softwareprojekte, die die Bürger aufgrund von Fehlplanungen sogar insgesamt rund 100 Mio. Euro mehr gekostet haben als ursprünglich geplant, schafften es zuletzt ins Schwarzbuch. Die Resonanz der Medien und auch die öffentlichen Diskussionen im Anschluss an die Veröffentlichung im Schwarzbuch waren im Verhältnis zu den verschwendeten Summen jedoch bescheiden – von einer überregionalen Berichterstattung ganz zu schweigen.

„Hamburger Hundezähler“

Und dann gibt es die umgekehrten Fälle. So zum Beispiel den Fahrradzähler an der Außenalster. Diesen hatte das Bezirksamt Hamburg-Mitte dort im Jahr 2014 installiert. Recherchen des Steuerzahlerbundes hatten ans Tageslicht gebracht, dass dieser insgesamt 31.384,39 Euro gekostet hatte. Die überregionale Berichterstattung nahm ins-

besondere dadurch schnell Fahrt auf, da ein BdSt-Mitglied dem Landesverband berichtet hatte, dass sein Hund beim Passieren der Säule mitgezählt worden sei. Diese kleine Anekdote in das Mikrofon eines lokalen Radiosenders gesprochen und der Skandal war perfekt. Nicht nur berichtete ein Boulevardblatt vom „Hamburger Hundezähler“. Auch die bundesweit erfolgreiche NDR-Satiresendung extra 3 zog den Zähler mit Bezug zum „besten Freund des Menschen“ durch den Kakao. Bei YouTube wurde das extra-3-Video bis heute übrigens über 700.000 Mal geklickt! Die Berichterstattung über den Fahrradzähler nahm am Ende solche Ausmaße an, dass beim Bund der Steuerzahler Hamburg sogar die Mail eines deutschen Vertreters des französischen Herstellers dieser Zählsysteme nur mit dem Satz „Ich würde mich über einen Rückruf freuen...“ einging.

Im Übrigen wollte die Stadt noch sechs weitere Fahrradzähler in Hamburg installieren. Durch den Einsatz des Bundes der Steuerzahler konnte diese Verschwendung aber verhindert werden.

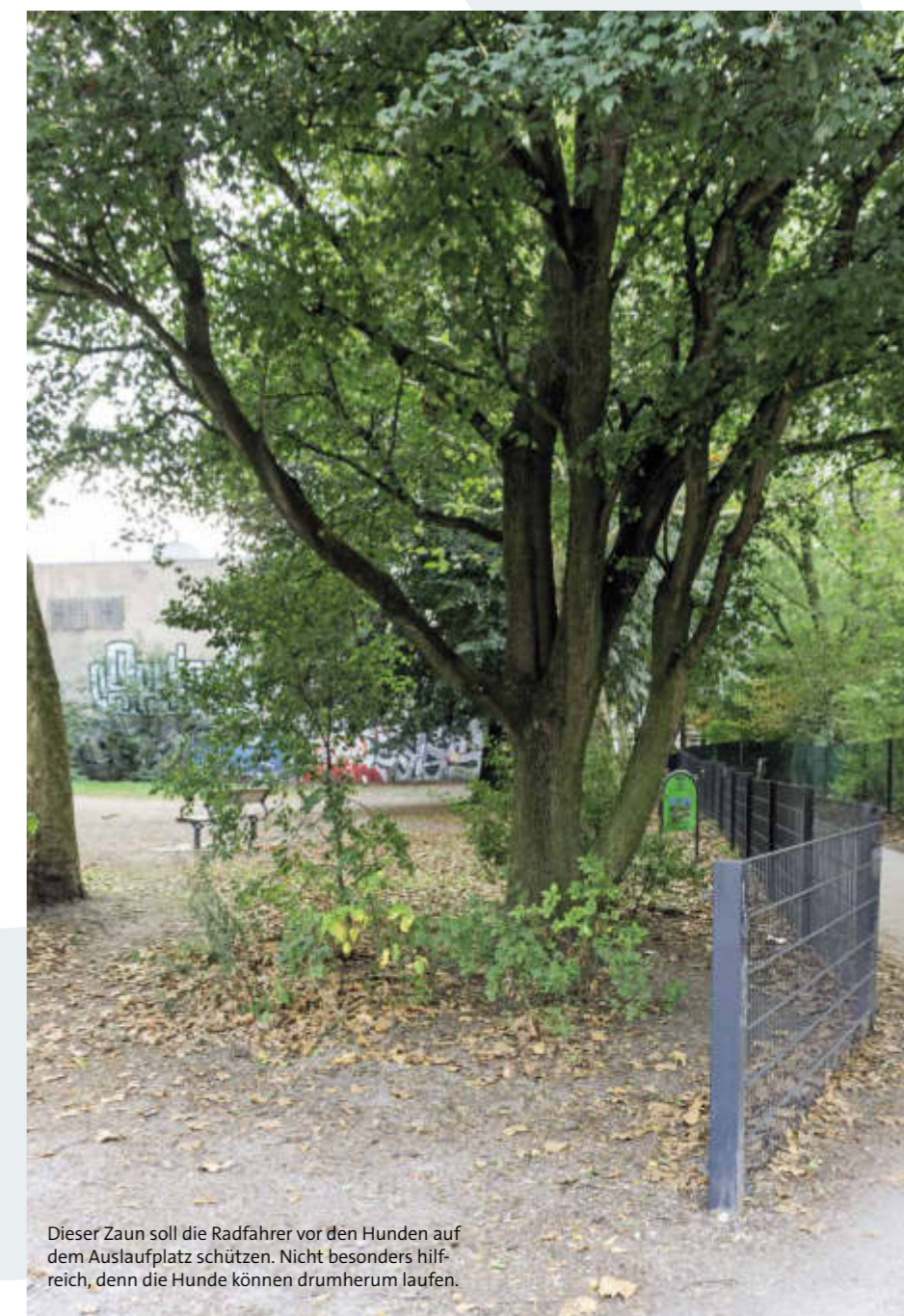
Ein Zaun, der nicht schützt

Ein weiteres Beispiel gefällt? Im Schwarzbuch 2018 wurde der Fall eines Hundezäuns im Hamburger Stadtteil Eimsbüttel veröffentlicht. Hier wurde zunächst, um eine Hundenauslauffläche zum anliegenden Radweg hin abzugrenzen, ein nur 50 Zentimeter hohes Geländer errichtet. Jeder nicht übergewichtige Vierbeiner konnte dieses jedoch leicht überspringen oder zumindest umlaufen. Also wurde ein Zaun aufgestellt. Da einige Hundebesitzer ihre Hunde nun jedoch unbeaufsichtigt auf der Freifläche laufen ließen, wurde der Zaun teilweise wieder abgebaut. Kurzum: es wurden 23.233,35 Euro für einen nicht geschlossenen und somit seinen Zweck nicht erfüllenden Hundezäun ausgegeben. Und dieser Fall war auf der Seite www.schwarzbuch.de immerhin der bundesweit am drittmeisten geklickte Fall! Trotz Konkurrenz beispielsweise durch die HSH Nordbank, die aufgrund einer Verschwendungssumme in Milliardenhöhe ebenso im Schwarzbuch 2018 ihren Platz fand – es in der Klick-Tabelle jedoch nicht auf die vordersten Plätze schaffte.

Kleine Fälle – große Wellen

Wie jedoch lässt es sich erklären, dass die vermeintlich kleinen Verschwendungsfälle häufiger die größeren Wellen schlagen? Vielleicht liegt es einfach nur daran, dass für Jedermann erkennbar ist, dass ein Hundezäun, der Hunde nicht aufhält, eine Fehlinvestition ist. Und auch dass ein Fahrradzähler für die Fahrradinfrastruktur kei-

ne Verbesserungen bringt, sondern ein Marketing-Gag ist, ist wohl für jeden Bürger ersichtlich. Was jedoch über Jahre in den nicht zugänglichen Fluren städtischer Behörden oder öffentlicher Unternehmen zu regelmäßigen Verschwendungssummen im zwei- oder dreistelligen Millionenbereich führt, ist für die meisten Steuerzahler nur schwer zu fassen. *CM*



Dieser Zaun soll die Radfahrer vor den Hunden auf dem Auslaufplatz schützen. Nicht besonders hilfreich, denn die Hunde können drumherum laufen.

WORLD TAXPAYERS CONFERENCE

Die Weltkonferenz der Steuerzahler

Rund 250 Teilnehmer aus allen Teilen der Welt diskutierten auf der Weltsteuerzahlerkonferenz 2016 in Berlin über gerechte Steuersysteme, effiziente Mittelvergabe und einen besseren Staat. Organisiert hat das internationale Treffen die World Taxpayers Associations (WTA). Diese wurde 1988 auf Initiative von Vertretern der Steuerzahlerorganisationen Deutschland, Schweden und den USA gegründet. Noch heute ist der BdSt aktiv dabei.

Der Leitgedanke damals wie heute ist, sich gegenseitig in der Arbeit für niedrigere und gerechte Steuern zu bestärken und Erfahrungen miteinander auszutauschen. Zugleich soll die Idee in der ganzen Welt verbreitet werden, dass Steuerzahler sich gegen unfaire Besteuerung und Korruption wehren und zusammenschließen können. Der intensive und offene Austausch der Organisationen steht im Mittelpunkt. Mittler-

weile erstreckt sich das Netzwerk der WTA über 60 Organisationen in rund 40 Ländern weltweit.

So unterschiedlich die Interessen der Steuerzahler weltweit und die steuerpolitischen Diskussionen in den zahlreichen Ländern auf den ersten Blick auch erscheinen mögen, so zeigte die Weltkonferenz der Steuerzahler, dass die Kerninteressen sich doch ähneln. An einer gerechten Besteuerung, stabilen Rahmenbedingungen zum Wirtschaften und einem effizienten Staat arbeiten alle Organisationen gemeinsam.

Das waren beste Rahmenbedingungen für einen geballten Erfahrungsaustausch auf der Weltsteuerzahlerkonferenz. Unter dem Motto „Niedrige Steuern und Good Governance – eine Notwendigkeit in einer unsicheren Welt?!“ diskutierten Experten über den positiven Einfluss der Steuersysteme

auf das Wirtschaftswachstum, die Auswirkungen der Bürokratie und guter Regierungsführung (Good Governance) sowie über die Frage, welchen Einfluss politische Interessen auf Steuersysteme haben.

In international besetzten Panels diskutierten unter anderem Prof. Richard K. Vedder (Ohio State University) und Prof. Neville Norman (Universität Melbourne) über Wachstum, Wohlstand und wie zukünftige Steuersysteme die Wirtschaft ankurbeln können. Impulsvorträge von Prof. Dr. Helge Braun (Staatsminister im Kanzleramt und Koordinator der Bundesregierung für Bürokratieabbau), Norbert Barthle (Parlamentarischer Staatssekretär des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur) und Elmar Brok (Vorsitzender des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten des Europäischen Parlaments) lieferten erstklassigen Input und weitere Diskussionsgrundlagen. JB

BdSt Baden-Württemberg Großkundgebung „Jetzt reicht’s!“

Der Mittelstand geht auf die Straße und demonstriert im großem Stil – gegen drohende Steuererhöhungen und steigende Abgabenlast und für eine Korrektur der Haushalts- und Finanzpolitik. An der Speerspitze des Protestes steht der Bund der Steuerzahler und mobilisiert tausende Bürger sowie Inhaber und Angestellte mittelständischer Betriebe. Anlass dieses bisher einzigartigen Protestes des Mittelstandes waren die Vorhaben der rot-grünen Bundesregierung. Noch vor der Wahl hatte Kanzler Gerhard Schröder (SPD) Steuerentlastungen in Aussicht gestellt. Nach der Wahl sollte es für die Steuerzahler zu einer massiven Belastungsverschärfung kommen. Dagegen formierte sich der Widerstand. Ausdruck des Protestes war unter anderem die Großkundgebung auf dem Stuttgarter Schlossplatz. JB



Eine Protestwelle erfasste den Mittelstand, denn Bürger und Betriebe hatten den Eindruck, die rot-grüne Bundesregierung habe ihre Bedürfnisse aus den Augen verloren und belaste über alle Maße.



Unter dem Motto: „Jetzt reicht’s!“ rief der BdSt im Februar 2003 zur Großdemo in Stuttgart auf. Wilfried Krahwinkel, damaliger Landesvorsitzender des BdSt Baden-Württemberg, forderte vor tausenden Demonstranten, einen Kurswechsel der Bundesregierung hin zu Steuerentlastungen statt Steuererhöhungen.

Unsere Serviceleistungen – Ihr Vorteil

„vielen Dank für den Newsletter. Wie immer, sehr informativ und interessant.“
Ludolf L. aus Hamburg

„der Artikel ist sinnvoll und man sollte hier am Ball bleiben.“
Volker I. aus Meckenheim

„Herzlichen Dank für die aktuelle, interessante Ausgabe des Steuerzahlers.“
David B.

„Wir sind schon lange Mitglied im Bund der Steuerzahler und werden es auf jeden Fall auch bleiben.“
Walburga B.

Schon in den ersten Wochen nach der Gründung des Verbandes erreichten den BdSt Bürgeranfragen zu Steuerthemen. Damals wie heute beantwortet der Bund der Steuerzahler diese und gibt eine große Anzahl von Informationsbroschüren heraus. Die Servicethemen richten sich an Unternehmer, Freiberufler, Arbeitnehmer, Rentner, Schüler und Studenten und sind für die Leser bares Geld wert.

Wertvolle Steuertipps, Hinweise zu Steuerrechtsänderungen oder Tipps beim Vermögensaufbau lesen unsere Mitglieder im Magazin DER STEUERZÄHLER und in den Beilagen ihres Landesverbandes.

Unsere Ratgeber-Reihe

Unsere Ratgeberreihe enthält rund 80 Titel, in denen Themen von A wie Aufzeichnungspflichten des Arbeitgebers beim Lohnsteuerabzugsverfahren bis Z wie Zuwendungen (steuerfreie) an Arbeitnehmer allgemeinverständlich dargestellt werden. Mit ihnen erhalten unsere Mitglieder kompakte Steuertipps und Informationen zu all jenen Themen, mit denen sie im beruflichen und privaten Alltag in Berührung kommen.

Unser Info-Service

Exklusive und aktuelle Informationen rund um die Themen Steuern, Geldanlage und Sozialversicherung stellen wir in unserem BdSt-Info-Service zusammen. Wir verschaffen unseren Mitgliedern hier einen gut verständlichen Überblick und geben konkret Tipps, damit sie zügig auf Änderungen reagieren können.

Unsere Broschüren

Neben kompakten Service Informationen zu Finanz- und Steuerthemen gibt der BdSt auch umfangreiche Broschüren heraus, die jeweils einen Bereich, z.B. „Steuern rund um Haus“ aufbereiten und den Steuerzahler umfassend informieren. Mit diesen Broschüren entgeht dem Leser kein Steuertipp.

Unser Mitgliederbereich

Jederzeit sind aus unserer Webseite www.steuerzahler.de im Mitgliederbereich alle Serviceinformationen für unsere Mitglieder abrufbar. Geballtes Steuerwissen und geldwerte Steuertipps stehen unseren Mitgliedern damit wann immer und wo immer sie wollen zur Verfügung. JB



Mit diesem Registerauszug war es amtlich: Die Europäische Steuerzahlerorganisation wurde gegründet und vertritt seitdem die Interessen der europäischen Steuerzahler.

Schon bald nach der Gründung war dieses Logo den Europaabgeordneten bekannt. Mit unzähligen Papieren, Stellungnahmen, Analysen und Terminen schärfte die TAE das Bewusstsein der Abgeordneten für die Anliegen der Steuerzahler.



Europäisches und weltweites Steuerzahlernetzwerk

Der Europäische Steuerzahlerbund (TAE)

20 Jahre nach Gründung des Bundes der Steuerzahler wurde auf Initiative von Walter Hoppe (BdSt Deutschland) und Dr. Johannes Köhler (BdSt Bayern) im Mai des Jahres 1969 die europäische Steuerzahlerorganisation gegründet und im Jahr 1970 in Luxemburg im Vereinsregister eingetragen.

Gründungsmitglieder waren die Steuerzahlerorganisationen aus Belgien, Dänemark, Deutschland, Finnland, Großbritannien, Luxemburg, Niederlande, Norwegen, Österreich, Schweden und der Schweiz.

Die Steuerzahlerbewegung entstand aus dem Wunsch und der Sorge der Bürger heraus, sich auch auf europäischer Ebene vor den zunehmenden Steuerforderungen des Staates zu schützen. Sie arbeitet darauf hin, eine Gesellschaft mit weniger Besteuerung und mehr persönlicher Freiheit zu schaffen.

Unser Dank gilt den Gründungsvätern um Jemp Bertrand, Dr. Max Clodi, Walter Hoppe, Matti Kaleva, Dr. Johannes Köhler, Knut Lockwood-Meyer, Ulf Öjeman und Hans Söderberg. Sie erkannten schon damals mit Weitsicht, wie wichtig es ist, dass die Steuerzahler in Europa eine Stimme haben. Ihre Vorstellungen zur Steuerpolitik hat die parteineutrale und unabhängige europäische Steuerzahlerorganisation bereits im Jahr 1985 auf ihrer Konferenz in Brüssel in der „Magna Charta der europäischen Steuerzahler“ formuliert:

Im Jahr 1996 erfolgte dann anlässlich des Europa- und Welt-Steuerzahlerkongresses in Budapest die Umbenennung in Taxpayers Association of Europe (TAE). Gleichzeitig wurden auf Basis der 1985 formulierten „Magna Charta der Steuerzahler“ die „10 Gebote der

Steuerzahler“ entwickelt, die auch heute noch Leitbild der TAE und Schwerpunkt unserer Forderungen darstellen.

- ▶ Die TAE setzt sich für eine Gesellschaft mit niedrigeren und gerechteren Steuern sowie mehr individueller Freiheit ein.
- ▶ Die TAE kämpft gegen die Verschwendung öffentlicher Mittel und für mehr Effizienz und Wirtschaftlichkeit im öffentlichen Sektor.
- ▶ Die TAE fordert eine Begrenzung der Staatsverschuldung sowie Ausgabentransparenz.

Zunächst diente die europäische Steuerzahlerorganisation nur dem internen Informationsaustausch. Politik in Europa war nationale Politik, dies galt auch für die Mitgliedsorganisationen der TAE. Im Laufe der Jahre zeigte es sich jedoch ganz deutlich, dass die nationale Politik mehr und mehr durch Europa bestimmt wird. Nationale Steuerzahlerarbeit ist nach wie vor wichtig, muss aber auf europäischer Ebene flankiert werden. Aus diesem Grund wurde die TAE mehr und mehr aktiv und begann ab dem Jahr 1991 in Brüssel die Interessen der Steuerzahler stärker nach außen zu vertreten.

Wer die Interessen der Steuerzahler in Brüssel vertreten will, der braucht ein eigenes Büro und eine eigene Anlaufstelle. Im Jahr 1997 haben wir deshalb in unmittelbarer Nähe zu den EU-Institutionen unser Steuerzahlerbüro in der Avenue Renaissance bezogen, wo wir auch heute noch angesiedelt sind. Im Gegensatz zu anderen Organisationen und Unternehmen haben wir aber in Brüssel keine kostspielige Parallelstruktur zu den nationalen Steuerzahlerorganisationen aufgebaut. Mit schlankester Struktur und viel ehrenamtlichem Engagement machen wir aktive Lobbyarbeit für die Steuerzahler.

Mit dem europäischen Steuerzahlerpreis, dem „European Bull“, der erstmals im Jahr 1999 vergeben wurde, setzte der europäische Steuerzahlerbund einen Maßstab für ein neues Veranstaltungsformat in Brüssel. Würdigung von Persönlichkeiten, die sich um die Interessen der Steuerzahler in Europa verdient gemacht haben und gleichzeitig den konstruktiv-kritischen Dialog suchend, versuchen wir maximale Aufmerksamkeit für unsere Themen zu erzielen.

Unsere Erfolge können sich dabei durchaus sehen lassen. Bis heute ist es uns gelungen, eine eigene EU-Steuer zu verhindern und den Steuerwettbewerb in Europa zu erhalten. Auch wir sind selbstverständlich für einen fairen Steuerwettbewerb. Um die Steuerverkürzung von großen multinationalen Playern zu verhindern, darf aber nicht der Wettbewerb – auch nicht der der Steuersysteme – abgeschafft werden. Schon im ersten Semester Betriebswirtschaftslehre lernt man, dass ein Monopolist immer höhere Preise durchsetzen kann als im Wettbewerb. Dieser Zusammenhang gilt auch bei den Steuern.

Erfolg braucht einen langen Atem. Vor mehr als 20 Jahren haben wir erstmals die Einführung eines Amtsanklägers auf EU-Ebene – die Schaffung eines EU-Staatsanwaltes – vorgeschlagen, der von Amts wegen gegen EU-Steuergeldverschwendung und Betrug vorgeht. Dieser wurde zwar in der EU-Verfassung verankert, jedoch tat sich danach lange Zeit nichts mehr. Im Jahr 2017 haben sich dann 16 EU-Mitgliedsländer darauf verständigt, künftig enger zusammenzuarbeiten, um Betrug zulasten der EU wirksamer zu bekämpfen. Sie einigten sich auf die Errichtung einer Europäischen Staatsanwaltschaft (EUStA) im Rahmen einer verstärkten bzw. vertieften Zusammenarbeit. Mittlerweile beteiligen sich 22 Mitgliedstaaten. Mit einer Aufnahme der Arbeit der EU-Staatsanwaltschaft wird Ende 2020 bzw. Anfang 2021 gerechnet. Die EU geht hier mit gutem Beispiel voran.

Ein Erfolg des Verstandes und des Herzens ist die Abschaffung der EU-Exportprämie für lebende Schlachtrinder. Um die Fleischüberproduktion abzubauen, hatte die EU Prämien für den Export lebender Schlachtrinder in Drittländer eingeführt, mit dem Ergebnis, dass nach Einführung dieser EU-Prämie die Exporte in Drittländer förmlich explodiert waren. Beim Transport und der Bewegung der Schlachtrinder kam es zu grausamsten Vorfällen, auf die wir von Tierschutzorganisationen aufmerksam gemacht wurden, sozusagen Tierquälerei finanziert aus EU-Mitteln.



Als Visionär der europäischen Steuerzahler gründete Walter Hoppe die TAE.



Eine kurze Verschnaufpause gönnten sich die TAE-Gründer 1970 bei einem Spaziergang in Luxemburg.



Der europäische Steuerzahlerpreis, der in Form einer bronzenen Skulptur, dem European Bull, seit dem Jahr 1999 verliehen wird, symbolisiert den niemals endenden Kampf ums Überleben, Stärke und Durchsetzungsvermögen. Er ist zugleich aber auch ein Sinnbild für Europa. Ausgezeichnet werden Persönlichkeiten, die sich in besonderem Maße für die Interessen der Steuerzahler in Europa eingesetzt haben



Europaweite Unterschriftenaktion mit dem Steuerzahlerbund zur Abschaffung der EU-Exportprämien für Schlachtrinder. Um die Ohnmacht der EU-Bürger zu demonstrieren, aber auch den Willen zum Ausdruck zu bringen, nicht eher zu ruhen, bis diese Exportprämie endlich abgeschafft wird, erfolgte am 6. Oktober 1999 in Berlin die öffentliche Vernichtung der Unterschriften. Im Bild Dr. Karl Heinz Däke, der symbolisch vor dem Reichstag die Unterschriften zu Grabe trägt.

In einer Allianz von Tierschutzorganisationen, Steuerzahlerbund, Abgeordneten des Europäischen Parlaments und den Medien ist es uns dann gelungen, diese unsägliche Subventionierung von Leid und Qual von Tieren zu kippen. Heute werden Schlachtrinder in der EU und nach EU-Standards unter Einhaltung des Tierschutzes geschlachtet und erst dann wird exportiert. Es gibt kein Geld mehr von der EU für den Export von Schlachtrindern. Sicher einer der befriedigendsten Erfolge, auf die wir zurückblicken können.

Diese Erfolge haben wir Steuerzahler gemeinsam erreicht, denn nur gemeinsam sind wir stark! Unser Dank gilt unseren über eine Million Mitgliedern in 29 Ländern sowie all unseren Partnern und Unterstützern! Neben den langjährigen Mitgliedsorganisationen aus Deutschland, Finnland, Frankreich, Schweden und Großbritannien gilt unser Dank aber insbesondere dem Engagement des bayrischen und deutschen Steuerzahlerbundes, die seit über fünf Jahrzehnten die Arbeit des europäischen Steuerzahlerbundes unterstützen.

Noch nie war es so wichtig, in Europa als Vertreter der Steuerzahler Flagge zu zeigen wie heute. Angesichts der neuen politischen Kräfteverhältnisse und mit Blick auf die steten Angriffe auf die Freiheiten und die Geldbeutel der Steuerzahler, beispielhaft zu nennen sind die aktuellen Vorschläge zur Steuerharmonisierung und Vorschläge neuer Steuern auf EU-Ebene, die europäische Einlagensicherung (EDIS), europäische Arbeitslosenversicherung, Eurozonenbudget, Ausweitung des ESM sowie die Vergemeinschaftung der Schulden durch Eurobonds, können und werden wir uns keine Verschnaufpause gönnen, weder der deutsche noch der europäische Steuerzahlerbund. Denn wir Steuerzahler sind es letztendlich, die die Zeche zahlen müssen.

In diesem Jahr feiern der deutsche Steuerzahlerbund seinen 70sten und der europäische Steuerzahlerbund seinen 50sten Geburtstag. Das sind zusammen 120 Jahre harte Arbeit für die Steuerzahler. Trotz fortgeschrittenem Alter sind wir aber fitter und motivierter denn je! Wir werden auch weiterhin Schulter an Schulter für die Interessen der Steuerzahler kämpfen! Gemeinsam mit gleichgesinnten Organisationen setzen wir uns für die richtige Weichenstellung in Brüssel für mehr Wachstum und Wohlstand und Frieden in Europa ein. Weniger Europa, dort wo es möglich ist und mehr Europa, dort wo es nötig ist! *IK*

Unsere Musterprozesse

Erfolgreich vor Gericht

Vor Gericht steht niemand gern! Dennoch ist es manchmal notwendig, um gegen ungerechte Steuerregeln vorzugehen. Der Bund der Steuerzahler lässt Bürger und Betriebe dann nicht allein! Wir unterstützen Steuerstreitfälle von allgemeiner und grundsätzlicher Bedeutung als Musterklage.

Und das nicht erst seit heute! Bereits in den 1960er und 1970er Jahre war der Verein aktiv, wenn es um das Schließen von Gesetzeslücken oder ungerechtfertigte Änderungen zu Lasten der Steuerzahler geht.

Bereits vor mehr als 40 Jahren nahm sich der Verband große Themen vor und führte Prozesse zur Ehegattenbesteuerung, zur Besteuerung von Sparzinsen oder zu den Grundsteuerhebesätzen. Mehrfach ging es in Karlsruhe um unzulässige oder rückwirkende Änderungen von Steuergesetzen zum Nachteil der Steuerzahler. Auch hier sprang der Bund der Steuerzahler ein. So hatte beispielsweise eine Gesetzesänderung Ende der 1990er Jahre erhebliche Folgen. Denn die bisherige Spekulationsfrist für den Verkauf von Grundstücken oder Kapitalanteilen würde rückwirkend verschärft, sodass viele Steuerzahler plötzlich in der Steuerpflicht waren. Das geht zu weit, entschied das höchste deutsche Gericht und kippte die Gesetzesänderung zumindest für vergangene Fälle (2 BvL 1/08 u. a.).

Einen unserer wichtigsten Erfolge erzielten wir in den 2000er Jahren: Der Gesetzgeber entschied 2007, den Steuerabzug für die ersten 20 Fahrkilometer zur Arbeit zu streichen. Von dieser Änderung waren Millionen Pendler betroffen, die fortan die Kosten für den Arbeitsweg nicht mehr oder nur noch zum Teil steuerlich geltend machen konnten. Gegen diese willkürliche Einschränkung führte der Bund der Steuerzahler einen Musterprozess durch alle Instanzen und setzte sich durch! Kurz vor Weihnachten 2008 urteilte das Bundesverfassungsgericht, dass die Aufwendungen für Fahrten zwischen Wohnung und Arbeitsstätte in vollem Umfang steuerlich berücksichtigt werden müssen. Ein toller Erfolg für die



Der Präsident des Bundes der Steuerzahler, Reiner Holzengel, und der Stellvertreter des Präsidenten, Dipl. oec. Zenon Bilaniuk, setzten sich bei der mündlichen Verhandlung vor dem Bundesverfassungsgericht im Januar 2018 für eine einfache und gerechte Lösung bei der Reform der Grundsteuer ein.

Steuerzahler und den Bund der Steuerzahler! Dabei setzt sich der Verband nicht nur für Arbeitnehmer ein. So hatte u. a. die Musterklage zum Verlustuntergang im Körperschaftsteuerrecht 2017 Erfolg. Danach dürfen Verluste beim Verkauf von GmbH-Anteilen nicht pauschal untergehen, sprach das Bundesverfassungsgericht zugunsten der Unternehmen (2 BvL 6/11).

Auch wenn nicht jede Musterklage gewonnen wird, hat jedes Verfahren einen Nutzen, denn die angesprochenen Finanzgerichte, der Bundesfinanzhof oder das Bundesverfassungsgericht müssen sich kritisch mit den Argumenten auseinandersetzen, die der Bund der Steuerzahler im Zusammenhang mit der Streitfrage aufwirft. So hat auch manch verlorener Musterprozess zu einer Gesetzesänderung oder einer Änderung der Verwaltungsauffassung geführt, wie etwa das Beispiel der elektronischen Übermittlung von Umsatzsteuer-Voranmeldungen zeigt. Denn seit dem Jahr

2005 dürfen Unternehmer ihre Voranmeldungen nur noch elektronisch an das Finanzamt senden. Das ist zwar grundsätzlich zulässig, urteilte der Bundesfinanzhof (XI R 33/09) und wies die Klage dementsprechend ab, dennoch hatte der Gesetzgeber reagiert und zwischenzeitlich eine Ausnahmeregel für Härtefälle in das Gesetz eingefügt (§ 150 Abs. 8 AO).

Auch aktuell bringt sich der Verband ein, wenn es um die Höhe der Kinderfreibeträge, der Zinsen im Steuerrecht oder gegen die dauerhafte Erhebung des Solidaritätszuschlags geht. Für Musterklagen stellen wir unseren Mitgliedern renommierte Steueranwälte an die Seite.

Darüber hinaus lädt uns das Bundesverfassungsgericht zu Expertenanhörungen ein – wie bereits zu den Themen Rundfunkbeitrag und Grundsteuer. Hierzu darf der Verband auch schriftliche Stellungnahmen einreichen. *IK*

Thüringen

Der einmalige Kristallpokal des BdSt Thüringen



Nur sie erhielt den Kristallpokal des BdSt Thüringen – Ministerin Birgit Diezel (r.), Dr. Elfi Gründig, damalige Vorstandsvorsitzende des BdSt Thüringen, überreichte ihr den Preis im Jahr 2010 (l.).



Der teilweise großzügige Ausgabenstil der ersten Jahre nach der Wende, auch in Thüringen, aber auch viele finanzpolitisch unglückliche gesetzliche Regelungen, veranlassten den BdSt Thüringen häufig zu energischer und konstruktiver Kritik. Besonders lobenswerte Sparbemühungen der Verantwortlichen im Interesse der Steuerzahler sind aus dieser Zeit kaum bekannt.

Nach drei Jahren als Staatssekretärin wurde 2002 Birgit Diezel Finanzministerin in Thüringen. Ab diesem Zeitpunkt war ein merklich bewusster und sparsamer Umgang mit öffentlichen Mitteln zu erkennen und auch der Rat von Fachleuten, wie dem Rechnungshof und dem Bund der Steuerzahler, bekam mehr Gewicht. So wurden in den Folgejahren die bereinigten Ausgaben gesenkt. Die neue Schuldenregelung der Föderalismusreform II fand auch in Thüringen einen Niederschlag im grundsätzlichen Neuverschuldungsverbot in der Landeshaushaltsordnung. Damit wurde der Grundstein für eine deutlich nachhaltigere Finanzpolitik im Freistaat Thüringen gelegt. Auch in der Finanzministerkonferenz engagierte sich Birgit Diezel für wichtige Reformvorhaben. Im Ergebnis der Bemühungen konnten erstmals in den Jahren 2007 bis 2009 Haushalte ohne Neuverschuldung abgeschlossen werden.

Für dieses Wirken im Interesse der Steuerzahler und den konsequenten Kampf gegen

vielerlei Begehrlichkeiten wurde die zwischenzeitliche Landtagspräsidentin im Jahr 2010 mit dem Kristallpokal des Bundes der Steuerzahler gewürdigt. „Oft hat man den Eindruck, dass die Finanzministerin besonders unter dem Druck ihrer Kabinettskollegen bzw. auch vor dem Parlament, die einsame Ruferin nach Einsparungen ist“, würdigte die damalige Vorstandsvorsitzende des Bundes der Steuerzahler Thüringen, Frau Dr. Elfi Gründig, die beharrliche und konsequente Haltung der Ministerin. In ihrer Rede verwies die Ministerin auf die Notwendigkeit einer nachhaltigen Finanzpolitik als Grundlage einer weiteren erfolgreichen Entwicklung Thüringens und bedankte sich beim Bund der Steuerzahler Thüringen für die langjährige Unterstützung ihrer Sparbemühungen.

Der erstmalig verliehene Kristallpokal, der in einem Münzenturm die Cent-Münzen der damaligen 16 Euro-Länder vereint, wurde von zwei Thüringer Unternehmen gestaltet. Er soll symbolisch daran erinnern, jeden Cent erst dreimal umzudrehen, bevor man ihn ausgibt. *SP*

Karikaturen über den BdSt

Über Steuern lässt es sich trefflich diskutieren und streiten. Gelegentlich kann man über Steuern und ihr Drumherum aber auch schmunzeln. Diese erfreuliche Seite des Steuerrechtes findet seinen Ausdruck in Steuer-Karikaturen aus den 1990er Jahren.



Sinnlos – „Eine Luxussteuer ist totaler Quatsch. Gerade das Auto ist kein Luxusgut, sondern für viele Menschen Existenzgrundlage und Transportmittel für den Arbeitsweg.“
– Dieter Lau, Bund der Steuerzahler, in: BILD vom 15.08.1991



Humorlos – „Das ist ein Rückfall in die Zeit Ludwigs XIV., der seine Minister für jede neue Steuer belohnte. Um auf diesem Niveau mitzuschwimmen, müsste man eine auf die Karnevalszeit befristete Pappnasensteuer vorschlagen.“ – Thomas Meyer, Bund der Steuerzahler, zur Überlegung, Steuern für Fahrradfahrer, Dicke und andere zu erheben, in: DIE ZEIT vom 26.09.1991

DER STEUERZÄHLER

70 Jahre wertvolle Information

Im Januar 1950 wurde in Stuttgart die erste Ausgabe von DER STEUERZÄHLER veröffentlicht. Seitdem zeichnen sich im Mitglieder- und Verbandsmagazin neben den politischen Forderungen und Verbandsberichten auch die jeweils aktuellen politischen Debatten, die gesellschaftlichen Veränderungen und die finanzwissenschaftlichen Diskurse ab. So ist die Geschichte von DER STEUERZÄHLER zugleich eine Übersicht über die steuer- und finanzpolitische Entwicklung Deutschlands.

Im Laufe der Jahrzehnte haben sich die Erscheinungsformate, die Erscheinungsform, die optische Gestaltung, die technischen Voraussetzungen, die Druckereien, die Herausgeber, die Chefredaktionen, die Autorentams, die Diktationen verändert. Geblieben ist neben der Leidenschaft aller Beteiligten für die Sache die inhaltliche Ausrichtung, die in der ersten Ausgabe des Jahres 1950 in einem Beitrag „An unsere Leser!“ festgelegt wurde: „Die Zeitschrift, deren erste Nummer – bescheiden in Gewand und Umfang – nun hier vorliegt, wird ganz in den Dienst der Aufgaben des BdSt gestellt werden. Frei von jeder parteipolitischen und ideologischen Bindung wird sie berichten, unterrichten, aufklären, kritisieren und auch loben – stets in dem Bestreben, über den Einzelfall hinaus das Wohl des Ganzen zu sehen. Wissenschaftliche Behandlung steuer- und finanzpolitischer Fragen, Hinweise auf den anscheinend unsterblichen Amtsschimmel, Erörterung aktueller Einzelfragen der Lohn-, Einkommen- und anderer Steuern, Vorschläge zur Verwaltungsreform, Berichte über die Arbeit des BdSt und die ausländischen Steuerzahler-Vereinigungen – in dieser Zusammenstellung wird ein jeder das finden, was ihn interessiert.“

In bewährter Tradition bietet DER STEUERZÄHLER auch heute weiterhin auf den ersten Seiten zahlreiche Steuertipps und vielfältige Beiträge zum Thema Steuerrecht und Steuerpolitik. Zudem wird die Rubrik „Geld und Service“ ständig erweitert, um den Leser noch besser zu informieren und konkrete Handlungsoptionen darstellen zu können. Wer DER STEUERZÄHLER regelmäßig liest, ist bestens informiert und gut gerüstet im Umgang mit seinem Finanzamt oder gar einem Finanzgericht.

Regelmäßig gelesen wird DER STEUERZÄHLER ebenso von Politikern und Journalisten. Sie wollen wissen, welche Verschwendungsfälle der BdSt aufdeckt oder wie sich der Verband zu bestimmten politischen Vorhaben positioniert. So spricht DER STEUERZÄHLER seit Jahrzehnten nicht nur seine Mitglieder an, sondern ist zudem gelegentlich Anlass politischer Debatten. Nicht selten deckt DER STEUERZÄHLER aber auch politische Skandale auf.

Die Leser von DER STEUERZÄHLER sind zudem Teil einer Gemeinschaft, die politische Diskussionen anstößt, sich erfolgreich einmischt und auch nach 70 Jahren kein bisschen betagter oder ruhiger geworden ist, wenn es um die Interessen der Steuerzahler geht.

Für die Mitglieder und Mitarbeiter des Bundes der Steuerzahler war, ist und bleibt DER STEUERZÄHLER Visitenkarte und Herzensangelegenheit der internen und externen Kommunikation.

An unsere Leser!

Das Echo, das die Gründung des „Bundes der Steuerzahler“ bisher in allen Schichten der Bevölkerung und in Presse und Rundfunk gefunden hat, ist der beste Beweis dafür, daß die Ziele des Bundes als richtig anerkannt werden. Zum ersten Male in Deutschland wagt es eine Organisation, dem Allmachtsanspruch des Staates dadurch wirksam entgegenzutreten, daß die Verwendung der Steuergelder kontrolliert und einer hemmungslosen Ausgabenwirtschaft auf Kosten aller Steuerzahler entgegengetreten wird.

Die Zeitschrift, deren erste Nummer – bescheiden in Gewand und Umfang – nun hier vorliegt, wird ganz in den Dienst der Aufgaben des Bundes gestellt werden. Frei von jeder parteipolitischen und ideologischen Bindung wird sie berichten, unterrichten, aufklären, kritisieren und auch loben – stets in dem Bestreben, über den Einzelfall hinaus das Wohl des Ganzen zu sehen. Wissenschaftliche Behandlung steuer- und finanzpolitischer Fragen, Hinweise auf den anscheinend unsterblichen Amtsschimmel, Erörterung aktueller Einzelfragen der Lohn-, Einkommen- und anderer Steuern, Leserbriefe, Vorschläge zur Verwaltungsreform, Berichte über die Arbeit des Bundes und die ausländischen Steuerzahler-Vereinigungen – in dieser Zusammenstellung wird ein jeder das finden, was ihn interessiert.

„Der Steuerzahler“ will Ihr Freund werden. Er will Ihr Vertrauen gewinnen und hofft, daß ihm dies bald gelingen wird. Je mehr Leser er findet, desto nachhaltiger wird die Arbeit des „Bundes der Steuerzahler“ gefördert werden.

Welche Ziele sich die Redaktion des Wirtschaftsmagazins DER STEUERZÄHLER mit jeder Ausgabe setzt, steht seit der ersten Ausgabe des Magazins 1950 fest.



Die Jahre 1950 bis 2010

Begonnen hat alles mit der ersten Titelseite des Jahres 1950 im DIN A 4 Format, auf der ein flammender Artikel aus der Feder von Professor Dr. Karl Bräuer zu lesen war. Er forderte, die bis dahin unter Verschluss gehaltenen Haushaltspläne öffentlicher Gemeinwesen in allen Einzelheiten offen zu legen. „Jeder Haushaltsplan ist ein Spiegelbild der gesamten Tätigkeiten und des Aufgabenbereichs eines öffentlichen Gemeinwesens. Er soll so durchsichtig gestaltet sein, dass man bis auf den Grund sehen kann.“

Den Januartitel aus dem Jahr 1960 zierte ein Foto einer jungen Frau, die einen Blick zurück auf die Etatrede des damaligen Bundesfinanzministers Etzel wirft, in der er betonte, „dass die Steuern tunlichst nicht wieder erhöht werden sollen“. Er behielt sich aber steuerliche Maßnahmen zur „Anpassung der Finanzpolitik an außerordentliche Konjunkturerfordernisse“ vor. Die Kritik des BdSt an diesem finanzpolitischen Ansatz ließ nicht lange auf sich warten. In der ersten Ausgabe des Jahres 1970 stach dem Leser das Konterfei des damaligen Bundesfinanzministers Alex Möller ins Auge, den die Redaktion zu den aktuellen Steuerrechtsänderungen und politischen Zielsetzungen der Bundesregierung interviewte.

Den Januartitel aus dem Jahr 1980 schmückte eine Karikatur, in der ein von der Last in die Knie gehender Bundesbürger seine Steuerlast schultert und ihm gleichzeitig zum weiteren Antriebe und zum Stillhalten an einer Angel ein Schild vor die Nase gehalten wird, auf der eine entfernte Entlastung angekündigt wird.

Der Januartitel des Jahres 1990 bringt den Steuerzahlern eine positive Nachricht. Der Grafik ist stilisiert zu entnehmen, wie die Steuerzahler durch die Steuerreform entlastet werden. So sank damals der Eingangssteuersatz von 22 auf 19 Prozent und der Spitzensteuersatz von 56 auf 53 Prozent. Zum Millennium titelte DER STEUERZÄHLER mit einem Feuerwerk an Steuerrechtsänderungen. Unter anderem wurden damals Familien steuerlich entlastet und die Ökosteuer weiterentwickelt. Den 60. Geburtstag des Magazins DER STEUERZÄHLER titelte die Redaktion mit „Sechzig Jahre ... und kein bisschen leise!“ Daran hat sich bis heute wenig geändert. Noch immer ist DER STEUERZÄHLER ein Magazin, bei dem der Leser, das Mitglied des Bundes der Steuerzahler, im Mittelpunkt steht. Ziel war und ist es, mit jeder Ausgabe den politischen Diskurs anzustoßen und unsere Mitglieder optimal zu informieren. JB

**Grußwort der Bundeskanzlerin
anlässlich der Jubiläumsausgabe**



Zum 60. Geburtstag des Bundes der Steuerzahler gratuliere ich allen Mitgliedern sehr herzlich.

Dieses bemerkenswerte Jubiläum fällt in eine entscheidende Phase: Wie rasch schafft es Deutschland, aus der internationalen Finanz- und Wirtschaftskrise herauszukommen? Jetzt werden die Karten auf der Welt neu gemischt. Jetzt gilt es, die Weichen richtig zu stellen, um unsere Volkswirtschaft auch in Zukunft im internationalen Spitzenfeld zu positionieren.

Die bislang tiefste Rezession in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland hinterlässt auch tiefe Spuren in den öffentlichen Haushalten. Doch das darf nicht das Ende der Konjunkturstützung bedeuten. Es wäre jetzt völlig kontraproduktiv, dem erst aufkeimenden Pflanzchen Aufschwung mit einem rigiden Sparkurs das Wasser abzugrahen. Denn wenn eine spürbare wirtschaftliche Erholung noch lange auf sich warten ließe, würde das unseren Staat in Form rückläufiger Steuereinnahmen und steigender Sozialausgaben teurer zu stehen kommen als ein sofortiges beherztes Anschließen des Wachstums.

Wachstum ist grundlegende Voraussetzung dafür, Arbeit zu sichern und auf den Pfad der notwendigen Konsolidierung der öffentlichen Haushalte überhaupt zurückkehren zu können. Deshalb setzt die Bundesregierung auf Steuerentlastungen insbesondere der Familien. Deshalb bringen wir auch Verbesserungen bei der Unternehmensbesteuerung und der Erbschaftsteuer auf den Weg. Damit wächst der finanzielle Spielraum für Konsum und Investitionen.

Steuerpolitik als Wachstumspolitik – das ist nicht nur kurzfristig eine richtige Antwort auf die Wirtschaftskrise. Eine so verstandene Steuerpolitik stellt letztlich auch langfristig die Finanzierung notwendiger staatlicher Aufgaben auf sichere Beine.

In den sechs Jahrzehnten seines Bestehens pocht der Bund der Steuerzahler beharrlich auf ein möglichst einfaches und gerechtes Steuerwesen. Mit sachkundigen Beiträgen hat er sich längst als starke und vernehmliche Stimme der Steuerzahler etabliert. Es bleibt zu hoffen, dass er auch weiterhin die finanzpolitischen Diskussionen in unserem Land bereichert.

Angela Merkel

Dr. Angela Merkel
Bundeskanzlerin der Bundesrepublik Deutschland

Dr. Angela Merkel gratuliert dem Magazin DER STEUERZÄHLER

Anlässlich des 60. Geburtstages unseres Wirtschaftsmagazins DER STEUERZÄHLER im Januar 2010 sendete die Bundeskanzlerin ein Grußwort, in dem sie den Bund der Steuerzahler als starke und vernehmliche Stimme der Steuerzahler betitelte.

Der Bund der Steuerzahler als Anwalt der Finanz- und Steuergerechtigkeit

Zeitenwenden im Steuerrecht

Ohne Geld ist kein Staat zu machen. Steuereinnahmen vermitteln politische Gestaltungsmacht. Die Sicherheit (Polizei, Militär, Feuerwehr), Infrastrukturen (Straßen, Eisenbahn), das Bildungswesen (Kindergärten, Schulen, Universitäten) und die allgemeine Daseinsvorsorge werden in weiten Teilen durch Steuern finanziert. Das Steuerrecht ermöglicht so Freiheit, verkürzt diese aber auch durch Zahllasten und erhebliche Mitwirkungspflichten. Die Anliegen des Bundes der Steuerzahler könnten daher grundlegender kaum sein. Es geht ihm um die monetären Existenzbedingungen der öffentlichen Hand und um maßvolle Steuern, um einen sorgsam Umgang mit den öffentlichen Mitteln und ein faires Steuerrecht. Der Bund der Steuerzahler kämpft für die Finanz- und Steuergerechtigkeit.

Diese Gerechtigkeitsanliegen müssen sich gegenwärtig in Zeitenwenden des Steuerrechts bewähren. In den letzten Jahren wurden die steuerlichen Mitwirkungspflichten insbesondere im Country-by-Country Reporting und in den Anzeigepflichten für Steuergestaltungen deutlich gesteigert. Diese Entwicklung droht das grundlegende Maß für den einzelnen Steuerpflichtigen und für die Allgemeinheit der Steuerbetroffenen zu verletzen. Auch das Steuerstrafrecht wurde in der praktischen Anwendung und der Einschränkung der Selbstanzeige erheblich verschärft. War die steuerliche Strafdrohung vor einigen Jahren noch zu schwach, droht das Pendel gegenwärtig zu weit in die Gegenrichtung zu schwingen. Aber auch international erwarten die Steuerbetroffenen gegenwärtig vor allem eines: Rechtssicherheit. Aktuell sind deutsche Unternehmen an über 1000 steuerlichen Streitbelegungsverfahren mit offenem Ausgang beteiligt. Wenn dort jeweils um Millionenbeträge gerungen wird, besteht eine Planungsunsicherheit von mehreren Milliarden Euro. Die Digitalisierung der Einkommensbesteuerung – eine rechnergeleitete Selbstveranlagung – kann das Steuerrecht für alle Betroffenen vereinfachen, wenn eine automatisierte Steuererhebung gesetzmäßig, gleichheitsgerecht und nachprüfbar gelingt. Die Digitalisierung sollte in möglichst weitgehend vorausgefüllten Steuererklärungen freiheits- und gleichheitsgerecht zu Ende geführt werden. Internationale Unternehmen haben durch „aggressive Steuerplanungen“ ihre Steuerlast dramatisch reduziert („Base Erosion and Profit Shifting“ – „BEPS“). Ein systematisch vereinfachtes Steuerrecht kann diese Praktiken vermeiden und die Daten der Steuerpflichtigen in einer digitalisierten Welt schonen.

Diese Zeitenwenden stellen eine Gerechtigkeitsfrage, die seit dem Beginn der modernen Besteuerung nach Antworten sucht. Jedes

Gesetz ist nur so gerecht wie sein Vollzug. Das Gleichmaß erreicht vor allem dann sein Ziel, wenn alle auf Grund klarer und öffentlich sichtbarer Regelungen gesetzeskonform zur Besteuerung herangezogen werden. Der abgebildete Augsburger Kilianplan aus dem 17. Jahrhundert diente der gleichmäßigen Erhebung der Vermögensteuer. Er wies durch farblich markierte Lektionen, durch goldene Linien und Zahlen den Steuereintreibern ihren Weg, damit kein Steuerpflichtiger ausgelassen werde. Diese Gleichheitsforderung ist hoch aktuell, insbesondere wenn man sich die vier Buchstaben – „BEPS“ – und die vier Unternehmen, welche die Entwicklung maßgeblich verursacht haben, vergegenwärtigt – Google, Amazon, Apple und Starbucks. Keine der goldenen Linien reicht in die USA. Insgesamt bietet eine grundrechtschonende Vereinfachung des Steuerrechts und dessen automatisierte Anwendung die große Chance, die Zahllast, die Verwaltungspflichten, die genutzten Daten und die Strafdrohung für alle Steuerpflichtigen gleichmäßig und angemessen zu gestalten.

Bis dahin sollte die öffentliche Hand Pegelmesser einrichten, in denen – und sei es auch in Schätzungen – die Veranlagungsquote, die steuerliche Normenflut sowie die Finanz-, Bürokratie- und Datenlasten sichtbar gemacht werden. Der Bund der Steuerzahler hat hier insbesondere mit der Schuldenuhr und dem Steuerzahlergedenktag Wege bemerkenswerter Sichtbarkeit gewiesen. Aber auch ein weiteres Markenzeichen ist Gemeingut geworden: das stetig mahnende Schwarzbuch. Die Idee, dessen Befunde in einer Fernsehshow zu verdeutlichen, war kühn – doch sie hatte Erfolg. Insgesamt hat der Steuerzahlerbund in den letzten 70 Jahren grundlegende Anliegen der Finanz- und Steuergerechtigkeit beträchtlich gestärkt. Das ist Grund zu feiern!

VON PROF. DR. GREGOR KIRCHHOF

Prof. Dr. Gregor Kirchhof, LL. M., geboren 1971 in Heidelberg, ist seit 2012 Inhaber des Lehrstuhls für Öffentliches Recht, Finanzrecht und Steuerrecht an der Universität Augsburg (Juristische Fakultät) und Direktor des dortigen Instituts für Wirtschafts- und Steuerrecht. Davor war Prof. Dr. Kirchhof Universitätsprofessor für Staats- und Verwaltungsrecht an der LMU München. Er studierte Rechtswissenschaften in Freiburg i. Br., München und London.

Bild rechts: Auszug aus dem „Kilianplan“ für die Erhebung der Vermögensteuer; Reichsstadt Augsburg, um 1660; Quelle: Stadtarchiv Augsburg. Die farbigen Lektionen sowie die goldenen Linien und Zahlen wiesen den Steuereintreibern für eine gleichmäßige Besteuerung ihren Weg von Haus zu Haus.



„Die Idee der Gerechtigkeit“

Die Verwirklichung von Steuergerechtigkeit hat der Autor des vorangegangenen Beitrages, Prof. Dr. Gregor Kirchhof, als eine der wichtigsten Leitideen des Bundes der Steuerzahler in den letzten 70 Jahren gewürdigt. Unter den Besteuerungsgrundsätzen nimmt sie, die Steuergerechtigkeit, einen herausragenden Platz ein. Denn hierbei geht es um die normative Entscheidung über die Verteilung der steuerlichen Lasten. Steuergerechtigkeit erfordert die Allgemeinheit, Gleichmäßigkeit und Verhältnismäßigkeit der Besteuerung. Alle Steuerzahler sollen entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit zur Besteuerung herangezogen werden.

Der nachfolgende Beitrag aus der Feder von Prof. em. Dr. Dr. Norbert Hoerster stellt diesem spezifischen Konzept steuerlicher Gerechtigkeit eigene Überlegungen über eine gesellschaftliche Gerechtigkeit zur Seite. Sie belegen, wie sehr dem Bund der Steuerzahler die Auseinandersetzung mit Fragen, die über eigentliche finanz- und steuerpolitische Fragestellungen hinausgehen, seit nunmehr 70 Jahren am Herzen liegt.



Prof. em. Dr. Dr. Norbert Hoerster

lehrte von 1974 bis 1998 Rechts- und Sozialphilosophie an der Universität Mainz.

Als eine gerechte Gesellschaft bezeichne ich eine Gesellschaft, in der insbesondere die folgenden Normen Geltung besitzen: 1. die für das Wohl aller oder jedenfalls zahlreicher Bürger unverzichtbaren Normen der „Grundgerechtigkeit“, 2. Die das relative Wohl der verschiedenen Gruppen der Bürger betreffenden Normen der „Verteilungsgerechtigkeit“ und 3. Die notwendigen rechtlichen Institutionen zur wirksamen Umsetzung der begründeten Gerechtigkeitsnormen.

Normen bedürfen aber stets einer Begründung. Wie könnte eine solche Begründung aussehen? Logisch denkbar wäre gewiss eine Begründung, die in einer besonderen Form normativer Erkenntnis besteht. Eine solche Begründung würde jedoch voraussetzen, dass uns die gesuchten Normen der Gerechtigkeit als existent vorgegeben sind und insofern Gegenstand unserer Erkenntnis sein können. Tatsächlich vorgegeben sind uns aber nur jene Normen, die in einer Gesellschaft faktisch soziale bzw. rechtliche Geltung besitzen.

Das bedeutet, dass es eine Liste von Normen, die uns in einer objektiven Realität vorgegeben und als Gegenstand reiner Erkenntnis erfassbar sind, nicht gibt. Wir müssen uns vielmehr fragen, ob und inwieweit wir für die verschiedenen Bereiche und Fragen der Gerechtigkeit aus unseren begründeten moralischen Einstellungen und möglicherweise zusätzlichen, empirischen Prämissen intersubjektiv zustimmungsfähige Schlussfolgerungen ziehen können. Dabei müssen wir stets mit der Möglichkeit rechnen, dass zumindest in manchen Fragen der Gerechtigkeit eine wirklich allgemeine bzw. weitestgehende Zustimmung nicht erreichbar sein wird. Das bedeutet, dass die Menschen selbst bei optimaler Urteilsfähigkeit und Informiertheit in diesen Fragen zu keiner allgemeinen Übereinstimmung kommen werden.

Die notwendigen Grundrechte

Unter Philosophen ebenso wie unter Politikern ist die Thematik der „Grundgerechtigkeit“ mit ihren zentralen Forderungen weit weniger umstritten als die Thematik der „Verteilungsgerechtigkeit“. Trotzdem gibt es auch hier eine Reihe offener Fragen. Die wichtigsten von ihnen sind: Was ist genau der Inhalt der Normen der „Grundgerechtigkeit“, die den Bürgern bestimmte „Grundrechte“ – Abwehr- ebenso wie Anspruchsrechte – einräumen? Wie lassen sich speziell diese Normen begründen? Welche näheren Konsequenzen haben sie? Sind die von ihnen eingeräumten Grundrechte als absolute Rechte zu verstehen, die unter keinen Umständen verletzt werden dürfen? Wenn sie grundsätzlich aber Ausnahmen zulassen und ein Grundrecht prinzipiell zugunsten eines anderen

Grundrechts verletzt werden darf, trifft dies dann auf alle Grundrechte gleichermaßen zu? Oder besteht eine Rangordnung zwischen den verschiedenen Grundrechten, so dass etwa das Grundrecht auf Leben vor dem Grundrecht des Eigentums stets Vorrang genießt?

Unter Bezugnahme auf die „Anspruchstheorie“ von Robert Nozick (1938-2002) lassen sich vier unverzichtbare Abwehrrechte unterscheiden: Das Recht auf Leben, das Recht auf körperliche Unversehrtheit, das Recht auf Freiheit sowie das Recht des Eigentums. Die intersubjektive Begründung dieser Rechte besteht darin, dass sie im wohlverstandenen Interesse jedes einzelnen Bürgers liegen. Anders als Nozick bin ich jedoch der Auffassung, dass diese Rechte nicht absolut gelten, sondern jeweils unter besonderen Umständen verletzt werden dürfen.

Gibt es neben den angesprochenen vier Abwehrrechten vielleicht auch Grundrechte in Form von Anspruchsrechten, also von Rechten auf ein Handeln anstelle eines Unterlassens, die sich intersubjektiv überzeugend begründen lassen? Diese Frage ist mit Sicherheit schwieriger zu beantworten als die Frage nach den begründeten Abwehrrechten. Denn die mit einem Anspruchsrecht verbundene Pflicht, die Pflicht zu einem bestimmten Handeln, ist in der Regel viel anspruchsvoller als die mit einem Abwehrrecht verbundene Pflicht, die Pflicht zu einem bestimmten Unterlassen. Nach meiner Auffassung existieren drei solcher zentraler Anspruchsrechte: Das Recht auf Vertragserfüllung, das Recht der unfreiwillig Armen auf Leben im Sinne einer gewissen Grundversorgung sowie das Recht der Heranwachsenden auf eine gewisse Erziehung und Ausbildung der eigenen Fähigkeiten.

Ziel der Anspruchsrechte ist es dabei nicht, irgendwelche Unterschiede in der Gesellschaft auszugleichen, sondern jedem Bürger die realen Möglichkeiten zu verschaffen, erstens mit seinen Mitmenschen zum gegenseitigen Nutzen erfolgreich zu kooperieren und zweitens auch unabhängig von seinen genetischen und sozialen Vorgaben jedenfalls ein in wesentlicher Hinsicht gelungenes Leben zu führen. Das Ziel, allen Menschen ein gleichermaßen gelungenes, erfülltes Leben zu verschaffen, ist weder begründbar noch unter Wahrung der vier oben genannten Abwehrrechte auch nur ansatzweise erreichbar.

Prof. em. Dr. Dr. Norbert Hoerster

Dies sind Gedanken aus dem 2013 im Verlag C.H.Beck erschienenen Buch „Was ist eine gerechte Gesellschaft? Eine philosophische Grundlegung“ des Autors.

Im Gespräch

Kompetent, tiefe Detailkenntnisse, kann politische Leistungen anerkennen, hält mit Kritik jedoch nicht hinterm Berg – dafür ist der Präsident des Bundes der Steuerzahler, Reiner Holznagel, auf dem politischen Parkett bekannt. So sind er und seine BdSt-Vorstandskollegen beliebte Gesprächspartner auf allen politischen Ebenen. Häufig gehen die Gespräche in die Tiefe des Steuerrechts oder in Detailregelungen der öffentlichen Haushalte. Immer dabei: Konkrete Lösungsvorschläge des BdSt.

2013: Im Gespräch zwischen dem damaligen SPD-Kanzlerkandidat Peer Steinbrück, BdSt-Präsident Reiner Holznagel und dem Stellvertreter des Präsidenten, Dipl.-Oec. Zenon Bilaniuk, ging es neben dem steuerpolitischen Wahlprogramm der SPD um die Entwicklung der europäischen Staatsschuldenkrise.



2014: Der Abbau der kalten Progression und wie das Steuerrecht vereinfacht werden, darüber sprachen BdSt-Präsident Reiner Holznagel und sein Stellvertreter Dipl. oec. Zenon Bilaniuk im Kanzleramt mit dem damaligen Kanzleramtsminister Peter Altmaier.



2014: Gemeinsam traten sie ein für die Etablierung einer Steuerbremse, Reiner Holznagel und Carsten Linnemann, Vorsitzender der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU.



2018: Im Konrad Adenauer Haus tauschten sich Annegret Kramp-Karrenbauer und Reiner Holznagel über die steuerpolitischen Vorschläge der CDU aus und besprachen, warum Bürger und Betriebe stärker in den politischen Fokus rücken sollten.



2019: Wie sich die soziale Gerechtigkeit und die Entlastung für den Mittelstand vereinbaren lassen, besprachen Reiner Holznagel und Dietmar Bartsch, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE.

2018: Zu Gast auf dem Neujahrsempfang des Bundes der Steuerzahler war Christian Lindner und sprach über die Notwendigkeit der Abschaffung des Solidaritätszuschlages und die Einhaltung der Schuldenbremse. Auf dem Foto ist er (2.v.r) zu sehen mit Reiner Holznagel, Prof. Dr. Cay Folkers (Vorsitzender des Verwaltungsrates des BdSt) und dem Stellvertreter des Präsidenten, Dipl. oec. Zenon Bilaniuk.



2013: Beim Besuch im Kanzleramt tauschte sich der BdSt-Vorstand Hannah Stein, Zenon Bilaniuk und Reiner Holznagel mit Bundeskanzlerin Angela Merkel über eine gerechte Besteuerung und einen Abbau der Staatsverschuldung aus.



2018: Wie kann das Steuerrecht gerecht gestaltet werden und welche Auswirkungen haben die Rentenpläne der SPD auf den Bundeshaushalt? Darüber diskutierten Andrea Nahles, SPD-Vorsitzende, und Reiner Holznagel im Willy-Brandt-Haus in Berlin.



2017: Über den deutschen Beitrag zum EU-Haushalt und über die Finanzierung der europäischen Kernaufgaben sprachen EU-Kommissar Günther Oettinger und Reiner Holznagel in Brüssel.



2019: Die Schwarze Null im Bundeshaushalt sichern und wie sich Bundesfinanzminister Olaf Scholz das vorstellt, beschrieb er in seiner Ansprache auf dem Neujahrsempfang beim Bund der Steuerzahler in Berlin. Auf dem Bild ist er eingerahmt vom BdSt-Präsidenten Reiner Holznagel und dem Stellvertreter des Präsidenten, Dipl.-Oec. Zenon Bilaniuk.



Vor dem Hotel Steigenberger in Berlin wird Frau Dr. Merkel, wohl beschirmt vom damaligen Präsidenten Dr. Karl Heinz Däke, begrüßt.



Dr. Armin Feit, Ehrenpräsident des Bundes der Steuerzahler und Dr. Angela Merkel, damals Vorsitzende der CDU/CSU Fraktion, lauschten dem Vortrag von Dr. Karl Heinz Däke.

Die Zukunft der sozialen Sicherungssysteme Der 12. Deutsche Steuerzahlerkongress

Das Interesse der Mitglieder des Bundes der Steuerzahler an steuerpolitischen und vor allem auch steuerrechtlichen Themen ist immens. So lud der Bund der Steuerzahler zwischen 1981 und 2008 insgesamt 14-mal zum Deutschen Steuerzahlerkongress ein.

Eingeladen wurden alle Mitglieder des Verbandes. Und viele kamen sehr gerne. Schließlich folgte der Ablauf der Kongresse einem bewährten Muster. Im Mittelpunkt der Vormittagsveranstaltung standen Reden und Diskussionen zu aktuellen politischen Themen. Nach der Mittagspause begannen dann die Fachvorträge und Seminare der Experten des Bundes der Steuerzahler. In diesen konnten sich die Mitglieder des Bundes der Steuerzahler konkrete Tipps zu verschiedenen Steuerthemen von den Steuerexperten des BdSt erhalten.

Wie die Großveranstaltung „Deutscher Steuerzahlerkongress“ organisiert war, zeigt das Beispiel des 12. Deutschen Steuerzahlerkongresses 2003 in Berlin. So war das politische Thema des Vormittages „Die Zukunft der sozialen Sicherungssysteme“.

Dass die Sozialsysteme alles andere als zukunftssicher sind, darauf deuteten damals immer mehr Anzeichen hin. Es drohten stei-

gende Beiträge oder reduzierte Leistungen als unmittelbare Folge. Welche Reformen aus Sicht des Bundes der Steuerzahler umgesetzt werden müssten, darauf ist der damalige Präsident des Bundes der Steuerzahler, Dr. Karl Heinz Däke, in seiner Rede eingegangen. Auch Dr. Angela Merkel, damals Vorsitzende der CDU/CSU Fraktion im Deutschen Bundestag, sprach an diesem Septembertag über ihre Vorstellungen zur Sicherung der Sozialversicherungszweige. Sie legte vor großem Publikum dar, vor welchen Herausforderungen Deutschland stand und wie die CDU/CSU als Opposition darauf reagieren wollte.

Die über 800 anwesenden Mitglieder des Bundes der Steuerzahler diskutierten eifrig mit den Rednern, welche Reformen angegangen werden müssen und an welchen Stellen den Steuerzahlern der Schuh drückt. So erhielten die Referenten der Steuerzahlerkongresse, und im Laufe der Jahre waren es viele namhafte Persönlichkeiten, wie z.B. auf dem IV. Kongress 1987 Werner Hagedorn, Vorsitzender der Deutschen Steuerwerkschaft, auf dem VI. Kongress 1991 Dr. Marcel Mart, Präsident des Europ. Rechnungshofes und Pentti Kettunen vom Bund der Steuerzahler Finnland, auf dem VIII. Kongress 1995 Dr. Theo Waigel, Bundesmi-

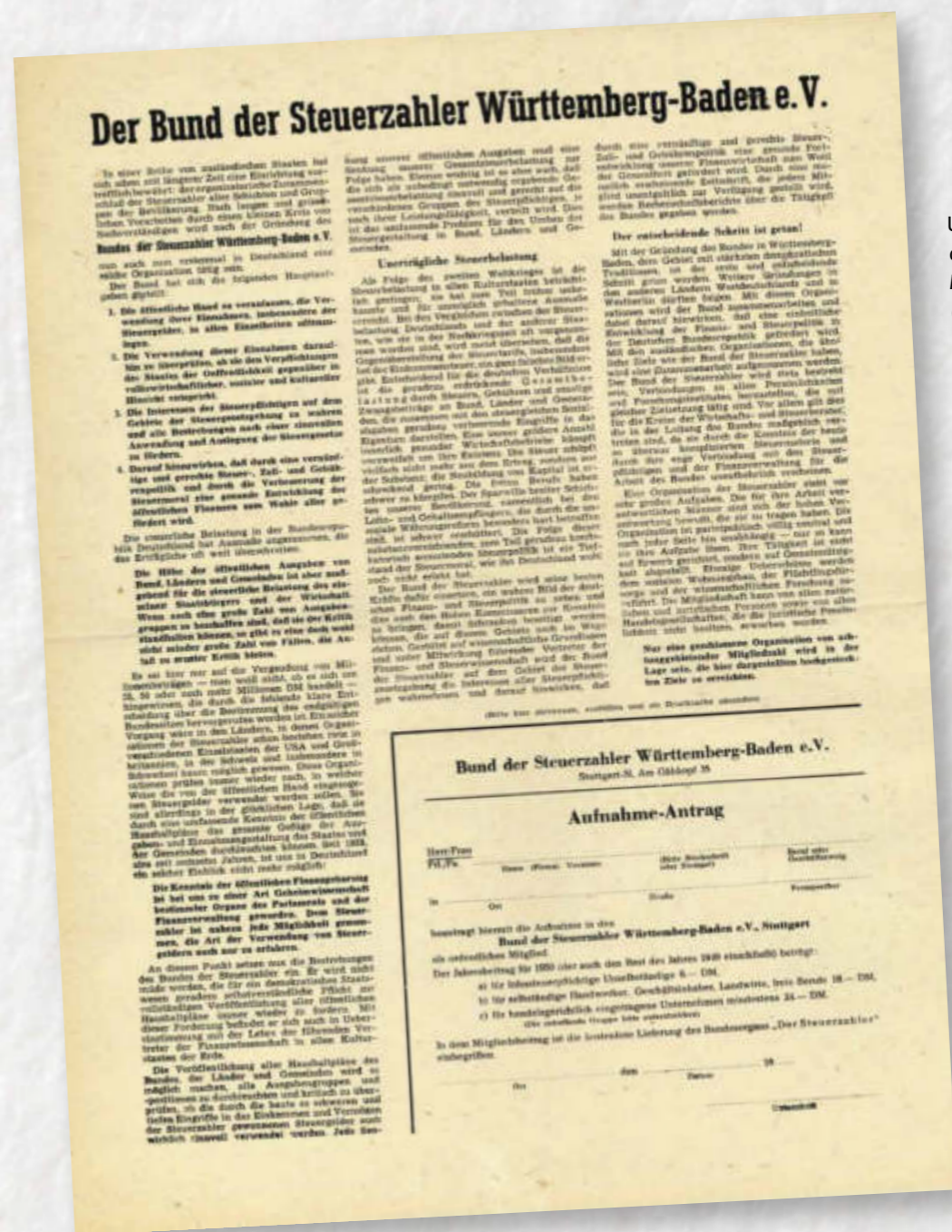
nister der Finanzen, auf dem X1. Kongress 2001 Hans Eichel, Bundesminister der Finanzen, ein gutes Gespür für die aktuellen Anliegen der Steuerzahler.

Der Nachmittag der Steuerzahlerkongresse gehörte ausschließlich den Mitgliedern. Da hatten sie die Gelegenheit, die von den BdSt Experten angebotenen Steuerseminare zu besuchen, Fragen zu stellen und mit den Experten zu diskutieren.

Mitglieder des Bundes der Steuerzahler konnten so nicht nur Einblicke in aktuelle politische Themen und die Perspektiven hochkarätiger und interessanter Gäste gewinnen, sondern bekamen auch einen Einblick in die Arbeit des Bundes der Steuerzahler. Zugleich nahmen sie wertvolle Hinweise und Steuertipps für die tägliche Praxis mit nach Hause.

In 2008 fand der 14. und damit letzte Steuerzahlerkongress statt. Das Format wurde abgelöst durch unzählige regionale Veranstaltungen und Steuerforen der Landesverbände des Bundes der Steuerzahler. Damit griff der Bund der Steuerzahler die Bitte seiner Mitglieder auf, häufiger Seminare zu Steuerthemen anzubieten und zugleich die Anreisezeit zu verkürzen. ¹⁸

Damals wie heute Der Mitgliedsantrag



Unsere Mitglieder tragen und finanzieren den Bund der Steuerzahler seit 70 Jahren. Manches Mitglied ist tatsächlich schon seit den ersten Tagen dabei.

Damit war der BdSt von Beginn an unabhängig, parteipolitisch neutral und gemeinnützig. Lediglich die Art des Mitgliedsantrags hat sich im Laufe der Jahrzehnte verändert.

1950 sah der Mitgliedsantrag des Bundes der Steuerzahler Württemberg-Baden e.V. so aus und konnte vom Mitglied abgetrennt, ausgefüllt und als Drucksache an den Bund der Steuerzahler versendet werden.

So geht's heute

Heute können Mitglieder ihren Mitgliedsantrag auf unserer Webseite ausfüllen und direkt absenden.

Gehen Sie auf www.steuerzahler.de um gleich Mitglied zu werden!

Glückwünsche aus Politik und Verbänden

Ralph Brinkhaus
Vorsitzender CDU/CSU-Bundestagsfraktion

„70 Jahre Bund der Steuerzahler – herzlichen Glückwunsch im Namen der CDU/CSU Bundestagsfraktion! 70 Jahre, das ist eine lange Zeit; sie war aber immer geprägt von großer Kontinuität. Sie haben die deutschen Steuergesetze auf den Prüfstand gestellt und Sie haben vor allen Dingen auch darauf geschaut, was die Politik mit den Steuergeldern überhaupt macht. Viele Ihrer Anmerkungen waren kritisch, einige auch sehr positiv. Das eine Mal sind wir mit Ihren Anmerkungen sehr einverstanden gewesen, das andere Mal nicht. Das gehört im politischen Diskurs dazu. Deswegen mein Wunsch für die nächsten 70 Jahre: Bleiben Sie dran, setzen Sie Ihre Arbeit fort! Sie ist wichtig für dieses Land.“



Tobias Koch



Thorsten Schneider

Dr. Carsten Linnemann
stellv. Fraktionsvorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion für den Bereich Wirtschaft

„Der Steuerzahlerbund ist für mich wie ein Feuermelder. Wenn haushaltspolitisch oder steuerpolitisch etwas aus dem Lot gerät, dann meldet er sich und zwar arg laut.“

Claudine Nierth
Bundesvorstandssprecherin, Mehr Demokratie e.V.

„Lieber Bund der Steuerzahler, wir gratulieren Euch zum 70sten Geburtstag. Es ist uns immer wieder eine Freude, mit Euch in großen Kampagnen zu kooperieren. So auch jetzt, im ausgelosten „Bürgerrat Demokratie“. Ihr seid unkonventionell, sehr verbindlich, super professionell und ein echt starker Partner! Wir wünschen Euch alles Gute für die nächsten Jahrzehnte. Eure Mehr-Demokraten“



Jens Spahn
Bundesminister für Gesundheit

„Seit 2015 kommen wir im Bund ohne neue Schulden aus. Das hat Wolfgang Schäuble in seiner Zeit als Finanzminister möglich gemacht. Der Bund der Steuerzahler trägt dazu bei, dass das auch in den nächsten Jahren so bleibt, indem er konkrete Sparvorschläge macht, auf die Verschwendung von Steuergeld hinweist und notwendige Debatten anstößt. Schlicht und ergreifend, indem er uns immer wieder antreibt, an diesem Ziel festzuhalten. Gerade auch hier in Berlin lassen sich immer wieder viele traurige Beispiele für die Verschwendung öffentlicher Gelder finden. Ich will dafür den Hauptstadtflughafen jetzt gar nicht einmal mehr bemühen. Seit ungefähr eineinhalb Jahren läuft die Schuldenuhr ja rückwärts, was per se ja erst einmal eine gute Sache ist. Andererseits sind 1,9 Billionen Euro immer noch eine unvorstellbar große Summe. Die Schuldenuhr des Steuerzahlerbundes erinnert uns daran, dass wir eine Verantwortung gegenüber zukünftigen Generationen haben, wenn wir als Staat Schulden machen. Nur wenn wir solide wirtschaften, garantieren wir, dass zum Beispiel unser Sozialstaat und das Gesundheitssystem auch in Zukunft noch funktionieren.“



BMG



Herrmann J. Müller

Dr. Dietmar Bartsch
Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE

„Der Bund der Steuerzahler ist eine der gefährlichsten Organisationen für jeden Regierenden. Also das wäre ein Grund, in der Opposition zu bleiben, wenn man permanent ganz, ganz lange Vorhaltungen bekommt und als Linker sage ich, meistens sind die ja berechtigt. Wenn ich das richtig sehe, sagt der Bund der Steuerzahler im Kern ‚Steuern runter‘ und ich sage, Steuern runter für viele, aber Steuern rauf für diejenigen, die über Riesenvermögen und Einkommen verfügen. Da haben wir eine deutliche Differenz, aber das ist auch gut so.“

Kai H. Warnecke
Präsident Haus & Grund Deutschland e. V.

„Ich wünsche mir, dass es genauso weitergeht wie bisher. Wir haben uns zum Beispiel sehr über die Zusammenarbeit in NRW gefreut, wo wir uns gemeinsam für die Abschaffung der Straßenausbaubeiträge einsetzen. Das ist genau das Richtige für Steuerzahler und für Eigentümer.“

Die Hoffotografen



Otto Fricke
haushaltspolitischer Sprecher der FDP

„Ein alter Haushälter wie ich sagt immer: Wenn es den Steuerzahlerbund nicht gäbe, müsste man ihn erfinden. Denn wir brauchen ja noch Leute, die klarmachen, dass nicht einfach dem Staat immer mehr Geld gegeben werden kann – er gibt's dann nämlich gern aus. Deshalb bin ich Herr Holznagel und seinem Team sehr dafür dankbar, dass wir mit dem Steuerzahlerbund in der Politik immer mal wieder jemanden haben, der den Finger zeigt und sagt: „Das geht nicht, da verschwendet ihr, diese Steuer ist alt, diese Steuer ist falsch.“ Wir erreichen dabei nicht immer alles, was wir gemeinsam wollen. Gerade deshalb aber brauchen wir den Steuerzahlerbund. Deswegen kann ich für die nächsten 70 Jahre nur alles Gute wünschen. Ich vermute, es wird dann noch andere in der Führung geben – aber sicher genauso gute.“



Winfried Kretschmann
Ministerpräsident von Baden-Württemberg

„Den Schwaben wird ja eine besondere Sparsamkeit nachgesagt. Es passt daher, was am 21. Oktober 1949 im „Gasthof Krone“ in Stuttgart geschieht: Es ist die Geburtsstunde des Bundes der Steuerzahler Deutschland e.V. Es ist der Beginn des Einsatzes für die Interessenvertretung und die Rechte aller Steuerzahler. Zum 70-jährigen Jubiläum des BdSt gratuliere ich dem Vorstand, allen Mitgliedern, Freunden und Förderern sehr herzlich – auch im Namen der Landesregierung.“

Dennis Williamson



Ulrich Silberbach
Bundesvorsitzender des DBB Beamtenbund und Tarifunion

„Herzlichen Glückwunsch zu den 70 Jahren, herzlichen Glückwunsch auch zu einer Berichterstattung, die uns als Beschäftigte im Öffentlichen Dienst hilft. Denn auch wir sind froh, wenn keine Steuergelder vernichtet, sondern besser in gut ausgebildetes Personal gesteckt werden.“



Jan Brenner

Bettina Stark-Watzinger
Vorsitzende des Finanzausschusses des Deutschen Bundestages

„Herzlichen Glückwunsch zu Ihrem 70. Geburtstag! 70 Jahre „Bund der Steuerzahler“, Sie wurden nur 1 Jahr nach unserer sozialen Marktwirtschaft gegründet. Und wenn es Sie nicht gäbe, wir müssten sie erfinden.“

Tobias Koch



„Politik und Verwaltung hören zu, wenn Sie sich zu Wort melden. Und manche unausgereifte Idee haben Sie auch verhindert. Ich kann Ihnen versichern, wer maßvolle Besteuerung und die wirtschaftliche Verwendung von Steuermitteln anmahnt, der hat mich als Bundeswirtschaftsminister immer auf seiner Seite“, sagt Peter Altmaier in einem Film mit Grußworten aus Politik und der Verbändelandschaft. Zu sehen ist dieser auf www.steuerzahler.de



Philipp Amthor
MdB, Schatzmeister der Jungen Union

„Der Bund der Steuerzahler hat bei mir persönlich noch keinen sorgsameren Umgang mit Steuergeldern angemahnt. Die fleißige Arbeit des Bundes der Steuerzahler ist für uns Politiker nicht immer nur angenehm. Aber es ist wichtig, dass es ihn gibt. Und wenn der Präsident aus Mecklenburg-Vorpommern kommt, hat er grundsätzlich schon mal meine Sympathie.“



Eckhardt Rehberg
Vorsitzender der Arbeitsgruppe Haushalt
der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

„Ich lese das Schwarzbuch des Bundes der Steuerzahler mit manchmal viel und manchmal weniger Vergnügen.“

Uwe Rauhöft
Geschäftsführer Bundesverband Lohnsteuerhilfvereine e. V.

„Ein großer Erfolg der gemeinsamen Arbeit war der Kampf gegen die Kürzung der Entfernungspauschale. 20 Kilometer sollten bei der Fahrt zur Arbeitsstelle nicht berücksichtigt werden und hier haben wir gemeinsam mit Musterprozessen bis vor dem Bundesverfassungsgericht gesiegt.“



Albrecht von der Hagen
Hauptgeschäftsführer, DIE FAMILIENUNTERNEHMER

„Der Steuerzahlerbund ist einer der wichtigsten Verbündeten, die wir hier in Berlin haben, denn diese Stimme sorgt bei den Politikern dafür, dass in der Steuerpolitik immer noch einmal nachgedacht wird. Das geht dann leider etwas zögerlich, was an Konzepten aus dem Finanzministerium kommt, aber ohne den Steuerzahlerbund würde es in die falsche Richtung laufen.“



Aus unserer Arbeit

Wie treibt der BdSt-Vorstand die Themen der Steuerzahler voran? Ein kurzer Film über die Arbeit des BdSt-Vorstandes und die Themen, die uns bewegen, ist zu sehen auf <https://www.steuerzahler.de/ueber-uns/ueber-uns/der-bdst-vorstand/>

Wie wirkt der Bund der Steuerzahler und wo schlägt das Herz des Verbandes in den Regionen? Das zeigt unser Imagefilm auf der Startseite von www.steuerzahler.de

Unser Serviceangebot Ihr Kontakt vor Ort



Annette Korall

Bund der Steuerzahler Baden-Württemberg e. V.

Lohengrinstraße 4, 70597 Stuttgart
Tel.: 07 11 / 76 77 40
Fax: 07 11 / 76 56 899
info@steuerzahler-bw.de
www.steuerzahler-baden-wuerttemberg.de
Landesvorsitzender: Zenon Bilaniuk



Buddy Bartelsen

Bund der Steuerzahler Berlin e. V.

Lepsiusstraße 110, 12165 Berlin
Tel.: 0 30 / 7 90 10 70
Fax: 0 30 / 7 92 40 15
info@steuerzahler-berlin.de
www.steuerzahler-berlin.de
Landesvorsitzender: Alexander Kraus

Bund der Steuerzahler Brandenburg e. V.

Fultonstraße 8
14482 Potsdam
Tel.: 03 31 / 7 47 65 0
Fax: 03 31 / 7 47 65 22
info@steuerzahler-brandenburg.de
www.steuerzahler-brandenburg.de
Landesvorsitzender: Ludwig Zimmermann



DAVIES

Bund der Steuerzahler in Bayern e. V.

Nymphenburger Straße 118
80636 München
Tel.: 0 89 / 12 60 08 0
Fax: 0 89 / 12 60 08 27
info@steuerzahler-bayern.de
www.steuerzahler-bayern.de
Präsident: Rolf Baron von Hohenhau



Buddy Bartelsen



Buddy Bartelsen

Bund der Steuerzahler Hamburg e. V.

Ferdinandstraße 36
20095 Hamburg
Tel.: 0 40 / 33 06 63
Fax: 0 40 / 32 26 80
mail@steuerzahler-hamburg.de
www.steuerzahler-hamburg.de
Landesvorsitzender: Lorenz Palte



PassStudio



Angelika Stehle

Bund der Steuerzahler Hessen e. V.

Bahnhofstraße 35, 65185 Wiesbaden
Tel.: 06 11 / 99 21 90
Fax: 06 11 / 9 92 19 53
hessen@steuerzahler.de
www.steuerzahler-hessen.de
Landesvorsitzender: Joachim Papendick

Bund der Steuerzahler Mecklenburg-Vorpommern e. V.

Alexandrinestraße 7
19055 Schwerin
Tel.: 03 85 / 5 57 42 90
Fax: 03 85 / 5 57 42 91
info@steuerzahler-mv.de
www.steuerzahler-mv.de
Landesvorsitzender: Knud Bernitz



Annette Korall

Bund der Steuerzahler Niedersachsen und Bremen e. V.

Ellernstraße 34
30175 Hannover
Tel.: 05 11 / 51 51 83 0
Fax: 05 11 / 51 51 83 33
niedersachsen-und-bremen@steuerzahler.de
www.steuerzahler-niedersachsen-bremen.de
Landesvorsitzender: Bernhard Zentgraf

Unser Serviceangebot Ihr Kontakt vor Ort



Annette Korall

Bund der Steuerzahler Nordrhein-Westfalen e. V.

Schillerstraße 14, 40237 Düsseldorf
Tel.: 02 11 / 9 91 75 0
Fax: 02 11 / 9 91 75 50
info@steuerzahler-nrw.de
www.steuerzahler-nrw.de
Landesvorsitzender: Rik Steinheuer



Pasquale D'Angiolillo

Bund der Steuerzahler Saarland e. V.

Talstraße 34 – 42
66119 Saarbrücken
Tel.: 06 81 / 5 00 84 13
Fax: 06 81 / 5 00 84 99
saarland@steuerzahler.de
www.steuerzahler-saarland.de
Landesvorsitzender: Christoph Walter



Buddy Bortelsen

Bund der Steuerzahler Rheinland-Pfalz e. V.

Löwenhofstr. 5, 55116 Mainz
Tel.: 0 61 31 / 9 86 10 0
Fax: 0 61 31 / 9 86 10 20
rheinland-pfalz@steuerzahler.de
www.steuerzahler-rheinland-pfalz.de
Landesvorsitzender: Rainer Brüderle



Fotostudio Ahlheim

Bund der Steuerzahler Sachsen-Anhalt e. V.

Lüneburger Straße 23, 39106 Magdeburg
Tel.: 03 91 / 5 31 18 30
Fax: 03 91 / 5 31 18 29
sachsen-anhalt@steuerzahler.de
www.steuerzahler-sachsen-anhalt.de
Landesvorsitzende: Helga Elschner



BdSt Sachsen e.V.

Bund der Steuerzahler Sachsen e. V.

Wittgensdorfer Straße 54 b, 09114 Chemnitz
Tel.: 03 71 / 69 06 30
Fax: 03 71 / 6 90 63 30
info@steuerzahler-sachsen.de
www.steuerzahler-sachsen.de
Landesvorsitzender: Thomas Meyer



BdSt Schleswig-Holstein e.V.

Bund der Steuerzahler Schleswig-Holstein e. V.

Lornsenstraße 48, 24105 Kiel
Tel.: 04 31 / 99 01 65 0
Fax: 04 31 / 99 01 65 11
schleswig-holstein@steuerzahler.de
www.steuerzahler-schleswig-holstein.de
Landesvorsitzender: Dr. Aloys Altmann



BdSt Thüringen e.V.

Bund der Steuerzahler Thüringen e. V.

Steigerstraße 16, 99096 Erfurt
Tel.: 03 61 / 2 17 07 90
Fax: 03 61 / 2 17 07 99
thuringen@steuerzahler.de
www.steuerzahler-thuringen.de
Landesvorsitzender: Justus Kehrl

Inhaltsverzeichnis

70 Jahre Bund der Steuerzahler

1949 Die Wiege des Bundes der Steuerzahler	S. 6	2015 Anwalt hinter Gittern	S. 37	2019 70 Jahre Bund der Steuerzahler	S. 70	2017 Blutorangen	S. 111
1949 Die Gründungsgeschichte	S. 8	2019 Für faire Besteuerung und sinnvolle Mittelverwendung	S. 38	2019 Glückwünsche und Grußworte	S. 72	1997 Seit 1997 online	S. 111
1949 Mehr Durchblick für die Bürger	S. 10	2018 Auf Verschwendungsjagd	S. 40	2019 Von herausragenden Persönlichkeiten getragen	S. 78	2017 Nein zu einem XXL-Bundestag	S. 112
2004 Auf den Marktplätzen präsent	S. 12	1994 Ehrentitel „Schuldenfreie Kommune in NRW“	S. 42	2019 Eine Familie macht ihr Ding	S. 80	2019 Meilensteine erfolgreicher Arbeit	S. 114
1988 ... und die Sterne funkeln wieder	S. 14	2019 Unterwegs für die Steuerzahler	S. 44	1997 Gemeinsam mehr erreichen	S. 82	2018 Kleine Fälle, große Wellen	S. 116
2002 Die Protest-Linie „MIR REICHT`S“	S. 16	2019 Unser Steuerzahlergedenktag	S. 45	1998 Von Nachbarn lernen	S. 83	2016 Die Weltkonferenz der Steuerzahler	S. 118
2009 NGO Award geht an BdSt	S. 18	2019 Initiative Transparente Zivilgesellschaft	S. 45	2004 Der „Spar-Euro“ geht an: Sparsame Kommunen	S. 84	2003 Großkundgebung „Jetzt reicht’s!“	S. 118
2018 Designpreis für schwarzbuch.de	S. 19	2000 Mit Promis auf Tuchfühlung	S. 46	2017 Ein Drama in mehreren Akten	S. 86	1949 Unsere Serviceleistungen – Ihr Vorteil	S. 119
2004 Jahressieger „Beste Wirtschaftskommunikation“	S. 19	2005 Volksinitiative Diätenreform	S. 48	1990 Immer wieder kritische Nachfragen	S. 88	1970 Der Europäische Steuerzahlerbund (TAE)	S. 120
2006 Rote Karte für Steuererhöhungen	S. 20	1999 Reif für den Reißwolf	S. 49	2015 DSI entwickelt eine Steuerbremse	S. 89	1973 Erfolgreich vor Gericht	S. 123
1990 Dicke Bretter sind zu bohren	S. 22	2019 Unser Schwarzbuch wirkt	S. 49	1949 Unsere Präsidenten	S. 90	2010 Der einmalige Kristallpokal des BdSt Thüringen	S. 124
1949 Mit Kampfgeist für die Rechte der Steuerzahler	S. 24	2017 “Wort halten: Soli abschaffen!”	S. 50	2017 Kamera läuft	S. 94	1991 Karikaturen über den BdSt	S. 126
2017 Im Norden kompetent, sympathisch und engagiert	S. 26	1999 Ein Preis, den keiner haben möchte	S. 52	2017 Die Schwarzbustour	S. 96	1950 70 Jahre wertvolle Informationen	S. 128
1976 Geleitwort von Dr. Willy Haubrichs	S. 27	1973 Die öffentliche Verschwendung	S. 54	2018 Der harte Kampf in Rheinland- Pfalz	S. 98	2010 60 Jahre DER STEUERZÄHLER: Grußwort der Kanzlerin	S. 129
2018 Erfolgreiche Volksinitiative	S. 28	2016 Strafe für Steuergeldverschwender	S. 56	1965 Mit Wissenschaft Reformen durchsetzen	S. 100	2019 „Die Idee der Gerechtigkeit“	S. 130
2012 BdSt klagt gegen den Euro-Rettungsschirm	S. 30	1988 Fass ohne Boden	S. 58	2011 Nein zur Haftungsunion!	S. 102	2019 Zeitenwenden im Steuerrecht	S. 132
2016 Als Auszubildende beim BdSt	S. 31	2012 Arm aber sexy oder sparen, bis es quietscht?	S. 61	1989 Gründung des BdSt Thüringen e. V. in der DDR	S. 104	2013 Im Gespräch	S. 134
1987 So ticken die Steuerzahler	S. 32	1957 Der Bund der Steuerzahler Saarland e.V.	S. 62	1958 Kompetenz vor Ort	S. 106	1981 Der 12. Deutsche Steuerzahlerkongress	S. 136
1990 Solidarisch im Interesse aller Steuerzahler	S. 34	2009 Die wichtigsten Steuer-Erfolge der vergangenen 10 Jahre	S. 64	2010 Einsparungen im Bundeshaushalt	S. 108	1950 Der Mitgliedsantrag	S. 137
1990 Von Start an engagiert, demokratisch, unbequem	S. 35	1995 Die Schuldenuhr Deutschlands	S. 68	1951 Kaiserschmarrn	S. 109	2019 Glückwünsche aus Politik und Verbänden	S. 138
2015 Eine genussreiche Philosophie	S. 36	2017 Alte Schuldenuhr geht ins Deutsche Historische Museum	S. 69	2017 Logenplatz im Weinberg	S. 110	2019 Ihr Kontakt vor Ort	S. 144



Impressum

Der Steuerzahler
Sonderausgabe: 70 Jahre
Bund der Steuerzahler
September 2019

Herausgeber
Reiner Holznagel

Redaktion
J. Berg (Chefredakteurin), S. Ehling,
H. Filz, Reinhardtstraße 52, 10117 Berlin,
www.steuerzahler.de, presse@steuerzahler.de

Konzeption, Layout und Satz
Joachim Holz, www.diegestalten.com, Mainz
Mitarbeit: Laura Frener

Unter folgenden Nummern erreichen Sie Ihren
Landesverband: Baden-Württemberg: 0711-767740
Bayern: 089-1260080 Berlin: 030-7901070
Brandenburg: 0331-747650 Hamburg: 040-330663
Hessen: 0611-992190 Mecklenburg-Vorpommern:
0385-5574290 Niedersachsen und Bremen: 0511-
5151830 Nordrhein-Westfalen: 0211-991750
Rheinland-Pfalz: 06131-986100 Saarland: 0681-
5008413 Sachsen: 0371-690630 Sachsen-Anhalt:
0391-5311830 Schleswig-Holstein: 0431-563065
Thüringen: 0361-2170790

Unsere Autoren
Diana Behr,
Julia Berg,
Janine Bergendahl,
Michael Boeckhaus,
Andrea Defeld,
Helga Elschner,
Hildegard Filz,
Ingo Friedrich,
Hauke Hansen,
Bärbel Hildebrand,
Michael Jäger,
Norbert Hoerster,
Reiner Kersten,
Gregor Kirchhof,
Isabel Klocke,
Alexander Kraus,
Jens Lemmer,
Hans-Ulrich Liebern,
Thomas Meyer,
Christoph Metzner,
Eike Möller,
Sebastian Panknin,
René Quante,
Steffen Peter,
Peter Pferdekemper,
Michelle Rödel,
Moritz Venner,
Matthias Warneke,
Bernhard Zentgraf

**Bund der Steuerzahler
Deutschland e. V.**



**Reinhardtstraße 52
10117 Berlin**